

# Guntram von Schenck



Historiker, Politiker,  
Diplomat

## Autobiographie



# Guntram von Schenck

Historiker, Politiker, Diplomat

## Autobiographie

Copyright © 2011 by Guntram von Schenck  
Höri-Mettneu-Eigenverlag, Radolfzell 2011  
Alle Rechte vorbehalten  
[www.guntram-von-schenck.de](http://www.guntram-von-schenck.de)

Druck: Bookstation GmbH  
Digitaler Werkdruck, Sipplingen  
Printed in Germany  
ISBN 978-3-00-035303-1

# **Inhalt**

<b>Vorwort</b>	<b>7</b>
----------------	----------

## **I. Jugend und Ausbildung**

<b>1</b>	<b>1942-1961: Schule, Grauer Reiter, Großfahrten</b>	<b>9</b>
<b>2</b>	<b>1961-1969: Studium: Paris, Bonn, Tübingen, Studentenrevolte</b>	<b>23</b>

## **II. Politik als Beruf**

<b>3</b>	<b>1971-1972: Herbert Wehner und Karl Wienand</b>	<b>38</b>
----------	---------------------------------------------------	-----------

## **III. Mühsal der Ebene 1973-1981**

<b>4</b>	<b>1973-1976: Hochschulpolitik /Publikationen</b>	<b>53</b>
<b>5</b>	<b>Publikationen: Parteien</b>	<b>60</b>
<b>6</b>	<b>Publikationen: Wirtschaft, Terrorismus, Philosophie, Geschichte</b>	<b>66</b>
<b>7</b>	<b>Außenpolitik und Publikationen: Mittelmer, Eurokommunismus, USA, Rüstungsexport/Nahost, Nachrüstung</b>	<b>73</b>
<b>8</b>	<b>Publikationen: Deutschlandpolitik</b>	<b>85</b>

#### **IV. Wieder Aufwärts**

<b>9</b>	<b>1982-1985: Auswärtiges Amt, Botschaft Damaskus</b>	<b>89</b>
<b>10</b>	<b>1986-1990: Fraktionsstruktur</b>	<b>101</b>

#### **V. Zeitenwende 1989/1990**

<b>11</b>	<b>1989/1990: Deutsche Einheit</b>	<b>109</b>
<b>12</b>	<b>1989-1991: Iran, Irak</b>	<b>121</b>
<b>13</b>	<b>1988-1992: Afghanistan</b>	<b>128</b>

#### **VI. Unterwegs**

<b>14</b>	<b>1992-1994: Kairo</b>	<b>133</b>
<b>15</b>	<b>1995-1998: Dienstreisen u. a. Frankreich, Iran, Nahost, Afrika</b>	<b>143</b>

#### **VII. Auswärtiges Amt**

<b>16</b>	<b>1999/2000: Wechsel ins Auswärtige Amt</b>	<b>150</b>
<b>17</b>	<b>2000/2001: Mittelmeerpolitik</b>	<b>156</b>
<b>18</b>	<b>2001-2006: Deutsche Vertretung Rom</b>	<b>161</b>

#### **VIII. Der zweite Blick**

<b>19</b>	<b>2007 - : Ruhestand - zurück an den Bodensee</b>	<b>172</b>
	<b>Anmerkungen</b>	<b>177</b>
	<b>Dokumente</b>	<b>179</b>

## Vorwort

Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte? Die Frage, die Friedrich Schiller seinen historischen Vorlesungen voranstellt, kann in abgewandelter Form auf eine Biographie übertragen werden. Was heißt Biographie und welchem Zweck soll sie dienen? Im Pathos Schillers heißt es: "Fruchtbar und weit umfassend ist das Gebiet der Geschichte. ...Durch alle Zustände, die der Mensch erlebte,... muss sie Rechenschaft ablegen". So auch die Biographie.

Aus der monströsen Unübersichtlichkeit geschichtlichen, menschlichen Lebens müssen Geschichte und Biographie herausfiltern, was - wiederum in Schillers Sprache - "zu den Menschen redet". Es kann nicht alles gesagt werden, es muss verkürzt werden, notwendig sind Erklärungen, Zuordnungen, Ergänzungen. Kurz, eine Biographie ist das Produkt einer versuchten Annäherung, einer Sichtung, eines ordnenden Überblicks. Nur in diesen Grenzen kann sie bestehen. Sie redet zu uns, wenn überhaupt, in dieser Unvollkommenheit.

Für die **Autobiographie** gilt das vermehrt. Wir pilgern zurück durch ein langes Leben, schwer bepackt mit Erinnerungen und versuchen uns der Stationen zu vergewissern. Es bedarf schon etwas von dem Schillerschen Pathos, um diesen mühseligen Weg überhaupt zu beschreiten. Wir bewegen uns auf dem schmalen Grat zwischen Rechtfertigung und Rechenschaft - möge es gelingen. Vielleicht haben wir auf unserer Fahrt etwas gesehen und erlebt, was mitteilenswert ist. Was **ich** für mitteilenswert halte.

Als Grenzgänger zwischen Geschichtswissenschaft, aktiver Politik und Diplomatie sind mir Erfahrungen zugefallen, die verhältnismäßig selten sind. In meine Tätigkeit in der aktiven

Politik ist immer geschichtliches Wissen eingeflossen, es hat mich bereichert und gestützt. Historische Kenntnisse und konkrete, politische Erfahrung waren mir in der Diplomatie gleichermaßen von Nutzen.

Meinen Weg habe ich mit Publikationen begleitet - soweit das möglich war. Vieles konnte und einiges kann heute noch nicht veröffentlicht werden. Die Publikationen sind Teil dieser Lebenserinnerungen, sie sind unverändert eingearbeitet.

Vom "Aufrührer" in der Studentenrevolte 1966-1969 zum Deutschen Botschafter in Rom, vom promovierten Historiker über die Politikberatung und kritische Publizistik zur aktiven Politik und (spät) in das Auswärtige Amt führt in Deutschland kein gerader Weg, keine vorgezeichnete Karriere. Die Bundesrepublik war und ist Werdegängen nicht günstig, die hergebrachten Vorstellungen zuwider laufen.

**Kattenhorn, Februar 2010**

# **I. Jugend und Ausbildung**

## **1. Kapitel**

### **1942-1961: Schule, Grauer Reiter, Großfahrten**

Zum See? Nein, nach Ägypten! Meine Antwort hielt ein Mitschüler für einen schlechten Scherz - man sah es seinem Gesichtsausdruck an. Wir waren im Sommer 1960 auf dem Weg zum Bahnhof Singen a/H und hatten nur Matchesäcke dabei, die damals benutzte Ausrüstung, wenn man zum Baden an den Bodensee fuhr. Über München, wo wir uns mit zwei weiteren Freunden trafen, fuhren wir mit dem Orientexpress (Studenten/Schülertarif) nach Athen, weiter mit einem Frachter nach Port Said am Suezkanal, von dort den Nil aufwärts nach Kairo, Luxor, Assuan, dann zurück nach Kairo und über Alexandria mit dem Schiff als Deckpassagiere nach Genua; von dort die letzte Strecke zurück ins heimatliche Singen per Autostopp.

Eine solche Reise war in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts für 18-Jährige keineswegs üblich. Ein Oberstudienrat regte sich in der Abiturklasse mächtig auf. Das sei ja unerhört, früher sei man allenfalls im Krieg in so entfernte Länder gekommen. Mit drohendem Unterton: In wenigen Monaten sei das Abitur abzulegen, dann würde man ja sehen, wer die Ferienwochen nicht zur Vorbereitung genutzt habe.

Die Schule war für uns Schüler damals nicht so wichtig, sie blieb auch im Abiturjahr eher Nebensache. Die Eltern hatten uns großzügig Richtung Ägypten losziehen lassen. Allerdings war Ägypten nicht unsere erste große Reise, wir hatten schon einige Erfahrungen hinter

uns. Wir waren eine befreundete Gruppe, die sich bei den "Grauen Reitern", eine Abspaltung der Pfadfinder, zusammengefunden hatte, und die sich fast an jedem Wochenende zu Wanderungen oder Lagern traf. Die Reisen, sogenannte "Großfahrten" waren der jeweilige Höhepunkt des Jahres. Die elterliche Großzügigkeit erstreckte sich allerdings weniger auf das Reisegeld, wovon wir wenig mit bekamen, und das meiste für billigste Transportmittel einsetzen mussten. Bei der Rückkehr in Genua hatte ich noch 50 Pfennig (heute vielleicht 1-2 Euro), die für anderthalb Tage Autostopp bis nach Hause reichen mussten.

### Frühe Kindheitserinnerungen

Elternhaus, Schule und Jugendgruppe haben mich in unterschiedlicher Weise geprägt. Meine beiden Eltern waren Ärzte, meine Mutter praktizierte allerdings wenig. Ich war, geb. 1942, das älteste Kind, 1943 folgte mein Bruder, 1946 ein zweiter, 1947 meine Schwester. Es waren die schwierigen **Kriegs- und Nachkriegsjahre** und sicherlich gehörte Lebensmut dazu, in dieser Zeit vier Kinder in die Welt zu setzen. Als Arzt war mein Vater im Krieg nicht an der Front, sondern im Hinterland in Mainz eingesetzt gewesen. Dort wurden wir Anfang 1945 bei einem britischen Luftangriff ausgebombt. Nach einigen Irrfahrten fanden meine Eltern in Singen/Hohentwiel wieder zusammen, wo meine Großeltern väterlicherseits gewohnt hatten.

Meine Großeltern hatten sich im April 1945 vor Eintreffen der alliierten Truppen das Leben genommen, weil sie - so erfuhr ich später beim Tod meiner Mutter - das nationale Unglück nicht überleben wollten. Gegen Ende des Krieges hatte es in Deutschland zahlreiche Suizide gegeben, vor allem im Osten, aber nicht nur dort. Mein Vater redete nie darüber, auch nicht über seine politische Orientierung während der Nazizeit. Erst die Erschütterung beim Tod meiner Mutter löste seine Zunge etwas. Meine Mutter war offener und äußerte oft ihre Empörung, wie ihr jugendlicher Idealismus von den Nazis missbraucht worden sei. Abitur hatte sie 1935 gemacht und ihre

männlichen Klassenkameraden waren - wie sie erzählte - fast alle im Krieg gefallen. Mein Vater tendierte nach dem Krieg zu den Freidemokraten mit einer Schlagseite zu deren nationalliberalem Flügel, meine Mutter gegen Ende ihres Lebens zu den Grünen.

Von den wiederholten **Bomberangriffen** auf Mainz und den vielen Nächten im Bunker bekam ich natürlich noch nichts mit, ich habe keine konkrete Erinnerung. Das Rhein-Maindreieck wurde oft von den alliierten Bombern angefliegen, was in Mainz immer Alarm auslöste. So soll denn mein erstes Wort "Alarm" gewesen sein und nicht Mama oder Papa. Vielleicht sind es diese noch nicht bewusst wahrgenommenen Bedrohungen, die mich jede deutsche Beteiligung an Fliegerangriffen, sei es auf dem Balkan, Afghanistan oder sonst wo instinktiv ablehnen lassen.

Ich halte solche Luftangriffe, neuerdings auch mit unbemannten Drohnen, für "feige und hinterhältig", Adjektive die gemeinhin für Terroranschläge gebraucht werden. Wie die Erfahrung zeigt, werden bei angeblich klinisch sauberen Luftschlägen auf rein militärische Ziele fast immer auch Zivilisten massiv in Mitleidenschaft gezogen. Im Zweiten Weltkrieg war ohnehin die Zivilbevölkerung das Hauptziel der britischen Luftwaffe. Obwohl ich für den Auslandseinsatz deutscher Truppen zur Wiederherstellung, Durchsetzung und Stabilisierung des Friedens bin, finde ich diese Art der Kriegsführung verwerflich. Deutschland sollte sich nicht daran beteiligen.

Auch an die **Hungerjahre** nach dem Krieg habe ich keine konkreten Erinnerungen. Lediglich das Himbeersammeln im Wald hat sich mir eingeprägt, weil ich von Stechfliegen und Schnaken umschwirrt und gepeinigt wurde. Beim Abholen der letzten Lebensmittelkarten 1950 bekam ich meine erste Schokolade, 50 Gramm. Noch heute spüre ich den Geschmack auf der Zunge. Später als Deutscher Botschafter bei der Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und dem Welternährungsprogramm (WEP) der Vereinten Nationen in Rom wurde ich mit Untersuchungen konfrontiert, wonach Hunger und

Unterernährung in der Kindheit bleibende Schäden verursachen, die nie wieder aufgeholt werden können. In den Sitzungen in der UNO habe ich mich manchmal gefragt, welche Schäden mir außer den Folgen einer Rachitis aus der unmittelbaren Nachkriegszeit geblieben sein könnten. Die internationale Gemeinschaft hat sich die Aufgabe gestellt, den Hunger weltweit zu bekämpfen. Jährlich werden viele Milliarden Dollar/ Euro für diesen Zweck aufgewendet. Dennoch ist die Zahl der Hungernden seit Beginn des neuen Jahrtausends von ca. 820 Millionen auf über eine Milliarde betroffene Menschen, insbesondere Kinder angestiegen. Das kann so nicht bleiben, wir müssen eine Umkehrung erreichen.

Das Verhältnis zu meiner Mutter war schwierig. Ich wahrte schon früh emotionale und räumliche Distanz. Warum weiß ich nicht, es würde wohl auch zu wenig oder nichts führen, das herauszufinden. Mit meinem Vater war es besser, er war wenig Patriarch und ließ mich meinen Weg gehen. Er versuchte nie, seine Meinung mir gegenüber durchzusetzen. Er gab nur gelegentlich Tipps, Hinweise, die nützlich waren. Er war ohnehin viel beschäftigt, erst als Kinderarzt mit einer Praxis, dann zusätzlich als Chefarzt der Kinderabteilung des Städtischen Krankenhauses. Musik, Theater spielten für mich in der Jugend keine Rolle, es gab kein Angebot in der Stadt.

Dafür aber Literatur und bildende Kunst - meine Mutter war lange Jahre mit einem Schweizer Bildhauer befreundet. Meine Eltern lebten sich bald auseinander, blieben aber der Kinder wegen zusammen. Das ständige Gestreite und Gezerre ging mir auf die Nerven und so suchte ich oft das Weite. Angesichts der heutigen "Patchwork-Familien" kann man gleichwohl von relativ stabilen **Familienverhältnissen** sprechen. Geld war immer vorhanden, mein Vater verdiente gut (aus seiner Sicht natürlich zu wenig) und meine Mutter erbte mehrfach. Richtig reich waren wir nicht, aber es langte, insbesondere für eine gute Ausbildung aller vier Kinder. Alle Brüder haben studiert und meine Schwester erhielt eine teure Ausbildung zur Konzertgeigerin.

## Schule

An die Volksschule, die ich ab 1948 besuchte, habe ich wenig Erinnerungen, außer dass ich mich auf dem Schulhof als Beschützer meines kleineren Bruders bewähren oder aufspielen musste. Auch bekamen wir zur Strafe noch Tatzten, d. h. Schläge mit dem Lineal auf die ausgestreckte Hand. Die ersten Jahre auf dem Gymnasium war ich ein miserabler Schüler und ein- oder zweimal akut versetzungsgefährdet. Ab der 9. Klasse (Obertertia) muss ich einen Entwicklungssprung gemacht haben. In den Fächern Mathematik, Deutsch und Geschichte wurde ich gut, ohne dass ich mir besondere Mühe gegeben hätte. Die Oberstufe durchlief ich problemlos und konnte sogar in den verhassten Sprachen Französisch, Englisch und Latein vertretbare Ergebnisse erzielen. Wir hatten, das muss man im Nachhinein anerkennen, teilweise vorzügliche und engagierte Lehrer. In besonderer Erinnerung bleibt mir Dr. Glunk, dem nachmaligen Leiter des Internats Salem, bis er wieder als Schulleiter nach Singen zurückkehrte. Mit dem **Schulfranzösisch**, das er mir beibrachte, konnte ich unmittelbar nach dem Abitur erst an der französischsprachigen Universität Genf, dann an der Sorbonne in Paris mithalten und Examen machen. Das Abitur bestand ich Ostern 1961 mit einigen Auszeichnungen.

Die Schulausbildung am Gymnasium Singen war gut, man kann es nicht anders sagen. Allerdings machte damals im Regierungsbezirk Südbaden mit 2 Prozent nur ein kleiner Bruchteil eines Jahrgangs Abitur. Der Schulleiter Dr. Götz war autoritär und wachte über die **Disziplin**. Jeden Morgen stand er vor der Schule und ließ sich von allen Schülern grüßen. Kam einer zu spät, griff er zu disziplinarischen Maßnahmen. Gnadenlos siebte er unter den Schülern aus. Von anfänglich rd. 100 Schülern meines Altersjahrgangs machten letztlich nur noch 22 Abitur.

Wer nicht mithielt, aus welchen Gründen auch immer, flog von der Schule. Förderung von Kindern aus bildungsfernen Schichten war lag

der Schulleitung fern. Im Gegenteil, dem schnellen Schulabgang wurde teilweise mit Nachdruck nachgeholfen. Die meisten meiner vorzeitig abgegangenen, ehemaligen Schulkameraden würden heute problemlos Abitur machen. Nach seinem Weggang ans Kultusministerium Stuttgart bekämpfte er unter dem Spitznamen "Gymnasialgötz" die Einrichtung von Gesamtschulen, die das Bildungssystem sozial öffnen sollten. Welche Rolle er bei der Gestapo oder dem Sicherheitsdienst (SD) der SS im besetzten Paris gegen Ende des Krieges spielte, entzieht sich meiner Kenntnis. Es gibt nur Gerüchte.

Wie auch immer: wer das Abitur schaffte, hatte in Singen eine gute **Schulbildung** genossen und gute Voraussetzungen für das spätere Berufsleben erhalten. Allein für den engen Bereich des Auswärtigen Amtes (AA) sind u. a. Paul Frank (Abitur 1937), später Staatssekretär des AA, zu nennen; mit Hermann Erath (Abitur 1966) und mir sind zwei spätere Botschafter Absolventen des Gymnasiums; Volker Kauder, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag seit 2005, machte 1969 hier Abitur. (Birgit Homburger, von 2009 bis 2011 FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, machte 1984 am anderen Singener Gymnasium Abitur.)

Nur wenige, zu wenige konnten von der Ausbildung an unserem Gymnasium profitieren. Der Geist war politisch konservativ bis reaktionär. Einige Lehrer waren ehemalige Nazis, die bei politischen Themen ins Unbestimmte auswichen oder plötzlich und unvermittelt krude Meinungen von sich gaben. Ein Lehrer und Vater meiner Tanzstundenflamme hatte z. B. an einer Napola, einer speziell dem Nazi-Nachwuchs gewidmeten Schule, unterrichtet. Auch das war eine Art Schulung: offensichtlich bildeten diese Lehrer den Geist der Revolte heran. Für meine Region in Baden-Württemberg kann ich für die 50er Jahre des letzten Jahrhunderts sagen: je konservativer die Schule, desto selbstbewusster und aufmüpfiger die Schüler.



Rudolf Stuckert, Blick in den Hegau, 1981

### Singen am Hohentwiel

Nun zu Singen am Hohentwiel, der Stadt meiner Kindheit und Jugend. Singen ist eine Industrie- und Arbeiterstadt, entstanden zu Beginn des 20. Jahrhunderts um drei von Schweizer Firmen gegründete Fabriken: die Maggi, bekannt durch die Suppen, die Aluminiumwalzwerke, kurz Alu, und die Fitting oder Georg Fischer-Werke. Die Fabriken hatten in den 50er Jahren jeweils tausende von Arbeitern, stets wurde angebaut, erweitert, expandiert, immer mehr Menschen wurden angezogen. Hatte die Stadt vor dem Zweiten Weltkrieg rund 15.000 Einwohner, so wurden es bis 1960 über 30.000. Das Unorganische, Zweckmäßige prägt die Stadt. Gnadenlos wurde Altes oder Älteres abgerissen - übrigens bis in unsere Tage. Wer Singen besucht, wird feststellen, dass nur das Nüchterne,

Funktionale die Stadt bestimmt, eine Ästhetik der 1950/1960er Jahre, die heute seelenlos wirkt und auf das Gemüt schlagen kann. Als Schüler haben wir das kaum wahrgenommen.

Nach dem Abitur habe ich zweimal als **Werkstudent** mehrere Wochen in der Maggi gearbeitet, davon einmal 6 Wochen in der Nachtschicht, um mir ein kleines Zubrot für Reisen etc. zu verdienen. Diese Zeit hat mein Denken und meine Einstellungen nachhaltig beeinflusst. Die Fronarbeit am Fließband, die Eintönigkeit der Abläufe, die kurzen Pausen, die Überwachung des (verbotenen) Rauchens auf den Toiletten, die allgegenwärtige Disziplinierung, die Lohnabzüge wegen diesem und jenem, haben mich gewaltig gestört. Dabei hatten wir Werkstudenten viele Freiheiten. Verstießen wir gegen Vorschriften, wurde meist wohlwollend darüber hinweggesehen. Selbst die wenig beliebten Vorarbeiter legten sich selten mit uns an. (Der Vater eines meiner Freunde war Personalchef der Maggi.) Welch wichtige Rolle die Gewerkschaften spielen, ging mir damals auf. Die Gewerkschaftsvertreter hatten ein großes Verantwortungsbewusstsein sowohl gegenüber den Arbeitern als auch gegenüber dem Werk. Aus der Interessenlage der Arbeiterschaft sahen sich die Dinge ganz anders an als was ich zuhause gehört oder auf andere Weise mitbekommen hatte.

Meine Jugend fällt in die Zeit des Wirtschaftswunders. Singen war in den 50er Jahren eine Boom-Stadt. Doch die Narben des Kriegs schwärzten unter der euphorischen Oberfläche weiter. Die Menschen, die Singen anzog, kamen ganz überwiegend aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, de facto die halbe Stadt. Bald hatten wir ein Ostpreußen-Viertel, ein Schlesier-Viertel usw. Unter uns Kindern und Schülern - der Krieg lag bei meiner Einschulung nur drei Jahre zurück - wurden die Erlebnisse der **Flüchtlingsfamilien** beredet, es war ein stetiges Raunen von der erlittenen Gewalt. Gräueltgeschichten machten die Runde. Haften geblieben ist mir eine Art Konsens darüber, dass Flucht und Vertreibung bei den Tschechen am Schlimmsten war. Demgegenüber verblassten sogar die Begleiterscheinungen der Inbesitznahme Ostpreußens durch die Russen. Woran wir das als Kinder festmachten, weiß ich nicht mehr.

Heute gibt es intensive Diskussionen über erlittene Kriegstraumata z. B. aus Bosnien, dem Kosovo oder anderen Kriegsschauplätzen, deren Opfer Frauen und Kinder wurden, und die psycho-therapeutischer Behandlung bedürfen. Die millionenfachen Schädigungen und Traumata durch Flucht und Vertreibung 1945 und danach wurden einfach verdrängt. Aber es gab dieses Raunen unter uns Kindern.

Wenn heute von "Befreiung" 1945 durch die Sieger die Rede ist, trifft das ohne jeden Zweifel auf Insassen von Konzentrationslagern, überlebende Juden, Kriegsgefangene und ähnliche Gruppen und Personen zu. Ganz bestimmt aber nicht auf diese Menschen, die als Vertriebene und Flüchtlinge nach Westdeutschland und nach Singen gekommen sind. Der Hinweis auf zuvor begangenes Unrecht durch die Nazis ist zwar richtig, besagt aber nichts über die subjektiven Erfahrungen dieser Flüchtlings- und Vertriebenengeneration. Mit welchen **Traumata** lebten und leben diese Millionen Kinder und Frauen? Die Vertriebenen, die den Verlust ihrer Heimat beklagen, als ewig Gestrige, Friedensstörer und Friedensfeinde darzustellen, ist falsch und wird dem Problem nicht gerecht.

Der Krieg war noch in anderer Weise für uns Schüler gegenwärtig. Ich erinnere mich an eine Umfrage unter uns Schülern - es muss in der 5. oder 6. Klasse gewesen sein - wer in einer Familie ohne Vater aufwuchs. Mehr als die Hälfte hob die Hand. Die Väter waren gefallen, vermisst, z. T. noch in Kriegsgefangenschaft. Scheidungen waren in den 1950er Jahren noch selten. Es war eine "vaterlose" Generation, die heranwuchs - ein Schicksal, das mir persönlich erspart blieb.

### Graue Reiter

Mit 8 Jahren kam ich zu den Pfadfindern. Ein erstes Sommerlager verbrachten wir in Immenstadt im Allgäu. Von da an war ich jede Woche mindestens einmal mit den Pfadfindern zusammen, erst als so genannter Wölfling, dann Pfadfinder, Sippenführer und zum Schluss 1959/1960 Stammführer, Chef der Singener "Grauen Reiter". Als solche hatten wir uns 1955 vom Bund Deutscher Pfadfinder (BDP)

abgespalten und historisch - wie ich heute weiß - an die "**Bündische Jugend**" vor 1933 angeknüpft. Wir veranstalteten nicht nur Heimabende, wo wir allerhand Wissenswertes und Brauchbares (z. B. Werken: Schnitzen, Töpfern) oder weniger Wissenswertes (wie Marschieren nach Planzahl) lernten, sondern mehrtägige Radtouren, Wanderungen und Feldlager.

Als Zelte hatten wir so genannte Kothen, in denen ein Feuer gemacht und gekocht werden konnte. Wir lernten uns selber mit ganz wenig Geld zu verpflegen, zu kochen, bei Regen Feuer zu machen etc. - Fertigkeiten, die die Selbständigkeit entwickelten und das jugendliche Selbstbewusstsein hoben. In Deutschland waren wir mit den "Nerothern", einer anderen Gruppe der Bündischen Jugend liiert, international vor allem mit den Franzosen, die an unseren Lagerleben teilnahmen. Stolz hißten letztere immer die französische Fahne. Auch Schweizer Pfadfinder fanden sich bei uns ein, die uns eine Art "demokratische Entwicklungshilfe" angedeihen ließen.

Im Nachhinein kann ich diese Art von Pfadfinderei besser einordnen, als Jugendlicher konnte ich das noch nicht. Bis Mitte der 50er Jahre ging es streng militärisch zu: Wecken, Frühsport, Waschen, Kochen, Wache schieben (mit Speer), Touren zu Fuß, mit Fahrrad oder auf Skiern. "Durst aushalten", "gelobt sei, was da hart macht", "durchhalten" waren die Parolen. Das Rudel oder die Sippe, wo das am besten klappte, wurde belobigt und ausgezeichnet. Alkohol und Rauchen waren absolut verpönt. Vermutlich war es in der Hitlerjugend auch nicht anders zugegangen. Einige unserer ersten Führer waren ja noch in der Hitlerjugend gewesen. Was uns davon unterschied, war die Freiwilligkeit, niemand zwang uns dazu.

Mit dem Übergang zu den "Grauen Reitern" änderte sich das etwas. Das Militärische verschwand allmählich, wir suchten Vorbilder bei den "Steppenvölkern", oder was wir dafür hielten, veranstalteten bunt gemischte sogenannte "**Steppenlager**", gaben uns Namen aus der Völkerwanderungszeit, bevorzugt gotische - die Goten waren (so sahen wir das) mit den Steppenvölkern verbündet gewesen. Im Grunde genommen eine Art Folklore ohne nationalen oder gar

nationalistischen Hintergrund. Brav wie andere Jugendgruppen machten wir auf den Vulkankegeln des Hegau zum Gedenken an den 17. Juni 1953, dem Tag des Aufstandes in der DDR, große Feuer, die weithin vom Einheitswillen des deutschen Volkes künden sollten. Unter den Älteren gab es mitunter Diskussionen um die von Adenauer betriebene Wiederbewaffnung, aus denen ich undeutlich mitbekam, dass einige im Ernstfall nicht gegen andere Deutsche kämpfen oder sich als Hiwis (Hilfswillige) amerikanischem Kommando unterstellen wollten.

Einschneidend für uns war die Selbstverpflichtung, die wir 1956 zur Erhaltung und Wiederherstellung der **Burg Hohenkrähen** eingegangen waren. Der Hohenkrähen liegt im Hegau an der Strecke zwischen Singen und Engen und ragt markant in die Landschaft hinein. Er hatte im Mittelalter Raubritter und eine Handelsniederlassung der Fugger beherbergt. Von Jörg von Frundsberg war die Burg Anfang des 16. Jahrhunderts im Auftrag des Schwäbischen Bundes geschleift worden. Der Eigentümer der Burg, Baron von Reischach, hatte uns die Burg zum "Lehen" gegeben. Wir hatten uns um den Erhalt der Ruinen und des auf halber Höhe gelegenen Forsthauses zu kümmern.

Gleichzeitig bauten wir den daneben gelegenen Stall zu einem Heim aus, wo wir uns versammeln und ggf. in größerer Zahl übernachten konnten. Wir wurden kleine Baumeister, schleppten Zement, Bausteine, Ziegel, allerlei Baugerät heran und wirkten und werkten von da an fast wöchentlich an und auf der Burg. Wir schafften es: das Nebengebäude, der ehemalige Stall, wurde neu errichtet, das Forsthaus saniert, die Wege auf der Burg so gut es ging instand gehalten. Aber unsere Singener Gruppe, auf der die Hauptlast der Arbeit lag, zerbrach fast dabei. Es war nicht jedermanns Sache, Wochenende für Wochenende auf der Burg zu arbeiten. Ein lustiges Lagerleben, wie sich das mancher vorgestellt hatte, war das nicht. Zum Ausgleich wurden wir musisch aktiv. Eine Faust-Aufführung (1. Teil) ist mir noch gut im Gedächtnis.

Das Beste waren die "**Großfahrten**". Als 15-Jähriger zog ich im Sommer 1957 mit einigen älteren Grauen Reitern, die schon im Abituralter waren, erstmals los. Per Autostop erreichten wir in Zweiergruppen Nizza in Südfrankreich und setzten nach Korsika über. Wir wanderten ca. 220 km von Ajaccio im Süden bis nach Ile Rousse im Norden, meistens nachts, weil es tagsüber zu heiß war. Täglich etwa 20-30 Kilometer, Gepäck auf dem Rücken. Wir waren genügsam und geübt. Korsika war damals noch keineswegs touristisch erschlossen und Proviant mussten wir für mehrere Tage mitschleppen. Aber ich habe unvergessliche Bilder im Kopf, vom Meer und den roten Felsen. Einmal wurden wir nachts von einem großen Aufgebot der französischen Gendarmerie gestoppt, die uns für desertierte Fremdenlegionäre hielt. Unser Erscheinungsbild muss für die Korsen doch sehr ungewöhnlich gewesen sein.

Zwei Jahre später trampete ich per Autostop mit einem Freund aus meiner Schulklasse über Rom, Neapel, Palermo durch ganz Italien bis Trapani an der Westspitze Siziliens. Wir setzten über auf die Mittelmeerinsel Pantelleria, von wo wir weiter nach Tunis wollten. Wegen Sturm mussten wir mehrere Tage auf der Insel in einem winzigen Hafen ausharren: kein Laden, kein Cafe, kein Restaurant, kein Hotel, das wir uns ohnehin nicht hätten leisten können. Die Tage verbrachten wir unter einem Kaktus als Schattenspender, Süßwasser war Mangelware und nur von Weinbauern aus der Zisterne zu erhalten. In **Tunesien** blieben wir eine Woche. Diese Tage müssen die Grundlage meines Interesses für den Nahen Osten und die arabisch-islamische Welt gelegt haben, die dann mein ganzes Leben begleitet hat. Allerdings brachte ich aus Tunis eine schwere Amöbenruhr mit, die nur langsam ausheilte. Auf der Tunisfahrt habe ich mich mit meinem Klassenkameraden so zerstritten, dass die Freundschaft dauerhaft zerbrach - auch heute gibt es keinen Kontakt.



Pantelleria, der Kaktus und ich 1958

Ägypten 1960 habe ich schon erwähnt. Das Jahr danach - wenige Monate nach dem Abitur - reisten wir wieder in einer Gruppe ehemaliger Grauer Reiter (es waren im Grunde immer dieselben: die Brüder Speidel, die Brüder Danneck, W. Reichhardt und ich) über Istanbul, Ankara zur Ruine der Hethiter-Hauptstadt Bogazköy, nach Aleppo in Syrien, dann **Damaskus, Amman und Jerusalem**, dessen arabischer Teil damals noch unter jordanischer Oberhoheit stand. Alles war von Touristen unberührtes Neuland. In Palmyra (Tadmor), in der syrischen Wüste, konnten wir noch zwischen den Ruinensäulen unsere Hängematten zum Schlafen ausspannen - heute völlig undenkbar. Damaskus, Aleppo haben mich so beeindruckt, dass ich zwei Jahrzehnte später auch meinen ersten Auslandsposten im Auswärtigen Amt mit Erfolg in Syrien anstrebte.

Jerusalem ist mir in besonderer Erinnerung: Während unseres dortigen Aufenthalts im August 1961 wurde die Mauer in Berlin gebaut. Wie das aussah, konnten wir in Jerusalem sehen. Der arabische und jüdische Teil der Stadt waren damals noch durch eine

Mauer getrennt, die erst 1967 nach dem Sechstagekrieg und der Eroberung des arabischen Stadtteils durch die Israelis verschwand. Im November 1989 war ich mit einer Gruppe Journalisten wieder in Jerusalem. Als mir vor dem Frühstück am 10. November jemand zurief, die **Mauer** ist weg, dachte ich zuerst an Jerusalem und sagte, die Mauer ist doch schon lange weg. Dass die Berliner Mauer fiel, kam für uns alle völlig überraschend. Die Berliner Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung, die auch in unserer Gruppe war, bekam einen Weinkrampf. Berlin war schließlich ihr Thema, der 9. November 1989 war ihr Tag. Wir halfen alle mit, sie so schnell wie irgend möglich nach Berlin zurück zu befördern. Heute bauen die Israelis wieder Mauern um und bei Jerusalem.

Jede einzelne Reise oder Großfahrt wäre einen eigenen, eingehenden Bericht wert. Ich will hier nur andeuten, mit welchen Erfahrungen ich meine Jugend abschloss. Mit auf den Weg gaben mir das Elternhaus emotionale Stabilität, die Schule Kenntnisse und Wissen. Bei den Pfadfindern und Grauen Reitern konnte ich soziale Kompetenz erwerben - so würde man das heute wohl nennen (es hätte mehr sein können). Der Abiturabschluss gab mir das Selbstvertrauen, dass man etwas erreichen kann, wenn man will und sich im entscheidenden Moment etwas Mühe gibt. Es war die Erfahrung, unter Stress, bei Prüfungen oder Examen besser zu sein als sonst. Diese Erfahrung hat mich durch noch manche kritische Situation ein ganzes Leben wohltuend begleitet. Selbständig war ich durch die Großfahrten geworden, die meine Neugier und meinen Wagemut befriedigten. Es war die Gewissheit, es irgendwie doch noch zu schaffen, wenn es, wie z. B. so oft beim Autostop mal überhaupt nicht voran gehen wollte.

## 2. Kapitel

### 1961-1969: Studium: Paris, Bonn, Tübingen, Studentenrevolte

Begonnen habe ich mein Studium in Genf. Ursprünglich wollte ich gleich nach dem Abitur an die Sorbonne in Paris. Dort bestand das Studium aber aus Studienjahren, die jeweils im Herbst anfangen. Die Sommermonate in Genf sind mir als ein Herumplätschern in allerlei Fachrichtungen in Erinnerung: Geschichte, Philosophie, Romanistik, Jura (man konnte damals in Genf deutsche Rechtswissenschaft studieren). Es gab vergleichsweise wenig Studenten, das Universitätsgebäude schien mir nicht viel größer zu sein als mein ehemaliges Gymnasium. Nur eine Professorin, Mme Hersch, hat einen nachhaltigen Eindruck bei mir hinterlassen. Auch eine Übung über Machiavelli, in der ich über den "**Antimachiavell**" Friedrichs II von Preußen referierte, blieb bei mir haften, weil ich andere, um nicht zu sagen gegensätzliche Meinungen zum Dozenten vertrat. Ansonsten viel Sonne, Schwimmen, viel Kanusport, auch etwas Reiten. Kontakt hatte ich vor allem zu Deutschschweizern, deren Dialekt meinem südbadischen Alemannisch sehr nahe kam (Singen a/H ist nur 2-3 km von der Schweizer Grenze entfernt). Statt Französisch lernte ich Schweizerdeutsch, was meine ohnehin unverkennbare Dialektfärbung verstärkte. An der Uni Bonn erntete ich damit einige Jahre später ungewollt Lachsalven bis ich mir das Hochdeutsche nach und nach anbequemte.

#### Sorbonne/Paris

Oktober 1961: endlich Paris! Der Studienbeginn war mit bürokratischen Hürden gepflastert. Um immatrikuliert zu werden

brauchte ich einen "permis de séjour", eine Aufenthaltserlaubnis. Für die Aufenthaltserlaubnis hätte ich immatrikuliert sein müssen. Dieser war eine Sprachprüfung vorgeschaltet, die ich bestand, aber deren Ergebnisse auf sich warten ließen. Ich weiß nicht mehr, wie sich das Knäuel löste, ich erinnere mich nur noch an tagelanges Warten in langen Schlangen. Die "Grande Nation" hatte in Laufe ihrer Geschichte eine äußerst komplexe, gewöhnungsbedürftige Verwaltung aufgebaut. (Später auf Auslandsposten und auf Reisen in der Dritten Welt habe ich mich oft gefragt, ob Frankreich seine Verwaltung dorthin exportiert hat oder ob diese Staaten bei den Franzosen in die Lehre gegangen sind.) Der Lehrbetrieb an den französischen Universitäten war zu Beginn der 60er Jahre im Vergleich zu Deutschland oder der Schweiz schon sehr verschult. Es gab einen genau vorgeschriebenen und reglementierten **Studienaufbau**. Als Erstes war das Propädeutische Jahr von allen zu absolvieren und diente dazu, die Spreu vom Weizen zu trennen. Über die Hälfte der Aspiranten fiel durch. Danach folgten vier Zertifikate, die mit einer Abschlussprüfung endeten. Waren alle vier bestanden, war man "**licencié**". Die Licence war ein erster Studienabschluss, der dem 1. Staatsexamen in Deutschland entsprach. Die Gleichstellung von Licence und 1. Staatsexamen erfolgte allerdings erst Jahre später im Zuge der deutsch-französischen Zusammenarbeit.

Eigentlich wollte ich in Frankreich nur ein Jahr bleiben und danach in England weiterstudieren. Paris und das Leben in Frankreich hatten es mir aber so angetan, dass ich dort über das erste Jahr hinaus noch bleiben wollte. Ich hatte das Propädeutische Jahr für allerlei Nebeninteressen genutzt und viele Stunden in der Bibliothek der Sorbonne oder der Geneviève verbracht. Ich streckte meine Fühler in alle Richtungen aus. Paris selbst, die französische Literatur, das Theater ... alles war für einen deutschen Provinzler spannend, anregend und aufregend. Das Studium war nicht schwer, wenn man einmal begriffen hatte, wie eine sog. Dissertation, ein Aufsatz aufzubauen war. Es gab strenge Regeln: 1) Thema präzisieren, 2) These, 3) Antithese, 4)

Schluss mit Synthese. Der Spielraum und das mehr Essayistische eines deutschen Aufsatzes war nicht zu gebrauchen. Nach bestandem Propädeutikum schrieb ich mich für die Licence in Geschichte ein. Zertifikate jeweils in Alter Geschichte, Mittelalter und Neuer Geschichte sowie ein Zertifikat in Geographie waren abzulegen. Mit der Geschichte des Altertums und des Mittelalters habe ich begonnen. Es gab sehr spezielle Vorlesungen und spezialisierte Übungen: z. B. die "Tyrannis in Sizilien im 4. Jahrhundert v. Chr.", die "Ikonoklastischen Kaiser in Byzanz", "Paläographie", "Klimatologie" usw. In Alter Geschichte waren es Übersetzungen von Latein ins Französische, die ich besonders knifflig fand. Vor allem die Paläographie machte mir zu Schaffen. Ich fiel denn auch im ersten Anlauf in mittelalterlicher Geschichte durch; von mehr als 1400 Studenten hatten gerade mal 20 bestanden! Im Jahr darauf lief es dann problemlos, auch in Neuer Geschichte und in Geographie. Nach drei Jahren Frankreich war ich Licencié.

Mit 19 Jahren war ich nach Paris gekommen, mit 22 konnte ich glatt als Franzose durchgehen. Die Anpassung war nicht schwer gewesen. Ich war freundlich aufgenommen und akzeptiert worden. Trotz der Studentenmassen hatte ich Kontakt zu Professoren. Mir wurde als Arbeitsraum sogar die "Salle des Agrégatifs" angeboten, der Raum, wo sich wenige Studenten privilegiert auf die Agrégation vorbereiten durften, die höchste Stufe der französischen Universitätsausbildung. Als ich im Mai 1968 während der **Studentenrevolte in Paris** war und die Sorbonne besuchte, hatte man in diesem Raum eine Kinderkrippe eingerichtet. Was mit den Büchern geschehen war, weiß ich nicht; ich hoffe, sie kokelten nicht mit den anderen Büchern im Feuer auf dem Innenhof der Sorbonne. Die Vorlesungen in der Sorbonne genoss ich nur zum Teil, sie waren oft zu dröge und zu detailverliebt. Aber die Vorlesung von Lemerle über Byzanz ist mir unvergesslich. Seine Ausführung über den Kampf der Studiten-Mönche gegen die Ikonoklasten habe ich immer noch im Ohr. Oder den alten Perroy (er sah so ledern aus wie seine Pergamente), der mir letztlich doch noch die Paläographie nahe

brachte; einmal hatte er mich regelrecht zusammen gestaucht, weil ich die drei lothringischen Bistümer Metz, Toul und Verdun nicht auf Anhieb entzifferte.

Es war eine schöne Zeit. Ich wohnte die letzten zwei Jahre im Quartier Latin, in einer Seitenstraße der Rue St. Jacques, in einer ehemaligen "chambre de bonne", einem Dienstmädchenzimmer, hoch oben über und mit Blick auf Paris. Der Straßenlärm war weit weg, nur ein gedämpftes fernes Rauschen. Paris bot unvergleichliche Möglichkeiten. Erwähnt sei nur die Cinemathèque, wo man in der rue d'Ulm für einen Franc und einen Centime pro Film die ganze Filmgeschichte in sich aufnehmen konnte. Etwa zur gleichen Zeit müssen dort die Koryphäen des neuen deutschen Films, wie Volker Schlöndorff und Werner Herzog verkehrt haben. In den Hochschulsport war ich fest integriert und trainierte mindestens dreimal die Woche für Schwimmwettkämpfe. Ich erreichte über 100 m Freistil knapp die Minutengrenze, für die damalige Zeit nicht schlecht. Einige Monate war ich Aushilfslehrer an einer Privatschule, verdiente Geld und konnte mir hie und da ein gutes, manchmal auch sehr gutes Essen leisten. Theater, Oper taten ein Übriges. Der **Algerienkrieg** und seinen Widerhall in Paris trübte etwas die Idylle. Straßenschlachten gab es zwischen den linksgerichteten Studenten der Faculté des Lettres (Philosophische Fakultät) und denen der eher rechts stehenden Rechtswissenschaft. Mit Rufen "OAS-Assassins" (OAS-Mörder) einerseits und "OAS-Algérie" (die OAS war die Organisation radikaler Algerienfranzosen) andererseits strömten sie aus ihren jeweiligen Gebäuden und gingen aufeinander los, bis die Polizei sie trennte.

Treue Freunde sind mir aus jener Zeit bis heute erhalten geblieben, sie sind im Ruhestand wie ich, und der Kontakt hat sich seither intensiviert. Liiert hatte ich mich 1963 mit einer jungen Französin, Francoise, in deren Familie ich herumgereicht wurde. Wir heirateten und bekamen eine Tochter. Ich hätte Franzose werden können. Wie den Elsässern fiel mir dieser Übergang leicht. Ich hatte begonnen, auf Französisch zu denken.

Zum Schreiben auf Deutsch benutzte ich manchmal ein Wörterbuch, weil mir der deutsche Begriff nicht mehr spontan einfiel. Noch heute fühle ich mich in Frankreich, besonders in Paris zuhause. Im Beruf, in der Politik, habe ich davon profitiert. Die französischen Kollegen merkten manchmal gar nicht, dass ein Deutscher mit an ihrem Tisch saß. Ich redete und dachte wie sie. Nach den drei Jahren in Paris fiel es mir nie mehr schwer, mich in die Gedankenwelt, Absichten von Politikern und Diplomaten anderer Völker hinein zu versetzen, was nicht nur von Vorteil sondern auch notwendig ist, wenn man die politischen Möglichkeiten ausloten und die eigenen nationalen Interessen durchsetzen will. Die Franzosen beklagen, dass in Deutschland die **Sensibilität für Frankreich** und seine Interessen seit der Wiedervereinigung abgenommen habe. Wenn das stimmt, wäre das schade. Auf Deutschland und Frankreich gemeinsam ruht nicht nur die Hauptverantwortung für die Zukunft Europas, die Deutschen können von der französischen Kultur nur profitieren. Wir müssen ja nicht alles übernehmen.

Mag sein, dass der selbstverständliche französische Patriotismus, das Sendungsbewusstsein einer Nation, die unter de Gaulle an die alte Grandeur anknüpfen wollte, in mir Abwehrreaktionen hervorrief. Vielleicht ging es mir wie anderen Deutschen, die in Frankreich zum Selbstbewusstsein ihrer eigenen Nation fanden - ein Phänomen, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts besonders ausgeprägt war. Das deutsche Nationalgefühl war im 19. Jahrhundert ohnehin eine Gegenreaktion auf die Entwicklung in Frankreich, die in den Befreiungskriegen gegen Napoleon ihren sichtbarsten Ausdruck fand. In mir wurde jedenfalls etwas angestoßen, was man die Rückkehr zu den eigenen Wurzeln nennen könnte. Genetisch war ich - wenn man so will - ohnehin vorbelastet. Meine Familie, die Freiherrn Schenck zu Schweinsberg, hatten seit Jahrhunderten (erste Erwähnung 1199) unverrückbar auf ihren Burgen und Schlössern in Hessen, Thüringen und Franken gesessen. Die **Stammburg** steht in Hessen bei Marburg. Jahrhunderte hindurch hatten sie in Deutschland Offiziere, Diplomaten, Kirchenfürsten

und Staatsmänner gestellt. Bei aller Offenheit für anderes kam für mich ein Abrücken von meiner Nationalität niemals in Frage. Auch Schweizer Freunde hatten mich gefragt und ihre Hilfe für den Erwerb ihrer Staatsbürgerschaft angeboten. Ich wollte Deutscher bleiben. So ging ich denn auch auf die Anregung meines Schwiegervaters, eines hohen Staatsbeamten im französischen Bildungsministerium nicht ein, einen Antrag für die Zulassung zur Agrégation zu stellen, die mir die Tür zu hohen Funktionen in Frankreich geöffnet hätte.



Wappen der Freiherrn Schenck zu Schweinsberg

## Studium in Deutschland

Ich kehrte 1964 nach Deutschland zurück. In Kürze fand ich einen Doktorvater, den früheren Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris, Eugen Ewig, Professor zu Bonn. Mit "Reims in merowingischer Zeit" hatte ich ein Doktorthema mit deutsch-französischem Hintergrund erhalten. Gleichzeitig begann ich mit dem Zweitstudium der Rechtswissenschaft, ebenfalls in Bonn. Es folgten **ermüdende Jahre**, in denen sich nach Außen scheinbar nichts tat. Ich recherchierte für meine Promotion und legte umfangreiche Zettelkästen an, die Baustein für Baustein die Ergebnisse meiner wissenschaftlichen Tätigkeit zusammenfassten. Die Doktoranden-Kolloquien und anderen wissenschaftlichen Angebote der Bonner Alma Mater verführten auch nicht gerade zu Geistesflügen. Vieles empfand ich als überflüssige Faktenhuberei (z.B. Prof. Braubach) oder konservativ-reaktionäres Gesülze (z. B. Prof. Hubatsch).

Vorlesungen mied ich deshalb und besuchte nur noch die absolut notwendigen Übungen. Gleichzeitig machte ich die kleinen und großen Scheine des Jurastudiums, Strafrecht, Bürgerliches und Öffentliches Recht. Es war die Mühsal der Ebene. Das deutsche Studentenleben lag mir nicht sonderlich. Einer Studentenverbindung trat ich nicht bei, Trinkexzesse mied ich, was nicht heißen soll, dass ich nicht abends ab und wann mit Freunden die Bonner Kneipen aufsuchte. Wir wohnten zu mehreren Studenten in einer geräumigen Altbauwohnung in unmittelbarer Nähe eines Lokals, genannt die "Kerze", das bis 4 Uhr morgens aufhatte. Der Verlockung widerstanden wir nicht immer. Anschließend ging es dann nach Bad Breisig ins Thermalbad. Schon wegen der räumlichen Distanz zu Paris, wo Françoise ein Stipendium und dann eine Anstellung hatte, lebten wir uns auseinander und trennten uns schließlich ganz.

1966 war ich der **SPD** beigetreten. Auslöser waren die soziale als auch die nationale Frage. Nur der SPD traute ich zu, das Land

voran zu bringen, wobei das Soziale auch der Wiederherstellung der Einheit dienlich sein würde. Kurt Schumacher war mein Idol. Adenauer verkörperte für mich damals die Stagnation, die Enge, die falschen Phrasen, das Stickige, die bleierne, schier unerträgliche Last der Gegenwart. Adenauer war für mich auch der "Kanzler der Alliierten", der die Westbindung der Bundesrepublik um jeden Preis durchsetzte, in der ich eine Absage an die Nation sah. Den Umgang mit der Nation und ihren Interessen und Werten hatte ich im Frankreich de Gaulles in ganz anderer Weise kennen gelernt. De Gaulle hatte Frankreich mit guten Gründen weitgehend aus dem Westbündnis der NATO herausgelöst.

Natürlich spielte bei der Entscheidung für die SPD auch eine jugendliche Generalopposition gegen alles Bestehende mit. Seitdem ich denken konnte, herrschten in meiner Heimat die Konservativen unumschränkt. Baden-Württemberg, insbesondere Südbaden, war tiefstes CDU-Land. Die Gründe für die SPD waren zugegebenermaßen noch eher vage, ich folgte mehr einem Bauchgefühl. Doch sind solche frühen Entscheidungen nicht zu unterschätzen, sie können durchs ganze Leben tragen. Der **Wehrdienst**, für viele junge Männer wichtig als Lebenserfahrung oder Gewissensentscheidung, spielte für mich keine Rolle. Als ich zur Musterung einbestellt wurde, studierte ich im Ausland und wurde zurückgestellt. Erst Jahre später wurde ich dann in Bonn gemustert und wieder zurückgestellt, weil ich schon mitten in der Promotion steckte. Ich hatte nichts gegen das Militär und hätte den Wehrdienst nicht verweigert; gedrängt habe ich mich aber auch nicht.

### Studentenrevolte

Über die Studentenrevolte ist viel - zu viel geschrieben worden. Ich kann mich auf das beschränken, worin ich eine Bonner Sonderentwicklung sehe. Spätestens 1966 hatten Orthodoxe, d. h. moskautreue KP-Anhänger und DDR-Freunde den Bonner SDS gekapert. Als ich 1967 nach anfänglichem Zögern dem SHB, dem

Sozialdemokratischen Hochschulbund, beirat, machten sie gerade den Versuch, auch diesen zu übernehmen, einige U-Boote gab es schon. Ich galt als genuin sozialdemokratischer Neuzugang, sozusagen ein Gegengewicht. Das Verhältnis war prekär, spielte aber bei den kommenden Auseinandersetzungen in der Universität keine allzu große Rolle. Vieles war noch undeutlich und verwischt. Die künftigen **Spartakisten und Stamokap-Anhänger** agierten in der Anfangsphase 1967 oft verdeckt und zum Teil hemmungslos populistisch. Die Protestwelle erfasste natürlich auch die Bonner Studentenschaft. Große und kleine Demonstrationen fanden z. B. beim Tod von Benno Ohnesorg oder dem Besuch des Schah statt.

Wir Akteure versuchten die Proteste zu schüren und für unsere eigenen Interessen nutzbar zu machen. Für den SHB kandidierte ich als "**Linksaristokrat**" für das Studentenparlament (ein wenig Happening war immer dabei) und wurde auch gewählt. Es ist erstaunlich, wie schnell man lernt, mit Geschäftsordnungstricks zu arbeiten, Mehrheiten zu bilden, Gegner an die Wand zu drücken, Ressourcen zu nutzen. Es war eine einmalige Lehrzeit im Studentenparlament. Dort saß ich dann u. a. mit Ulrich Wickert, dem nachmaligen ARD-Moderator und Bestseller-Autor, und Hannes Heer, der in den 90er Jahren für die wissenschaftliche Gesamtleitung der umstrittenen ersten Wehrmächtsausstellung (1995-1999) verantwortlich war. In den 80er Jahren hatten wir einmal ein Treffen der ehemaligen Mitglieder dieses Studentenparlaments. Es war erschütternd, wie viele durch den Radikalenerlass an einem normalen beruflichen Fortkommen gehindert worden waren. Die DKP hatte einige freilich auch in eine Märtyrerrolle hinein getrieben. Sie sollten als Zeugen für die angebliche Unfreiheit der Bundesrepublik dienen.

Wahrscheinlich waren unsere Aktionen in der Universität weniger spektakulär als andernorts, wie etwa Berlin oder Frankfurt. Wir starteten eine Vorlesungskritik bei einem Prof. Jablonowski, der über die Russische Revolution las. Er hatte eigentlich nie eine Chance, war aber auch schwach. Wir hatten

Vollversammlungen mit Tausenden Studenten, besetzten einmal das Rektorat, was zur Räumung der ganzen Universität durch die Polizei führte, usw. Und natürlich Vietnam: mit der Sammelbüchse für den Vietcong stand ich auf dem Bonner Münsterplatz. Obwohl ich versuchte, mich nicht allzu stark zu exponieren, hatte ich zum Ende des Wintersemesters 1967/1968 einen Verweis der Universität und ein Strafverfahren wegen "**Aufbruch**" am Hals (Dok.1). Das beeindruckte uns damals nicht sonderlich. "Aufbruch" wurde im Übrigen als Straftatbestand zu Beginn der sozial-liberalen Koalition 1970 abgeschafft. Schwierig wurde meine Stellung im Historischen Seminar, das wir als Hochburg der Reaktion angegriffen hatten. Dort wollte ich ja promovieren. Im Historischen Seminar sammelten sich früh die Protagonisten des "Bundes Freiheit der Wissenschaft" mit Prof. Reppen und Prof. Hatto H. Schmitt, dem späteren Dekan und Rektor, die sich als Speerspitze des Widerstands gegen die Studentenrevolte verstanden. Zwar brodelte es auch im Mittelbau, unter den Assistenten, aber sie wagten sich zumindest zu diesem Zeitpunkt nicht aus der Deckung. Ich war mit meiner Promotion so weit gediehen, dass Anfang 1968 der Rohentwurf meiner Doktorarbeit fertig gestellt war. Mit der Übergabe wartete ich noch etwas, bis sich die Lage - wie ich hoffte - etwas beruhigt hatte.

Zum Sommersemester 1968 war an die **Universität Tübingen** gewechselt. Die juristische Fakultät war dort Ende der 60er sehr gut, ein Repetitor konnte sich in Tübingen nicht halten. In Tübingen wollte ich die 1. Staatsprüfung ablegen. Bonn hatte mit dem Rohentwurf der Promotion und den Jura-Scheinen seinen Abschluss gefunden. Es war auch so etwas wie eine Reißleine, die ich zog. In Bonn wären wohl Jura-Examen und Promotion gefährdet gewesen. In Aktivitäten im Zusammenhang mit der Studentenrevolte war ich so einbezogen, dass es mir an Zeit und Kraft für das Juraexamen wahrscheinlich gefehlt hätte. Der Höhepunkt der Studentenrevolte stand ja noch bevor. Und die Promotion...? In Tübingen wurde ich keineswegs mit offenen Armen empfangen, nur unter Vorbehalt wurde ich immatrikuliert.

Aber der Geist der Studentenrevolte war in Tübingen ein anderer. Es ging insgesamt weniger aggressiv und viel liberaler und offener zu. Zwischen SDS und SHB gab es keine Unterschiede mehr. Aus dem SDS fanden viele ihren Weg in die SPD, unter ihnen Herta Däubler-Gmelin, die spätere Bundesministerin der Justiz, und Dieter Spöri, später baden-württembergischer Wirtschaftsminister. Auf Seiten der Professoren und der Studenten gab es genug mäßigende Stimmen. Außerdem war ich mit den Vorbereitungen für die Jura-Prüfung ziemlich ausgelastet.

Den Rohentwurf meiner Promotion hatte ich nach Bonn geschickt und ging davon aus, ihn in absehbarer Zeit mit den entsprechenden Anmerkungen zurück zu erhalten. Das war nicht der Fall. Ich erinnerte erst sanft, dann nachdrücklicher. Schließlich sagte ich nach mehr als einem Jahr kurzerhand meinen Besuch an, um die Arbeit zu besprechen. Am Tag vorher hatte Prof. Ewig sie endlich gelesen. Die Besprechung verlief indifferent, höflich. Viel Wasser war den Rhein herab geflossen, seitdem ich vor mehr als einem Jahr Bonn verlassen hatte. Das Missliche war allerdings, dass ich zu diesem Zeitpunkt knapp vor meinem Jura-Examen stand, das sich mit der mündlichen Prüfung über einige Monate hinzog. Man lernt auf ein Examen zu. Diese Phase für die Promotion zu unterbrechen, wäre sehr unglücklich gewesen. So machte ich im Herbst 1969 zunächst das **1. jur. Staatsexamen**. Erst Anfang 1970 konnte ich die Arbeit an der **Promotion** wieder aufnehmen., d. h. nach einer Unterbrechung von mehr als anderthalb Jahren. Das war hart, denn manchmal wusste ich nicht mehr, warum ich zu diesem oder jenem Ergebnis gekommen war.

Neben dem juristischen Referendariat musste ich also die Endphase der Promotion durchziehen. Beides lag inhaltlich völlig auseinander. Irgendwie glückte es, wenn auch unter Stress. Es war für mich nur noch eine Charakterfrage, was ich einmal angefangen hatte, wollte ich unbedingt zu Ende bringen. Mit Intelligenz und wissenschaftlichem Scharfsinn hatte das nichts mehr zu tun. Zeitweise war ich während des Referendariats einem Richter zugeteilt, der mit Stolz geschwellter Brust berichtete,

seine Frau sei eine Dr. phil. Ohne nachzudenken warf ich ein, dass ich gerade als Historiker an meinem Dr. phil. arbeite - womit ich bei ihm für den Rest der Zeit unten durch war. Die Promotion schickte ich Ende 1970 an die Bonner Philosophische Fakultät, ohne die endgültige Fassung mit dem Doktorvater abgesprochen zu haben. Einen nochmaligen Zeitaufschub wollte ich mir nicht antun. Eine entsprechende Bemerkung habe ich in meinem Anschreiben an den Dekan einfließen lassen. Ich wurde schließlich mit "magna cum laude" promoviert. Bei der feierlichen Übergabe der Promotionsurkunde sprach der Dekan mich mit den Worten an: "So, so ...Sie sind das". Später habe ich öfter gesagt, dass ich bei einem Prof. Ewig promoviert habe - und es dann auch "ewig" gedauert habe.

Die Studentenrevolte war in ihren Anfängen ein gewaltiger **Befreiungsschlag**. Was wir noch unausgegoren und nicht ausformuliert in uns trugen, der ganze Frust über diese Gesellschaft, die uns in ein enges Korsett überkommener Werte und Verhaltensweisen zwingen wollte, fand endlich ein Ventil. Wir eroberten neue geistige Räume, die man vor uns verschlossen hatte. Bert Brecht durfte z. B. in der Bundesrepublik nicht gespielt werden, er war ja in den Osten emigriert. Wer aufbegehrte oder kritisierte, bekam gesagt, er solle doch gleich nach "drüben" gehen. Wir lasen Karl Marx und seine Epigonen. Der junge Hegel wurde populär. Die Frankfurter Schule: Adorno und Horkheimer fanden nicht überall Resonanz, wurde aber gelesen. Das alles lief neben dem Studium her und erweiterte und bereicherte unseren Horizont. Wir lernten reden, politisch zu argumentieren, uns durchzusetzen.

Wir stellten die Autoritäten in Frage, und siehe da, sie fielen wie Nichts in sich zusammen. Es herrschte eine euphorische, mitreißende Stimmung, Solidarität war angesagt, Dogmatismus war in der Anfangsphase völlig fremd. Es war die Morgenröte einer neuen Bewegung, die einen Aufbruch-Mythos von gewaltiger Dynamik entstehen ließ. Die Polizei war unser bester Helfer; jeder Polizeieinsatz verbreiterte unsere Basis. Und doch

begann sich die Studentenbewegung schon 1968 aufzufächern, wurden die **Schnittstellen** erkennbar, die in den kommenden Jahren zu Spaltungen, Abspaltungen, Zerwürfnissen führen sollten. Ideologische Positionierungen wurden sichtbar zwischen denen, die zur SPD tendierten oder die Nabelschnur zur Mutterpartei nicht abreißen lassen wollten, den Orthodoxen, die bei Stamokap landeten, den Maoisten, die u. a. für einen gesamtdeutschen Staat eintraten ("Alle ausländischen Truppen raus aus ganz Deutschland!"), den Trotzlisten, Anarchos und Spontis, schließlich auch denjenigen, die sich Bader-Meinhof anschlossen. Was ablief, glich einem revolutionären Prozess, der sich beschleunigte und radikalisierte. Die Trennungslinien des kommenden Jahrzehnts waren bereits im Ansatz erkennbar.

Ich selbst verließ 1969 die Universität und trat mit dem **Referendariat** in die erste Stufe des Berufslebens ein. Die Entwicklungen der Studentenbewegung bekam ich nur noch aus der Distanz mit, wie durch einen Filter gedämpft. Selbst bei den Gerichtsreferendaren fand der studentische Aufbruch einen Widerhall. Auf einer Versammlung der baden-württembergischen Referendare wurden Jörg Lang und ich als Sprecher gewählt. Mit Jörg Lang war ich selten einig. Aber in der Sprecherfunktion wurden wir u. a. beim damaligen Stuttgarter Justizminister Schieler (SPD) empfangen, der mich gleich für sein Ministerium anwerben wollte. Jörg Lang kam als Referendar zum Rechtsanwaltsbüro Croissant in Stuttgart und geriet von da in die Sympathisantenszene um Bader-Meinhof. Er musste untertauchen (soviel ich weiß im Libanon) und gehörte zu den meistgesuchten **Terroristen**, dessen Foto auf den einschlägigen Fahndungsplakaten prangte. Erst Anfang der 80er konnte er sich wieder an die Öffentlichkeit wagen. Ich meine, dass wir uns in Bonn Anfang der 80er über den Weg gelaufen sind, uns gegenseitig erkannt haben, aber nicht grüßten.

Der Sozialdemokratische Hochschulbund (**SHB**) war in den 60er Jahren eine Gruppierung politisch engagierter Studenten, die trotz erheblicher Distanz zur Mutterpartei den Kontakt zur SPD

nie aufgegeben hatten. Letzteres galt im Übrigen auch für einige SDS´ler. Das Parteibuch fest in den Händen hatten wir, d.h. vom SHB Tübingen und Heidelberg, schon im Herbst 1969 beschlossen, den Juso-Landesverband zu übernehmen. Das gelang uns mit geradezu spielerischer Leichtigkeit. Da war niemand, der sich uns entgegenstellte. Zwar war der Stuttgarter Innenminister Krause (SPD) auf der Delegiertenversammlung anwesend, konnte aber unsere Offensive nicht stoppen. Künftige Bundestagsabgeordnete, wie Hermann Scheer, MdB seit 1980, und später mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet, Gert Weisskirchen, MdB seit 1976, ab 1998 außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, kamen vom SHB Heidelberg. Der nachmalige Europa-Abgeordnete Willi Rothley, im Europaparlament in Straßburg dann Fachmann für Diätenfragen und ich kamen aus Tübingen. Und meiner nicht ganz sicheren Erinnerung nach kamen zu dieser baden-württembergischen Juso-Delegiertenkonferenz auch der spätere "Spiegel"- Ressortleiter Außenpolitik, Richard Kiessler, ebenfalls SHB Tübingen, sowie Karlheinz Bentele, später Staatssekretär in NRW und 2008 kurzzeitig Mitglied des Bankenrettungsfonds (Soffin), aus Konstanz. Karsten D. Voigt, ab 1976 MdB und führender SPD-Außenpolitiker, hielt ein Grundsatzreferat, mit dem er sich für seine - erfolgreiche - Kandidatur um den Juso-Bundesvorsitz bewarb. Aus jener Zeit datieren Bekanntschaften und Freundschaften, die mich ein Leben lang begleiten sollten.

Nach einem frustrierenden Tag als Referendar beim Oberlandesgericht Stuttgart kam ich einmal beim dpa-Büro Stuttgart vorbei und ließ ein paar kritische Sätze über den schon genannten Innenminister Krause fallen. Tags darauf verbreitete die Landespresse in einem Dreispalter: "Jusos drohen Krause". Die **Droge Politik** hatte mich seit Ende der 60er Jahre fest im Griff. Ein Leben außerhalb oder ohne enge Berührung zur Politik konnte ich mir nicht mehr vorstellen. Die Treffen im kleinen Kreis, die Sitzungen in den Hinterzimmern, die kleinen und größeren Tagungen zu politischen Themen waren mir keine Last, sie wurden zu meinem Lebenselixier. Ich merkte nicht, dass ich

süchtig war. Abends und am Wochenende hielt ich z. B. Kurse für junge Gewerkschaftsmitglieder in Marxismus.

Das einzige, das mich bremste und aufhielt, waren der Referendardienst und der Endschliff an der Doktorarbeit. Sie waren die Voraussetzungen für eine bürgerliche Existenz. Soviel hatte ich aus dem Elternhaus mitbekommen, dass es ohne solche Rückversicherungen auf Dauer nicht ging. Der Weg in das, was einige mit "Berufsrevolutionär" als Ziel bezeichneten, war nicht meiner. Auf der anderen Seite konnte ich mir ein Leben z. B. als Anwalt, auch als engagierter Anwalt nicht vorstellen. Mir war aufgefallen, wie einige Anwälte schon aus dem ersten Anruf eines potentiellen Mandanten herauszuhören verstanden, wie viel Geld aus dieser Rechtssache wohl herauszuholen war. Meine Sache war das nicht. Meinen Vater empörte zutiefst, dass ich zwei Angebote für eine Universitätslaufbahn ausgeschlagen hatte.

## II. Politik als Beruf

### 3. Kapitel

#### 1971-1972: Herbert Wehner und Karl Wienand

Im Frühjahr 1971 meldete ich mich - nach einem kurzen Zwischenspiel als Wissenschaftlicher Planer an der Universität Konstanz - bei Herbert Wehner, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, mit der Frage, ob es dort eine Verwendung für mich gäbe. Mein Brief an Herbert Wehner blieb viele Wochen unbeantwortet. Überraschend meldete sich dann das Büro von Karl Wienand, dem 1. Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, ich möge mich in Bonn vorstellen. Karl Wienand war - so hieß es - die **rechte und linke Hand von Herbert Wehner**. Mit Karl Wienand führte ich ein etwa halbstündiges, lockeres Gespräch, in dem ich auch auf meine "Vergangenheit" in der Studentenbewegung hinwies und wörtlich sagte, ich hätte alles von A bis Z mitgemacht. Lächelnd und mit einer Handbewegung wischte er das beiseite. Er bat dann, im Plenum des Bundestages anzurufen. Dort wurde ich in der Lobby platziert und wartete. Nach wenigen Minuten erschien Herbert Wehner, der wie immer im Plenum gesessen hatte, knurrig und, wie mir schien, misstrauisch. Ich erhob mich rasch, ergriff und schüttelte ihm die Hand, ehe er sich richtig versah,

Anwesend war außer Wienand auch Thea Kox. Sie war eine Art Fraktionsfaktotum, die, wie ich später erfuhr, die Verwaltung der Fraktion leitete, und nebenbei einen grimmigen Hass auf die "linken Studenten" nährte; sie sollte in das Gespräch und seine eventuellen Ergebnisse eingebunden werden. Ich schilderte kurz

meinen Werdegang und kam auf meine Motivation zu sprechen, als Herbert Wehner explodierte. Wer sich an seine Auftritte im Bundestag erinnert, kann sich leicht vorstellen, zu welcher furiosen Wut er sich steigern konnte. Die Invektiven, die er auf die "linken Studenten" losließ, waren beeindruckend: "verantwortungslose Hampelmänner" gehörte noch zu den zurückhaltenden. Wer ihn kennt, weiß, dass ihm ein schier **unerschöpflicher Vorrat an Kraftausdrücken** zur Verfügung stand, im Zweifel erfand er Neues (Anm. 1). Er steigerte sich gerade wieder und schien einen Augenblick nach etwas Treffendem zu suchen, als ich ihm mit dem Ausdruck "Lumpenbourgeoisie" zu Hilfe eilte. Er guckte mich an, entspannte sich sofort und fing an zu lachen. Ich hatte gewonnen. Dass es in der Abwandlung der Diktion von Karl Marx neben dem "Lumpenproletariat", das der Arbeiterklasse in den Rücken fiel, nun auch eine Lumpenbourgeoisie gab, die dem Bürgertum zusetzte, erheiterte ihn. Ein paar Jugenderinnerungen müssen ihm gekommen sein. Karl Wienand und Thea Kox wurden beauftragt, mit mir Arbeitsbeginn, Entlohnung etc. auszuhandeln.

Am 1. September 1971 fing ich als **Fraktionsassistent im Büro des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers Karl Wienand** an. Ich hatte keine spezifische Funktion, sondern war z. B. V. (zur besonderen Verwendung). Das war, so schien es mir, kein schlechter Anfang. Herbert Wehner war im Machtgefüge der SPD und wohl auch der sozial-liberalen Regierungskoalition nach dem Kanzler Willy Brandt, dem Verteidigungsminister Helmut Schmidt (der damals allerdings lange Zeit krank war), FDP-Außenminister Walter Scheel wohl der dritt- oder mindestens viertmächtigste Mann der Republik. Karl Wienand war - wie schon gesagt - Wehners rechte und linke Hand. Wehners Einfluss reichte weit über die Fraktion in die Regierung hinein. Wehner hatte mir schon immer imponiert. Sein Weg vom jugendlichen Anarchisten als Mitarbeiter von Erich Mühsam, über die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), der er schnell als leitender Funktionär diente, seine Rolle nach 1933 im antifaschistischen Widerstand, schließlich seine Zeit im Moskauer Hotel "Lux" während Stalins Säuberungen 1937/1938, sein Aufstieg in der SPD nach 1945 und

unbedingter Machtwille hatten mich seit jeher fasziniert. Was für eine Biographie! Karl Wienand war als Jugendlicher mit Schwerbeschädigungen aus dem Krieg zurückgekehrt und hatte sich mit Fleiß, immenser Energie und politischem Gespür aus ärmlichsten Verhältnissen hoch gearbeitet. Als Verteidigungsexperte hatte er früh auf die Mängel des Starfighter-Flugzeugs hingewiesen. Bis ihm die lange Reihe tödlicher Unfälle Recht gaben, war er mit Hohn überschüttet worden und hatte eine schwierige Phase der Isolation durchzustehen. Wehner und Wienand waren - nach allem was ich seinerzeit in Erfahrung bringen konnte - nach meinem Geschmack.

### Paninter

Es hätte so gut laufen können. Tat es aber nicht. Wenige Tage nach meinem Eintreffen zerschellte am 6. September 1971 ein Flugzeug der Münchner **Charterfluggesellschaft Paninternational** beim Versuch einer Notlandung auf der Autobahn Hamburg-Kiel. 22 Menschen kamen bei diesem spektakulären Absturz zu Tode. Die Ursache wurde rasch bekannt: Wegen Wartungsfehlern waren die beiden Triebwerke der BAC 1-11 ausgefallen. Schnell kamen Gerüchte einer Verbindung zu Karl Wienand auf. Obwohl gravierende Mängelrügen bekannt waren, sei der Flugbetrieb der Chartergesellschaft nur wegen der Interventionen Karl Wienands aufrechterhalten worden. Ein lukrativer Beratervertrag mit der Chartergesellschaft habe Wienand zu diesen Interventionen veranlasst. Das wurde dementiert. Karl Wienand tauchte auf Geheiß Wehners für längere Zeit "krankheitshalber" ab.

Die CDU/CSU-Opposition ließ sich diese Gelegenheit natürlich nicht entgehen. Ein **Untersuchungsausschuss** des Bundestages wurde eingesetzt. Er stellte binnen Kurzem wiederholte und intensive Interventionen Wienands beim Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig zugunsten der Chartergesellschaft fest. Die Magazine "Stern" und "Spiegel" entdeckten und dokumentierten bald mehrere größere Zahlungen der Chartergesellschaft

Paninternational an Wienand. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse haben selten ein einhelliges Ergebnis, so auch dieses Mal. Der Untersuchungsausschuss hatte aber Fakten herausgefunden, aus denen jeder seine Schlüsse ziehen konnte. Das Ende der Legislaturperiode im Herbst 1972 bedeutete wie immer das Ende auch dieses Untersuchungsausschusses; der neu gewählte Bundestag kann, wenn er will, erneut über eine Einsetzung befinden.

Ich brauchte im Herbst 1971 nur wenig Zeit, um zu erkennen, dass an der Sache etwas dran war. Statt Einsatz für den Erfolg der Sozialdemokratie hieß das für mich Einsatz für einen Politiker, dessen Integrität für mich zweifelhaft war, ja den ich für durchweg korrupt halten musste. Mit Erschütterung nahm ich die vielen Täuschungs- und Verschleierungsmanöver wahr, die zur "Rettung" Wienands unternommen wurden. Einige halfen dabei, sie sollten schnell Karriere machen; wer sich sperrte sollte bald auf unerwartete Schwierigkeiten stoßen. So hatte ich mir die Arbeit in Bonn nicht vorgestellt. Ganz naiv war ich natürlich nicht. Schon als Historiker war ich auf den Konnex von **Politik und Korruption** gestoßen, hatte sich doch bereits der große Athener Staatsmann Perikles im 5. Jahrhundert v. Chr. im Zusammenhang mit dem Bau der berühmten Akropolis mit Korruptionsvorwürfen auseinander zu setzen gehabt. Doch Wienand war kein akademisches sondern ein ganz konkretes Problem - mit vielen Implikationen.

Mein Vertrauensverlust in die Fraktionsspitze hätte nicht größer sein können. Bei den Führungsfiguren der Sozialdemokratie hätte ich das niemals für möglich gehalten. Der Missbrauch des Ansehens, der über die Person hinaus der SPD galt, verursachte mir täglich neue Übelkeit. Die Fallhöhe zwischen Anspruch und Wirklichkeit war einfach zu groß. Ein ausreichendes Maß an Zynismus stand mir als Berufsanfänger noch nicht zur Verfügung. Es ging auch nicht nur um Geld, der Tod von 22 Menschen war schließlich keine Bagatelle. Doch hielt ich mich an die wichtigste Spielregel im Politikbetrieb: das absolute Stillschweigen zu Insidervorgängen. Meine Außenwirkung konnte infolgedessen

nicht optimal sein, viele wollten auch mit dem "Büro Wienand" nichts zu tun haben. Wienand, dem meine inneren Kämpfe offensichtlich nicht verborgen geblieben waren und Absatzbewegungen vermutete, drohte mir einmal - wobei er mit dem Finger Bewegungen machte, die auf dumme Gedanken hindeuten sollten, wörtlich: "Pass auf, ich werde dich irgendwann - auf deinem Berufsweg - erwischen".

Nach allem, was öffentlich bekannt geworden war, schien mir der Abgang und Sturz Wienands ein Selbstläufer zu sein. Außerdem hatte der Wahlkampf begonnen und Parteien sind in diesen Zeiten bei Belastungen durch Affären äußerst sensibel. Schon wegen Kleinigkeiten hatte ich Politiker in Wahlkampfzeiten untergehen sehen. Auf diese Weise verlor im Wahlkampf 1972 der Parlamentarische Staatssekretär Joachim Raffert innerhalb von Stunden Posten und Mandat. Ich ging davon aus, dass der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner die **Affäre Wienand** bald zu einem Abschluss bringen würde. Das hätte für mich die Befreiung aus dieser unerträglichen Situation bedeutet. Die SPD-Bundestagkandidaten, die von Zeit zu Zeit aus dem Wahlkampf in Bonn auftauchten, zitterten vor Empörung, wenn auch nur der Name Wienand fiel; sie hatten seinetwegen einiges auszuhalten.

### Weigerung

Aber nichts geschah. Schließlich signalisierte ich Herbert Wehner, dass ich mich weigerte, weiter für Karl Wienand zu arbeiten und nichts mehr mit ihm zu tun haben wollte. Dafür hatte ich wahrlich gute Gründe. Ich bat um eine andere Verwendung und zeigte mich an der Hochschulpolitik interessiert, die im Wahlkampf 1972 im Hinblick auf die Studentenunruhen eine gewisse Rolle spielte. Die Begleitumstände meiner Umsetzung waren für mich dann allerdings dramatisch. Wenige Tage später erschien wie eine Furie Thea Kox, Fraktionsfaktotum und Leiterin der Fraktionsverwaltung, mit dem amtierenden Personalratsvorsitzenden Voigtländer und forderte mich auf, sofort mein Büro zu räumen. Meine Sachen wurden während meiner

Abwesenheit in das Büro eines im Wahlkampf abwesenden Kollegen geschmissen. Ein Rauswurf... im wahren Sinne des Wortes.

Wahlkampfzeiten sind für die Parteien **Ausnahmezeiten**, da passiert manches. Vielleicht schwebte Wehner das Moskauer Hotel Lux vor, dessen Gebräuche - freilich in abgemilderter Form - jemand kennen lernen sollte, der mit Begriffen wie "Lumpenbourgeoisie" hantierte. Vermutlich hatte auch Wienand sein Händchen im Spiel. Die meisten hätten bei dieser Lage wohl kapituliert. Ich ging anderthalb Tage auf den Rheinwiesen spazieren, erschien zur allgemeinen Überraschung wieder in der Fraktion und setzte mich nach Kräften im Wahlkampf für die SPD Willy Brandts ein. Die SPD gewann nicht nur, sie wurde zum ersten und einzigen Mal stärkste deutsche Partei. Mein Beitrag war sicher nicht entscheidend. Aber die Wahlkampfauftritte, die ich damals mehrmals zusammen mit dem jungen FDP-Politiker Jürgen Möllemann bestritt, waren eine interessante Erfahrung für mich.

Warum hatte ich weiter gemacht? Innerlich hatte ich mich natürlich auf eine irgendeine Aktion der Fraktionsführung eingestellt und mir vorgenommen, mich nicht einfach abservieren zu lassen. Aus der Politik wollte ich mich nicht herausdrängen lassen - schon gar nicht auf so eine Weise. **Nicht mit mir und nicht so!** Im anstehenden Wahlkampf wollte ich zudem mitmischen, 1972 war der emotionalste und leidenschaftlichste Bundestagswahlkampf, den die SPD je geführt hat. Schaden wollte ich der SPD unter keinen Umständen. Es war im Sommer und Frühherbst 1972 keineswegs sicher, dass die SPD triumphieren und gewinnen würde.

Nach der Wahl würde ich weiter sehen. Vielleicht war dann das sehr dünne Eis, auf dem ich mich seit dem "Rauswurf" bewegte, wieder fester geworden. Das implizierte freilich auch absolutes **Stillschweigen** zu den Gründen meiner Umsetzung aus dem Büro Wienand in die Bildungs- und Hochschulpolitik, die ein politischer Abstieg war. Wäre da etwas durchgesickert, wäre es mit Sicherheit

an die Öffentlichkeit gedrungen. Wienand stand unter heftigem Beschuss, Presse und CDU/CSU-Opposition lauerten nur darauf, Neues berichten zu können. Ein Mitarbeiter, der sich weigert, für Wienand zu arbeiten, Welch ein gefundenes Fressen. Um eine Begründung wäre ich nicht umhin gekommen. Also Schweigen.

### Verhältnis Wehner - Wienand

Wehner - das Rätsel! Was hat ihn veranlasst, gegen alle offenkundigen Erkenntnisse an Wienand festzuhalten? Ich hatte inständig gehofft, meine Weigerung würde letztlich zu seinem Sinneswandel beitragen. Weit gefehlt. Nach dem Wahlkampf erklärte Wehner in einer Klausursitzung der Bundestagsfraktion Karl Wienand zum "ehrenwerten Mann". Es gab dazu sogar eine Presseerklärung, wenn auch in geringer Auflage. Wehner blieb Fraktionsvorsitzender, Wienand sein 1. Parlamentarischer Geschäftsführer. Aber Anfang 1973 hatten die Staatsanwaltschaft Bonn und die Steuerfahndung im Nachgang zum Paninter-Untersuchungsausschusse die Karl Wienand belastenden Fakten aufgegriffen und ermittelten wegen **uneidlicher Falschaussage bzw. Steuerhinterziehung**. Es ist hier nicht der Ort, die unerquickliche Geschichte neu aufzuzeichnen. Eine weitere Berater-Affäre Wienands, in die ich Einblick hatte, betraf einen Kaufmann aus Bad Honnef. Sie verlief aber schnell im Sande, weil dieser bei einem Autounfall Anfang 1972 ums Leben gekommen war.

Bald schon erschütterte ein neuer Skandal die Republik. Wienand geriet in Verdacht, beim **Misstrauensvotum gegen Willy Brandt** am 27. April 1971 erfolgreich Stimmen von der CDU/CSU gekauft zu haben. Das Misstrauensvotum der Opposition unter Führung Rainer Barzels war gescheitert, obwohl die CDU/CSU über eine rechnerische Mehrheit verfügte. Wieder gab es einen Untersuchungsausschuss, der die Fakten klären sollte. Da ich zur Zeit des Misstrauensvotums im Büro Wienand gearbeitet hatte, wurde auch ich als Zeuge benannt. Die Bonner Staatsanwaltschaft interessierte sich ebenfalls für meine Kenntnisse, schien mir

allerdings eher im Nebel herumzustochern. In der SPD-Bundestagsfraktion kursierte das Gerücht, Wehner habe deshalb an Wienand fest gehalten, weil er einen entscheidenden Beitrag zum Scheitern des Misstrauensvotum geleistet und die sozial-liberale Koalition vor dem frühen Aus bewahrt habe. Wenn es stimmen würde, könnte das ein Grund gewesen sein. Seit dem Berliner Mauerfall und dem Zugang zu den Ost-Berliner Akten liegt die Annahme näher, dass das "Verdienst" nicht Wienand sondern der Stasi zukommt. Die Stasi hatte CDU/CSU-Abgeordnete gekauft.

Warum hielt Wehner an Wienand fest? Selbst als der Widerstand gegen Wienand in den Parteigremien immer stärker wurde, verknüpfte **Wehner** sein politisches Schicksal mit dem Wienands: "**Wenn er geht, gehe ich auch**". Daran gehalten hat sich Wehner freilich nicht. Nachdem 1974 Justiz und Steuerfahndung Wienands Ausflüchte in der Paninternational-Affäre widerlegt hatten und Wienands Verurteilung wegen uneidlicher Falschaussage und Steuerhinterziehung anstand, musste Wienand im Herbst 1974 das Feld räumen. Wehner aber blieb und stand Wienand auch danach bei. Solidarität kann unter Politikern sehr weit tragen, obwohl der Parteifreund oft der schärfste Konkurrent ist. Selber erfahren habe ich das, als in den 90er Jahren ein SPD-Bundestagsabgeordneter, den ich aus gemeinsamen SHB- und Juso-Zeiten kannte, wegen - vergleichsweise - Lappalien aus der Fraktion ausgeschlossen und gemieden wurde. Ostentativ habe ich mich neben ihn gesetzt. Es war mir schlicht egal, was Dritte darüber dachten. Dennoch: das Rätsel der Beziehung zwischen Wehner und Wienand bleibt ungelöst.

Nach dem Mauerfall 1989 geriet Karl Wienand erneut in das Schussfeld der Justiz. Die nun zugänglichen Akten legten eine **Spionagetätigkeit** für Ostberlin nahe. Beim Auftauchen der Vorwürfe habe ich SPD-Spitzen vor vorschnellen Solidarisierungen mit Wienand gewarnt - vergeblich. Wienand wurde vom Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf am 26. Juni 1996 wegen Spionage zu einer Freiheitsstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt, die Urteilsverkündung habe ich mir im Gerichtssaal angehört. Der

Bundesgerichtshof bestätigte das Urteil am 28. November 1997. Bundespräsident Roman Herzog begnadigte Wienand drei Monate später, nachdem Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt sich für ihn verwandt hatte. Die Spionagetätigkeit Wienands soll sich mit der Zeit, in der ich in seinem Büro tätig war, teilweise überschneiden haben. Deshalb bat ich das OLG Düsseldorf um Einsicht in Urteil und Urteilsbegründung, die mir aber vom Generalbundesanwalt verwehrt wurde; er stellte anheim, später noch einmal auf die Anfrage zurück zu kommen.

Ich tue mich schwer, das Ganze nochmals in extenso aufzunehmen - es ist einfach zu unerfreulich. Interessieren würden mich allerdings die Hintergründe des Kontaktversuchs der Stasi mit mir, ein Versuch, den ich Karl Wienand und dem Leiter des Bundesverfassungsschutzes, Günter Nollau, gemeldet hatte. Die Akte, die die Stasi über mich führte und die ich einsehen konnte, enthält möglicherweise nicht alles. Noch einmal taucht der Name Karl Wienand 2002 skandalträchtig im Zusammenhang mit dem Bau der **Kölner Müllverbrennungsanlage** auf. Wienand war an Schmiergeldzahlungen beteiligt gewesen und wurde zu zwei Jahren mit Bewährung verurteilt. Erst jetzt brach die SPD endgültig mit ihm, dem Parteiausschluss kam Wienand mit seinem Austritt zuvor.

### Zehn verlorene Jahre

Bis Anfang der 90er Jahre habe ich mich zu den Vorgängen von 1971-1974 nicht geäußert, weder intern noch öffentlich. Es war die Voraussetzung für mein politisches Überleben. Das Volk liebt zwar den Verrat, nicht aber den Verräter. Ich wäre für alle Zeit gezeichnet, erledigt gewesen, wenn ich geplaudert hätte. Ich will nicht verschweigen, dass ich im Prozess des Verschweigens und Durchhaltens psychisch fast krank geworden bin. Ich wurde zum schweigsamen Eigenbrötler, hielt Abstand zu den KollegenInnen, unter denen zudem viele freudig als Claque der Fraktionsspitze agierten. Nur ganz wenige außer Wehner und dem späteren 1. Parlamentarischen Geschäftsführer und ehemaligen

Bundesjustizminister, Gerhard Jahn, wussten überhaupt von meiner Weigerung, für Karl Wienand zu arbeiten. Wienands Büro betrat ich nie mehr. Als ein **Akt des Widerstands und Überlebenswillens** begann ich noch 1972 zu publizieren, Titel: "Leistung durch Demokratisierung" (Anm.2).

Der Berufseinstieg im Büro Wienand war also alles andere als optimal. Ich hatte es nicht nur mit Wienand, sondern auch mit Wehner zu tun. Und Wehner war wahrhaftig ein besonderes Kaliber. Wienand blieb auch nach Niederlegung von Amt und Mandat 1974 ein einflussreicher Mann, Wehner bis Ende der sozial-liberalen Koalition 1982 Fraktionsvorsitzender. Von beruflichem Aufstieg konnte unter diesen Voraussetzungen keine Rede sein: ich wurde behindert, ausgegrenzt, Gerüchte wurden über mich in die Welt gesetzt, ja ich war von Gerüchten zeitweise geradezu umwabert. Wienands früherer engster Mitarbeiter, Kurt Müller, blieb bis Anfang der 90er Jahre, d. h. dem Auftauchen der Spionagevorwürfe gegen Karl Wienand, Fraktionsassistent, von dem immer wieder Intrigen ausgingen. Einige, die ihre Karriere den **Machenschaften** zum Schutze Wienands verdanken, haben mich mit ihrem Hass bis ins Jahr 2000 verfolgt, nachdem sie von meiner Weigerung, für Wienand zu arbeiten, erfahren haben. Ein Bild, das Volker Zastrow (FAZ) in anderem Zusammenhang gebraucht hat, kommt mir dabei in den Sinn: "Nacktschnecken, die auf der eigenen Schleimspur Karriere machen, nach oben, ganz oben". Einige beteiligten sich besonders eifrig, es lohnt sich nicht ihre Namen zu nennen

Der ehemalige Bundesjustizminister und 1. Parlamentarische Geschäftsführer, **Gerhard Jahn**, verdient aber Erwähnung. Er exekutierte. Vielleicht konnte er nicht anders - Herbert Wehner hatte ihm schon in den 60er Jahren bei einer passenden Gelegenheit gründlich das Kreuz herausoperiert. Jahn war beschuldigt worden, Geheimpapiere an die Presse weiter gegeben zu haben. Wehner hatte ihn gehalten, das hatte seinen Preis. Marburg war Jahns Wahlkreis, in unmittelbarer Nähe liegt auch die Stamburg meiner Familie. Möglicherweise waren ihm der eine oder andere meiner

Vettern übel aufgestoßen, Sozialdemokraten waren sie gewiss keine. Jahns familiäre Geschichte wurde mir erst nach seinem Tod bekannt. Seine Mutter war als Jüdin in Auschwitz umgebracht worden, nachdem Jahns Vater sie durch die Ehescheidung des letzten prekären Schutzes beraubt hatte.

Die Mehrheit der Fraktion, die sich bei den so genannten "Kanalarbeitern" zusammen fanden, hielten Vertreter der Hochschul- und Bildungspolitik, womit ich mich von 1973-1976 hauptsächlich befasste, generell für "Spinner". Meine politische Herkunft aus der Studentenbewegung war auch nicht gerade förderlich. Schließlich galt zur gleichen Zeit der so genannte "Radikalenerlass", der ehemaligen linken Studenten und Berufsanfängern den Eintritt in den öffentlichen Dienst verwehrte. Nicht wenige meiner früheren Kommilitonen fielen darunter. Ein entscheidendes Jahrzehnt ging mir verloren. Viele Kollegen zogen an mir vorbei und begannen zum Teil glanzvolle Karrieren. Einen guten Überblick gibt Helmut Herles in der FAZ: "**Wie aus Bonner Dienern Herren werden. Assistenten und ihre Karrieren**". Herles schreibt: "In der Regel freilich müssen alle diese Diener (Fraktionsassistenten) hart für ihre Herren arbeiten, ehe sie zum existentiell unabhängigen hohen Beamten oder zum souveränen Abgeordneten, zum Botschafter oder Minister aufsteigen" (Anm. 3). Der spätere NRW-Ministerpräsident und Bundesfinanzminister Peer Steinbrück war - um nur einen Namen zu nennen - in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre einige Zeit mein Kollege als Fraktionsassistent.

Mich ganz blockieren wollte die Fraktionsspitze wohl doch nicht. Vielleicht gab es Beißhemmungen wegen der Einsicht in meine Situation. Oder war es die Befürchtung, dass ich doch noch anfangen könnte zu plaudern? Mit zeitlichem Abstand wurde ein Ausplaudern freilich immer unglaubwürdiger. Gleichzeitig war mein Standing in der Fraktion gewachsen. Ich bin letztlich auf Vermutungen angewiesen. Auf Altersmilde bei Wehner konnte ich jedenfalls nicht zählen. Ich verlegte mich aufs **Publizieren**. Ein Essay mit dem Titel "Politik und Korruption", in dem ich in ganz

allgemeiner Form das Thema anging, hatte ich 1976 an die Redaktion der "Frankfurter Hefte" geschickt ( Dok. 2 ). Er wurde abgelehnt, die Frankfurter Hefte fusionierten wenig später mit der Zeitschrift "Neue Gesellschaft", die von der Friedrich Ebert Stiftung herausgegeben wurde (Chefredakteur: Herbert Wehner).

### Herbert Wehner

Ich war nicht der Einzige, der an Herbert Wehner litt, beileibe nicht. Unzählige Leichen säumen seinen Weg - bildhaft gesprochen. Es gab Abgeordnete, die schon nach dem ersten Gespräch mit ihm jedes weitere Fortkommen vergessen konnten. Sie merkten es nur nicht immer gleich, langjährige Beobachter schon. Er setzte die **Ausgrenzung** und politische Vernichtung gezielt als Machtinstrument ein, ebenso wie seine Wutanfälle. Das hatte er bereits in den 20er und 30er Jahren bei der KPD gelernt. Aber die SPD als Ganzes profitierte davon. Mit eiserner Hand führte er sie 1966 in die Große Koalition und hielt sie bis 1982 an der Macht. Ob das jemand anderem gelungen wäre, steht dahin. Abweichler in der Fraktion und Partei überzog er mit Strafaktionen, irgendwann gaben sie auf und verschwanden von der politischen Bühne.

Er überdauerte einfach alles und alle: Nicht nur 1974 den Sturz Karl Wienands, mit dessen Schicksal er sich doch so eng verbunden hatte: "Wenn er geht, gehe ich auch". Willy Brandt musste nach der Guillaume-Affäre am 6. Mai 1974 abtreten, Wehner hatte mitgeholfen. Als Wienand einige Monate später fiel, schien Wehner einen Augenblick beunruhigt, dass **Helmut Schmidt**, inzwischen Kanzler, ihn kippen könnte; aber Schmidt wollte nicht. Schmidts Beziehung zu Wienand war ebenfalls sehr eng, Wienand hatte stets zwischen Schmidt und Wehner vermittelt und gewissermaßen als Brücke gedient. In der SPD-Troika: Schmidt, Brandt und Wehner war es Wehner, der Brandt immer die Schuld zuschob, wenn etwas schief lief. Die Szenen in der Fraktion, in denen Wehner grimmig auf den versteinerten Parteivorsitzen Brandt zeigte, um ihn für alles Mögliche

verantwortlich zu machen, sehe ich noch heute bildhaft vor mir. Auf die Fraktion und Wehner konnte sich Schmidt verlassen. Wehner wusste auch, dass er als ehemaliger Kommunist nicht selber Kanzler werden konnte und dass ihm ein zweiter Kanzlersturz nicht möglich war.

Wehner ist und bleibt, trotz Wienand und allem Negativen und Dunkeln, unbestritten einer der **überragenden Politiker** der deutschen Sozialdemokratie. Mit Ausnahme Skandinaviens wurde er im Ausland, in den angelsächsischen Ländern, in Frankreich wenig geschätzt. Der Mann erschloss sich nicht entlang den allgemein üblichen Kategorien und Kriterien. Er war das Gegenteil eines glatten, stets lächelnden, verbindlichen Politikers heutigen Typs. Er bleibt ein Einzelfall, eine Art Findling aus den Urgründen deutscher Politik. In ihm kristallisierten sich alle Irrungen und Wirrungen deutscher Politik des vergangenen Jahrhunderts, die Verwundungen aber auch die geballte Aggressivität, etwas Polterndes und Barsches. Er war in seiner Art sehr deutsch. Irrational war er allerdings nicht: unbeirrbar verfolgte er die deutschen Interessen, die er in seiner Sozialdemokratie als Nachfolgerin der Arbeiterbewegung am besten verkörpert sah. Am ehesten haben das wahrscheinlich noch die Russen verstanden.

In der Politik lernt man oder geht unter. Irgendwann Ende der 70er Jahre war mir klar geworden, dass ich an Wehner und seinem Geschäftsführer Jahn nicht vorbeikam. Ich musste mich arrangieren, freilich ohne in Sachen Karl Wienand etwas zurückzunehmen. Geholfen hat mir meine Kandidatur für den Bundestag 1980 in Biberach / Oberschwaben, wo ich in einem sicheren CDU-Wahlkreis ohne tragfähige Absicherung auf der Landesliste, d. h. ohne Aussicht in den Bundestag gewählt zu werden, für die SPD Wahlkampf machte. Alex Möller, ehemaliger Bundesfinanzminister und "Ehrevorsitzender" der baden-württembergischen SPD, legte danach ein gutes Wort für mich ein. Für den "Spiegel" schrieb ich im Sommer 1981 einen Artikel über Herbert Wehner, in dem ich besonders auf seinen antifaschistischen Kampf und seine Zeit als Kommunist in Moskau abhob. Dafür

hatte ich Wehner immer hoch geschätzt und machte in dem Essay auch keinen Hehl daraus ( Dok. 3 ). Das **Dunkel um Wehner** zu lüften, ist mir freilich in diesem Artikel auch nicht gelungen. Vielleicht hat ihn Augstein deshalb nicht genommen. Aber eine Kopie hatte ich Herbert Wehner zugespielt.

Wie auch immer: Gerhard Jahn unterstützte jetzt meinen Einstieg in das Auswärtige Amt (AA). Der Vertrag mit dem AA war zunächst befristet. Wäre die SPD nicht schon im Herbst 1982 durch eine schwarz-gelbe Koalition unter Helmut Kohl abgelöst worden, hätte wahrscheinlich schon damals die Übernahme ins Auswärtige Amt in eine dauerhafte umgewandelt werden können. Ich hatte also die lange **Durststrecke** überstanden und dem Zorn Wehners getrotzt, ohne in Sachen Wienand auch nur ein Jota nachzugeben. Ob erste Auswirkungen der Alzheimer Krankheit Wehners schon 1981 eine Rolle gespielt haben könnten, weiß ich nicht. Wehner war nicht irgendwer. In meinen Augen war das ein großer Sieg. Nach meiner Kenntnis können das nur ganz wenige von sich sagen. Mein Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein war damit gewaltig gewachsen.

Wie ich erfuhr, hat mein unveröffentlichter Artikel Wehner veranlasst, seine 1946/1947 verfassten Erinnerungen über seine Zeit als Kommunist, die bisher als "Graue Mappe" im Giftschränk gelegen hatten, unter dem Titel "Zeugnis" zu veröffentlichen. Ich erhielt ein Exemplar mit der persönlichen Widmung: "Guntram von Schenck mit besten Wünschen und in Dankbarkeit, Herbert Wehner, 8.VI. 82".

Wenn es richtig ist, dass das Leben vorwärts gelebt, aber rückwärts verstanden wird, bleiben doch einige Fragen: Wie hätte ich mich in Sachen Wienand anders entscheiden oder verhalten können, ohne unter den gegebenen Umständen ganz aus der Politik auszuschneiden und ohne 1972 den Wahlkampf Willy Brandts zu beeinträchtigen? Welchen Hinweis hätte mir wohl ein Niccolò Machiavelli gegeben? Carlo Schmid, einer der Väter des

Grundgesetzes und 1972 Vizepräsident des Deutschen Bundestages, der Herbert Wehner aus zwei Jahrzehnten gemeinsamer Politik an der SPD-Spitze kannte, aber kaum um die Details der "causa Wienand" wusste, hatte mir warnend geraten, bis zum Ende bei Karl Wienand zu bleiben. Das konnte ich nicht, soviel **Zynismus** stand mir **nicht zu Gebote**. Was bleibt, sind zehn verlorene Jahre, die ich nie wieder aufholen konnte.



Fritz Mühlenweg, 1956

### III. Mühsal der Ebene

#### 4. Kapitel

##### 1973-1976: Hochschulpolitik/Publicationen

Willy Brandt setzte nach seinem fulminanten Wahlsieg 1972 die **Bildungspolitik** an die **Spitze der Reformen**. Junge tatendurstige Abgeordnete rissen sich um eine Mitgliedschaft im Bildungsausschuss des Bundestages. Hier wollten sie sich ihre Sporen verdienen und für höhere Aufgaben qualifizieren. Unter ihnen war Björn Engholm, später Bundesbildungsminister, dann glückloser Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und kurzfristig SPD-Bundesvorsitzender. Im Prinzip war ich mit meiner neuen Zuständigkeit für Hochschulpolitik genau da, wo sich so etwas wie ein Durchbruch zu einer neuen Zeit anzukündigen schien. Ein Blick in das Grundgesetz hätte die hochgespannten Erwartungen aber schnell dämpfen können oder müssen. Der Bund hatte in der Hochschul- und Bildungspolitik überhaupt keine Zuständigkeiten, die war Ländersache. Lediglich in der Berufsbildung hatte der Bund eine eigene Kompetenz. In der Hochschulpolitik sollte dem Bund eine Rahmenkompetenz Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Über Zuschüsse zum Hochschulbau, Mittel für Modellversuche und das Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) wollte sich der Bund weitere Einflussmöglichkeiten schaffen.

Im **Bundesrat** stießen die Vorstellungen der sozial-liberalen Reformen aber auf **wenig Gegenliebe**. Zum einen wollten die Länder ihre Zuständigkeit für die Bildungs- und

Hochschulpolitik keineswegs aufgeben, das galt für SPD/FDP-regierte Länder genauso wie für CDU/CSU geführte. Zum andern waren in den Ländern die Vorstellungen, welche Reformen sinnvoll und welche abzulehnen seien, sehr unterschiedlich. Die politische Ausgangslage war mithin keineswegs so günstig, wie sich die Parlamentsneulinge im Bildungsausschuss das vorgestellt hatten. Die politische Aufbruchstimmung begann auch bald zu bröckeln, Widerstand formierte sich. An der Universität Konstanz hatte ich schon erste einschlägige Erfahrungen sammeln müssen. Hier war ich vor meinem Einstieg in die SPD-Bundestagsfraktion für einige Monate Wissenschaftlicher Planer für die Reform der Juristen- und Lehrerausbildung gewesen. Die Reformansätze waren früh vom Stuttgarter Kultusministerium gebremst und dann blockiert worden. Außerdem war mit Waldemar Besson der Initiator und die treibende Kraft der Konstanzer Reformen leider viel zu früh verstorben. Auf Bundesebene hatte sich an den Hochschulen selbst eine Gegenbewegung im "Bund Freiheit der Wissenschaft" formiert.

Die konkreten Gesetzgebungsverfahren zur Hochschulreform auf Bundesebene erwiesen sich als viel zeitraubender und schwieriger als gedacht. Kein überschäumender Tatendrang, sondern umsichtige Detailarbeit war gefragt, die zugleich auch immer die finanziellen Möglichkeiten mit berücksichtigen musste. Das hieß konkret Mitsprache des Bundesfinanzministers, der früh auf die Bremse trat. Helmut Schmidt, bis zu seiner Wahl zum Bundeskanzler am 16. Mai 1974 Bundesminister der Finanzen, war kein Freund der aufbegehrenden Studenten gewesen. Einem **Linksruck der SPD** setzte er Anfang der 1970er Jahre hinhaltenden und hartnäckigen **Widerstand** entgegen. Das Visionäre, das die Regierungserklärung Willy Brandts ausmachte, war ihm - gelinde gesagt - fremd. Er stand in der SPD natürlich nicht allein. Die traditionell gestimmten Sozialdemokraten sammelten sich insbesondere in der Bundestagsfraktion bei den sog. "Kanalarbeitern", die von

Egon Franke angeführt wurden. In der Bundestagsfraktion stellten sie die bei weitem stärksten Bataillone. In den fraktionsinternen Wahlen sorgten sie gnadenlos dafür, dass die wichtigen Schaltstellen mit in ihrem Sinne zuverlässigen Genossen besetzt wurden. Obmann und Sprecher der Bildungspolitiker wurde mit Rolf Meinecke ein gestandener Kanalarbeiter, dessen Hauptaufgabe es war, den Reformdrang der "linken" Kollegen in "geordnete" Bahnen zu lenken, mit anderen Worten zu bremsen oder ggf. ein Stoppschild aufzustellen.

Rolf Meinecke, Mediziner von Beruf, war also so etwas wie mein direkter Chef. Ich sage "so etwas", weil ich ihn nicht so richtig als Chef akzeptierte und eigentlich machte, was ich für richtig und notwendig hielt. In der Anfangsphase kritisierte er einmal einen meiner Vermerke - ich weiß nicht mehr um was es genau ging. Jedenfalls konnte er ihn in minimal abgewandelter Form nach wenigen Tagen unter meinem Namen in der Zeitung noch mal lesen. Besonders erbost hat mich seine Weigerung, sich für die Umbenennung der Universität Düsseldorf in "Heinrich Heine Universität" einzusetzen. In Düsseldorf war Heine geboren, die Nazis hatten ihn aus dem kollektiven Gedächtnis der Deutschen zu löschen versucht. Wie die Universität heiße, sei doch egal, meinte Meinecke. Ist es aber nicht: heute heißt sie natürlich nach Heinrich Heine! Nach und nach arrangierte er sich mit mir und ließ mich machen. Ich publizierte unentwegt, zunehmend auch außerhalb meiner inhaltlichen Zuständigkeit der Bildungspolitik. Vielleicht dachte Meinecke: "Narren lässt man machen, die laufen sich von selber tot".

Die Hochschulpolitik wurde in den Augen der Fraktionsspitze ohnehin immer unbedeutender. In den Führungsgremien der Fraktion erhob sich jedenfalls stets ein ungeduldiges Murren, wenn ein Bildungspolitiker zu - meist längeren - Ausführungen ansetzte. (Ein ähnliches Phänomen konnte ich ein Jahrzehnt später gegenüber

Entwicklungspolitikern feststellen, teilte aber in diesem Fall die Meinung der Fraktionsmehrheit.) Der politische **Stellenwert der Bildungspolitik** sank in der SPD auf Bundesebene unaufhörlich, nach dem Regierungsantritt von Helmut Schmidt wurde er marginal. Sichtbares Zeichen war die Ernennung von Helmut Rohde zum Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Er hatte zuvor am Lautesten über die Bildungspolitik und ihre Vertreter im Bund gelästert. Unvergesslich sind mir seine Ansprachen: er fixierte einen Punkt an der Decke und setzte zu einem längeren Singsang in etwas überhöhter Tonlage an, während sein Kopf von leichtem Rot ins Purpurne wechselte. Wahrscheinlich habe ich bei ihm gelernt, schnell abschalten zu können. Er teilte bald das Los der von ihm so verachteten Bildungspolitikern.

### Integration der Jugend

Meine Rolle war aus der Sicht der führenden SPD-Politiker wohl die eines "**nützlichen Idioten**". Es gab wenige, die mit den Studenten in den Universitäten, in denen es in der ersten Hälfte der 1970er Jahre immer noch sehr turbulent zuing, einigermaßen kommunizieren konnten. So wurde ich als SPD-Vertreter unentwegt zu Diskussionen, Vorträgen, Versammlungen in die Hochschulen entsandt. Da meine hochschulpolitischen Aktivitäten noch nicht sehr lange zurück lagen, fiel es mir nicht schwer, die richtige Sprache zu finden. Mal defensiv, mal offensiv vertrat ich grosso modo die Meinung, dass die zunehmend verwaschenen Positionen der SPD immer noch besser wären, als die Strukturen der Vergangenheit und die Vorstellungen und Pläne konservativer Kräfte. Ich leistete damit einen gewissen Beitrag dafür, dass sich diese Studentengeneration mehrheitlich an der SPD orientierte, oder anders ausgedrückt, in die SPD integriert wurde. Ich war nicht allein: in der Hochschulpolitik taten z. B. Peter Glotz, späterer agiler SPD-Bundesgeschäftsführer, und Ottmar Schreiner ihr Mögliches. In der Rolle als Integrationsfaktor gab mir die Fraktionsführung viel Freiraum,

die vielen Dienstreisen wurden bewilligt, obwohl Gerhard Jahn, ab 1974 als 1. Parlamentarischer Geschäftsführer Nachfolger von Karl Wienand, manchmal Zicken machte. Auch meine Publikationen wurden geduldet, teilweise sogar gefördert (Anm. 4 ). Dr. Raabe, der Herausgeber und Verleger von "Die Deutsche Universitäts-Zeitung/ Hochschuldienst" hat mir seine Nachfolge angeboten, weil er in den Ruhestand treten wollte; ich habe abgelehnt.

Die Erfolge der Integration der kritischen Jugend waren nicht selbstverständlich. Ende der 1970er Jahre brach diese aus SPD-Sicht positive Entwicklung ab, und eine neue, andere Generation betrat mit den "**Grünen**" die politische Bühne. Das Hauptverdienst der Integration der jungen Generation kam bis dahin natürlich den Jungsozialisten (Jusos) zu. Zu ihnen hielt ich engen Kontakt. Der Konnex zur Hochschulpolitik war evident. Es ging jedoch auch um organisatorische Fragen von erheblicher parteipolitischer Brisanz. Schon im Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) in Bonn hatte ich 1966/1967 die Aktivitäten von Kommunisten orthodoxer Prägung kennen gelernt. Ihre Orientierung an der DDR und Moskau konnte nicht übersehen werden. An den Universitäten bildeten sie unter den linken Gruppierungen bald den sog. Spartakus und Stamokap-Flügel, der an immer mehr Universitäten Fuß fasste. Der SDS löste sich auf, aber im SHB spielte Stamokap eine immer größere Rolle. Anfang der 70er Jahre übernahmen sie im SHB die führende Rolle. Damit wurde der SHB als sozialdemokratische Studentenorganisation untragbar. Moskautreue Kampfkader wollten wir in der studentischen Nachwuchsorganisation nicht haben. Der Sozialdemokratische Hochschulbund sollte nicht als Durchlauferhitze für künftige KP-Funktionäre dienen. Ich schlug deshalb vor, den SHB als sozialdemokratische Studentenorganisation durch **Juso-Hochschulgruppen** zu ersetzen (Anm. 5). Diese Lösung lag auf der Hand, so wurde es auch gemacht. Die Juso-Hochschulgruppen gibt es bis heute.

## Hochschulrahmengesetz

Hochschulpolitik bedeutete auch viel inhaltliche Arbeit. Das Hochschulrahmengesetz (HRG) fiel in meine Zuständigkeit. Vom ersten Referentenentwurf bis zur Verabschiedung habe ich dieses Gesetz auf seinen verschiedenen Stationen begleitet. Zahllose sogenannte **Berichterstatter-Gespräche**, Koalitionsverhandlungen, Bund-Länder Abstimmungen mit den SPD geführten Ländern auf allen Ebenen, Sondierungen mit der CDU/CSU gingen seiner Verabschiedung im Bundestag voraus. Wichtige Detailfragen, wie z. B. die Personalstruktur der Hochschulen, waren zu klären, Fachleute und Betroffene anzuhören, Positionen zu vertreten, Kompromisse zu schließen. Es war ein schier endloser Prozess. In der Zwischenzeit hatten sich die Gewichte im Bundesrat verschoben, was zu Hoffnungen oder auch Befürchtungen Anlass gab, da das HRG zustimmungspflichtig war.

Da es zwischen Bund und Ländern einen Dissens gab, wurden letztlich im **Vermittlungsausschuss** zwischen Vertretern des Bundes und der Länder die entscheidenden Regelungen getroffen. Im Vermittlungsausschuss wird ohne Beteiligung der Fachpolitiker unter Ausschluss der Öffentlichkeit entschieden. Die wichtigen Entscheidungen zu den strittigen Fragen fallen hinter verschlossenen Türen. Begründungen gehen hinterher nicht sehr weit über die Formel hinaus, dass "mehr eben nicht heraus zu holen war". So lief es auch beim HRG. Bundestag und Bundesrat konnten nur noch annehmen oder verwerfen - sie haben angenommen. In einem Buch habe ich unter dem Titel: "Das Hochschulrahmengesetz. Hochschulreform in der Gesellschaftskrise", Bonn 1976 Entstehungsgeschichte und Inhalt des HRG beschrieben (Anm. 6). Besprechungen gab es u.a. in der Frankfurter Rundschau (Anm.7).

Was bleibt ist die Erfahrung eines langwierigen, kontroversen Gesetzgebungsverfahrens, das ich mit all seinen Verästelungen kennen lernen konnte. Das ist eine wichtige, unersetzliche Erfahrung für jeden, der die **politische Realität** kennen lernen und nicht nur aus Bücherwissen schöpfen will. Gelernt habe ich auch, in welchen Freiräumen man politisch arbeiten kann, wenn bestimmte Grenzen nicht überschritten und ein - wenn manchmal auch nur abstrakter - Nutzen erkennbar bleibt. Lernen musste ich freilich auch, dass die extensive Nutzung von Freiräumen nicht unbedingt der Karriere förderlich ist. Der Mohr hat seinen Dienst getan, der Mohr kann dann gehen. Mit meinen Publikationen zur Hochschulpolitik hatte ich explizit und implizit Helmut Schmidt und seiner Deutung der Vorgänge und Ergebnisse wiederholt widersprochen. Das war allerdings nicht der Grund, warum ich mich von der Hochschul- und Bildungspolitik verabschieden wollte. Die Hochschulpolitik war für mich eine **Notlösung** gewesen, ein Abstellgleis, das ich so bald wie möglich wieder verlassen wollte.

## 5. Kapitel

### Parteien / Publikationen

Als Zeichen meines politischen Überlebenswillens begann ich zu publizieren. Darunter fiel auch das Schreiben für andere, für Abgeordnete und Mitglieder des Fraktionsvorstands oder der Regierung. Ich war eine Art "Ghostwriter". Das Schreiben unter fremdem Namen, gewissermaßen unter Pseudonym, ließ eine eigene Meinung oft nicht zu. Irgendwann fühlte ich mich dabei missbraucht und lieferte hin und wieder bewusst Mangelware. Das eigene Publizieren ist in der Politik im Grunde genommen nicht unüblich, aber exzessives Publizieren ist doch weniger gern gesehen. Es ist auch ein Zeichen der Schwäche. Wer viel publiziert hat es nötig: Er hat sonst keine ausreichende Gelegenheit, sich einzubringen, mitzumachen, mitzugestalten. In späteren Jahren, nach Überwindung meiner Durststrecke, brauchte ich das nicht mehr. Wenn dann hie und da besserwisserische Artikel auftauchten, dachte ich: Ja, ja, schreibt du nur... ! Bedeutung hatte das keine. Aber in den 1970er Jahren wollte ich mich nicht zum Schweigen bringen lassen. Danach habe ich mich nur noch punktuell zu einzelnen Fragen publizistisch geäußert. 30-40 Jahre später halte ich - nun im Ruhestand - einiges von dem, was ich in den 70er Jahren publiziert, doch und wieder für lesenswert.

#### Sozial-liberale Koalition

Ein Thema waren die **Parteien**. In der sozial-liberalen Regierungskoalition hatten 1969 Liberale und Sozialdemokraten ein Bündnis geschlossen, das keineswegs selbstverständlich war. Seit Beginn der Bundesrepublik waren

die Liberalen von 1949 bis 1966 eng mit der anderen "bürgerlichen" Partei, der CDU/CSU liiert gewesen, nach 1982 wieder. Ein Teil der FDP war 1969 zu den Konservativen übergelaufen. Es ging darum, die **sozial-liberale Koalition** über den Tag hinaus und fernab von tagespolitischen, taktischen Erwägungen stärker zu fundieren. In einem Aufsatz für die "Neue Gesellschaft", einer Monatszeitschrift, die der SPD nahe stand, begründete ich im Mai 1973 diesen Anspruch historisch und ideologisch (Anm. 8). In Kürze zusammengefasst ging es darum, das Streben nach Einheit und Freiheit Deutschlands, das in der Revolution 1848 gescheitert war, wieder aufzunehmen und zum Erfolg zu führen. Die Liberalen hatten sich unter Bismarck von diesen Zielen abgewandt, was mit ursächlich für deutsche Fehlentwicklungen wurde. Die sozial-liberale Koalition war deshalb historische Chance und Verpflichtung zugleich.

Die **CDU/CSU** war nach der Wahl 1972 tief gefallen. Sie hatte den Status der stärksten Partei verloren. Konnte sie bis zum Herbst 1972 hoffen, dass der Machtverlust nur eine Episode sei, so bildet die Wahl 1972 eine Zäsur. Der Machtverlust war dauerhaft, die Frage, wann dieser Zustand überwunden werden könnte, war völlig offen. In einem Artikel für die "Gesellschaftspolitischen Kommentare", die der CDU/CSU nahe standen, versuchte ich im Juli 1973 einen Beitrag zur Klärung zu leisten (Anm. 9). Mein Interesse an der CDU/CSU war staatspolitisch begründet; denn "eine Gesellschaft, die vom Wettstreit der Parteien lebt, nimmt Schaden, wenn eine ihrer großen Parteien eine passive, rückwärts gewandte Politik einnimmt ". Ich empfahl den Christdemokraten in einem "weit ausholenden Vorgriff ein Zukunftsbild unserer Gesellschaft und unseres Staates zu erarbeiten und politisch zu vertreten". Dazu nannte ich einige Problemfelder wie "Tradition" und "Priorität Europas". Dass ich mir über die Zukunft der Unionsparteien Gedanken machte, sorgte bei einigen Sozialdemokraten für Irritationen.

## Sozialistische Partei Frankreichs

Die Verbindung nach Frankreich hatte ich nie abreißen lassen und verfolgte die Entwicklung im Nachbarland aufmerksam. Das Schicksal der französischen Sozialisten, der Schwesterpartei der SPD, lag mir natürlich besonders am Herzen. So veröffentlichte ich in der "Zeitschrift für Politik", dem Organ der Hochschule für Politik München, 1978 einen längeren Beitrag über die "Sozialistische Partei Frankreichs" (Parti Socialiste), die nach einer langen Zeit des Niedergangs unter Führung von **Francois Mitterrand** vor einem Wiederaufstieg stand (Anm. 10). Gerade zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Aktualität verblüffend. Wieder sehen sich die französischen Sozialisten Fragmentierungen, Zerwürfnissen und Auflösungserscheinungen gegenüber. Ihre Positionierung in der Parteienkonkurrenz ist so schwierig wie damals.

Für die SPD mag interessant sein, wie sich die französischen Sozialisten mit den Kommunisten, der Parti Communiste (PC), auseinander gesetzt haben, die der PS von links seit vielen Jahren das Wasser abgegraben hatten. In der "**Union der Linken**", der "Union de la Gauche" verbündeten sich Sozialisten und Kommunisten und konnten 1980 die langjährige Vorherrschaft der Gaullisten und bürgerlichen Parteien brechen. Die Frage, vor der die SPD heute steht, ist - wenn nicht die gleiche - aber doch eine ähnliche: geht die SPD eine Koalition mit der Partei "Die Linke" ein, und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Mitterrand war es nach 1980 gelungen, die Kommunisten in der "Union der Linken" zurückzudrängen und zu marginalisieren. Kopieren kann man das Verfahren Mitterrand freilich nicht, kopieren geht meistens schief.

## Europäische Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie hatte sich nicht nur in Deutschland und Frankreich zu bewähren, sondern auch in Europa. Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 veranlassten mich, die Positionen der Sozialdemokratischen und Sozialistischen Parteien in einem Überblick dazustellen. In der Beilage "Aus Politik und Zeitgeschichte" zur Wochenzeitung "Das Parlament", die von der Bundeszentrale für politische Bildung in einer Auflage von rd. 100 000 herausgegeben wurde, stellte ich diese Parteien vor, analysierte ihre Unterschiede und Gemeinsamkeiten vor der Direktwahl (Anm. 11). In der gleichen Beilage wurden die "Europäische Volkspartei" und die "Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten" von anderen Autoren beschrieben. Die Sozialistischen und Sozialdemokratischen Parteien waren die ersten gewesen, die in der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) zusammengearbeitet hatten. In der Sozialistischen Internationale hatten sie schon seit vielen Jahrzehnten eine Zusammenarbeit erprobt, die über Europa hinausging. Nun konnten sie auf diese Erfahrungen aufbauen.

Wie selbstverständlich übernahmen **Sozialdemokraten und Sozialisten** eine **Motorrolle in Europa**. Differenzen untereinander gab es gleichwohl im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Kommunisten und das Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft (EG) zu den USA. Auch das Thema mediterraner oder nordischer Sozialismus spielte Ende der 1970er Jahre schon eine Rolle, es sollte im Zusammenhang mit der Einführung des Euro wieder virulent werden. Das Thema Zusammenarbeit mit Kommunisten hat sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion erledigt, das Thema USA ist mit "altem" und "neuem" Europa im Vorfeld des Irak-Krieges 2003 wieder aufgebrochen. Die Direktwahlen zum Europaparlament übten und üben weiterhin einen heilsamen Druck zur Annäherung und Vereinheitlichung

divergierender Meinungen aus. Ein noch größerer Druck könnte nicht schaden, Europa bleibt eine Baustelle und die Entwicklung ist noch lange nicht abgeschlossen.

## Parteiprogramme

Ein letztes Mal habe ich mich parteipolitisch 1987 mit einer Publikation geäußert. Die SPD war nach dem Machtverlust 1982 in den ersten Jahren der Regierung Kohl in ein tiefes Loch gefallen. Es wollte einfach nicht gelingen, die Partei, die von wiederkehrenden Krisen geschüttelt war, zu stabilisieren. Parteivorsitzende und Kanzlerkandidaten lösten sich in kurzen Abständen ab. Nur in der SPD-Bundestagsfraktion gelang es Hans-Jochen Vogel, straffe Korsettstangen einzuziehen und die Abgeordneten durch harte Oppositionsarbeit von der Misere abzulenken. In solchen Situationen wird meist versucht, durch eine Programmdiskussion eine neue Balance, ein neues Gleichgewicht zu finden. So auch in der SPD. Eine von der Partei eingesetzte Programmkommission mühte sich redlich und legte schließlich den sog. **Irseer Programmentwurf** vor. Ich bekam den Auftrag, den Entwurf zu erläutern, zu begründen, ja im Sinne der Autoren zu einer Art Diamant zu schleifen. Die vorbereitenden Papiere des Programmentwurfs hatte ich von Zeit zu Zeit flüchtig und mit Stirnrunzel gelesen.

Der Programmentwurf bestätigte alle meine Befürchtungen. Was ich las war einfach Mist und schlecht. Da hatten sich Genossen, die von Helmut Schmidt zurück- und abgedrängt worden waren, zusammengetan, um Rache zu üben. Die **Ära Bundeskanzler Helmut Schmidt** sollte mit dem neuen Programm schlicht getilgt, **ausgelöscht** werden. Da wurde nicht nur gegen die Atompolitik und den Nato-Doppelbeschluss heftig zu Felde gezogen, was z. T. vertretbar war. Sogar die Sitzblockade 1982 vor der Kaserne in

Mutlangen, wo die Mittelstreckenwaffen stationiert werden sollten, wurde explizit positiv gewürdigt. Nun hatte Helmut Schmidt sicherlich Fehler gemacht. Das Abbrechen des Dialogs mit der jungen Generation und die Entstehung der Partei "Die Grünen" hat er zum großen Teil zu verantworten. Etwas anderes war die pauschale Verdammung seiner Amtszeit. Wie sollte die SPD vor der Öffentlichkeit, vor den Wählern jemals wieder auf einen grünen Zweig kommen, wenn sie den von ihr gestellten Kanzler in Grund und Boden verdammt? Immerhin hatte Schmidt die Republik 8 Jahre lang regiert – in den Augen der deutschen und internationalen Öffentlichkeit meist mit Erfolg.

Ich verwarf den Entwurf ohne Wenn und Aber, der ganze Ansatz stimmte nicht. Mein Vermerk zu dem Programmentwurf zirkulierte in den Führungsgremien, eine knappe Woche hörte ich nichts. Wahrscheinlich haben sich andere ähnlich geäußert. Der Entwurf wurde zurückgezogen. Ich bekam neue Ordre, meine Einwände zu publizieren, diesmal unter eigenem Namen. Das habe ich getan unter dem Titel (der nicht von mir stammt): "Die richtigen Einsichten - aber nicht die Kraft sie durchzusetzen? Anmerkungen zum Irseer Programmentwurf" (Anm. 12). Die Redaktion der Zeitschrift kürzte noch, insbes. die Polemik. Nach der verlorenen Bundestagswahl 2009 sollte die **SPD nicht den gleichen Fehler wiederholen** und Schröders Agenda 2010-Politik verdammen. Die Hartz IV Reformen und die Rente mit 67, die im Geiste der Schröderschen Reformen zu Beginn der Großen Koalition beschlossen wurde, waren und bleiben richtig. Es kommt der Tag, an dem die SPD davon profitieren wird.

## 6. Kapitel

### Publikationen: Wirtschaft, Terrorismus, Philosophie, Geschichte

Mit **Wirtschaftsfragen** befasste ich mich nur am Rande. Zwar konnte mein Aufsatz "Leistung durch Demokratisierung" (Anm.13) durchaus auch auf die Wirtschaft bezogen werden, doch war er in seiner grundsätzlichen Ausrichtung zu programmatisch. Eine schwere Wirtschaftskrise hatte 1973 nach dem Ölpreisschock als Folge des Jom-Kippur-Krieges die Bundesrepublik erfasst. Die Arbeitslosenzahlen wuchsen während gleichzeitig die Inflation anstieg. In den Gewerkschaftlichen Monatsheften veröffentlichte ich 1975 einen Aufsatz zum Thema "Wirtschaftsdemokratie", in dem ich meine Vorstellungen zu einer Wirtschaftsordnung konkretisierte, die den Interessen der Menschen dient (Anm. 14). Die Frage nach den Regeln einer Wirtschaft, die im Dienst der Interessen der Menschen steht, und nicht zu deren Auslieferung an entfesselte Finanz- und Wirtschaftsinteressen degeneriert, ist durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 wieder hochaktuell geworden. Die Probleme haben sich von der Realwirtschaft auf die Finanzwirtschaft verschoben.

Es geht damals wie heute nicht um "Systemüberwindung" oder "Systemveränderung" sondern um Regelungen, die den **Menschen** aus der Lage des hilflosen Opfers befreien und zum **Nutznieser der Wirtschaft** machen. Die Wirtschaft ist keine Naturgewalt, die über die Menschen hereinbricht, sie ist Menschenwerk und kann nicht nur, sie muss entsprechend geordnet und reguliert werden. 1975 habe ich ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen, die von der Investitionslenkung,

der Mitbestimmung, der Überführung einzelner Produktionsmittel in Gemeineigentum bis zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand reichen. In der Bündelung dieser Maßnahmen, nicht in Einzelregelungen, sah ich die Möglichkeit, den Menschen wieder zum Herren des Wirtschaftsgeschehens werden zu lassen. Heute müsste das Konzept weiter entwickelt und neuen Gegebenheiten angepasst werden. Nationalstaatliche Regelungen reichen nicht mehr aus, die Lösungen müssen auf europäischer und internationaler Ebene gefunden werden. Der Aufsatz wurde seinerzeit von der Zeitschrift "Junge Kirche" nachgedruckt (Anm. 15).

## Terrorismus

Der **Terrorismus** war in den 70er Jahren sicher das schwierigste innenpolitische Problem, dem sich die Bundesrepublik konfrontiert sah. Die Studentenbewegung hatte sich ab 1969/1970 in verschiedene Strömungen und Gruppierungen aufgefächert, die sich heftig und unversöhnlich bekämpften. Die Gruppe um Bader, Meinhof und Ensslin ging früh zu Gewaltakten über, von denen sie sich eine grundlegende Änderung der Verhältnisse in Deutschland erhofften. So illusionär diese Vorstellung auch war, sie sahen darin einen selbstgegebenen Auftrag, für den sie nicht zögerten, das Leben Unschuldiger zu opfern und ihr eigenes Leben einzusetzen. Über das Stuttgarter Rechtsanwaltsbüro Croissant war auch Jörg Lang in die Sympathisantenszene geraten und wurde bald als Terrorist gesucht. Ich war ihm in Stuttgart und Tübingen als Sprecher der baden-württembergischen Gerichtsreferendare begegnet, eine Funktion, die ich gemeinsam mit ihm ausübte. Spätestens auf dem Höhepunkt der Terroranschläge 1977/1978 wurde klar, dass der Terrorismus nicht durch polizeiliche Mittel und strafrechtliche Maßnahmen allein besiegt werden konnte, sondern dass eine intensive und gesellschaftlich in die Breite gehende **geistig-politische Auseinandersetzung** notwendig

war, um den Terrorismus auszutrocknen.

Für die Spitzen der SPD-Bundestagsfraktion - die SPD stellte damals die stärkste Regierungspartei - schrieb ich Vermerke, die die Bedeutung der geistig-politischen Auseinandersetzung hervorhoben. Gleichzeitig zeigte ich eine mögliche Argumentationskette auf, die ich dann teilweise in meiner Publikation in der Neuen Rundschau :"**Terrorismus als deutsches Phänomen?**" wieder aufnahm ( Anm. 16). Wichtig waren mir zwei Punkte. Der eine betrifft die ideologische Ausgangslage in der Studentenbewegung 1969/1970, die heute vielleicht haarspalterisch erscheint, es damals aber nicht war. In der Studentenbewegung gab es eine Trennlinie zwischen denen, die auf die Arbeiterschaft als "revolutionäres Subjekt" setzten, und denen, die die Arbeiterbewegung als revolutionäres Subjekt abgeschrieben hatten. Letztere erhoben andere gesellschaftliche Kräfte zum "revolutionären Subjekt", die das erforderliche revolutionäre Bewusstsein hätten, wie z. B. die Studenten. Erstere fanden bald den Weg in die SPD oder landeten bei den orthodoxen Kommunisten. Terroristische Gewalt war dort nur in der Abgrenzung zu intellektuellen Marktschreibern und deren Aktionen ein Thema.

Anders die selbsternannten revolutionären Studenten. Aus ihnen rekrutierten sich verschiedenste Gruppen und eben auch die Terroristen. Sie stiegen - in der damaligen Sprache - aus dem von Karl Marx vorformulierten notwendigen, geschichtlichen Prozess aus. Dort musste man also u. a. ansetzen und den Terroristen, die sich als marxistische Revolutionäre verstanden, das eigene, marxistische Lied vorsingen, um sie zurückzuholen. Das allein reichte natürlich nicht aus, zumal die Ideologie bei den Terroristen der 2. und 3. Generation mehr und mehr an Bedeutung verlor. Der zweite Punkt ist die Beobachtung, dass sich der Terrorismus in den 1970er Jahren vor allem in Italien, Japan und Deutschland entwickelte, den Ländern, die den Krieg verloren hatten. In

Deutschland und Italien hatten Faschisten regiert, in Japan eine autoritäre kaiserliche Regierung. In den angelsächsischen Ländern spielte der Terrorismus als Folge der Studentenrevolte keine Rolle, in Frankreich nur eine marginale. Was ließ sich daraus ableiten, welche Möglichkeiten der Argumentation ergaben sich daraus? Mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger, hatte ich hierzu einen interessanten Briefwechsel. Auch er sah hier Verbindungslinien, für Historiker heute sicher eine interessante Frage. Mein Essay wurde in den vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebenen "Themen der Zeit" nachgedruckt ( Anm. 17).

Das Thema Terrorismus war für mich nach der "bleiernen Zeit" im Deutschland der 1970er Jahre nicht abgeschlossen. In Kairo, wo ich drei Jahre Vertreter der Friedrich Ebert-Stiftung war, holte es mich Anfang der 90er Jahre wieder ein. **Islamistische Fundamentalisten** machten in Ägypten Jagd auf Ausländer, Touristen wurden attackiert und getötet. Ein Bombenattentat wurde auf die Bank verübt, bei der ich mein privates und das Konto der Niederlassung der Friedrich Ebert-Stiftung führte. Eine Warnung war hinterlassen worden, dass alle Ausländer sofort Ägypten verlassen sollten, wenn sie nicht ihr Leben riskieren wollten. Eine Zeitlang bestand die Befürchtung, die Entwicklung könnte wie in Algerien verlaufen, wo zur gleichen Zeit bürgerkriegsähnliche Zustände zwischen der Regierung und radikalen Islamisten herrschten.

Ich kam in **Kontakt mit Verantwortlichen der ägyptischen Terrorabwehr**, deren Arbeit in Ägypten sehr erfolgreich war. Der Druck, den sie auf die Terroristen ausübten, zwang diese zum Ausweichen ins Ausland, darunter künftige al-Qaida Kader. Die Warnung, dass diese in Westeuropa und den USA neue Terrorzellen aufbauten, gab ich weiter. Mit Ägyptens oberstem Richter, Al-Ashmawy, der auf der Hitliste der Terroristen an erster Stelle stand, unternahm ich 1993 eine **Informationsreise nach**

**Deutschland.** Wir führten u. a. einschlägige Gespräche im Bonner Innenministerium. Man hörte uns geduldig an; ob damals schon Konsequenzen gezogen wurden, entzieht sich meiner Kenntnis. Zusätzlich veröffentlichte ich 1994 einen Artikel unter dem Titel "Die Angst des Westens vor dem Islam" (Titel stammt nicht von mir), in dem ich vor dieser Gefahr gewarnt habe ( Dok. 4). Am 11. September 2001 ist sie mit dem Angriff auf das World Trade Center in New York auf schreckliche Weise Realität geworden.

## Philosophie

Die **Philosophie** hatte mich schon früh in ihren Bann gezogen. Besonders in Tübingen hatte mich Ernst Bloch zutiefst beeindruckt. Mit der Wucht eines alttestamentarischen Propheten hatte er das "Prinzip Hoffnung" aufgerichtet und in einem dreibändigen Werk schriftlich niedergelegt, das eine Initialzündung bei mir auslöste. 1975 war mir das "Marxistisch-leninistische Wörterbuch der Philosophie" in die Hände gefallen, das in der DDR neu herausgegeben worden war. Unter dem Titel "Philosophie als Funktion der DDR-Politik" kommentierte ich im "Deutschland Archiv" (Anm. 18) einige der Stichwörter. Die Philosophie hatte in den kommunistischen Ländern eine systemkonstituierende Bedeutung. Jede Abweichung von der offiziellen Linie bedrohte das gesamte Gebäude von Staat und Gesellschaft. Philosophie war im Ostblock Staatsaffäre, die Philosophie war operativ ein Instrument des politischen Kampfes. Dem "Prager Frühling", verschiedenen "Konvergenztheorien" oder "**Alternativen zum realen Sozialismus**" wurden in dem "Philosophischen Wörterbuch" klare Absagen erteilt. "Marxist sei nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt" - so das Wörterbuch. Natürlich fielen die häufige Bezugnahme zur Sowjetunion und den "vorbildlichen Beschlüssen der KPdSU" auf. Heute ist das alles nur noch für Historiker interessant. Mitte der 70er Jahre, mitten im Kalten Krieg, hatten das

Wörterbuch und meine Kommentare jedoch unmittelbaren politischen Bezug.

Im Anschluss an eine Diskussion über das **Verhältnis von Wissenschaft und Politik**, Politikberatung und politischer Praxis war ich aufgefordert worden, für einen Sammelband einen Beitrag über die Figur des "**Königsphilosophen**" **Platons** zu liefern. Das Problem der Einheit von Theorie und Praxis hatte mich schon immer fasziniert. Der griechische Philosoph Platon hatte es dadurch gelöst, dass er den Philosophen, der das Wissen seiner Zeit in sich aufgenommen hatte, zum Herrscher einsetzen wollte. Nur ein Weiser sollte König werden und Herrscher sollten philosophisch ausgebildet sein. Platon schwebte eine Personalunion vor. Wie man aus der Geschichte weiß, ist Platon mit dieser Idee persönlich grandios gescheitert. Nur durch Flucht entging er in Sizilien der Versklavung, als er im 4. Jahrhundert v. Chr. Dionys, den Tyrannen von Syrakus, auf diesen Weg führen wollte. Als modernere Vision der Idee Platons habe ich dafür plädiert, dass möglichst viele ausgewiesene Wissenschaftler in der Politik eine führende Rolle spielen sollten. Die eindrucksvolle Zahl von Professoren in führenden Positionen z. B. in der SPD, eingebunden in die Fortschrittsidee des demokratischen Sozialismus, schien mir eine gute Voraussetzung zu sein (Anm. 19).

## Geschichte

Die **Geschichtswissenschaft** hatte ich in jenen Jahren nicht völlig ad acta gelegt. Das Mittelmeer, das ich als Jugendlicher vielfach durchstreift hatte, fesselte mein Interesse. Der **griechisch-türkische Konflikt** belastete, insbes. nach der Besetzung eines Teils von Zypern durch die Türkei 1973, das NATO-Bündnis immens. 1974 hatte Griechenland seine Streitkräfte dem NATO-Oberkommando entzogen, die Türkei

schloss mehrere US-Stützpunkte und Beobachtungsstationen. Die Grenze zwischen beiden Ländern war gesperrt. Okzident und Orient, griechische Christen und türkische Muslime, trafen aufeinander, ein Spannungsverhältnis, das über den aktuellen Konflikt hinaus ging. Ein deutscher Schlager von Udo Jürgens: "Griechischer Wein..." hatte sogar unter den in Deutschland lebenden Türken Irritationen ausgelöst. Ich habe in der Zeitschrift "Geschichte in Wissenschaft und Unterricht" (Anm. 20) die griechisch-türkischen Beziehungen beginnend mit der entscheidenden Niederlage der Byzantiner gegen Turkstämme in der Schlacht von Malazgirt im Jahre 1071, über die Eroberung Konstantinopels 1453, den griechischen Befreiungskrieg zu Beginn des 19. Jahrhunderts, den griechisch-türkischen Krieg nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Ausgleich zwischen Venizelos und Atatürk 1923 aufgearbeitet. Den Abschluss bildete die aktuelle Lage des Streits um Zypern, um den Festlandssockel in der Ägäis und die Remilitarisierung der ägäischen Inseln.

## 7. Kapitel

### Außenpolitik und Publikationen: Mittelmeer, Eurokommunismus, USA, Rüstungsexport/Nahost, Nachrüstung

Der Außenpolitik galt schon in den frühen 1970er Jahren mein wachsendes Interesse. Ich musste mich damals tagaus, tagein mit linken Studenten, visionären Bildungspolitikern auf der einen und den sog. "Kanalarbeitern", der Traditionstruppe der SPD, auf der anderen Seite herumschlagen. Das war eng und unbefriedigend. In der Außenpolitik konnte ich zumindest gedanklich in die weite Welt ausschweifen. 1974 war mir aufgefallen, wie prekär die Lage des westlichen Bündnisses im **nördlichen Mittelmeerraum** war. Der griechisch-türkische Konflikt destabilisierte das Bündnis im Osten, Jugoslawien zeigte erste Risse, die von einer offensiven Moskauer Politik ausgenutzt werden konnten, in Italien gewannen die Kommunisten der KPI ständig an Einfluss, die italienischen Christdemokraten zeigten Abnutzungserscheinungen und Schwäche, in Spanien war nach dem Tod des Diktators Franco ein unblutiger Übergang zu einem demokratischen Staatswesen ungewiss und in Portugal hatte nach dem Sturz der Militärdiktatur und der Liquidation des kolonialen Erbes eine Entwicklung mit vielen Imponderabilien eingesetzt. Ich fasste diese Beobachtungen in einem Aufsatz für die Zeitschrift "Aussenpolitik", Hrsg. u. a. von Walter Scheel, Carlo Schmid, Helmut Schmidt und Richard von Weizsäcker, unter dem Titel "Westeuropa und das nördliche Mittelmeer" zusammen, der im Frühjahr 1975 auf Deutsch und Englisch erschien (Anm. 21).

Als Lösung schlug ich eine eigenständige europäische Politik im Mittelmeerraum vor. Hier ein Zitat aus dem

Aufsatz: "Das Verhältnis der EG zu den USA in diesem Raum kommt deshalb besondere Bedeutung zu. Der Möglichkeiten für Missverständnisse sind viele. Wer sich an den letzten Nahostkrieg und die Vorwürfe Kissingers an die Adresse der Europäer erinnert, als diese eine eigene Stellungnahme formulierten, wird mit einiger Skepsis in die Zukunft blicken. Dennoch wird es darauf ankommen, die Führung der USA zu überzeugen, dass der Freiheit der westlichen Welt langfristig mehr gedient ist, wenn die Europäer in diesem Raum ihre eigene Politik betreiben, auch wenn dies kurzfristigen Interessen der USA zuwiderzulaufen scheint. Das wird gerade im Hinblick auf die Ölinteressen im Nahen Osten nicht einfach sein, doch gebieten der Selbsterhaltungswille Europas und die gemeinsamen Grundlagen der westlichen Welt, diesen **Ausgleich mit den USA** zu suchen und zu erreichen". Diese Sätze würde ich auch heute - mutatis mutandis - wieder schreiben. Die Interessen Europas und der USA sind im Mittelmeerraum unterschiedlich, aber nicht gegensätzlich. Um den Ausgleich muss stets neu gerungen werden, nur gemeinsam sind die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen.

### Eurokommunismus

1975 wurde im Parteivorstand der SPD eine kleine Gruppe unter Vorsitz von Horst Ehmke, dem ehemaligen Kanzleramtsminister Willy Brandts, eingesetzt, die sich mit dem sog. "**Eurokommunismus**" befassen sollte. Auch ich wurde in diese Gruppe berufen, eine Aktivität, die ich vor den Bildungspolitikern sorgsam verbarg. Wir sollten die interne Entwicklung in den europäischen, kommunistischen Parteien beobachten und, wenn möglich, in unserem Sinne beeinflussen. Das war hochinteressant, insbesondere die Entwicklung der KPI in Italien, die sich zumindest nach außen hin den Anschein einer Sozialdemokratisierung gab. Die KPI hatte seit dem Einmarsch der Roten Armee in Prag 1968 die Fixierung auf Moskau gelöst. Den regierenden italienischen

Christdemokraten hatte sie einen "historischen Kompromiss" angeboten. Unsere Gesprächskontakte wurden nach und nach intensiver. Allerdings störte uns die mangelnde innere Demokratisierung der KPI, die Organisationsstruktur der KPI blieb noch lange Zeit die einer kommunistischen Partei. Schwerpunktmäßig kümmerte ich mich um die KP Frankreichs, die sich allerdings sehr viel weniger bewegte als die Italiener, mithin auch weniger interessant war. Ebenfalls mit Interesse verfolgten wir die Entwicklung der Kommunistischen Partei in Jugoslawien, aber auch die der Ostblockstaaten. Die Kluft, die sich zwischen offizieller Rhetorik und persönlichen Einschätzungen einzelner, auch führender Mitglieder auftat, mit denen wir Kontakt hatten, war bald nicht mehr zu übersehen. Als Vorboten der Implosion von 1989 konnten wir diese Anzeichen in der Mitte der 70er Jahre allerdings noch nicht erkennen.

### Ein schwieriger Chef

Nach der Bundestagswahl 1976 konnte ich von der ungeliebten Bildungspolitik endgültig Abschied nehmen und auch offiziell zur Außenpolitik überwechseln. Im Büro des Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, **Horst Ehmke**, der für die Außenpolitik verantwortlich zeichnete, konnte ich diesen Interessen nunmehr offen nachgehen. Ehmke war damals allerdings in einer schwachen Position. Mit Helmut Schmidt hatte er sich in seiner Zeit als Kanzleramtsminister dauerhaft überworfen. Auch dem Fraktionschef Herbert Wehner, der 1976 wieder gewählt worden war, war Ehmke negativ aufgestoßen, weil er aus Sicht Wehners mit von Bundeskanzler Willy Brandt abgeleiteter Autorität anmaßend und arrogant aufgetreten war. Die Fraktionsmehrheit hatte ihn nur mit knapper Stimmenzahl gewählt, da er als Sprecher des linken Fraktionsflügels auftrat. Das war für viele überraschend, denn Ehmke war immerhin einer der Miterfinder des sogenannten "Radikalenerlasses". Ehmke nannte seine neue Position Mitte-Links. Als ich 1985 aus dem

Auswärtigen Amt und Damaskus wieder in die Fraktion zurückkehrte und Horst Ehmke als Stellv. Fraktionsvorsitzender weiterhin für die Außenpolitik zuständig war, blieb mir nichts übrig, als mich in der neuen Funktion als Arbeitskreisreferent wiederum mit ihm zu arrangieren. Helmut Schmidt war zwar 1985 nicht mehr Kanzler und Herbert Wehner nicht mehr Chef der Fraktion. Dafür hatte es sich Ehmke gründlich mit Hans-Jochen Vogel verdorben, der den Fraktionsvorsitz übernommen hatte und bald auch SPD-Parteivorsitzender wurde

Deshalb einige Worte zu Ehmke selbst und zum Umgang mit ihm. Ehmke legte sich nach dem Motto "Viel Feind, viel Ehr" schnell mit allen an. Das ist in der Politik nicht unter allen Umständen schädlich, solange man klare Positionen vertritt und in Personalbeziehungen loyal bleibt. Das war bei Ehmke nicht der Fall. Es war erschütternd zu beobachten, wie er um kleiner und kleinster Vorteile willen jede **persönliche Loyalität** ohne Zögern **über Bord** warf. Er war dann nicht zu bremsen. Bei all seinen intellektuellen und politischen Fähigkeiten, bei all seiner Brillanz, stolperte er damit immer wieder über sich selbst. Niemand war vor seinen Rochaden und Rotationen sicher. Die Menschen, gerade Politiker vergessen das nicht. Ehmke verlor das Vertrauen, ohne das es auch in der Politik nicht geht. Das Gegenbeispiel ist Hans-Jürgen Wischnewski, dem sogar das Kunststück gelang, sowohl mit Helmut Schmidt als auch mit Willy Brandt durch alle Fährnisse hindurch ein ausgezeichnetes Vertrauensverhältnis zu bewahren - eben durch Loyalität und Konstanz.

Horst Ehmke, dem **äußerste Brutalität im Umgang mit Mitarbeitern** nachgesagt wurde - als neu ernannter Kanzleramtsminister sei er 1969 dort mit dem Maschinengewehr durch die Flure gelaufen - war kein einfacher Chef. Er war daran gewöhnt, ganze Ministerien bzw. das Kanzleramt zu dirigieren. 1977/1978 hatte er zeitweilig

nur noch mich. Ich erinnere mich an Arbeitsbesprechungen, wo er - mit den Armen hierhin und dorthin fuchtelnd - mir vielerlei Aufträge gab, die ich vielleicht als Leiter eines Ministerbüros mithilfe eines großen Apparats, niemals aber als Einzelperson ausführen konnte. Mit der Zeit gab sich das. Es ging weniger um Inhalte. Ständig musste man sich seiner Haut wehren und sich seinen Freiraum erkämpfen. Er ging immer bis zur Außenkante Ellenbogen, um seine Interessen, oder was dafür hielt, durchzusetzen. Seine norddeutsche, nassforschende Art - er war in Danzig geboren und aufgewachsen - ging mir ohnehin gegen die süddeutsche, südbadische Natur. So besann ich mich auf Verhaltensweisen, die er für "schwäbisch" hielt: ich ließ ihn auflaufen, leistete hinhaltenden Widerstand, gab immer Contra, riskierte Kräche. Auch hörte ich nicht auf, meine eigene Meinung zu publizieren. Ich verhielt mich formal immer korrekt, sagte und zeigte ihm immer vorher, was ich vorhatte. Meist hielt er es für schlecht geschrieben und/oder für taktisch wenig klug - letzteres wahrscheinlich manchmal zu recht. Allerdings war Ehmke selbst kein guter Schreiber und ein Großmeister gelungener Taktik auch nicht.

Es war unvermeidlich, dass ich auch oft und viel für ihn schreiben musste. Es war eine merkwürdige Balance, die damit endete, dass er mir sagte, er habe zwar "lange Zeit unter Schwaben gelebt und vieles erlebt, aber so etwas wie mich noch nicht". Er gab mir letztlich lange Leine. Ich kandidierte nebenher für den Bundestag, war oft "aushäusig" und vertrat außenpolitisch mitunter Meinungen, die sich mit seinen keineswegs deckten. Von Nachteil war für mich, dass Ehmke als Stuttgarter Abgeordneter aus dem SPD-Landesverband Baden-Württemberg weggeekelt worden war, sich in Bonn einen neuen Wahlkreis suchen und erobern musste, mir also in Baden-Württemberg für die Absicherung meiner Kandidatur in Oberschwaben auf der SPD-Landesliste nicht mehr behilflich sein konnte - wenn er es denn gewollt hätte. Ende der 1970er Jahre war es freilich schon eine Gewohnheit für mich, dass sich vermeintliche Vorteile meist in ihr Gegenteil

verkehrten. Ehmkes Name wirkte in Baden-Württemberg geradezu kontraproduktiv.

## Lateinamerika

1975 hatte ich eine Reise nach **Lateinamerika**, Peru und Bolivien, unternommen. Meist waren wir in den Anden, in Cuzco und am Titicacasee, gewandert und hatten auch mehrere Bergbesteigungen unternommen. Die Zeitungslektüre vor Ort hatte mich angeregt, die politische Situation von Peru zu analysieren. Das Ergebnis war ein Aufsatz über "Die peruanische Revolution", die ich in der Zeitschrift "Dokumente" (Anm. 22), Juni 1976, veröffentlichte. Peru war insofern interessant, als sich dort linke Militärs 1968 an die Macht geputscht hatten. Während unseres Aufenthalts hatte Francisco Bermudez Ende August 1975 General Velasco mit einem Staatsstreich abgelöst. Sein "Pronunciamento" konnte er vor der Konferenz der Blockfreien, die zu diesem Zeitpunkt in Lima tagte, vortragen, was ihm eine ungewöhnliche, weltweite Publizität gab.

Nach dem Sturz von Allende in Chile 1973 war Peru nach Kuba das politisch am weitesten links stehende Land Lateinamerikas. Der peruanische Weg war der einer "Revolution von oben", die die säkularen Probleme Perus zu lösen versprach: Bruch der Abhängigkeit von den USA und Verstaatlichung der Rohstoffvorkommen, Enteignung der rund 45 Familien, die sich den großen Teil des Grundbesitzes in Peru teilten, Verstaatlichung der Medien etc. Woran es der "Revolution von oben" bis 1975 mangelte, war die Unterstützung aus dem Volk. Die von der linken Militärregierung angestrebten Veränderungen setzten die Partizipation der Massen aber geradezu voraus. Es war 1976 nicht möglich vorauszusehen, ob die Militärregierung auf Dauer Erfolg haben würde. Heute wissen wir, dass das nicht der Fall war.

## USA

Das Verhältnis zu den USA war für jede Bundesregierung seit 1949 von entscheidender Bedeutung. Allerdings war das Verhältnis von Helmut Schmidt zu Präsident Carter nicht besonders gut. Carters Nachfolger, Ronald Reagan, stieß als ehemaliger Schauspieler in Europa, auch in Deutschland, auf Vorbehalte. Für die deutsche Politik ging es darum, das Verhältnis zu den USA unabhängig von Persönlichkeiten und deren Beziehungen wetterfest zu machen. Der Bundestag veranstaltete Anfang der 80er Jahre eine Anhörung, die das Verhältnis analysieren und Vorschläge zur Verbesserung und dauerhaften Stabilisierung erbringen sollte. Besonderes Augenmerk galt dem Generationswechsel in den USA und Deutschland, da viele Persönlichkeiten, engagierte und bewährte Stützen des transatlantischen Verhältnisses, dem Ende ihrer Karrieren entgegen sahen, bzw. dieses schon erreicht hatten. Eine Idee, die zwar schon einige Male artikuliert aber nie in die Tat umgesetzt worden war, war ein besseres Sich-Kennen-Lernen der Mitarbeiterstäbe der Parlamente beider Nationen. In den USA spielen die Mitarbeiterstäbe der Senatoren und der Abgeordneten des Repräsentantenhauses eine wichtige Rolle. Das gleiche gilt dort für die Stäbe der Fraktionen und der Ausschüsse. Sie leisten wertvolle, unersetzliche Arbeit unterhalb der Ebene der Parlamentarier selbst. Ähnliches gilt im Bundestag für die Mitarbeiter aller Fraktionen (Fraktionsassistenten), die vielfach in hohe und höchste Positionen des Regierungsapparats aufsteigen, sowie des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages. Sie sollten mit den KollegenInnen der jeweils anderen Seite zusammen gebracht werden.

Ich bemächtigte mich - wenn ich so sagen darf - des Themas, besorgte mir nach intensiver Vorbereitung mit Vertretern der Bonner US-Botschaft einen "Grant" des German Marshall Fund of the United States über einige tausend Dollar und machte mich daran, einen praktikablen

Vorschlag für die Durchführung eines Austauschs zu entwickeln. Der German Marshall Fund of the United States ist eine unabhängige Stiftung Deutschlands in Erinnerung an die Marshall-Hilfe nach dem 2. Weltkrieg, die nicht unerheblich zum schnellen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft beigetragen hatte. Der Grant reichte für eine mehrwöchige Reise nach Washington D.C., wo ich in beiden Häusern des Kongresses und im State Departement im März 1982 in vielen Gesprächen die Bereitschaft, Modalitäten und vor allem die Finanzierung des Projekts erkundete. Nach Rückkehr legte ich in Bonn ein Konzept vor, dessen Finanzierungsteil der schwierigste war.

Aber es klappte: der sog. "**Staffer-Austausch**" kam in Gang und besteht bis heute. Jährlich werden Mitarbeiter ("staffer") beider Parlamente für einige Zeit jeweils nach Washington und (heute) Berlin entsandt. Sie lernen den Parlamentsbetrieb bei uns und in den USA sowie seine Besonderheiten kennen und haben Gelegenheit, persönliche Kontakte zu knüpfen. Auf beiden Seiten wird dieser Austausch hoch geschätzt und intensiv genutzt. Nach Abschluss meiner Sondierungen in Washington hatte ich Gelegenheit, Vorträge mit Diskussionen an mehreren US-Universitäten der Ostküste zu halten. Der offene, tolerante Umgang selbst mit strittigsten Fragen war an diesen Universitäten für mich eine wertvolle Erfahrung. Am meisten interessierten Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle im Ost-West-Verhältnis, die in den USA seinerzeit völlig anders als in Deutschland beantwortet wurden. Argumenten gegenüber fand ich ein vollkommen offenes, vorurteilsfreies Publikum vor.

### Rüstungsexport

Rüstungskontrolle und Abrüstung waren Identität stiftende Themen, die das außenpolitische Denken der Sozialdemokratie beherrschten. Sie waren ein Markenzeichen der SPD. Wer sie bejahte, konnte auch dem **Rüstungsexport**

keine positive Seite abgewinnen. Der Rüstungsexport musste begrenzt und streng reguliert werden. Wenn überhaupt, war er nur mit wirksamen restriktiven Auflagen zu genehmigen. Vor allem in "Spannungsgebiete" war deutscher Rüstungsexport zu untersagen. Die Bundesrepublik war stolz, auf der Liste rüstungsexportierender Länder auf einem der hinteren Plätze zu stehen. Ob das immer klug und auf längere Sicht zu halten war, sei hier dahingestellt. Bundeskanzler Helmut Schmidt stellte jedenfalls diese bundesrepublikanische Binnensicht, die zum Teil auch ein Erbe des verlorenen Zweiten Weltkriegs war, in Frage. 1981 berichtete er von einer Anfrage aus Saudi-Arabien, dessen Regierung eine größere Zahl der in Deutschland produzierten Panzer Leo II kaufen wollte. Saudi-Arabien wollte sich aus der einseitigen Abhängigkeit von den USA lösen und sich auf mehrere Herkunftsländer stützen. Als pro-westlicher Staat kamen natürlich nur Militärgüter aus einem mit den USA verbündeten Staat infrage. Die Wahl fiel auf die Bundesrepublik. Schon die Tatsache, dass Schmidt überhaupt von dieser Kaufabsicht berichtete, legte nahe, dass er dem saudischen Wunsch nicht von vornherein negativ gegenüber stand. Damit stieß er eine Diskussion an, die die Frage des Rüstungsexports noch einmal im Zusammenhang mit den Themen Rüstungskontrolle und Abrüstung in den Vordergrund schob.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzte eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz ihres Abrüstungsexperten Egon Bahr ein, die Kriterien für den Rüstungsexport erarbeiten sollte. Die Diskussion war ziemlich abstrakt und verlor sich in Details, die für das große Publikum bald uninteressant wurden. Wiederum ging es nur um eine Binnensicht, die in der Begründung historisch-moralisch argumentierte. Das schien mir eine unzulässige Begrenzung des Themas zu sein. Die außenpolitischen Bezüge durften meiner Auffassung nach nicht ausgeblendet werden. **Egon Bahr** war damit einverstanden, dass ich hierzu etwas ausarbeitete. Mit Nahost-Fragen hatte ich mich die Jahre zuvor intensiv beschäftigt. Das Mittelmeer war immer meine

Domäne gewesen, es hat mich nie los gelassen. Natürlich witterte ich die Chance, mich zu profilieren. Das fertige Produkt übergab ich Bahr, ebenso wie Horst Ehmke. Ehmke las es immerhin und gab es mir mit der Bemerkung zurück, das sei ja alles ziemlich wirr. Auf meine Frage hatte er nichts dagegen, es zu veröffentlichen, wenn ich denn für eine Arbeit von mehr als 30 Seiten einen Abnehmer fände - woran er zweifelte.

Die Wochenzeitung "Das "Parlament" veröffentlichte die Arbeit in der Beilage "Aus Politik und Zeitgeschehen" am 4. April 1981 (Anm. 23) - Auflage rd. 100 000 unter dem Titel: "Die außenpolitischen Implikationen des Rüstungsgeschäfts mit Saudi-Arabien". Die Frankfurter Rundschau folgte am 6. April 1981 mit einem Nachdruck auf zwei Seiten (Anm. 24) - Auflage rd.150 000. Das erregte nun doch einiges Aufsehen. Egon Bahr musste bekennen, dass er die Arbeit in Händen gehalten aber nicht gelesen hatte. Herta Däubler-Gmelin, die Ehmke und mich im Aufzug im Bundeshaus traf, stichelte anzüglich, wer von uns beiden denn nun der Chef sei. Shimon Stein von der israelischen Botschaft erschien bei mir mit einem Protest - danach lud er mich mehrfach zum Essen ein. Von 2001 - 2007 war er später israelischer Botschafter in Berlin. Das Ergebnis von alledem war immerhin, dass die Frage des Rüstungsexports in Deutschland nun auf etwas breiterer Grundlage diskutiert wurde.

Das Thema ist ein Wiedergänger. 30 Jahre später, im Sommer 2011 (Juni/Juli) wurde die Frage eines Panzer-Exports nach Saudi-Arabien wieder aktuell, nachdem der Bundessicherheitsrat Pressemeldungen zufolge den Verkauf von 200 Leopard-2-Kampfpanzern an das arabische Königreich genehmigt hatte. Die Argumente haben sich kaum verändert.

## Nachrüstung

Die "**Entspannung**" im Ost-Westkonflikt und der Streit um die "**Nachrüstung**" waren die großen außenpolitischen Themen gegen Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre, die nicht nur in Deutschland sondern weltweit Aufmerksamkeit auf sich zogen. Die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition war von Anbeginn an von der christdemokratischen Opposition angegriffen worden, sie wurde als "Traumtänzeri", und "theologisches Dogma" kritisiert. Der Entspannungsprozess verlief nicht gradlinig, natürlich gab es Krisen. Es ging immer wieder darum, sich der Voraussetzungen und Modalitäten der Entspannungspolitik zu vergewissern. Die Friedenssicherung hatte oberste Priorität. Von deutschem Boden durfte nie wieder Krieg ausgehen; ein Krieg in Europa hätte zweifellos zur Zerstörung beider Teile Deutschlands, der Bundesrepublik und der DDR, geführt. Aber was an menschlichen Erleichterungen, Durchsetzung und Respektierung der Menschenrechte in der DDR und in Osteuropa erreicht werden konnte, lohnte jeden Einsatz. Was bei Erhaltung des Friedens für den konkreten Zusammenhalt der deutschen Nation getan werden konnte, sollte mit der Entspannungspolitik erkämpft und gewährleistet werden. Fritz Erler hatte in einer seiner letzten großen Reden am 29. November 1965 im Bundestag der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die Entspannung durch deutsche Gedanken so gefördert werden könne, "dass mit ihrer Hilfe die deutsche Frage einen Schritt voran gebracht wird". Das war der Kern dessen, was von der SPD geführten sozial-liberalen Bundesregierung in den 70er Jahren angestrebt wurde. In einem ganzseitigen Artikel in der sozialdemokratischen Zeitung "Vorwärts" (Anm. 25) habe ich das nochmals dargestellt.

Der Dezember 1979 markiert mit dem sog. Nachrüstungsbeschluss der NATO oder **NATO-Doppelbeschluss** (12. 12. 1979) und dem Einmarsch der

Sowjetunion in **Afghanistan** (26. 12. 1979) eine Zäsur im Entspannungsprozess. Der Streit um die Nachrüstung überschattete ebenso wie die sowjetische Besetzung Afghanistans die Ost-West Beziehungen der kommenden Jahre. Es ging jetzt darum, vom Entspannungsprozess unter den neuen Gegebenheiten so viel wie möglich zu retten. Der Streit und die Verhandlungen um die Nachrüstung betrafen ein kompliziertes und komplexes Thema, das in den öffentlichen Auseinandersetzungen und in den Medien selten adäquat behandelt wurde. Schnell schwappten die Emotionen über. Das Gleichgewicht der Rüstung, das die entscheidende Voraussetzung für die Entspannungspolitik war, wurde in Ost und West unterschiedlich gesehen, die Komponenten, die das Gleichgewicht ausmachten, verschieden bewertet. Die Interessen im Westen waren auch nicht in allen Punkten deckungsgleich. In der Bundesrepublik wurde u. a. eine Abkopplung befürchtet, die Deutschland zum vorrangigen Terrain eines möglichen atomaren Konflikts machen könnte. Frankreich hatte eine ganz andere Sicht der Dinge. Wiederum im "Vorwärts" habe ich in einem ganzseitigen Artikel die rüstungstechnischen Grundlagen der Entspannung analysiert (Anm. 26). Die Problematik der Mittelstreckenwaffen hatte alles Zeug, einen neuen gewaltigen Rüstungsschub in Ost und West auszulösen und damit zu einer dauerhaften Verschlechterung des Ost-West Verhältnisses zu führen. Der Streit um die Nachrüstung führte letztlich zum Bruch der sozial-liberalen Koalition 1982.

## 8. Kapitel

### Publikationen: Deutschlandpolitik

In Frankreich hatte ich während meines dreijährigen Studiums erlebt, mit welcher Selbstverständlichkeit und Unbefangenheit die **Werte und Interessen der Nation** das Leben der Franzosen bestimmten. De Gaulle löste Frankreich aus dem NATO-Militärbündnis heraus, um die Interessen Frankreichs besser wahren zu können. Die Gründe waren aus französischer Sicht völlig plausibel - und für mich ohne weiteres nachvollziehbar. Nach Deutschland zurückgekehrt fand ich eine satte Bundesrepublik vor, die ihre Identität im diffus bezeichneten "Westen" aufgehen zu lassen im Begriff schien. Der dicke Ludwig Erhard, Kanzler seit 1963, war die nicht zu übertreffende Galionsfigur dieser wieder zu Wohlstand gekommenen Gesellschaft. Churchill hatte sich ein Deutschland "fett und impotent" gewünscht, sein Wunsch war offensichtlich in Erfüllung gegangen. De Gaulle strafte Erhard mit Verachtung, ebenso wie, wenn auch aus anderen Gründen, Adenauer.

Der SPD war ich als Historiker über die Geschichte der Arbeiterbewegung näher gekommen. Kurt Schumacher, der erste Bundesvorsitzende nach dem Zweiten Weltkrieg, hatte mir imponiert. Im Ersten Weltkrieg hatte er als Soldat einen Arm verloren. Den größten Teil der Nazi-Herrschaft war er im KZ gefangen gehalten worden, wo er seine Gesundheit eingebüßt hatte. Schon 1945 begann Schumacher mit dem Wiederaufbau der SPD. Unbeirrbar war er für die deutschen Interessen eingetreten. **Adenauer** hatte er als "**Kanzler der Alliierten**" bezeichnet. Die West-Alliierten liebten diesen schroffen Mann nicht. Nach seinem frühen Tod hatte vor allem Fritz Erler Schumachers Politik fortgesetzt. In Erlers

Reden, die die nationalen Interessen nicht hintan stellten und die Bedeutung des Sozialen betonten, fand ich mich am ehesten mit meinen Vorstellungen wieder. Es ging mir um einen realistischen Ansatz in der Deutschlandfrage. Die Deutschland-Rhetorik der regierenden Christdemokraten erschien mir leer weil realitätsfremd. So war mein Eintritt in die SPD 1966 von Anfang an mit durch die nationale Frage motiviert.

Die von Willy Brandt eingeleitete Entspannungspolitik, mit der die Anerkennung der DDR einher ging, wurde von der christdemokratischen Opposition als Anerkennung der Spaltung Deutschlands mit allen Mitteln angegriffen. Man übersah dabei die Motive, die in der Anerkennung der Realitäten die Voraussetzung für den Erhalt nationaler Interessen, wie **menschliche Erleichterungen**, Begegnungs- und Reisemöglichkeiten, Kooperation im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich sahen. Die DDR blieb dadurch z. B. implizit Teil des Wirtschaftsraumes der Europäischen Gemeinschaft - ein kaum zu überschätzender Vorteil! So bescheiden das insgesamt auch immer klingen mag, es war die Voraussetzung dafür, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen in Ost und West lebendig blieb. Der Osten freilich sah in den Ostverträgen und der Anerkennung der DDR die definitive Regelung der deutschen Frage. Das galt wohl auch für die westlichen Verbündeten, die sich immer widerwilliger zu verbalen Zusicherungen im Hinblick auf die deutsche Einheit drängen ließen. Mit den Jahren begann in den westdeutschen Parteien abseits der verbalen Beteuerungen ebenfalls ein Prozess der resignierenden Hinnahme des **Faktums zweier deutscher Staaten**. Insbesondere die jüngere Generation, die Deutschland als Ganzes nicht mehr oder nur negativ im Krieg erlebt hatte, ging zunehmend von einer deutschen Zukunft in zwei Staaten aus. Einige, die sich besonders fortschrittlich wähten, propagierten das offensiv.

Es gab aber auch eine **Gegenbewegung**. In den Medien setzten sich u. a. Rudolf Augstein (Der Spiegel) und Axel Springer (Die Welt), in der Politik u. a. Alfred Dregger (CDU) und Egon Bahr (SPD) für eine Festigung und Neuverankerung des Nationalgedankens ein. Horst Ehmke hatte sich bereit erklärt, für "Die Welt" eine Artikelfolge zu dem Thema zu liefern. Wieder einmal musste ich die Feder zücken und einen Entwurf vorbereiten. Er fand zwar Anerkennung aber keine Gnade. Ehmke schrieb seinen Artikel selbst, was mir nur recht sein konnte. Ein paar Monate lag mein Entwurf in der Schublade, er tat mir irgendwie leid. Schließlich schickte ich ihn an die Redaktion von "Forum DS", die "Zeitschrift für Theorie und Praxis des demokratischen Sozialismus", das theoretische Organ der Jungsozialisten, hrsg. u. a. von Wolfgang Roth, Hermann Scheer, Karsten Voigt und Heidi Wieczorek-Zeul. Sie druckten ihn unter dem Titel: "Die deutsche Nation" (Anm. 27). Das war gut, denn ohne eine solche Verankerung in der Partei konnte man mit einem so belasteten Thema hart auf die Nase fallen.

Vorgestellt wurde der Aufsatz von der Redaktion wie folgt: "Nirgendwo in Europa ist es der Rechten so erfolgreich wie in Deutschland gelungen, sich der Öffentlichkeit als wahrer Anwalt der Nation zu präsentieren. Nirgendwo aber hat die **Rechte** mehr zur **Zerstörung des Ansehens einer Nation** in der Welt und ihrer Einheit beigetragen als in Deutschland. Der Artikel ruft die **Linke** auf, sich bewusst zu werden, dass sie weit mehr **historische und aktuelle Berechtigung** hat, sich zum **Anwalt der Nation in Deutschland** zu machen und einen Zustand zu überwinden, in dem es den Rechten immer wieder gelingt, die Nation als ihr Thema auszugeben". Damit nicht genug: die Frankfurter Rundschau übernahm den Artikel und druckte ihn auf zwei Seiten in Gänze ab (Anm. 28). Damit war ich da, wo ich am Beginn meines Engagements für die Sozialdemokratie sein wollte: im Herzen der nationalen Frage. Die Reaktionen waren freilich unterschiedlich. Einige

Kollegen zeigten mir den Vogel, weil ich an die "Wiedervereinigung" glaubte. Die Ebert-Stiftung veranstaltete Seminare zum Thema Nationalismus von rechts und links auf der Grundlage dieses Artikels. Ich selbst wurde mehrfach zu Vorträgen eingeladen.

Das Thema ließ mich nicht mehr los. Am 18. Oktober 1989 - es war der Tag, an dem Erich Honecker zurücktreten musste - veröffentlichte ich einen ganzseitigen Artikel in der Frankfurter Rundschau zur Deutschlandfrage (Dok. 5). Aus der Sozialdemokratie war ich mit diesem Artikel der Erste, der 1989 lautstark dazu aufrief, die **nationale Frage nicht den Rechten zu überlassen** und der für eine Politik in Richtung deutsche Einheit eintrat. Das war zu dieser Zeit keineswegs sozialdemokratischer Konsens, die Dinge waren im Schwimmen. Staunend, manchmal wie gelähmt, verfolgten wir die Ereignisse in der DDR und im Ostblock, die sich von Stunde zu Stunde zu überschlagen schienen. Es ging darum, die Richtung vorzugeben. Willy Brandt hat seinerzeit das Wort geprägt: "Nun wächst zusammen, was zusammen gehört". Oskar Lafontaine, damals die aufstrebende Führungsfigur der SPD, gab eine andere Richtung vor: die DDR sollte DDR bleiben. Die Geschichte gab Oskar Lafontaine Unrecht, die deutsche Einheit kam und Lafontaine verlor als SPD-Kanzlerkandidat 1990 krachend die erste gesamtdeutsche Wahl.

Es war meine letzte Publikation im Dienst. Die Jahre zuvor hatte ich mich schon vollkommen mit Publikationen zurückgehalten. Aber in Sachen deutsche Einheit wollte ich Flagge zu zeigen. Die öffentlich früh geäußerte Meinung in strittigen Fragen ist in der Politik selten von Vorteil, oft gereicht sie zum Nachteil. Der gewiefte Taktiker wartet, bis sich eine Mehrheit abzeichnet. Der Zweck des Publizierens hatte sich für mich ohnehin erfüllt, indem ich die lange Durststrecke des Zorns von Herbert Wehner überstanden hatte.

## IV. Wieder aufwärts

### 9. Kapitel

#### 1982-1985: Auswärtiges Amt, Botschaft Damaskus

Im Frühjahr 1982 traf ich in Damaskus/Syrien ein. Gerhard Jahn, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, hatte - wenn nicht im Auftrag, so doch mit Zustimmung Herbert Wehners - meine auf drei Jahre befristete Übernahme ins Auswärtige Amt (AA) unterstützt. Eine **Deutsche Botschaft** ist eine **kleine Welt** für sich, es muss nicht immer alles harmonisch zugehen. Hoffnungen, Interessen, Verhaltensweisen stoßen sich auf engstem Raum. Ich war ohne den üblichen Vorbereitungsdienst als Kultur- und Pressereferent angekommen und musste mich in dieser kleinen, fremden Welt zurecht finden. Viel Hilfestellung erhielt ich nicht, die allgemeine Tendenz der originären AA-Gewächse, d. h. derer, die den Vorbereitungsdienst durchlaufen hatten, war ohnehin zu beweisen, dass es ohne den Vorbereitungsdienst eben nicht ging. Aus ihrer Sicht war das auch irgendwie verständlich und nachvollziehbar - hatten sie doch bis zu zwei Jahre auf der Bonner Diplomatschule investiert. Zur Wahrung ihrer eigenen Interessen kultivieren die deutschen Diplomaten deshalb einen starken Korpsgeist, eine kompromisslose Abwehrhaltung gegenüber Externen, die sich bis zur offenen Feindseligkeit steigern kann.

## Politische Lage

Hilfreich war für mich die politische Lage, die ich in Syrien Anfang 1982 vorfand. Sie gab mir Gelegenheit, mich mittels politischer Berichte umgehend zu profilieren. Der **Aufstand der Islamisten in Hama** lag nur ein paar Wochen zurück. Das Baath-Regime unter Präsident Hafez Al-Assad war seinem Selbstverständnis nach säkularistisch, laizistisch. Dagegen beehrten die auch in Syrien aktiven Moslembrüder auf. Die Jahre zuvor hatten sie das Regime mit zahlreichen, blutigen Terroranschlägen zu erschüttern versucht. Hinzu kam, dass sich das Regime auf die Minderheit der Alawiten stützte, die von den Sunniten, die die Mehrheit des Landes stellten, nur bedingt als muslimisch anerkannt wurden. Anfang 1982 zettelten die Islamisten einen Aufstand in der mittelsyrischen Stadt Hama an, von dem sie hofften, dass er auf ganz Syrien übergreifen würde. Dem Regime gelang es jedoch, den Aufstand zu isolieren und niederzuschlagen. Militärverbände, die vorwiegend aus Alawiten rekrutiert waren, kesselten die Stadt Hama ein, legten die Innenstadt mit wochenlangem Artilleriebeschuss in Schutt und Asche und machten anschließend die Überlebenden nieder. Zwischen zwanzig - und dreißigtausend Menschen sollen dem Massaker zum Opfer gefallen sein. Die Nachwehen waren bei meinem Eintreffen noch überall spürbar. Ich bekam einen ersten Eindruck von den gewaltsamen Auseinandersetzungen, die die arabisch-islamische Welt in den folgenden Jahrzehnten prägen sollten.

Der vom israelischen Premier Menachem Begin und Verteidigungsminister Ariel **Scharon** am 6. Juni 1982 entfesselte **Libanonkrieg** war das zweite Ereignis, das mich in den Bann zog. Die Israelis waren bis zur libanesischen Hauptstadt Beirut vorgerückt. Damaskus griff militärisch nicht

direkt in den Konflikt ein, da sich die israelische Offensive primär gegen die palästinensische Präsenz im Südlibanon richtete. Hier hatte die Palästinenserorganisation PLO einen eigenen Staat im Staate errichtet. Damaskus war gleichwohl auf der Hut und sah sich bedroht. Syrische Flugzeuge, die von schlecht ausgebildeten Piloten geflogen wurden, waren über dem Libanon von den Israelis abgeschossen worden. Im September 1982 kam es im Süden Beiruts unter den Augen des israelischen Militärs zu den Massakern von Sabra und Schatila, bei denen einige Tausende Palästinenser von christlich-maronitischen Milizen niedergemetzelt wurden. Erst 1985 zogen sich die Israelis zurück, errichteten aber im Süden des Libanon eine sog. Sicherheitszone. Die Kriegsergebnisse machten damals Schlagzeile in der ganzen Welt. Für unsere Botschaft kam es darauf an, über Einschätzungen und Reaktionen der syrischen Regierung so zeitnah wie irgend möglich zu berichten, damit man sich in Bonn ein Bild aus eigenen Quellen machen konnte.

Der Berichtspflicht kamen wir nach. Eine Einarbeitung für meine Beiträge brauchte ich nicht. Das **Verständnis für Politik** und ihre Abläufe war mir - einschließlich meiner Aktivitäten in der Studentenzeit - in fünfzehnjähriger Lehrzeit gewissermaßen **in Fleisch und Blut** übergegangen. Durch Bücherlesen und Universitätsstudium kann diese Erfahrung nicht ersetzt werden, auch nicht auf der Diplomatenschule. Zwar gilt im AA die Zuständigkeit für Politik als das Höchste, daneben treten die Abteilungen für Personal, Wirtschaft, Recht und Konsularwesen, Kultur und Öffentlichkeitsarbeit eher in den Hintergrund. Gleichwohl verfügen im AA nur wenige über tatsächliche politische Erfahrung. Gerechterweise muss man hinzufügen, dass die deutschen Diplomaten auch wenig Gelegenheit haben, diese zu sammeln - ein Manko, das schon in der Bismarck-Zeit auffällig war. Die Weimarer Republik und die Nazi-Zeit konnten keine Abhilfe schaffen. Die alte Bundesrepublik konnte bis 1990 nur in Randbereichen eine

eigenständige Außenpolitik betreiben, so dass politische Befähigung, bzw. deren Fehlen, im AA nicht besonders auffiel. Ausnahmen bestätigen wie immer die Regel. Ich hatte infolgedessen ziemlich freie Bahn, solange mich der Botschafter machen ließ. Mit Presse und Presseberichterstattung als Aufhänger konnte ich sogleich loslegen, worüber sich der für Politik zuständige Kollege bald bitterlich beklagte.

### Botschaftsleben

Deutscher Botschafter in Syrien war Dr. Dr. Heribert Wöckel, ein Mann, der sich durch viele Stationen im Auswärtigen Amt hochgedient hatte. Eine Affinität zum Nahen Osten hatte er nicht, möglicherweise hatten zu viele Postenwechsel seine Neugier und Offenheit verschlissen. Übertrieben wäre sicher zu sagen, dass er sich in Syrien im Exil fühlte. Aber er wollte unbedingt die nächste Hierarchiestufe erklimmen, d. h. die Besoldungsstufe B 6, was nur über einen Postenwechsel möglich war. Das muss ihm nach meiner Wahrnehmung viele schlaflose Nächte und Kopfwahl bereitet haben. Es war das einzige Thema, das ihn leidenschaftlich werden ließ. Von ihm hörte ich auch erstmalig die Redewendung vom "inneren Reichsparteitag", wenn etwas besonders gut gelaufen war. Botschafter Wöckel war äußerst sparsam; Frau Wöckel kaufte zum Teil die Kleidung für sich und die Kinder auf dem Secondhand-Markt in Damaskus ein. Sie hatte als erste Frau im Fernsehen das "Wort zum Sonntag" für die katholische Kirche gesprochen. Wem in der Botschaft an einem wohlgesinnten Chef lag, besuchte am Sonntag die Messe.

Vor der Abreise hatte ich meine langjährige Lebensgefährtin, Traudl, geheiratet. In "wilder" Ehe war damals an ein Reüssieren im AA nicht zu denken, insbesondere eine Ausreise an eine Botschaft in einem arabischen, islamischen Land wenig empfehlenswert, schon

gar nicht als Externer. Das Thema kam dann gleich in meinem ersten Gespräch mit Botschafter Wöckel als Tagesordnungspunkt Nr. 1 zur Sprache und ich war in der glücklichen Lage, eine Eheschließungsurkunde vorweisen zu können. Die **gesellschaftlichen Zwänge** haben sich seither gelockert, das AA hat sich der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung angepasst. Heute werden sogar gleichgeschlechtliche Partnerschaften akzeptiert. Wie das in der Praxis mitunter funktionieren soll, ist mir unklar. Die Integration in das diplomatische Leben fiel mir leicht. Das bürokratische Klein-Klein an der Botschaft unterschied sich kaum oder gar nicht von dem anderer Behörden. Die Empfänge, die gesellschaftlichen Essen, der übliche "small-talk" waren eine Pflicht, die ich gerne wahrnahm. Ich traf auf ein gesellschaftliches Umfeld, das sich von meinem bisherigen deutlich abhob. Die Karriereorientierung gab es natürlich auch, aber sie war weniger brutal als in der Politik. Die Diplomaten schienen mir geistig offener, ihre Interessen breiter angelegt zu sein. Es gab unter den ausländischen Diplomaten in Damaskus einige sehr feine Köpfe, deren Umgang ich genoss. Ich atmete auf, ich atmete durch.

Es waren in Damaskus nicht immer und nur aufregende Zeiten. Das Botschaftsleben verlief oft in der Routine der Sitzungen, Gesprächen, Pflege der bilateralen Beziehungen in allen Bereichen, die uns zugänglich waren. Die notwendigen Urlaubsvertretungen in der kleinen Botschaft gaben mir einen guten Einblick in die anderen Geschäftsfelder. Während einer Urlaubsvertretung fiel mir die Aufgabe zu, den Auslieferungsantrag für Alois Brunner, alias Dr. Georg Fischer, alias... zu stellen. Alois Brunner war einer der wichtigsten Helfer von Adolf Eichmann gewesen und war (mit)-verantwortlich für die Verschleppung von hunderttausenden von Juden in die NS-Vernichtungslager. Es gab Informationen, dass er sich in Syrien aufhielt. Eine langjährige Ortskraft, eine mit einem Syrer verheiratete Deutsche (nichtentsandte Botschaftsmitarbeiterin) hatte mir

gesagt, dass Brunner früher Kontakte zur Botschaft gehabt habe und deren Angehörige mit in Deutschland üblichen Produkten - u. a. Kartoffeln, Sauerkraut, Würsten - versorgt hätte. Als sich herumsprach, mit was ich befasst war, konnte ich nichts mehr herausbekommen. Wir wollten Brunner vor deutschen Gerichten strafrechtlich zur Verantwortung ziehen. Die syrische Regierung hat die Auslieferungsnote nie beantwortet, geschweige denn Alois Brunner ausgeliefert. Auch spätere Auslieferungsversuche, die von verschiedenen Seiten unternommen wurden, scheiterten. Selbst ausgesetzte Belohnungen führten nicht zum Ziel.

Besucher aus Deutschland gaben Gelegenheit, auch höchstrangige Syrer kennen zu lernen. Franz-Josef Strauß, bayrischer Ministerpräsident, hatte allerbeste Beziehungen zu Präsident Assad und dessen Familie; Assads Söhne waren z. B. bei der Familie Strauß mehrfach zu Gast. Hans-Jürgen Wischnewski (SPD) öffnete bei seinem Besuch viele Türen. Bei Strauß und Wischnewski konnte ich das **unglaubliche Talent beider Politiker** beobachten, in wenigen Minuten ein **vertrauensvolles, offenes Gesprächsklima herzustellen**, das meilenweit über das im diplomatischen Gebrauch Übliche hinausging. Die Botschaft hat sehr davon profitiert. Auch das Gegenteil kam vor. Ein namhafter Bundestagsabgeordneter wollte den Syrern gleich im ersten Gespräch "Manieren im Umgang mit Israel" beibringen. Er erhielt keine weiteren Gesprächstermine, gab dann allerdings der mangelnden Vorbereitung durch die Botschaft die Schuld. Ein von mir mühevoll vorbereiteter Besuch von Außenminister Genscher wurde leider in letzter Minute abgesagt.

Das politische System Syriens war alles andere als offen. Die blutige Niederschlagung des Aufstandes der Islamisten in Hama wurde schon erwähnt. Danach herrschte politische Friedhofsruhe im Land. Die Opposition wurde brutal unterdrückt, gleichgültig aus welcher Richtung sie kam. Wer aufmuckte, verschwand ohne Urteil für Jahre in Gefängnissen.

Folter war dort an der Tagesordnung. Wer das überlebte, kam gebrochen wieder heraus. Anfang der 80er Jahre zählten wir in Syrien **17 verschiedene Geheimdienste**, die auch untereinander ihre Aktivitäten geheim zu halten schienen. Auf der Suche nach einem verschwundenen Deutschen mussten wir mehrere Geheimdienste ansprechen, ehe wir ihn aufspüren und befreien konnten. Unsere Botschaft wurde systematisch ausgespäht, Telefonate, Kontakte, auch private genau registriert. Das ist unangenehm, aber man lernt damit zu leben. Ein palästinensischer Mitarbeiter der Botschaft wurde 1984 verhaftet, eingesperrt und gefoltert, weil seine Kooperation mit dem syrischen Geheimdienst offenbar zu wünschen übrig ließ. Nach Monaten tauchte er wieder auf - ein Wrack von einem Menschen. Wir hatten ihn nicht zu schützen vermocht. Gegenüber ausländischen Botschaften, insbesondere des Westens, schottete sich der syrische Regierungsapparat komplett ab. Es gab wenige Kontakte, die über Belangloses hinaus gingen. Syrien war mit der Sowjetunion verbündet und die DDR-Botschaft wachte peinlichst darüber, unseren Einfluss klein zu halten. Es gab Freiräume, einer davon war die Wirtschaft. Hier hatte die Syrer ein zu großes Eigeninteresse, als dass sie sich von der DDR viel hinein reden ließen.

### Kulturpolitik

Der andere Freiraum war die Kultur. Schon in meiner Studienzeit hatte ich etwas arabisch gelernt, nun vertiefte ich meine Sprachkenntnisse und konnte bald arabische Zeitungen lesen und einfache Gespräche führen. Das erweiterte meine Kontaktmöglichkeiten ungemein. Der direkte sprachliche Zugang zum Gesprächspartner ist der Schlüssel zum Erfolg, nichts kann ihn ersetzen. Diese Einsicht wurde von Verantwortlichen in Bonn geteilt. Mit ihrer Hilfe konnten wir einige **Stipendien des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)** für deutsche Studenten einrichten, die in Syrien arabisch lernen wollten. Wir hatten

jährlich 5 - 8 deutsche Stipendiaten am "Arabischen Sprachinstitut für Ausländer" in Damaskus, unter ihnen der spätere Zeit-Journalist Michael Lüders. Eine Zweigstelle des Goethe-Instituts in Aleppo, der zweitgrößten Stadt Syriens, zu errichten, ist uns nicht gelungen. Das Goethe-Institut in Damaskus konnte mit seinen Aktivitäten mit dem DDR-Kulturinstitut nicht mithalten. Der Leiter war müde und frustriert; er erhielt bald einen letzten Posten vor dem Ruhestand in der französischen Provinz. Insbesondere bei der sog. Nachbetreuung ehemaliger syrischer Stipendiaten war uns Ostberlin weit überlegen. In Syrien gab es - auch dank DDR - einen großen Kreis von Wissenschaftlern und Intellektuellen, die deutsch konnten. Ob nach der Wiedervereinigung 1990 daran angeknüpft werden konnte, weiß ich nicht.

Drei Jahre sind eine kurze Zeit, um den Facettenreichtum des Nahen Ostens kennen zu lernen. Die vielen ethnischen und religiösen Minderheiten, die an historischen und kunsthistorischen Baudenkmalern so reichen Städte Damaskus und Aleppo, die Küsten- und Wüstenlandschaften übten einen unwiderstehlichen Reiz auf uns aus. Im Norden Syriens gibt es Wälder und Burgruinen aus der Kreuzfahrerzeit, die an Mitteleuropa erinnern. Das galt auch für die Alawiten, die dort ansässig waren. Sie gelten als die Deutschen des Orients; sie waren/sind oft blond und blauäugig. Mangelhafte diplomatische Umgangsformen werden ihnen nachgesagt. Allein die christlichen Kirchen, die rund 15 Prozent der syrischen Bevölkerung repräsentierten, folgten 16 verschiedenen Observanzen, die protestantischen nicht mitgerechnet. Die **älteste Kirche der Christenheit steht in Damaskus**, hier feierten wir den Weihnachtsgottesdienst. Ein Kontrast dazu waren die deutschen Soldatengräber aus dem Ersten Weltkrieg in Aleppo, wo der deutsche Generalstab unter General Erich von Falkenhayn stationiert gewesen war. Am Volkstrauertag legte ich dort einen Kranz nieder und hielt eine kurze Ansprache; mit uns haben Franzosen der Toten gedacht. Nach der Rückkehr ins Hotel traf ich auf betrunkene

Engländer, die den Sieg über Deutschland feierten und die letzten Gläser leerten.

Die meiste Freude bereitete mir die Arbeit mit den **Archäologen**. Wir hatten in Damaskus eine Zweigstelle des Deutschen Archäologischen Instituts. Jährlich gab es **rd. 14 deutsche Grabungskampagnen in Syrien**. Über die Archäologie konnte ich an meine alte Liebe, die Geschichtswissenschaft, fernab des Zunftbetriebs deutscher Universitätshistoriker anknüpfen. Die Archäologie reicht in alle Bereiche der Geschichtswissenschaft hinein, sie gibt Aufschlüsse über alle Epochen bis weit in unsere Zeit hinein. In Syrien ging es vor allem um die Frühzeit, die Alte Geschichte, die Byzantinistik, die arabische und türkische Zeit. In Syrien fand sich alles, wenn man nur danach suchte. Syrische Archäologen waren in Deutschland ausgebildet worden, so dass wir exzellente Beziehungen zur syrischen Antikenverwaltung hatten. Archäologen sind ein eigenes Völkchen. Es gehört schon einiges dazu, in den heißen Sommermonaten in der Wüste fernab jeder Zivilisation monatelang im Sand zu graben und zu wühlen. Die großen Funde, die Schlagzeilen machen und die Museumssäle füllen, sind die große Ausnahme. Ausdauer, eine lange, gründliche Ausbildung und Glück gehören dazu, um als Archäologe bekannt, vielleicht sogar berühmt zu werden.

**Die schönste Dienstreise meines Lebens** war ein Besuch bei den deutschen Grabungen in Syrien. Gegen Ende eines Haushaltsjahres hatten wir festgestellt, dass die Botschaft ihren Dienstreise-Etat nicht ausgeschöpft hatte, weil zu heftig gespart worden war. Wenn wir den Etat nicht ausschöpften, würde er im nächsten Haushaltsjahr abermals gekürzt. Also wurde ich zwecks Verbrauch der übrigen Mittel auf eine zweiwöchige Dienstreise zu unseren Archäologen geschickt. Sie nahmen mich überall gastfreundlich auf. Mehrfach hatte ich ihnen auch mit Material, u. a. ein faltboot, und finanziellen Zuweisungen aus dem Kulturetat unter die Arme

gegriffen. Auch italienische und niederländische Grabungen konnte ich besuchen. Es war nicht immer leicht, die Grabungsstellen und Lager zu finden, sie lagen nicht an den Hauptstrassen. Einmal habe ich mich in der Wüste verfahren und musste auf meiner eigenen Spur umkehren, um wieder auf die Hauptpiste zu gelangen. So etwas kann auch mal schief gehen. Die kundige Führung durch die Grabungsstätten und die zähe Entdeckerleidenschaft der Archäologen begeisterten mich. Noch heute versetzt mich diese archäologische Dienstreise in ferne Geschichtsepochen ins Schwärmen. Was waren das für herrliche Tage und Nächte unter dem Wüstenhimmel!

## Libanon

Im Libanon herrschte Anfang der 80er Jahre Bürgerkrieg. Israel hatte 1982 zeitweise einen großen Teil des Südlibanon erobert und besetzt. Syrien betrachtete sich als Schutzmacht des Zedernstaates und hatte in der Bekaa-Ebene und in weiten Teilen des Nordlibanon Truppen stationiert. Eine Ausnahme bildeten die von den Minderheiten der christlichen Maroniten und der muslimischen Drusen bewohnten Gebiete. Wir fuhren oft ins **Nachbarland, um einzukaufen**. Ich erwähne das, weil es für ein vom Bürgerkrieg und fremder Besatzung betroffenes Land doch sehr ungewöhnlich ist. Nach Zahle, einer maronitischen Stadt in der Bekaa-Ebene, war es nur eine Stunde Fahrt. Die Grenze war offen oder wir wurden mit Diplomatennummer einfach durchgewunken. Im Libanon konnte man alles bekommen, was es in Syrien nicht gab: beste Anzüge italienischer Herkunft, die technisch modernsten Produkte der Unterhaltungselektronik und natürlich Alkoholika. Armenische Freunde hatten wir einmal nach Zahle mitgenommen, denen ein feines Porzellan aus Sèvres/Frankreich besonders gefiel. Sie wollten ein ganzes Service kaufen - bis zum späten Nachmittag wurde es aus Beirut über die Libanonberge geliefert. Ein Journalist der Süddeutschen Zeitung berichtete mir von einer einstündigen

Waffenruhe in Beirut, die er zum Einkaufen nutzte. Halb scherzhaft wollte er sich Lachs gönnen und wurde zurückgefragt, ob er norwegischen, schottischen oder kanadischen haben wolle. Der Geschäfts- und Händlergeist der Libanesen war selbst im schwersten Bürgerkrieg nicht kaputt zu kriegen.

Nicht immer ging es so harmlos zu. Mit einem syrischen Mitarbeiter unserer Botschaft war ich auf dem Weg nach Beirut, als uns eine maronitische Miliz stoppte. Mit zwei Mann auf den Rücksitzen, die entsicherte Pistole in Händen hielten, ging es zu einem einsam gelegenen Posten, wohl eine Art improvisiertes Hauptquartier, wo man uns nach intensivem Studium unserer Papiere und einigen Telefonaten nach rund zwei Stunden wieder weiterfahren ließ. An einem Straßenposten wurde zwei Damen der Botschaft hinterher geschossen, weil sie wohl zu schnell vorbei gefahren waren. Einmal stieß ich mit meiner Frau im Libanon überraschend auf einen einsamen israelischen Posten - die Israelis rückten immer mal wieder vor. Wir einigten uns mit dem Posten darauf, dass wir als "Touristen" unterwegs wären. Offensichtlich fürchtete er - auch für sich - die Komplikationen, die eine Rückfrage bei seinen Vorgesetzten in der Etappe auslösen würden. Im syrisch besetzten Teil des Libanon herrschte, soweit wir das feststellen konnten, einigermaßen Ordnung. Unsere Fahrzeuge konnten wir bei syrischen Militärposten selbst für längere Zeit abstellen, ohne befürchten zu müssen, dass sie entwendet würden. Ansonsten gab es im **Libanon ständig irgendwo Schießereien**. Eine Ausnahme war die Zeit der Hanf/Hasch-Ernte, dann ruhten die Waffen. Syriens Präsident Assad hatte sich 1983 mit PLO-Chef Arafat überworfen und vertrieb die PLO aus dem nördlichen Teil des Libanon, den er als syrisches Einflussgebiet beanspruchte. Nur eine Herzattacke Assads erlaubte Arafat, sich vor dem syrischen Zangengriff nach Tunis abzusetzen.

## Unbefristete Übernahme ins AA?

Anlässlich meiner befristeten Übernahme ins AA hatte mir der zuständige Referatsleiter für den höheren Dienst, der wie ich Schenk (aber ohne ck) hieß, unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass nach drei Jahren Schluss sei. Von der Fraktionsspitze und von mir wurde das anders gesehen. Einmal im AA, sollte das Arbeitsverhältnis in ein unbefristetes umgewandelt werden. Dass die SPD binnen weniger Monate aus der Regierung gedrängt werden würde, hatten wir nicht eingeplant. Die drei Jahre in Damaskus/Syrien als Diplomat in relativer Politikferne haben mir ausgesprochen gut getan. Dass das Auswärtige Amt eine dauerhafte Übernahme ablehnte, war ärgerlich, aber im Moment nicht zu ändern. Ich teilte das allgemeine Schicksal der Wahlverlierer.

## 10. Kapitel

### 1985 - 1990: Fraktionsstruktur

#### Neue Fraktionsstruktur

Also wieder Politik. Ich sollte es nicht bereuen. Es begann mein interessantester Lebensabschnitt, wie ich im Nachhinein feststellen kann. In der SPD-Bundestagfraktion hatte sich vieles verändert. Herbert Wehner hatte 1982 die Politik verlassen und dämmerte als Alzheimer-Kranker in der Pflege seiner Stieftochter und Ehefrau Greta dahin. Sein Nachfolger war Hans-Jochen Vogel, der ehemalige Münchner Oberbürgermeister und Bundesjustizminister. Gerhard Jahn war als 1. Parlamentarischer Geschäftsführer zwar noch im Amt, gab aber die Personalzuständigkeit bald ab. Horst Ehmke war als Stellv. Fraktionsvorsitzender weiterhin für die Außenpolitik zuständig, war jedoch bald mit Hans-Jochen Vogel in Streit geraten und sah sich zunehmend entmachtet.



Hans-Jochen Vogel hatte der Bundestagsfraktion eine neue Struktur gegeben. Er konzentrierte alle **Macht** bei sich **im Fraktionsvorsitz** und behandelte seine Stellvertreter wie Abteilungsleiter in einem Ministerium, von denen er streng Rechenschaft forderte. Er hatte Arbeitskreise für die verschiedenen Politikfelder eingerichtet, die jeweils einem seiner Stellvertreter zugeordnet waren. Der Arbeitskreis I "Außen" umfasste die Bereiche und zugeordneten Arbeitsgruppen Außenpolitik, Verteidigung, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Entwicklungspolitik und Deutschlandpolitik. Sie entsprachen den Fachausschüssen des Deutschen Bundestages, die gleichen Abgeordneten saßen in den Fachausschüssen und den Arbeitsgruppen.

Die strenge Hierarchisierung der Faktionsarbeit hatte ein politisches und **therapeutisches Ziel**. Es ging darum, in den Nachwehen des Regierungsverlustes ein Auseinanderfallen der SPD in verschiedene Flügel zu verhindern. Die Flügel waren schon damals eine Realität, mit der jeder in der Führung rechnen und umgehen können musste. Sie hatten sich organisiert und waren dem Stadium des "Geflügelsalats" entwachsen, in dem Herbert Wehner sie noch wahrgenommen hatte. Die Flügel einzubinden, war höchste Führungskunst. Hans-Jochen Vogel gelang das in der Bundestagsfraktion mittels der zentralisierenden Führungsstruktur. Wenn man bedenkt, dass die meisten Bundestagabgeordneten über ausgesprochen starke Egos verfügen und gewohnt sind, ihre Meinung offen, lautstark und mit Ellenbogen zu vertreten und durchzusetzen, kann man diese Leistung nicht hoch genug einschätzen.

Die Disziplin emsiger Detailarbeit, zu der Hans-Jochen Vogel die Abgeordneten in der Opposition zwang, war gleichzeitig notwendige Therapie. Nur durch Arbeit waren die Phantomschmerzen des Regierungsverlustes zu überwinden. **Die Fraktion arbeitete, als ob sie die Regierung wäre**. Es wurden nicht nur allgemeine Leitlinien der Oppositionspolitik entworfen, nein es wurden konkrete Gesetzentwürfe ausgearbeitet, die stets auch eine Angabe über die voraussichtlichen Kosten enthalten mussten. Der Prüfstein war die Realität, hochtrabende Pläne wurden als Chimären entlarvt und waren damit politisch tot. Hans-Jochen Vogel hielt die Fraktion zusammen und stabilisierte damit

gleichzeitig die Partei. Nicht zufällig wurde er 1987 in Personalunion auch Parteivorsitzender. Natürlich fühlten sich die Abgeordneten entmündigt und beehrten auf. Die Wahl von Hans-Ulrich Klose 1992 als Vogels Nachfolger ging denn auch mit einer Auflösung dieser Strukturen einher - was die Fraktion ins Chaos stürzte und den Fraktionsvorsitzenden Klose in die Bedeutungslosigkeit. Das Motto der chinesischen Kulturrevolution: "Lasst tausend Blumen blühen", ging nach der Vogel-Ära auch in der SPD-Fraktion nicht auf.

### Arbeitskreis Außen

Nach einigem Hick-Hack - Horst Ehmke ließ wieder einmal jede persönliche Loyalität vermissen - wurde ich 1985 **Arbeitskreisreferent für den Bereich "Außen"** und ergatterte mir so eine gewisse Allzuständigkeit in diesem Bereich. Diese Funktion war hochinteressant, denn die SPD fuhr in den Jahren nach dem Machtverlust fort, ihre außenpolitischen Kontakte intensiv zu pflegen. Aus der Regierung und in den Medien wurde das wiederholt als "**Nebenaußenpolitik**" kritisiert. Die SPD hatte damals - um nur einige zu nennen - eine ganze Reihe von Außenpolitikern, die sich einen großen Namen gemacht hatten: Egon Bahr, der Architekt von Willy Brandts Entspannungs- und Deutschlandpolitik, Hans-Jürgen Wischnewski, als Ben-Wisch und Held von Mogadischu unvergessen, Jürgen Schmude, gleichzeitig Präses der Synode Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), Hans Koschnick, ehemals Bremer Bürgermeister. Daneben tummelten sich junge Talente, die ihre Sporen noch verdienen mussten. Sie alle legten die Hände nicht in den Schoß und dienten weiterhin, jeder auf seine Weise, auch in der Opposition den Interessen der Bundesrepublik Deutschland.

Als Arbeitskreisreferent hatte ich auch das **Erbe von Eugen Selbmann** angetreten, eine graue Eminenz im Hintergrund. Später erfuhr ich, dass Karl Wienand, der seit seinem Abgang 1974 "arbeitslos" war, in diese Position der Nachfolge Selbmanns gedrängt hatte, aber gescheitert war. Die Bedeutung der Person Selbmann erschließt sich nur nach einigen Erklärungen zu den Machtverhältnissen in der SPD-Bundestagsfraktion und der sozial-

liberalen Regierungskoalition. Als Fraktionsassistent genoss Selbmann seit Mitte der 60er Jahre das Vertrauen Herbert Wehners und wurde von diesem für alle möglichen Zwecke eingesetzt. **Über Selbmann** als außenpolitischen Referenten und Berater **dirigierte Wehner die Außenpolitik der Fraktion**, was schwache Abgeordnete als Arbeitskreisvorsitzende voraussetzte. Dafür zu sorgen, fiel Wehner nicht schwer. Selbmann trat nach Außen kaum in Erscheinung, zog aber im Hintergrund die Fäden und konnte, da Wehner sich nicht um alles und jedes kümmern konnte und wollte, einiges ausrichten. Er war in seiner großen Zeit eine Art Legende. Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte ihm den Botschafterposten in Warschau angeboten, den Selbmann aber ablehnte, weil er in seiner Position in der SPD-Bundestagsfraktion mehr Einfluss und bessere Wirkungsmöglichkeiten hatte. Als ich Selbmanns Büro übernahm fand ich u. a. ein Telefon mit abhörsicherer Leitung zur Sowjetbotschaft und DDR-Vertretung vor. Selbmann wollte noch eine Autobiographie hinterlassen, sein früher Tod kam ihm leider zuvor. Er sollte nicht in Vergessenheit geraten.

Horst Ehmke, als Stellv. Fraktionsvorsitzender zuständig für den Bereich Außen, hatte sich, wie es seine Art war, schnell mit Hans-Jochen Vogel verkracht. Die beiden harmonierten nicht, Horst Ehmke unterlag als der Schwächere und zog sich krankheitshalber für längere Zeit ins Krankenhaus und aus der Politik zurück. Ich hatte das **Glück, mit Hans-Jochen Vogel gut auszukommen**. Als Chef war er ungemein anspruchsvoll und verzieh keine Fehler. Wer für ihn arbeitete, brauchte in der Regel eine besondere psychische Kondition oder gab bald auf, einige mit Magengeschwüren. Vogel konnte extrem ungemütlich werden. Einen Kollegen, ein ausgeliehener Beamter aus dem Auswärtigen Amt, putzte er einmal auf einem offiziellen Empfang vor versammeltem Publikum massiv herunter. Trug man bei ihm vor, so fragte er meist solange nach, bis man passen musste, dann konnte er explodieren. Das betraf Abgeordnete wie Fraktionsmitarbeiter gleichermaßen.

Mir kamen zwei Dinge zu statten: einmal eine gewisse Distanz, ich war nicht Teil seines Büros, sondern formal Ehmke unterstellt; zum andern war Vogel kein Außenpolitiker und wusste das auch. In dieser

prekären Balance konnte ich mich entfalten. Vogel instrumentalisierte mich für seine Zwecke, auch gegen Ehmke, der mehrfach, aber ohne Erfolg, dagegen protestierte. Ich kam, wie gesagt, gut mit Vogel aus. In den ganzen Jahren hatte ich mit ihm nie einen Konflikt, nie gab es eine Beanstandung. Ich schätzte seine **Präzision, seine unbedingte Zuverlässigkeit, seine Arbeitswut**, die alles übertraf, was ich bis dahin kennen gelernt hatte. Ich erinnere mich an eine Reise mit ihm, die ich vorbereitet und begleitet hatte. Auf dem Rückweg nahm er mich vom Flughafen zum Bundeshaus mit, weil es schon nach Mitternacht war. Als ich am nächsten Morgen ins Büro kam, lagen schon wieder die ersten Aufträge von ihm vor. Er hatte im Bundeshaus weiter gearbeitet, ich hatte noch einen Schnaps getrunken und war dann ins Bett gegangen. Hans-Jochen Vogel war kein großer Charismatiker, eine Bundestagswahl zu gewinnen, war ihm nicht gegeben. Aber er wäre ein sehr guter Kanzler geworden.

Formal war ich für die Koordination im Arbeitskreis zuständig. Das hieß Vorbereitung der Tagesordnungen für das Plenum und den Arbeitskreis. Ehmke interessierte sich für dieses Tagesgeschäft immer weniger und ich übernahm immer mehr. Hauptsache alles lief geräuschlos, ohne Konflikte. Jürgen Schmude ärgerte sich am Anfang fürchterlich, wenn ich auftauchte, denn er erhob Anspruch auf persönliche Ansprache durch Ehmke. Das gab sich dann mit der Zeit. Auch die Personalpolitik im Arbeitskreis wurde mehr und mehr meine Domäne, von der zuständigen Geschäftsführerin ließen wir uns nicht hinein reden. Nach zwei heftigen Konflikten mit mir gab sie es auf, wir hatten danach ein hervorragendes Verhältnis. Ich wurde auch so etwas wie ein Lordsiegelbewahrer: alle Reiseberichte und Gesprächsprotokolle der SPD-Abgeordneten mit ausländischen Partnern landeten in meinem Tresor. Nachdem Hans-Jochen Vogel 1987 auch den Parteivorsitz übernommen hatte, drängten wir, d.h. der Arbeitskreis I der Fraktion, die Internationale Abteilung beim Parteivorstand weitgehend aus dem Geschäft.

Sehr unerfreulich war die **Enttarnung eines DDR-Spions** in unserem Arbeitskreis nach Auflösung der DDR. Der Betreffende hatte viele Jahre als Referent im Bereich Außenpolitik der SPD-

Bundestagsfraktion gearbeitet, galt aber als chaotisch und unzuverlässig. Es gab auch Gerüchte, die Zweifel an seiner Vita zum Inhalt hatten, aber nicht verifizierbar waren. Als ich die Personalzuständigkeit im Arbeitskreis übernahm, konnten wir ihn weitgehend aus dem Verkehr ziehen und bald ins Archiv abschieben; im Archiv lagerten wir keine vertraulichen Vorgänge. Einen konkreten Kündigungsgrund hatten wir nicht. Als er sich einmal bei Horst Ehmke über mich beschwerte, muss ihm die Unterredung so zugesetzt haben, dass er sich für ein knappes Jahr krank meldete. Trotzdem konnte er sicherlich das eine oder andere aufschnappen und nach Ostberlin melden. Es hinterlässt ein ungutes Gefühl, im Nachhinein erfahren zu müssen, dass man von einem sog. "Kollegen" ein paar Zimmer weiter ausgespäht wurde. Wir waren nicht die Einzigen, die von einem solchen Vorgang betroffen waren. Viele DDR-Spione flogen seinerzeit auf.

### Freiräume

Inhaltlich bestimmte ich meine Tagesordnung zunehmend selbst. Die Themen, die mich interessierten, und mit denen ich mich befassen wollte, wie Iran, Afghanistan oder China, suchte ich mir selbst aus. Manchmal entwickelten sich die Dinge so schnell, dass ich selbst die Initiative ergreifen und eigenständig tätig werden musste. Das galt insbesondere für die **sitzungsfreien Wochen**, in denen die Abgeordneten abwesend und unerreichbar im Wahlkreis oder auf Reisen waren. Mobiltelefone und Mail-Verkehr gab es damals noch nicht, Fax-Geräte waren nicht überall zur Hand. Ich gab Anregungen und holte mir meine selbst gewählten Aufträge bei Vogel oder Ehmke oder bei beiden ab. Die Entwicklungspolitik strich ich ganz von meinem Speisezettel. Diese postmissionarischen Aktivitäten westlichen Gutmenschentums erschienen mir überwiegend kontraproduktiv und allenfalls als Alibiveranstaltungen nützlich. Aufs Auge ließ ich mir nichts mehr drücken.

Selbstverständlich war das alles nicht. Ich befand mich in einer Art Ausnahmesituation. Es ist die unbestrittene Prärogative der gewählten Abgeordneten, die Politik und ihre Abläufe in der Fraktion zu

bestimmen, keineswegs Sache der Mitarbeiter oder Fraktionsassistenten. Wenn Fraktionsmitarbeiter Einfluss haben, ist es abgeleiteter Einfluss, in meinem Fall von Vogel und Ehmke. Das hat vielen Abgeordneten nicht gepasst. Es kam deshalb darauf an, so unsichtbar wie möglich zu agieren, Konflikte im Voraus zu erkennen und zu entschärfen, kurz für einen **reibungslosen Ablauf der Geschäfte** zu sorgen. Damals benutzte ich oft den Begriff von der "Gelenkschmiere", um eine erfolgreiche Arbeit in der Fraktion zu kennzeichnen. Überflüssig zu sagen, dass ich oft einen 16-Stunden Tag hatte und im Urlaub regelmäßig ein bis zwei Wochen brauchte, um einigermaßen abschalten zu können.

In diese Zeit fällt auch meine Bekanntschaft mit Yoweri Museveni, dem Präsidenten von Uganda. Er war als kleiner afrikanischer Guerillaführer, der nur einen Teil des Landes kontrollierte, Ende 1985 nach Bonn gekommen. Niemand kümmerte sich so richtig um ihn, so nahm ich mich schließlich seiner an. Er beeindruckte mich außerordentlich und ich vermittelte ihm Termine, u. a. im Auswärtigen Amt, die erfolgreich verliefen: ihm wurde humanitäre Hilfe (Medikamente etc.) zugesagt. Um die Zeit zu überbrücken ging ich ca. zwei Stunden mit ihm in den Bonner Rheinauen spazieren. Anfang 1986, d. h. nur wenige Wochen später, eroberte Museveni mit seinen Mitstreitern die Hauptstadt Kampala. Seit nunmehr 25 Jahren ist er - nach für afrikanische Verhältnisse fairen und freien Wahlen - unangefochtener Präsident von Uganda. Die ugandische Botschaft hat mich danach regelmäßig zu Empfängen und anderen Anlässen eingeladen, bis der Kontakt abbrach, weil ich einen mehrjährigen Auslandsposten antrat.



Martin Noel, o. T., 1996

Es waren auch die Jahre, in denen ich begann, eine Sammlung zeitgenössischer Kunst anzulegen. Köln und Düsseldorf boten mir mit ihren vielen Galerien ein schier unerschöpfliches "Jagdrevier". Das meiste erwarb ich bei Erhard Klein, einem Galeristen in Bonn. Das Eintauchen in die Kunst war mir in jenen Jahren zum lebensnotwendigen Bedürfnis geworden, das mich vom Druck aus der Politik entlastete. Ich tauchte ab und konnte wieder "aufladen". 1990 stellte der Bonner Kunstverein unter dem Titel "Praeferenzen" in einer Ausstellung "Kunst seit den 60er Jahren in Privatsammlungen der Bundeshauptstadt" auch sechs Werke aus meiner Sammlung aus. Kuratiert war die Ausstellung von Annelie Pohlen, die zur gleichen Zeit wie ich bei Prof. Ewig in Bonn promoviert hatte. Wir hatten uns zwanzig Jahre nicht mehr gesehen.

## V. Zeitenwende 1989/1990

### 11. Kapitel

#### 1989/1990: Deutsche Einheit

Es begann das wunderbare Jahr 1989. Mit Perestrojka und Glasnost hatte Gorbatschow in Moskau eine neue Politik eingeleitet, die anfangs kaum wahrnehmbar, dann in großen Schüben die Dinge zum Tanzen brachte. Wie ein unterirdisches Grummeln erreichten uns, die wir aufmerksam gen Osten blickten, ab 1988 Nachrichten, die zunächst in ihrer Bedeutung für die deutsche Politik schwer einzuordnen und zu deuten waren. In der DDR und der Tschechoslowakei war man keineswegs gewillt, den Reformprozess in der Sowjetunion mitzumachen und nachzuvollziehen. Der Satz Honeckers von den Tapeten, die man nicht zu wechseln brauche, wenn der Nachbar seine Wohnung neu streiche, sprach Bände. Allerdings war das Rascheln und Knistern hinter den alten DDR-Tapeten ab Frühjahr 1989 nicht mehr zu überhören. In Polen war die Entwicklung schon weiter, aber die **DDR lag wie ein Riegel** zwischen uns und den positiven Entwicklungen im Ostblock. Nichts war entschieden, alles war noch möglich. Auch ein Rückfall Moskaus in die alten Verhaltensmuster des sowjetischen Imperiums war nicht ausgeschlossen. Der Einmarsch in Prag lag nur zwanzig Jahre zurück.

#### China - die andere, katastrophale Möglichkeit

In **China** hatte eine von Studenten getragene Reformbewegung zu Unruhen geführt, die im Mai 1989 mit der Besetzung des Tien'anmen-Platzes in Peking, dem "Platz

des Himmlischen Friedens" ihren Höhepunkt erreichten. Wochenlang blockierten die Studenten den Platz und die anliegenden Straßen in Peking, um eine Reformagenda durchzusetzen. Ein von der internationalen Presse begleiteter Staatsbesuch Gorbatschows gab ihnen Gelegenheit, ihre Forderungen in die Weltmedien zu lancieren. Die chinesische Staats- und Parteiführung war lange Zeit uneins, wie auf die Krise geantwortet werden sollte. Die harte Linie setzte sich schließlich durch. Die Armee beendete am 3./4. Juni 1989 den Aufstand blutig, der als Tien'anmen-Massaker in die Geschichtsbücher einging. Es war nahe liegend, diese blutige Reaktion der chinesischen Machthaber als Vorbote und Menetekel für die weitere Entwicklung in den kommunistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas zu interpretieren. Auch in Bonn haben das viele - vor allem in der SPD - so gesehen und vor den schweren Rückschlägen gewarnt, die eine gewaltsame Reaktion der sowjetischen Staats- und Militärmacht mit sich bringen würde.

Davon abgesehen ging es natürlich nicht an, das Pekinger Massaker mit Schweigen hinzunehmen und einfach zu übergehen. Der Fraktion "Die Grünen/Bündnis 90" schlug ich eine **gemeinsame Bundestagsresolution** vor, die das Tien'anmen- Massaker scharf verurteilte. Mit der Grünen Abgeordneten Angelika Beer - die mir hochneurotisch erschien, sie schaute mich nicht ein einziges Mal an - machten wir einen ersten Entwurf. Sie saß an der Schreibmaschine, während ich Formulierungshilfen gab - so läuft das eben manchmal unter Zeitdruck. Kurzfristig schlossen sich nach Änderungen und Ergänzungen die CDU/CSU und sogar die FDP an, denen wir den Entwurf zur Kenntnis gegeben hatten. Wir hatten einen überfraktionellen Entwurf, den mir Ehmke mit der Bemerkung freigab, dass sicher noch einiges korrekturbedürftig sei. Auch den Mitgliedern unserer Arbeitsgruppe Außenpolitik faxte ich den Entwurf zu, die meisten erhielten ihn erst kurz vor der Arbeitsgruppensitzung, weil sie auf der Anreise nach Bonn oder sonst nicht

erreichbar waren. Was ich dann in der Sitzung erlebte, übertraf alles, was ich bisher - bildhaft gesprochen - an Prügeln hatte einstecken müssen. Die Abgeordneten fielen regelrecht über mich her: vorschnell, eigenmächtig, miserabel formuliert waren noch die geringsten Vorwürfe.

Das änderte freilich nichts daran, dass der **Resolutionsentwurf** nur wenig verändert von den Fraktionen der CDU/CSU, FDP Grünen/Bündnis 90 und SPD, also geschlossen **vom ganzen Bundestag** noch in der gleichen Sitzungswoche verabschiedet wurde. Nachdem die Bedeutung der Ereignisse allmählich auch in die letzten Betonköpfe eingesickert war, wollte der Bundestag zwei Wochen später eine ähnliche Resolution wiederholen. Alle hatten inzwischen begriffen, dass die Chinesen einen gewaltsamen Weg aus der Reformkrise gegangen waren, der wie eine stete Drohung als "chinesische Lösung" das ganze Jahr 1989 über Mittel- und Osteuropa schweben sollte. Das Auswärtige Amt versuchte mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, eine neuerliche scharfe Verurteilung Chinas zu verhindern, weil es um die deutsch-chinesischen Beziehungen fürchtete. Die zweite Resolution wurde deshalb etwas abgeschwächt. Festzuhalten bleibt, dass der Bundestag in der ersten Resolution - gewissermaßen aus dem Bauch heraus - die richtige Entscheidung getroffen hatte. Es ging nicht nur um Reform in einem fernen Land, es ging um uns selbst. Der Bundestag konnte gar nicht anders, als das, was im fernen Peking geschehen war und unseren Landsleuten in der DDR drohte, zu verurteilen.

Ein Jahr später wurde ich zu einer Konferenz nach Paris geschickt, die an das Tien'anmen-Massaker und die zerstörten Hoffnungen der chinesischen Reformen erinnern sollte. Ich durfte dort unsere Position nochmals ungeschminkt und in aller Klarheit vortragen. Hans-Jochen Vogel, der mich danach zum Rapport bestellte, bemerkte nur, dass ich im deutschen Fernsehen, das meine Rede in den Abendnachrichten

übertragen hatte, kurzfristig zum Abgeordneten befördert worden war. Doch dafür konnte ich nichts.

### Auf dem Weg zur deutschen Einheit

1989 war eine Variante des sich in Auflösung befindlichen real existierenden Kommunismus in Peking durchgespielt worden. Es kam darauf an, die Entwicklung in **Mittel- und Osteuropa** so zu beeinflussen, dass sich diese Tragödie möglichst nicht wiederholte. Krisenzeiten sind Zeiten der Exekutive, aus der Opposition heraus konnte die SPD die Ereignisse allenfalls am Rande beeinflussen. Helmut Kohl hat als Bundeskanzler das deutsche Staatsschiff sicher durch die Fährnisse gesteuert und am Ende die deutsche Einheit wieder herstellen können. Das bleibt sein unbestrittenes Verdienst und ist mehr als eine Fußnote im Geschichtsbuch. Im Sommer 1989 stand dieses Ergebnis keineswegs fest, ja es zeichnete sich noch nicht einmal am fernen Horizont ab. In der Bundesrepublik hatte man sich mit der Dauerhaftigkeit der Teilung abgefunden. Nur Wenige hatten die Hoffnung nicht aufgegeben. Ich selbst hatte mich Anfang der 80er Jahre entsprechend publizistisch zu Wort gemeldet (Anm. 29), was mir - milde ausgedrückt - das amüsierte Grinsen der Kollegen eingebracht hatte.

Das Thema hatte mich nicht mehr los gelassen. Nach drei Jahren an der deutschen Botschaft Damaskus und meiner Rückkehr in die SPD-Bundestagsfraktion gab es 1988 die ersten Anzeichen, dass sich in der deutschen Frage etwas bewegen könnte. Osteuropäische Gesprächspartner aus den oppositionellen Bürgerrechtsbewegungen deuteten an, dass ihr Erfolg davon abhinge, dass der **Riegel DDR** wegfiel. Sie sahen einen direkten Zusammenhang zwischen ihrem Erfolg und der Lösung der deutschen Frage. Aus ihrer Sicht war beides Teil eines einzigen Prozesses. Ihnen war klar, dass

damit auch die Frage der deutschen Einheit wieder auf die Tagesordnung kommen würde. Aus Frankreich, wo potentielle Bewegungen in der deutschen Frage besonders aufmerksam weil besorgt registriert wurden, konnte man ähnliche Schlussfolgerungen heraus hören.

Schon im Sommer 1989 war der Gärungsprozess kaum noch zu übersehen. In der Bundesrepublik fiel man freilich aus allen Wolken. Noch im September 1989 hatte die Zeitung "Die Welt" erstmals die Anführungszeichen, mit denen sie das Kürzel DDR einrahmte, weg gelassen, als Zeichen dafür, dass nun auch die Springer-Presse das Unvermeidliche, das Faktum DDR ohne Wenn und Aber anerkenne. Das spricht nicht für deutsche außenpolitische Klar- und Weitsicht. Es spricht aber dafür, dass in der Bundesrepublik Idee und Substanz der Nation nahezu aus dem Blickfeld geraten waren. Die **Einheitsrhetorik** war zum **Lippenbekenntnis** verkommen. Jeder Gedanke an die deutsche Einheit galt vielen Westdeutschen als überholt, wenn nicht als abwegig. Im August 1989 beschleunigte sich die Entwicklung ungemein. In Ungarn wurde der Grenzzaun geöffnet, in den Botschaften in Prag und Warschau sammelten sich die ersten Ausreisewillige aus der DDR.

In der ersten Septembertagen 1989 verfasste ich eine Denkschrift, die in der Krise die **Möglichkeiten unseres Handelns** in der Deutschlandpolitik aufzeigen sollte. Der entscheidende Tenor war das Ineinandergreifen von Demokratie und Nation. In Frankreich, in den USA waren Demokratie und Bildung der Nation ein identischer Vorgang gewesen. Demokratie und Nation waren die beiden Seiten der gleichen Medaille. Wer demokratische Reformen forderte, stellte gleichzeitig die Frage nach der Nation. Auch für die DDR war diese Entwicklung wahrscheinlich, wenn nicht sogar vorhersehbar. Diesen Prozess zu kanalisieren und zu steuern, ohne Mitteleuropa und damit ganz Europa zu destabilisieren, musste höchste Priorität zukommen.

Die Stabilität Europas hing vom Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West ab. Davon abzuweichen hätte Chaos und Gefahr bedeutet. Einige hatten vorgeschlagen, deshalb unwiderruflich auf die Wiedervereinigung oder Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zu verzichten. Das lehnte ich ab und trat für einen tragfähigen deutschen und internationalen Konsens ein, ohne die einzelnen Schritte Anfang September 1989 schon nennen zu können. Ein erster Schritt konnte eine "Konföderation" sein.

Nachdem ich mich einigermaßen rückversichert hatte, was mir die Freiheit eines "Minenhundes" gab, publizierte ich meine Gedankengänge als **Artikel am 18. Oktober 1989** ganzseitig in der Frankfurter Rundschau (Dok. 5). Es war der **Tag, an dem Erich Honecker zurücktreten musste**. Aus der Sozialdemokratie war ich mit diesem Artikel soweit ich sehe der Erste, der unüberhörbar dazu aufrief, die nationale Frage nicht den Rechten zu überlassen. Unmissverständlich war ich für eine Politik in Richtung deutsche Einheit eingetreten. Zur DDR hatte ich geschrieben: "Kann man in Europa in einer Zeit, die - Gott sei Dank - mit den Relikten des Stalinismus gründlich aufräumt, an einem Staat festhalten, der von Stalin gegründet, von Altstalinisten beherrscht und im reformunfähigen Stalinismus seine Existenzberechtigung sieht? Ist eine solche 'Stalinzone' noch tragbar?" (Wohlgemerkt : gleichzeitig hatte die Springer-Presse als Zeichen der definitiven Akzeptanz der DDR die ("DDR")-Gänsefüßchen weggelassen.)

In der deutschen Öffentlichkeit wurden die Ereignisse in der DDR und im Ostblock, die sich von Stunde zu Stunde zu überschlagen schienen, noch mit zögerndem Staunen verfolgt. Der Artikel war meine letzte größere Publikation im Dienst. Die öffentlich geäußerte Meinung in strittigen Fragen ist in der Politik nicht immer von Vorteil. Aber in Sachen deutsche Einheit musste ich Flagge zu zeigen.

## Israel und die deutsche Einheit

Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer. Es war ein Ereignis, das uns zu diesem Zeitpunkt völlig überraschte. Mit einer Gruppe Journalisten war ich gerade in Jerusalem/Israel, als uns am Morgen des 10. November 1989 die Nachricht erreichte. Als mir zugerufen wurde, die Mauer sei weg, dachte ich zuerst an die Mauer, die bis 1967 Jerusalem in einen jüdischen und in einen arabisch-jordanischen Teil getrennt hatte, aber längst verschwunden war. Die Berliner Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung, die mit uns reiste, brach in Tränen aus. Der 9. November 1989 war ihr Tag und sie war nicht in Berlin! So gut wir irgend konnten, halfen wir ihr beim sofortigen Rückflug. Am Nachmittag hatten wir ein Gespräch mit einem ehemaligen israelischen Botschafter in Deutschland. Eine gewisse Irritation war ihm anzumerken. Mir schien allerdings, dass es weniger die sich nunmehr abzeichnende Wiederherstellung der deutschen Einheit war. Es war vielmehr die Aussicht, dass im Zuge der Beendigung der Nachkriegszeit und des Kalten Krieges ein **Staat**, der seine Existenz eben dieser **Nachkriegszeit** verdankte, **von der Landkarte verschwinden** könnte. Dachte er dabei an Israel und an seine prekäre Lage im Nahen Osten? Ähnliche Gedankengänge stellte ich bei anderen Israelis fest.

**Israel** sollte im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit und der Zeitenwende 1989/1990 wiederholt in der deutschen Politik eine Rolle spielen. Als der Trend zur Wiedervereinigung im Frühjahr 1990 irreversibel geworden war, meldeten sich israelische Abgesandte mit Forderungen, die **Wiedergutmachung nunmehr auf die DDR auszudehnen**. Adenauer hatte in seinem historischen Abkommen mit Ben Gurion 1960 die DDR ausgeklammert. Die Israelis argumentierten, dass mit der Wiedervereinigung dieses letzte Drittel an Wiedergutmachung nunmehr fällig

werde. Mit Zins und Zinseszins errechneten sie eine hübsche Summe. Was die SPD und ihren Chef, Hans-Jochen Vogel anbetraf, war ich der Ansprechpartner, was mir manch unruhige Nächte und Urlaubstage einbrachte.

In einer weiteren Angelegenheit wurden die Israelis bei uns vorstellig. Die Sowjetunion hatte die Auswanderung der Juden frei gegeben, die in großer Zahl diese bisher verschlossene Möglichkeit nutzten. Allerdings zeichnete sich ab, dass ein großer Teil gar nicht nach Israel sondern vorzugsweise nach Westeuropa oder in die USA auswandern wollte. Die Israelis verlangten von uns, die großzügigen Aufnahmebedingungen in Deutschland zurückzustutzen, damit diese **Einwanderungswelle**, die voraussichtlich letzte große "Aliya", Israel auch erreichte und nicht in Westeuropa versandete. Gleichwohl haben sich rund hunderttausend dieser Auswanderer in Deutschland niedergelassen, wofür wir dankbar sind.

### Die SPD und die Einheit

Welche Richtung würde die oppositionelle **SPD nach dem Berliner Mauerfall** einschlagen? Willy Brandt hat im Herbst 1989 das Wort geprägt: "Nun wächst zusammen, was zusammen gehört". Oskar Lafontaine, damals die aufstrebende Führungsfigur der SPD, gab zunächst eine andere Richtung vor: die DDR sollte DDR bleiben. In der Fraktion erhielt ich für meinen Artikel Widerspruch und Zuspruch. Kaum war ich am Erscheinungstag im Büro, rief mich Günter Verheugen, später EU-Kommissar, an und meinte, ich solle mich "warm anziehen". Es ginge nicht an, dass Fraktionsassistenten Abgeordnete kritisierten.

In der Tat hatte ich u. a. Norbert Gansels Ansatz , den "Wandel durch Annäherung" mittels "Wandel durch Abstand" zu ersetzen, als zu kurz gegriffen abgelehnt. Wenig später

erschien Hans Koschnik, ehemaliger Bürgermeister von Bremen, 1989 Stellv. Fraktions- und Parteivorsitzender, in meinem Büro und sagte: "Also du darfst, der Gansel nicht". Fraktionschef Hans-Jochen Vogel hatte Norbert Gansel einen deutschlandpolitischen Maulkorb verpasst. Ein Botschafter meldete sich bei mir mit den Worten: "Bei uns wird man damit Staatssekretär oder man fliegt sofort raus". Ich wurde weder Staatssekretär, noch flog ich raus. Dafür landete ich auf der schwarzen Liste von Lafontaine und seines Anhangs.

Das Bild, das die **SPD** in der deutschen Frage 1989 und Anfang 1990 gab, war **diffus**. Viel zu lange hatten Kräfte in der SPD und SPD-Bundestagsfraktion an ihren guten Verbindungen zu den SED-Machthabern festgehalten und selbst dann noch Gespräche geführt, als diese offenkundig Macht und Einfluss verloren. Ein Protagonist dieser Politik war Horst Ehmke gewesen, der sich eng mit Oskar Lafontaine liiert hatte und als dessen außenpolitisches Alter Ego galt. Er wurde im Spätherbst 1989 von Hans-Jochen Vogel de facto entmachtet und spielte im weiteren Verlauf des deutschen Einheitsprozesses in der SPD keine Rolle mehr, obwohl er als außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion formal der höchste Repräsentant der sozialdemokratischen Außenpolitik war. Hans-Jochen Vogel erwies sich als "cunctator", als Zauderer, der zwischen seinem auf deutsche Einheit gerichteten Engagement und seinem Wunsch, das Steuer an Jüngere, im konkreten Fall an Lafontaine abzugeben, schwankte.

Hans-Jochen Vogel hatte wohl gehofft, dass Lafontaine noch rechtzeitig die "Kurve kriegen" würde, als auf seinen Vorschlag Lafontaine im Januar 1990 zum SPD-Kanzlerkandidaten ausgerufen wurde. Eine Wende vollzog Lafontaine nur zögerlich und spät - angesichts der stürmischen Entwicklung zu spät; haften geblieben sind vor allem seine Einwände und Vorbehalte. Besonders sinnfällig wurde der Dissens in der SPD auf dem **Berliner Parteitag im Dezember**

**1989:** am ersten Tag hielt Willy Brandt eine große Rede in Richtung deutsche Einheit, am zweiten Tag Oskar Lafontaine eine Rede mit all seinen bekannten deutschlandpolitischen Vorbehalten. Beide Reden wurden begeistert beklatscht. Ich frage mich heute noch, ob denn niemand die unglaubliche Diskrepanz bemerkt hat. In der zentralen Frage der Jahre 1989/1990 war die SPD uneins. Willy Brandt reagierte auf seine Weise: er verließ während der Parteitage Lafontaines seinen Platz auf der Tribüne und kehrte erst nach deren Ende wieder zurück. Die Quittung erhielt die SPD bei der Bundestagswahl 1990. Helmut Kohl und seine CDU/CSU wurden triumphal wieder gewählt.

Ich durfte 1990 mehrmals die "positive" Einstellung der SPD zur deutschen Einheit darstellen, so in Frankreich, in Tunis, in Manila auf den Philippinen und in Kuala Lumpur in Malaysia, wenig später in Abidjan / Elfenbeinküste. Manche Skepsis schlug mir da entgegen, auch aus dem "Parti Socialiste" Francois Mitterrands. Aus der Diskussion nach meinem Vortrag im Institut für Auswärtige Politik in Kuala Lumpur ist mir noch erinnerlich, wie nachdrücklich dort der Wunsch geäußert worden war, man möge den Prozess der deutschen Einigung, den die Weltöffentlichkeit mit großem Interesse aber nicht ohne Sorge beobachte, doch etwas "entschleunigen". Ich hielt dem entgegen, dass wir das Zeitfenster unbedingt nutzen und den Prozess noch schneller vollenden wollten ("even faster"). Darauf möge man sich einstellen.

### Persönliches

Eine wahre Begebenheit: Im September 1990 reiste ich einige Tage durch die untergehende DDR. In Weimar, Naumburg, Leipzig, Halle, Potsdam, Berlin sog ich einmalige Eindrücke auf. Im **Cecilienhof in Potsdam**, wo Stalin (Sowjetunion), Churchill (Großbritannien) und Truman (USA) einst 1945 Deutschland aufgeteilt hatten, hob ich bei einem

ausgezeichneten Essen das Glas auf deren endgültigen Abschied. Unterwegs fand ich einmal weder in Leipzig noch in Halle eine Unterkunft, da die wenigen Hotels ausgebucht waren. Mir blieb nichts übrig, als in den alten Westen zu fahren, wo es praktisch in jedem Dorf ein Gasthaus mit Zimmern gab. Auf dem Weg fand ich bei Sangerhausen auf DDR-Gebiet doch noch ein kleines Hotel. Am nächsten Morgen fuhr ich weiter in Richtung Süden, um das von Werner Tübke ausgemalte Bauernkriegsmonument in Bad Frankenhausen anzusehen.

Die Straße führte über ein eingenebeltes, feuchtes Waldgebirge. Oben angelangt sah ich ein größeres Hinweisschild zu einer Sehenswürdigkeit. Ich näherte mich der Tafel, die vor Nässe triefte und schwer entzifferbar war, weil auch drei Arbeiter mit Schaufeln davor standen. Einer, der sich wohl angesprochen fühlte, drehte sich nach mir um und rief mir zu: "Wir kaufen keine Teppiche". Lachend folgte ich der Ausschilderung und erreichte über einen Fußweg einen roten Felsen. Die Herbstsonne brach gerade durch den Nebel und ließ das rote Gestein aufleuchten und erglühen. Jetzt konnte ich erkennen, dass kolossale Gesichtszüge in den Fels eingehauen waren. Eine Schrifttafel lieferte die Erklärung: dargestellt war **Kaiser Barbarossa**, der im **Kyffhäuser** bis zum Tage der Wiederaufrichtung Deutschlands schlief. (Ich schwöre: diese Geschichte stimmt, so unwahrscheinlich sie klingen mag. Romantische Mythen waren meine Sache nie gewesen - die Kyffhäuserlegende Barbarossas war mir damals neu.)

Die von mir erstrebte deutsche Einheit war für meine persönlichen, beruflichen Pläne weniger förderlich. Ein SPD-Wahlsieg 1990 hätte mich wahrscheinlich aus einer optimalen Ausgangsposition in die Regierung, in das Auswärtige Amt getragen. Dort wäre ein weiterer Aufstieg vermutlich nicht unmöglich gewesen. Daraus wurde nun nichts. Helmut Kohl hatte mit seinem klaren deutschen Einheitskurs die Wahl für

sich entschieden, die SPD blieb in der Opposition. Es war für mich allerdings kein persönlicher, beruflicher Absturz, wie für die meisten früheren DDR-Funktionäre, die allenfalls auf einen gepolsterten, vorzeitigen Ruhestand hoffen durften. Für einige junge, unbescholtene und fachlich hervorragend qualifizierte Mitarbeiter des ehemaligen DDR-Außenministeriums habe ich mich eingesetzt. Vergeblich, das Auswärtige Amt hat die Übernahmen durchweg abgeblockt.

## 12. Kapitel

### 1989-1991: Iran, Irak

Seit dem Sturz des Schah Januar 1979, gegen den wir als Studenten schon 1967 in Bonn demonstriert hatten, zog die Entwicklung im **Iran** mein Interesse magisch an. Eine Rolle spielte wohl auch, dass einer meiner **Großonkel 1886 der erste deutsche Gesandte ( heute: Botschafter) in Teheran** gewesen war. Sein Bild hängt dort heute noch in der Reihe deutscher Gesandter/Botschafter an erster Stelle. Das Erstarken des politischen Islam, das mit der Re-Islamisierung in der arabisch-islamischen Welt einherging, hatte im Iran zu einer gewaltigen Eruption geführt, deren Auswirkungen kaum überschaubar waren. Die Machtbalance im Mittleren Osten war umgestürzt und musste neu austariert werden. Es war ungewiss, ob und wann die religiös-ideologische Ausstrahlung der "iranischen Revolution" in den Nachbarstaaten ebenfalls zu Regimewechseln führen würde. Die Entwicklung im Innern konnte darüber einigen Aufschluss geben, war allerdings von Außen, vermutlich auch von den Akteuren im Inland selbst, lange Zeit schwer durchschaubar. Erst mit den Jahren zeichneten sich festere Strukturen ab.

Als Historiker hatte mich der Iran, wie das frühere Persien seit 1935 genannt wurde, schon immer fasziniert. Seit der Blütezeit des antiken Griechenland hatte das Perserreich vom 6.- 4. Jahrhundert v. Chr. eine bedeutende Rolle gespielt, hatte dem Römischen Reich und seinen Nachfolgern, den Byzantinern, getrotzt, dann den Osmanen in vielen Kriegen Paroli geboten. Es war eine **stolze Geschichte über drei Jahrtausende** hinweg. Seine jüngste Geschichte erklärt manche Reaktionen Chomeinis und seiner Nachfolger. Während des Ersten Weltkriegs verlor Persien/Iran seine

Unabhängigkeit, als das Land 1915-1921 von englischen und russischen Truppen besetzt und in die kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Osmanischen Reich, einem Verbündeten Deutschlands und Österreich-Ungarns, und dann in die Interventionskriege gegen die Sowjetunion verwickelt wurde. 1935 wurde die wichtigste Einnahmequelle, das Erdöl, an die Anglo-Iranian Oil Company vergeben, eine Konzession, deren Vor- und Nachteile unbestritten zuungunsten des Iran verteilt waren.

Im Zweiten Weltkrieg besetzten 1941 wiederum englische und russisch/sowjetische Truppen den neutralen Iran. Dazu Churchill: "Inter arma silent leges". Sie verfügten, dass der Iran Erdöl und Transportkapazitäten der Kriegsführung der Besatzer zur Verfügung stellen musste. Briten und Russen verließen 1946 das Land, London sicherte sich aber alle Vorrechte und Vorteile im Hinblick auf das iranische Öl. Der Versuch des iranischen Regierungschefs **Mossadegh**, die Erdölindustrie als einzige bedeutsame Einnahmequelle des Iran zu verstaatlichen, endete 1953 mit seinem Sturz, der durch den US-Geheimdienst CIA (Operation Ajax) inszeniert worden war. Die USA nahmen in den Folgejahren das Heft in die Hand und bauten Schah Pahlevi zur dominanten, aber auch am meisten verhassten Figur im Mittleren Osten auf. Sie sicherten somit ihren Einfluss in der Region und - trotz eines neuen Abkommens 1973 - den Zugriff der internationalen Ölfirmen auf das iranische Erdöl. Es bedarf keiner Verschwörungstheorien, um die heftige antiamerikanische Schlagseite der iranischen Revolution von 1979 zu erklären.

### Iran und Menschenrechte

1990 hatte ich erstmals Gelegenheit, in den Iran zu reisen. Wir waren eine Gruppe von 5 Personen, einschließlich des Leiters des Hamburger Orient-Instituts, Udo Steinbach, die an einem deutsch-iranischen Gespräch zum Thema Menschenrechte teilnahmen. Die westliche und deutsche

Kritik an der Entwicklung im Iran entzündete sich damals vor allem an den **Menschenrechtsverletzungen**, die aus dem Iran berichtet wurden. Wir erörterten in der Universität Teheran in tagelangen Diskussionen die Grundlagen und Ausformungen der Menschenrechte in der abendländisch-christlichen und der islamischen/iranischen Welt. Wir stellten Unterschiede, aber auch Übereinstimmungen fest. Die Unterschiede schienen nicht unüberbrückbar zu sein. Eine ausführliche Darstellung würde hier zu weit führen. Bemerkenswert war aber, dass eine solche Diskussion vor der Universitätsöffentlichkeit möglich war. Wieweit das Publikum ausgesucht war, entzog sich unserer Kenntnis. Kontroverse Wortmeldungen aus dem Universitätspublikum wurden entgegen genommen. Die Iraner boten uns das Bild einer offenen Diskussion, die auch eine inner-iranische Diskussion zu reflektieren schien. Dogmen wurden jedenfalls nicht verkündet.

Natürlich blieb uns bewusst, dass nicht weit entfernt von der Universität im berüchtigten "Evin-Gefängnis" Menschen zu Unrecht eingesperrt, gequält, gefoltert und umgebracht wurden. Wir wurden eingeladen, das Gefängnis zu besuchen. Wir lehnten das ab, weil klar war, dass uns eine Art Potemkinsches Dorf geboten werden würde. Bei einer späteren Reise habe ich das Gefängnis besucht: mir wurden saubere, geräumige Zellen gezeigt, die Insassen beantworteten meine Fragen ganz im Sinne der Gefängnisleitung, im Gefängnishof fand ein Baseball-Spiel statt. Was soll man dazu sagen? Nachts hörte man die Schreie in der nicht weit entfernten Residenz des deutschen Botschafters... Wir machten eine Reise nach **Isfahan** mit seinen unbeschreiblich schönen islamischen Baudenkmalern. Nirgends trafen wir auf Zurückweisung oder gar Feindseligkeit. In Quom, der heiligen Stadt, die auf halbem Weg zwischen Teheran und Isfahan liegt, schlenderten wir in eine Moschee strengster Observanz. Von einem Moschee-Wächter zur Rede gestellt, was wir hier suchten, behaupteten wir, die Erlaubnis des obersten Imam zu haben. Darauf ließ man uns zufrieden. So unwahrscheinlich

war unsere Auskunft nicht. Tage zuvor hatten wir auf einer Ehrentribüne dem Freitagsgebet auf dem Teheraner Hauptplatz beigewohnt. Hunderttausende Gläubige hatten sich versammelt, die Frauen - getrennt von den Männern - ganz in Schwarz. Ich werde diesen Eindruck nie vergessen. Die Predigt des Geistlichen konnten wir leider nicht verstehen.

### Iranische Diplomatie

Im Außenministerium ließ ich mir einen Termin geben, um auftragsgemäß die Position der iranischen Regierung zu **Afghanistan** zu sondieren. Schon im Eingangsbereich hingen Spruchbänder, die auf persisch und englisch forderten: "Tod den USA, Tod der zionistischen Entität" (gemeint war Israel). Die Sowjets waren 1988/1989 aus Afghanistan abgezogen. Die Frage war, wie Afghanistan stabilisiert werden konnte. Die Iraner wiesen auf die mehr als eineinhalb Millionen afghanischen Flüchtlinge hin, die sie aufgenommen hatten, desgleichen auf das Drogenproblem, das von Afghanistan auf ihr Land übergriff. Zur Stabilitätsfrage hielten sie sich bedeckt.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass ich im Verlauf dieses Aufenthalts in Teheran, am **3. Oktober 1990**, am Tag des Vollzugs der Deutschen Einheit, **Gast** auf dem **Empfang der Deutschen Botschaft** war. Die Vertreter der Ex-DDR Botschaft waren zugegen sowie die Vertreter der DDR-Wirtschaftslobby vor Ort; natürlich auch die Westdeutschen und zahlreiche Iraner. Mit Rücksicht auf die iranischen Gäste wurde kein Alkohol, weder Bier noch Wein, ausgeschenkt, nur klebrige süße Säfte. Wenn meine Erinnerung mich nicht trügt, wurde mir leicht übel davon. Oder waren es die Bratwürste, die aus der Tiefkühltruhe ohne aufzutauen direkt auf den Grill gelegt worden waren?

Noch mehrfach war ich danach im Iran, zuletzt mit Günter Verheugen, dem späteren EU-Kommissar. Wir machten immer die Erfahrung, dass die Iraner über eine hervorragende Diplomatie verfügten, die sie über die Jahrtausende entwickelt hatten. Wer nur die meist extrem verkürzten Aussagen iranischer Regierungsmitglieder in den westlichen Medien kennt und ihnen aufsitzt, bekommt kein richtiges Bild. Die **iranische Diplomatie ist sehr differenziert** und agiert sehr behutsam. In vielen Gesprächen, auch mit Vertretern der iranischen Botschaft in Bonn und Berlin, konnte ich das immer wieder feststellen. Der Iran bestreitet, Atomwaffen herstellen zu wollen. Ich kann den Wahrheitsgehalt nicht überprüfen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt unter anderem, dass der Iran zwischen China, Indien, Pakistan im Osten, Israel im Westen, Russland im Norden und den USA im Süden (mit Flotte und Stützpunkten im Irak und am Golf) die einzige verbliebene Nicht-Atommacht ist. Das gibt dem Iran noch lange keine Berechtigung, nun seinerseits atomar aufzurüsten - sollte aber zu denken geben.

## USA und Iran

1998 hatte ich Gelegenheit, an einer deutsch-amerikanischen Tagung auf der **Wye-Plantation nahe Washington D.C.** teilzunehmen, die von einem den Republikanern nahe stehenden Think-tank veranstaltet wurde. Thema waren der Irak und der Iran. Präsident Clinton war 1998 noch im Amt. Das "Who's Who" der Republikaner, die sich auf die Regierungsübernahme vorbereiteten, war vertreten, u. a. Robert Zoellick, der spätere Chef der Weltbank, Donald Rumsfeld, der spätere US-Verteidigungsminister, schaute auf eine knappe Stunde herein. Der Irak war schnell abgehandelt. Die Clinton-Administration hatte für Saddam Hussein sowenig übrig wie die Republikaner und versuchte ihn zu stürzen. Für die Amerikaner war unsere Position zum Iran von Interesse. Traditionell hatte Deutschland gute Beziehungen zum Iran. Es war bekannt, dass die deutsche Wirtschaft gute Geschäfte mit

Teheran machte und dabei von der Bundesregierung, u. a. mit Hermes-Krediten unterstützt wurde.

Wir Deutschen sahen die Lage im Iran differenziert. Von allen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens - ausgenommen Israel - hatte der Iran noch am ehesten demokratische Strukturen. Es gab Wahlen und Wahlkämpfe, die nicht von vornherein entschieden waren. Im iranischen Parlament waren Minderheiten vertreten, es gab Parlamentarierinnen, die sich für mehr Frauenrechte einsetzten. Das Ganze war natürlich eingebaut in geistlich-islamische Machtstrukturen, in denen Ajatollahs und Imame die Richtung vorgaben. Darunter bewegte sich aber in den Medien und unter den Intellektuellen etwas. Ein mit Gewalt durchgeführter Eingriff von außen würde die Entwicklung zurückwerfen, ja die alte anti-westliche Frontstellung der Iraner, die in Wahrheit eine anti-angelsächsische war, wieder aufleben lassen. Offenkundig war, dass die Amerikaner beim Iran immer an das **Erdöl** dachten. Im Blick hatten sie auch Zentralasien mit seinen Rohstoffen, Erdöl- und Gasfeldern, die geographisch auf dem kürzesten Weg über den Iran zu erschließen waren.

## Irak

1980 glaubte Saddam Hussein, die instabile Lage im Iran zur Durchsetzung irakischer territorialer Ansprüche ausnützen zu können, und begann einen **ersten Golfkrieg**, der nach langen Kriegsjahren 1988 mit einem Patt endete. Die USA und die arabischen Golfstaaten standen in diesem Krieg auf Seiten Saddams, den sie mit Geld und Waffen unterstützten. 1990 besetzten irakische Truppen Kuwait, wobei unklar war, was Saddam Hussein zur Annahme veranlasst hatte, dass die internationale Gemeinschaft diese Aggression hinnehmen

würde. Die USA schmiedeten eine Allianz, um die irakische Armee wieder aus Kuwait zu vertreiben. Deutschland, das die Wiederherstellung seiner Einheit am 3. Oktober 1990 gerade vollendet hatte, sah sich einem internationalen Konflikt konfrontiert, in dem erwartet wurde, dass es Partei ergreifen und Hilfestellung leisten würde. Nach den Umwälzungen, die mit der deutschen Einheit verbunden waren, war das eine große Herausforderung für die deutsche Politik. Bundeskanzler Helmut Kohl entledigte sich dieser Herausforderung mit Hilfe der Scheckbuch-Diplomatie, d. h. der Zahlung einer großen Summe an die Kriegsallianz gegen Saddam Hussein.

Getreu der Devise, jederzeit die Regierung übernehmen zu können, rang die SPD-Bundestagsfraktion um Positionen zu dem heraufziehenden Krieg. Vor Einsatz militärischer Mittel mussten alle anderen Mittel ausgeschöpft sein. Natürlich suchten und standen wir in engstem Kontakt zur Bundesregierung. Viele unserer Spitzenpolitiker waren nach der Wahl 1990 aus dem Bundestag ausgeschieden; es dauert immer eine Weile, bis sich die Fraktionen nach einer Wahl neu formiert haben. Neue Abgeordnete aus der Ex-DDR waren hinzu gekommen. Die wichtige Position des außenpolitischen Sprechers der Fraktion war noch nicht besetzt, da zwischen Norbert Gansel und Karsten D. Voigt ein heftiger Konkurrenzkampf um diese Position entbrannt war, die Gansel erst 1991 knapp für sich entscheiden konnte. In dieser Lage wurde ich ad interim zum **Beauftragten für den Irak** benannt, über den alle Kontakte, auch zum Auswärtigen Amt, zu laufen hatten. Notwendig waren auch Absprachen und Sitzungen während der Weihnachtsferien 1990/1991, die in meiner Privatwohnung in Bonn stattfanden, da die Sitzungsräume im Bundeshaus zu dieser Zeit nicht zugänglich waren. Den Beginn der Kriegshandlungen erfuhr ich am 17. Januar 1991 mitten in der Nacht durch ein Telefonat des Auswärtigen Amtes und informierte danach reihum die wichtigsten SPD-Politiker.

## 13. Kapitel

### 1988-1992: Afghanistan

Während der Weihnachtstage 1979 besetzte die Sowjetunion Afghanistan, um die pro-kommunistische Regierung in Kabul zu stützen. Die Ost-West-Spannungen, die ohnehin durch die Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss und die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen (SS 20 und Pershing II) belastet waren, trieben damit einem neuen Höhepunkt zu. Der **Widerstand** der afghanischen Mudschaheddin gegen die sowjetische Besatzungsmacht und ihre afghanischen Helfer wurde vom **Westen**, Pakistan und Saudi-Arabien mit Geld und Waffen **unterstützt**. Die Hilfe zahlte sich aus, es gelang der Roten Armee nicht, das Land zu befrieden und eine "Pax sovietica" durchzusetzen. Auch in der Bundesrepublik, wo sich zeitweise mehr als hunderttausend afghanische Flüchtlinge und Asylbewerber aufhielten, stießen die afghanischen Mudschaheddin auf Sympathie. Man hielt sie unbesehen für die "Guten", ohne damals zu ahnen, dass sie sich dereinst mit der gleichen Verve gegen den Westen wenden würden. Der Chef der Hizb Islami, Hekmatyar, stellte sich z. B. 1986 deutschen Parlamentariern als Sozialdemokrat und seine Partei als genuin sozialdemokratische Partei Afghanistans vor. Seit 2002 ist er enger Verbündeter der Taliban im Kampf gegen die mit UNO-Mandat in Afghanistan stehenden ausländischen Truppen.

Anfang 1989 gab sich die Sowjetunion geschlagen und zog ihre Truppen vollständig aus Afghanistan ab, unterstützte aber das Regime von Präsident Nadschibulla weiter. Moskau hinterließ ein verheerendes Erbe. Mehr als eine Million Tote hatte Afghanistan zu beklagen, Millionen afghanischer

Flüchtlinge lebten in Lagern in Pakistan und dem Iran. Die Zerstörung der Sachwerte lässt sich gar nicht beziffern. Die Kämpfe zwischen den Mudschaheddin und den von Moskau gestützten Kräften zogen sich hin. Es war voraussehbar, dass das Land auch nach einem Sieg der Mudschaheddin keinen Frieden finden würde. Zu viele Interessen waren neben den Regionalinteressen der afghanischen Kriegsherren im Spiel. Insbesondere Pakistan, Indien, der Iran, Saudi-Arabien, Washington und Moskau verfolgten jeweils eine eigene Agenda. In der Tat fielen die verschiedenen Mudschaheddin-Gruppen nach dem Sieg über Nadschibulla 1992 übereinander her. Die Gefahr einer **Fragmentierung Afghanistans** und Destabilisierung der Region zeichnete sich seit dem Abzug der Roten Armee ab.

### Unsere Initiative

In der SPD-Bundestagsfraktion galt in den 80er Jahren der behutsame Umgang mit der Sowjetunion und deren Interessen als wichtige außenpolitische Richtschnur. Nur mit Duldung oder Zustimmung Moskaus waren Fortschritte in der deutschen Frage zu erreichen. Der Hindukusch war weit weg und schien die deutschen Interessen nicht zu berühren. Vielleicht ergab sich aber die Chance, über den deutschen Einsatz für eine Lösung im Afghanistankonflikt **unsere Sympathiewerte** und unseren Einfluss sowohl in Washington als auch in **Moskau** zu heben. In der Deutschlandfrage, die Ende der 80er Jahre in Bewegung kam, konnte vielleicht - sozusagen auf einer Seitenlinie - Positives bewirkt werden. Mein Vorschlag wurde von Hans-Jürgen Wischnewski aufgegriffen, der die Unterstützung von Willy Brandt und Außenminister Hans-Dietrich Genscher gewinnen konnte. Als Ben-Wisch hatte Wischnewski höchstes Ansehen in der arabisch-islamischen Welt erworben, sein Name öffnete die Türen.

1988 brach ich zu einer ersten Reise in die Region auf. Dank der Unterstützung unserer Botschaft in Islamabad konnte ich mit allen Protagonisten in der Afghanistanfrage Gespräche führen. Dazu gehörten neben den Anführern der verschiedenen Mudschaheddin-Gruppen auch die US-Botschaft in Islamabad und das US-Konsulat in Peschawar (eine Festung, es fehlte nur der Wassergraben!), die pakistanische Regierung, die Führung der PPP-Partei von Benazir Bhutto, die damals an der Regierung war, und der Gouverneur der wichtigen Nordwest-Provinz, in der die autonomen Stammesgebiete lagen. Empfangen wurde ich in der US-Botschaft in einem Raum, der mit den grünen Fahnen des Propheten, Maschinenpistolen und zwei Stinger-Raketen ausgeschmückt war. (Die Stinger-Raketen sind tragbare Boden-Luft-Raketen, die - wahrscheinlich kriegsentscheidend - gegen sowjetischen Hubschrauber in Afghanistan eingesetzt wurden.) Der kanadische Botschafter, von Nostitz, mit dem ich teilweise deutsch sprach, beschwichtigte meine nachdenklichen Fragen nach der mittel- und langfristigen Gefahr, die von den islamistischen Mudschaheddin ausgehen könnten: "Alles übertrieben, alles halb so wild".

Reisen nach Moskau, mit und ohne Wischnewski folgten. **Afghanistan hatte in Moskau höchste Priorität.** Einmal verhandelte ich mit einem Abteilungsleiter im Moskauer Außenministerium namens Kosyrew, wenig später war er Außenminister. Moskau fürchtete nicht ohne Grund nach dem Rückzug aus Afghanistan und einem kompletten Sieg der Mudschaheddin ein Übergreifen des Islamismus auf die muslimischen Gebiete im Süden der Sowjetunion, dann der Nachfolgeorganisation, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). In enger Tuchfühlung mit der US-Botschaft in Bonn und Vertretern Nadschibullahs entwickelte Wischnewski das Konzept einer großen internationalen Konferenz, die unter der Schirmherrschaft von Willy Brandt einen friedlichen Ausgleich in Afghanistan herbeiführen sollte. Als die Sowjetunion 1991 zusammenbrach, machten die USA, die das

Projekt der internationalen Konferenz anfänglich mit Wohlwollen unterstützt hatten, Ende 1991 eine Kehrtwende und forderten uns und ihre afghanischen Verbündeten auf, das Konferenzprojekt nicht weiter zu verfolgen. Eine Begründung für die Kehrtwende erhielten wir nie. Die Vermutung liegt nahe, dass in Washington ein kompletter Sieg der Mudschaheddin einem Ausgleich vorgezogen wurde. Die Mudschaheddin eroberten im April 1992 Kabul. Die Voraussetzungen für die von Wischnewski vorgeschlagene Konferenz in ihrer seinerzeit vorgeschlagenen Form waren damit entfallen.

## Taliban

Die weitere Entwicklung ist bekannt. Ein verheerender Bürgerkrieg unter den Mudschaheddin zerriss das Land von Neuem. Gleichzeitig verlor die internationale Gemeinschaft das Interesse an dem unglücklichen Land. Daran änderte sich auch nichts, als die Taliban, eine von Pakistan ausgehende und unterstützte Miliz ehemaliger Koran-Schüler, den größten Teil des Landes eroberten. 1996 zogen die Taliban in Kabul ein und riefen das Islamische Emirat Afghanistans aus, das aber nur von Pakistan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten anerkannt wurde. Ab 1998 gewährten sie der Al-Qaida Organisation und ihrem Anführer Osama bin Laden Unterschlupf, der von hier aus die Anschläge vom 11. Sept. 2001 auf das World Trade Center in New York plante.

Gestützt auf die US-Operation "Enduring, Freedom" drängte die Nordallianz, überwiegend alte Bekannte aus dem Bürgerkrieg, die Taliban noch im gleichen Jahr aus dem größten Teil Afghanistans zurück. Hamid Karzai wurde 2002 als Übergangspräsident eingesetzt. Danach verlor die internationale Gemeinschaft wiederum das Interesse, der Irak-Krieg rückte in den Vordergrund. Entscheidende Jahre gingen verloren. Alle Mahnungen, die entscheidenden Projekte, insbesondere zur **Bekämpfung des Mohnanbaus und der**

**Opiumproduktion** in Angriff zu nehmen, nützten nichts. Eine Phalanx aus Ignoranz, Gleichgültigkeit und Arroganz verhinderte das auch in Deutschland. Erst mit der Rückkehr der Taliban ab 2005/2006 änderte sich diese Einstellung, aber dann war es zu spät.

Als Botschafter a. D. habe ich im Februar 2008 im Rahmen einer Veranstaltung in Singen a/H die Aussichtslosigkeit der Anstrengungen der westlichen Staaten analysiert und zu einem mit den Verbündeten koordinierten Abzug geraten ("Raus aus Afghanistan" - Anm. 30). Afghanistan ist ein archaisches, geradezu vormittelalterliches Land, dem man nicht unsere Denkweisen und Strukturen überstülpen kann. 1979 waren die Sowjets in Afghanistan eingefallen, seither herrscht Krieg. Wir schreiben heute das Jahr 2010. Glaubt wirklich jemand daran, dass **nach dreißig Jahren Krieg** mit einer Aufstockung der Truppen und einer Verschärfung der Kriegshandlungen die Sympathien der Afghanen zurückgewonnen werden können?

## VI. Unterwegs

### 14. Kapitel

#### 1992-1994: Kairo / Ägypten

Im Jahr der deutschen Einheit 1990 hatte die SPD abermals die Bundestagswahlen verloren, vor allem wegen der katastrophalen Deutschlandpolitik Oskar Lafontaines. Helmut Kohl, der Ende der 80er Jahre noch wankte und mit Mühe einen Aufstand seiner Kritiker in der CDU niederschlug, gewann im Zuge der Einheit einen triumphalen Sieg, der ihn bis 1998 über weitere 8 Jahre Kanzlerschaft trug. In der SPD fand nach der Wahl ein Generationswechsel statt: Björn Engholm wurde Parteivorsitzender, Hans-Jochen Vogel wurde als Fraktionschef durch Hans-Ulrich Klose abgelöst. Das stimmte mich wenig optimistisch, denn über Engholm und Klose hatte ich mir über die Jahre aus der Nähe ein realistisches Bild machen können. Engholm musste in der Tat schon 1993 wieder zurücktreten, sein Nachfolger wurde Rudolf Scharping. Klose stürzte die Fraktion 1992 in eine Chaos-Phase und wurde schnell entmachtet.

In der Fraktion hatte ich schon vor Jahren die höchstmögliche Stufe als Arbeitskreisreferent Auswärtige Politik erklommen, höher ging es damals nicht. Ein Wechsel ins Auswärtige Amt war aus der Opposition heraus unmöglich. Ich begann mich nach Neuem umzusehen und ergriff die Chance, als die **Friedrich-Ebert-Stiftung** mir das **Büro in Kairo** anbot. Kairo war für Nahost-Experten ein zentraler Ort, gewissermaßen ein Muss. Ein Wechsel schien mir auch insofern geboten, als Norbert Gansel als Stellv. Fraktionsvorsitzender zuständig für Außenpolitik, zu meinem

Chef aufrückte. Als ich ihm zur Wahl gratulierte, meinte er mit den ersten Sätzen, unseren Streit und meine Kritik an seiner Deutschland-Politik im Herbst 1989 wolle er sofort vergessen. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war ich auf dem Absprung, zu dem mich Gansel ermutigte und auch meinen Wechsel nachdrücklich unterstützte.

### Politische Stiftungen

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die mich für drei Jahre nach Ägypten entsandte, ist eine der SPD nahestehende Politische Stiftung. Die CDU verfügte damals mit der Adenauer-Stiftung, die CSU mit der Hanns-Seidel-Stiftung und die FDP mit der Friedrich Naumann-Stiftung über ähnliche Institute, die mit jeweils unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten und Arbeitsweisen im In- und Ausland tätig waren. Um die **Auslandsarbeit dieser Stiftungen** wurde die **Bundesrepublik sehr beneidet**. Sie gestattete uns mit großer Flexibilität trotz relativ geringer Finanzmittel überall dort Einfluss zu nehmen, wo dies mit der traditionellen Arbeit der Botschaften nicht oder nicht mehr möglich war. Die Stiftungen sprachen nicht für die Bundesregierung, die sich nicht in gleicher Weise hätte exponieren können. Es hing vom Geschick der Stiftungs-Vertreter vor Ort ab, wieweit man und Impulse geben und sich jeweils vorwagen konnte.

Die FES gab mir für diese Aufgaben einen gut bestückten Instrumentenkasten an die Hand. Mein Etat war einer der größten, den die FES einem Auslandsbüro zur Verfügung stellte. Außerdem bestand die Möglichkeit, Drittmittel einzuwerben, was mir mehrfach gelang. Ich konnte wissenschaftliche Studien in Auftrag geben, Publikationen unterstützen, Seminare, Tagungen, Konferenzen veranstalten, zu denen Gäste aus aller Herren Länder eingeladen wurden. Wir ko-finanzierten Fernsehspots, lancierten Artikel in die Zeitungen, schickten Ägypter zu Reisen nach Deutschland und holten Deutsche nach Ägypten; Einladungen zu Reisen waren

immer sehr begehrt. Es kam darauf an, die richtigen Leute zusammen zu führen. Die Themen waren so breit, wie die Politik selbst. Wir stimmten uns mit den anderen Stiftungen vor Ort ab und hielten Kontakt zur Deutschen Botschaft. Es gab genug für alle zu tun, wir brauchten uns nichts zu neiden. Vorgaben wurden uns von der Botschaft nicht gemacht.

### Re-Islamisierung

Ägypten war das bei weitem bevölkerungsreichste, arabische Land und Kairo eine Metropole, von der niemand wusste, ob sie 12 oder 18 Millionen Einwohner hatte. Die Stadt schien von Menschen überzuquellen. Der Verkehr war mehr als chaotisch, selbst für kurze Strecken benötigte man manchmal Stunden. Im Dienst war das an sich kein Problem, da mir zeitweise drei Fahrer zur Verfügung standen. Über der Stadt lag meist eine grau-gelbe Dunstglocke aus Abgasen, Wüstenstaub und stinkendem Rauch brennender Abfallhaufen. Die Umweltbelastung war enorm, die von uns erhobenen Messdaten durften nicht veröffentlicht werden; sie lagen weit über den zulässigen Werten. Die Stadt hatte sich seit meinen früheren Besuchen stark gewandelt. Die Welt, die Nagip Mahfus, der ägyptische Nobelpreisträger für Literatur, beschrieben hatte, gab es nicht mehr. Eine **mächtige Welle der Re-Islamisierung** hatte das Land erfasst. Das von Mahfus gezeichnete Nachtleben gab es allenfalls noch in den Touristenhotels. Alkohol war verpönt: der früher exzellente ägyptische Wein hatte einem teuren, weinähnlichen Einheitsgesöff Platz gemacht; die meisten Bierbrauereien waren zerstört, die restlichen produzierten ein hygienisch zweifelhaftes Gebräu, vom dem jede Flasche anders schmeckte. Bier und Wein gehörten seit Jahrtausenden zum ägyptischen Alltagsleben, wie auf vier- bis fünftausend Jahre alten Reliefs der Pharaonenzeit zu sehen ist.

Das Alkoholverbot war nur ein Indiz für die Re-Islamisierung. Frauen und Mädchen begannen wieder das

Kopftuch zu tragen, einige den Vollschleier "naqip", oder verhüllten ihren Körper ganz. Es gab dazu keine Statistiken, aber nach dem Augenschein wurden es jährlich mehr, bald dominierten sie das Straßenbild. Auffällig waren auch die Menschenmengen, die sich zum Freitagsgebet auf den Straßen vor den Moscheen einfanden, weil sie in den Moscheen keinen Platz fanden. Die religiösen Sendungen in den öffentlichen Medien Fernsehen und Radio nahmen einen immer prominenteren Platz ein. Wollte man einen angekündigten Film sehen, erschien stattdessen immer öfter ein **muslimischer Prediger auf dem Bildschirm**, zu den Gebetsstunden ohnehin. Selbstverständlich musste ich meinen arabischen Mitarbeitern Pausen für die rituellen Gebete einräumen. Das Gebot des Fastens im "Ramadan" wurde von mehr und mehr Gläubigen befolgt. Muslime dürfen im Ramadan von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang weder essen noch trinken. Wenn der Ramadan in die Sommermonate fiel, wurde das Leben in Kairo besonders stark beeinträchtigt. Die allgemeine Mattigkeit, aber auch Gereiztheit kann man sich als Folge leicht vorstellen. Terroristische Attentate der Islamisten nahmen zu, bei denen auch Ausländer zu Tode kamen. Auf meine Bank wurde z. B. ein Sprengstoffanschlag verübt und die Warnung hinterlassen, dass alle Ausländer sofort das Land zu verlassen hätten. Die bei Touristen so beliebten Kreuzfahrten wurden auf dem Unterlauf des Nil wegen der Gefährdung eingestellt. Immer öfter gab es vor allem in Oberägypten Übergriffe auf die christliche Minderheit der Kopten.

### Arbeitsschwerpunkte

Die Entwicklung in Ägypten gab mir meine Arbeitsschwerpunkte vor. Es galt die politischen Auswirkungen der **Re-Islamisierung** zu analysieren. Sie wirkten sich in der Innenpolitik Ägyptens und der meisten arabischen Staaten, aber auch in der Außenpolitik aus. Der politische Islam war nicht einheitlich sondern zeigte

verschiedene Facetten, die von der Gründung von Terrorzellen über politische Parteien bis zu Wohltätigkeitsorganisationen wohlhabender Muslime reichten. Ein weites Feld fürwahr, aber Ägypten bot dafür die besten Voraussetzungen. In Ägypten war 1928 die Moslembruderschaft gegründet worden, die in die ganze arabisch-islamische Welt ausstreute. In Ägypten gab es die Intellektuellen, die diese Prozesse selbst verfolgten und bessere Voraussetzungen mitbrachten als wir Abendländer, um das Phänomen einzuschätzen. Die meisten waren dem Gespräch zugänglich, wenn auch überwiegend nur auf arabisch. Arabisch hatte ich in Syrien gelernt und mich nach und nach auch an den ägyptischen Dialekt gewöhnt, den ich am Anfang als eigene Sprache wahrnahm.

Der **arabisch-israelische Konflikt** war das andere große Thema, das mich beschäftigte. Ägypten war der optimale Ausgangspunkt, denn Kairo hatte gegen alle Widerstände aus der arabischen Welt an der Politik einer Verständigung mit Israel festgehalten und eine lange Durststrecke der Isolierung erfolgreich durchgestanden. Ägypten zog auf vielerlei Weise Nutzen aus dieser Politik. Es ging darum, diese Ansätze zu verbreitern und zu vertiefen. Drittes großes Thema war die Umweltpolitik, allerdings gab es Anfang der 90er Jahre Ägypten kaum Umweltbewusstsein. Von der Wasserversorgung bis zum Dauer-Smog, von der Energieversorgung bis zur Abfallbeseitigung, fast überall musste zunächst einmal Problembewusstsein geschaffen werden. Untersuchungen mussten angestoßen und finanziert, die Bewusstseinsbildung in der breiten Bevölkerung, in den Behörden und in den Medien gefördert werden, eine Sisyphus-Arbeit. Der Umweltbereich wurde im FES-Büro Kairo von Dr. Chaled, einem ägyptischen Mitarbeiter, der in der DDR studiert hatte, hervorragend abgedeckt.

## Studien, Untersuchungen, Publikationen

Die ägyptische Staatsmacht ließ uns Freiraum, solange wir in ihrem Sinne nützliche Aktivitäten entfalteten. Grenzen musste man selbst erkennen. Das begann schon damit, dass eine Art Akkreditierungsverfahren der Arbeitsbewilligung vorgeschaltet war. Der ägyptische Geheimdienst prüfte die entsandten Vertreter eingehend, meine Prüfung dauerte besonders lang. So lernt man gleich zu Beginn, wer im Lande das eigentliche Sagen hat. Besonderes Misstrauen schlägt den Ausländern entgegen, die das Arabische beherrschen. Ohnehin darf man sich das Ägypten der Präsidenten Sadat und Mubarak nicht als Demokratie im westlichen Sinne vorstellen. Den demokratischen Anschein gibt sich Ägypten gern, schon um seine grundsätzlich pro-westliche Ausrichtung zu unterstreichen. In Wirklichkeit wird das **Land vom Militär beherrscht**, das sich nach außen hin bedeckt hält, aber alles im Griff behält. Es sind Machtstrukturen, die denen in anderen arabischen Staaten, wie Algerien oder Syrien, aber auch der nicht-arabischen Türkei und Pakistans ähnlich sind. Stellte jemand in Ägypten ernsthaft die Machtfrage, etwa indem er die Legitimität von Wahlen problematisiert, zog die ägyptische Staatsmacht die Samthandschuhe aus und griff hart zu. Die lange Gefängnishaft von Saad ed Din Ibrahim, dem Direktor eines sog. Think-tanks, der Wahlen kritisch zu hinterfragen wagte, macht das deutlich. Vermutlich rettete ihn letztlich nur die US- Staatsbürgerschaft, die er neben der ägyptischen besaß, vor Schlimmerem.

Hinter der Fassade war und ist Ägypten eine Militärdiktatur. Respektierte man die Grenzen und konnte den Vertretern des Regimes hinreichend klar machen, dass gemeinsame Interessen bestanden, konnte man weit gehen. An einer besseren Kenntnis der Entwicklung des Islamismus war dem Regime und uns gelegen. So konnten wir mit dem "Center for Political Research and Studies" der Universität Kairo Studien

über **"Islamic Movements in a changing World"** durchführen und publizieren (Anm. 31). Die FES Kairo hat die Forschungsarbeiten mit mehreren Seminaren begleitet und unterstützt. Der Zugang der ägyptischen Autoren zu den Quellen war unvergleichlich besser als der westlicher Wissenschaftler. Sie konnten an und in der Universität gewissermaßen am Puls des Geschehens arbeiten. Dabei muss sich einiges in Grau- und Grenzbereichen abgespielt haben, wie mir berichtet wurde. Besonders interessierten mich natürlich die **außenpolitischen Vorstellungen der Islamisten**. Auch hierzu veranlasste ich Forschungen und Symposien.

Diese Aktivitäten, die wir immer mit ägyptischen Partner durchführten, mussten bei den zuständigen ägyptischen Stellen, sprich Geheimdiensten, angemeldet und mit ihnen abgesprochen werden. Die **Seminare** führten wir **abgeschirmt außerhalb Kairos in arabischer Sprache** durch. Über die "Organisation der Islamischen Konferenz", OIC, mit Sitz in Riad/Saudi-Arabien gab ich ebenfalls eine Studie in Auftrag, die 1994 publiziert wurde (Anm. 32). Über Struktur und Funktionsweise der OIC war bis dahin im Westen relativ wenig bekannt. 1993 führten wir gleichfalls mit dem "Center for Political Research and Studies" der Universität Kairo ein Seminar zum Thema "EC, Germany and Egypt" durch, das auch die Botschaften in Gestalt der Botschaftervertreter Großbritanniens und Deutschlands interessierte. Der britische Gesandte beteiligte sich besonders aktiv an der Diskussion und bedauerte, dass das Vereinigte Königreich keine den deutschen vergleichbare Politische Stiftung habe.

### Israelisch-arabischer Friedensprozess

Ein Höhepunkt war sicherlich die große **Konferenz zum Thema "Middle East Regional Cooperation: Prospects and Problems"**, die wir im Frühjahr 1993 durchführten. Wir wollten damit den 1991 begonnenen Friedensprozess zwischen

Israel und seinen arabischen Nachbarn unterstützen. Unser ägyptischer Partner war das "National Center for Middle East Studies", das von einem ehemaligen General mit besten Beziehungen in die Regierungsspitze geleitet wurde. Unterstützt wurden wir von der Harvard University, USA. Wir hatten über hundert Teilnehmer aus der arabischen Welt, Europa und den USA. Das Entscheidende war jedoch, dass **erstmalig Israelis an einer solchen Konferenz auf arabischem Boden teilnahmen**. Das war ein absolutes Novum und alles andere als selbstverständlich.

Wenige Tage vor Beginn drohte die Konferenz zu platzen, weil, wie so oft im Nahen Osten, die politische Wetterlage von einem Tag auf den anderen von gemäßigt freundlich auf schlecht umgekippt war. Unser ägyptischer Partner wollte schon absagen, aber mit Hilfe der zuständigen Abteilungsleiterin im ägyptischen Außenministerium, Frau Tellawi, die in die Vorbereitung mit einbezogen war, gelang es, die Konferenz zu retten. Wir hatten ohnehin schon die Flugtickets verschickt, Hotels gebucht etc. - bei einer so kurzfristigen Absage wäre das Chaos ausgebrochen. Die Konferenz wurde wie geplant eröffnet - in Anwesenheit des britischen und französischen Botschafters. Angesichts der angespannten außenpolitischen Lage mussten wir auf erweitertes Publikum verzichten. Die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Kooperation zwischen Israel und den arabischen Staaten wurden vom Handel über die Finanzinstitutionen, dem Privatsektor, dem Arbeitsmarkt bis zum Tourismus untersucht und auf eine mögliche **Friedensdividende** abgeklopft. Wenige Wochen später konnten wir die wichtigsten Beiträge und Ergebnisse in einer Art Reader zusammenfassen (Anm. 33). Noch ein Jahr später sagte mir der britische Botschafter, dass er zur Vorbereitung einschlägiger Gespräche diese Zusammenfassung zu Rate zöge.

## Dosierte Integration des politischen Islam

Der Re-Islamisierung und der Frage, wie politisch damit am besten umzugehen sei, hatte mein Hauptinteresse in Ägypten gegolten. In Ägypten konnte ich beobachten, dass die kompromisslose und teilweise gewaltsam **Unterdrückung des politischen Islam eine Radikalisierung zur Folge** hatte, die sich bis zu terroristischen Attentaten steigerte. Sollte das Regime am Ende zugunsten der Islamisten kippen, hätte das dramatische außenpolitische Auswirkungen für den Nahen Osten, wie man am Beispiel des Iran sehen konnte. Ich kam deshalb zur Auffassung, dass eine dosierte und **allmähliche Integration des politischen Islam in das politische System das beste Mittel** wäre, um der Wucht der Bewegung die Spitze zu nehmen. Dosierte deshalb, weil "freie Wahlen", die von einem Tag auf den anderen durchgeführt worden wären, den Durchmarsch der Islamisten bedeutet hätte, wie man bei Wahlen zu ägyptischen Berufsgenossenschaften oder auch in Algerien sehen konnte. Eine Mäßigung würde sich mit der behutsamen Einbeziehung in die Verantwortung von selbst ergeben. Diese Politik wurde in Jordanien und Marokko mit Erfolg praktiziert. Sie setzte eine zielgerichtete, längerfristige Strategie voraus, die mit einer schrittweisen Demokratisierung einhergeht. In einem Aufsatz "Die Angst des Westens vor dem Islam" habe ich diese Überlegungen zusammen gefasst (Dok. 4).

In der **Türkei** hat diese Politik mit der AKP-Regierung unter **Erdogan** seit 2002 eine Bewährungsprobe bestanden. Die AKP war aus der verbotenen **muslimischen "Wohlfahrtspartei"** hervorgegangen, Erdogan selbst war 1998 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Das Zurückdrängen des Militärs aus der politischen Verantwortung ist - auch in der Türkei - ein schwieriger und langwieriger Prozess, Rückschläge sind nicht ausgeschlossen. Mir schien diese Politik alternativlos zu sein, wenn Demokratie und Re-

Islamisierung sich nicht gegenseitig ausschließen sollen. Auch nach Kairo habe ich diese Auffassung weiter vertreten. Von Kennern der Region habe ich Zustimmung erhalten, zurück in Deutschland aber auch Widerspruch erfahren. Vielfach wird der politische Islam als eine Art Einheitsfront gesehen, die notwendigerweise zum Terrorismus führt. Das ist aber nicht richtig: das breite Spektrum des politischen Islam reicht von gemäßigten Kräften, die bereit sind, Verantwortung mit zu tragen, bis zu terroristischen Gruppen, die mit allen Mitteln bekämpft werden müssen. Dazwischen gibt es viel Raum, der von einer klugen Politik genützt werden kann. Eine kompromisslose und gewaltsame Unterdrückung des politischen Islam in allen seinen nicht-terroristischen Facetten führt im Ergebnis zu mehr Radikalisierung und zu mehr Terrorismus.

## 15. Kapitel

### 1995-1999: Dienstreisen, u. a. Frankreich, Iran, Nahost, Afrika

Es wurde zur schlechten Gewohnheit: die SPD hatte 1994 vor meiner Rückkehr aus Kairo abermals die Wahlen verloren. Die Ausgangslage war zwar nach 12 Jahren Kanzlerschaft Helmut Kohls ganz gut gewesen. Die Umfragen hatte lange Zeit der SPD einen großen Vorsprung signalisiert, der allerdings auf den letzten Metern verspielt worden war. Dieter Engels, Fraktionsassistent, später Präsident des Bundesrechnungshofes, organisierte meine Rückkehr in die Bundestagsfraktion. Dort fand ich mich mit Gleichaltrigen in den Führungspositionen wieder. Ein gutes Verhältnis fand ich schnell zu den außenpolitischen Sprechern Günter Verheugen und Karsten D. Voigt. Meine Themenschwerpunkte bestimmte ich selbst, ich suchte sie mir dort, wo ich die künftigen außenpolitischen Brennpunkte sah. Natürlich verblieb mir der Nahe- und Mittlere Osten, hinzu kamen vor allem Frankreich, Indien und Afrika.

Ein Problem gab es mit einigen neu zur Außenpolitik hinzu gekommenen Abgeordneten, die sich daran stießen, dass aus- und inländische Gesprächspartner das Gespräch eher mit mir und nicht mit ihnen suchten. Es war nicht mein besonderes Verdienst, aber nach den vielen Jahren in der Außenpolitik kannte ich mich einfach gut aus und konnte ggf. auch etwas umsetzen. Zur Erklärung sei gesagt, dass ein **Abgeordneter mindestens eine Legislaturperiode, in der Regel sogar zwei** braucht, um ausreichend mit der **Außenpolitik vertraut** zu sein. Abgeordnete, die diesen Lernprozess noch nicht durchlaufen hatten, fühlten sich von mir womöglich etwas gegängelt oder bevormundet, obwohl ich mich soweit wie irgend möglich zurücknahm und zurückhielt. Dennoch

steuerte mich z. B. 1995 eine Delegation der Taliban, die damals im Westen noch akzeptiert waren, direkt an, weil sie meinen Namen aus meinem früheren Afghanistan-Engagement kannten. Persönliche Eitelkeiten spielen in der Politik unvermeidbar ihre Rolle. Mit erfahrenen Außenpolitikern und der Fraktionsspitze hatte ich dieses Problem nicht. Dort wurden meine Anregungen und Ratschläge gerne akzeptiert.

Konsequent arbeitete ich an meinen nächsten Anlauf für das Auswärtige Amt und versuchte, mir einen möglichst **breiten Überblick** zu verschaffen. Den Fraktionsbetrieb kannte ich, das Auswärtige Amt auch einigermaßen. Was mir noch fehlte waren Reisen, Kenntnisse und Kontakte vor Ort in den Weltregionen, die mich primär interessierten. Im Ergebnis war ich die nächsten Jahre ständig auf Dienstreisen rund um den Globus. Ich war so oft weg, dass meine Frau protestierte, sie sei praktisch "alleinerziehend" - inzwischen hatten wir eine kleine Tochter bekommen. Mindestens einmal im Monat war ich in Paris, in den Nahen- und Mittleren Osten, nach Indien und Afrika bereite ich Delegationsreisen vor und begleitete sie. Stützen konnte ich mich auf die Deutschen Botschaften und die Vertretungen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Auf den Reisen fiel es leicht, freundschaftliche Beziehungen zu entwickeln, was vor allem im Hinblick auf die führenden Sozialdemokraten von Nutzen war. Oft fuhr ich allein, hielt Vorträge oder verhandelte, meist beides. Auch Wahlbeobachtungen gehörten zu meinem Ressort.

Frankreich wurde schnell zu meinem bevorzugten Betätigungsfeld. Die Pflege der Sonderbeziehungen zu **Frankreich** gehört zwar verbal zum Standardrepertoire deutscher Politik, aber in der **konkreten Umsetzung** tun sich die meisten Politiker doch eher **schwer**. Eine erste und wichtige Hürde sind die Sprachkenntnisse, an denen es auf beiden Seiten zunehmend fehlt. Der vertraute Umgang stellt sich eben nicht über eine Drittsprache, wie das Englische her.

Viele deutsche Politiker können englisch, aber die französische Kultur, die spezifischen Denk- und Verhaltensweisen der Franzosen sind ihnen fremd. Umgekehrt gilt das Gleiche. Politisch gab es immer wieder Schwankungen im deutsch-französischen Verhältnis, Entfremdungsprozesse und Krisen, die meist erst dann überwunden werden konnten, wenn beiden Seiten klar wurde, dass es ohne den deutschen bzw. französischen Partner nicht geht. Das harmonische Zusammenspiel ist kein Selbstläufer.

So ist es gut, wenn die jeweilige Opposition tatsächliche oder vermeintliche Versäumnisse und Fehler der Regierung aufzeigt und Anstrengungen zur Verbesserung unternimmt. Darin sah ich meine Aufgabe und fand ein großes, weithin unbeackertes Feld vor. Die Beziehungen zur **Schwesterpartei, der Sozialistischen Partei Frankreichs (Parti Socialiste)**, gestalteten sich eng. Wir erarbeiteten gemeinsame Papiere und führten gemeinsame Seminare, Konferenzen und Missionen durch. Das zentrale, gemeinsame deutsch-französische Projekt ist natürlich die europäische Einigung. Im bilateralen Bereich erarbeiteten wir Vorschläge zu Themen vom deutsch-französischen Fernsehsender "Arte" über gemeinsame "Akademien" bis hin zur Industriepolitik einschließlich der Rüstungskooperation. Im Quai d' Orsay, dem französischen Außenministerium, verkehrte ich damals wahrscheinlich öfter als im Auswärtigen Amt. Die deutsch-französische Zusammenarbeit darf nicht von den guten persönlichen Beziehungen der Spitzenpolitiker abhängen, so wichtig diese auch sind, die Kooperation muss sehr viel mehr als bisher von unten nach oben aufgebaut werden.

Fast immer lernten wir auf den Dienstreisen die **politischen Spitzen der besuchten Länder** kennen, und, wenn wir wollten und Zeit hatten, auch die führenden kulturellen und religiösen Persönlichkeiten. Letzteres war vor allem in den islamischen Ländern wichtig. Im Ausland war bekannt, dass die SPD für die Bundestags-Wahlen 1998 beste Chancen zur

Regierungsübernahme hatte, so dass wir gern gesehene Gesprächspartner waren. Man wollte uns nach den vielen Kohl-Jahren, in denen die SPD-Politiker eher Randfiguren waren, in der neuen Formation kennen lernen. In Israel kannte ich ab der Zeit von Ministerpräsident Schamir praktisch alle maßgebenden Politiker. Das gleiche gilt für Arafat und die Palästinenser. 1998 bereitete ich dort für den Fall einer SPD-Regierungsübernahme die kommende deutsche EU-Ratspräsidentschaft mit vor. Die Palästinenser wollten ihren Staat ausrufen, was größte Verwicklungen herauf beschworen hätte. In Frankreich diskutierte ich mit Jack Lang, dem früheren Kulturminister, auf einer öffentlichen Veranstaltung in der Assemblée Générale (Parlament) die Reformagenda des Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder. Spätestens bei der Vorbereitung wurde mir klar, wie unvereinbar die Positionen Schröders und Lafontaines inhaltlich waren, der Konflikt war vorprogrammiert.

Während einer gemeinsamen Dienstreise mit Franzosen in Rumänien wurde ich vom Tod meines Vaters überrascht. Wir gaben rumänischen Parteifreunden eine Art Nachhilfeunterricht in politisch-parlamentarischer Praxis. Mein Bruder hatte mich mühsam telefonisch in einem abgelegenen **Kloster in den Karpathen**, in dem das Treffen stattfand, mithilfe unseres Konsulats in Temesvar benachrichtigt. Ich brach die Reise ab, ein rumänischer Teilnehmer brachte mich über Kronstadt (Brasov) zum Flughafen Bukarest. Wir fuhren in Siebenbürgen durch Regionen, die noch vor wenigen Jahren von der deutschen Minderheit bewohnt gewesen waren. Wie ein Gleichnis des Todes ragten die großen zugemauerten Kirchen der Siebenbürger Sachsen in die Landschaft, umgeben von Friedhöfen mit zubetonieren Gräbern.

Jede Reise würde einen Bericht und Kommentar verdienen, was an dieser Stelle nicht möglich ist. Einige Begebenheiten haben sich mir besonders eingeprägt. In **Togo** war ich mit

zwei anderen Deutschen als Wahlbeobachter unterwegs, als wir noch vor der endgültigen Auszählung der Ergebnisse zu Staatspräsident Eyadema einbestellt wurden. Er traktierte uns mit Champagner und anderen Leckereien. Das gab es nicht umsonst, er erwartete von uns eine Absegnung seiner Wiederwahl "als fair und korrekt". Er spielte darauf an, dass Togo vor dem Ersten Weltkrieg deutsche Kolonie gewesen sei und meinte, "wir Deutsche" müssten doch zusammen halten. Wir segneten seine Wahl nicht ab und wurden in Ungnade entlassen. Vorher aber hatte Eyadema aus seiner Jugend erzählt, in der er ein berühmter "lutteur" gewesen sei. Auf meine Frage, was ein "lutteur" sei, kam er herausfordernd-bedrohlich, aber grinsend auf mich zu und bat mich aufzustehen, um mit ihm zu kämpfen. Er wolle mir das mal demonstrieren. So reizvoll das sicher gewesen wäre, lehnte ich doch dankend ab.

In **Algerien** war ich 1997 - ebenfalls als Wahlbeobachter - in der Nähe des Aurès-Gebirges in Batna eingesetzt, einer Hochburg der aufständischen Islamisten. Wir fuhren übers Land in einer Kolonne: erstes Fahrzeug ein Panzerspähwagen, drauf ein MG-Schütze, bereit zum Feuern, dahinter zwei gepanzerte PKW mit Geheimdienstleuten, dann im gepanzerten Fahrzeug der Gouverneur und ich, dahinter die gleiche Aufstellung wie vorn, nur in umgekehrter Reihenfolge. Ein Bild wie aus einem Film über den Zweiten Weltkrieg; so bewegen sich Besatzer im Feindesland. Man hatte mich vorgewarnt, dass ich bei einem Zwischenfall entweder von den Aufständischen oder dem Begleitpersonal der Regierung erschossen würde, da beide Seiten keine Zeugen wollten. Ob das so stimmte, habe ich Gott sei Dank nie erfahren.



Wie bereits erwähnt, waren wir als kommende Regierungsvertreter begehrte Ansprechpartner. 1998, die Wahl war gewonnen, die Regierung noch nicht gebildet, wurde ich wegen eines Deutschen, der in Kolumbien als Geisel genommen worden war, kontaktiert. Nach Rücksprache erklärte ich mich bereit, mich für seine Freilassung einzusetzen. Wenig später meldete sich **Werner Mauss**, der Kontakte zu den Entführern in Kolumbien herzustellen versprach. Werner Mauss, in Geheimdienstkreisen als **Superagent und deutscher 007** bekannt und in Verruf, hatte neben der Befreiung der Geisel noch eine andere Absicht.

Er wollte mich instrumentalisieren, um mit der neuen rotgrünen Regierung ins Benehmen zu kommen. Mit Kanzleramtsminister Schmidbauer hatte es in der Kohl-Ära offenbar eine gute Zusammenarbeit gegeben. Nach einigen Telefonaten mit den Entführern gelang es, den Deutschen ohne Lösegeld frei zu bekommen. Es war ein Zahnarzt, der sich zur Ruhe gesetzt hatte, und in einem Geländewagen trotz Warnung durch Guerilla-verseuchtes Gebiet in Kolumbien gefahren war (Anm. 34). Die Kontakte liefen immer über Mauss, dem eine über die Geiselbefreiung hinausgehende Friedensmission im kolumbianischen Bürgerkrieg vorschwebte.

Für mich war die Lage schnell klar: an der Geiselbefreiung wollte ich mich gern beteiligen, für andere Zwecke

**instrumentalisieren lassen wollte ich mich dagegen nicht.** Nach der Geiselnbefreiung brach ich den Kontakt mit Mauss ab. Es wäre fahrlässig gewesen, die Warnungen des Spiegel-Chefredakteurs Stefan Aust (Stefan Aust hatte für sein Buch "Mauss: ein deutscher Agent, 1988" 1989 den Adolf-Grimme-Preis erhalten) und anderer zu ignorieren. Die Geiselnbefreiung hatte ein publizistisches Nachspiel. Hans Leyendecker, Redakteur und Geheimdienstexperte der Süddeutschen Zeitung, hatte über die Geiselnbefreiung berichtet und damit eine juristische Reaktion von Werner Mauss herausgefordert. Leyendecker suchte mich im Büro auf und wollte mich als Zeugen für seine Version aufrufen, was ich ablehnte. Ich misstraute ihm. Er hatte Mitte der 90er Jahre als Spiegel-Journalist über den Spionageprozess gegen Karl Wienand berichtet und ein falsches, weil geschöntes Bild Wienands gezeichnet.

## VII. Auswärtiges Amt

### 16. Kapitel

#### 1999/2000: Wechsel ins Auswärtige Amt

1998 gewann die SPD die Wahl und konnte mit den Grünen die Regierung bilden. Sechzehn lange Oppositionsjahre gingen zu Ende. Vier Legislaturperioden hatte sich die SPD in der Opposition verzehrt. Wir waren bildhaft gesprochen auf die Reservebank verbannt geblieben. Meinungsäußerungen von dort blieben uns natürlich unbenommen. Einige meiner KollegenInnen waren in SPD-regierte Bundesländer ausgewichen, eine Möglichkeit, die mir als Außenpolitiker verschlossen blieb. Für die Außenpolitik war der Bund zuständig und die wenigen Mitspracherechte der Länder in der Europapolitik trugen nicht weit. Jetzt eröffneten sich die ersehnten Gestaltungsmöglichkeiten, auf die wir uns die langen Oppositionsjahre vorbereitet hatten.

#### Widerstände

Allerdings... allerdings war mit **Joschka Fischer ein Politiker der Grünen** als Minister ins Auswärtige Amt (AA) eingezogen. Er tat auch etwas für seine eigenen Leute, die er vorzugsweise im Planungsstab des Auswärtigen Amtes unterbrachte und dann nach und nach in andere Positionen weiter schob. Das war völlig in Ordnung, denn allen neuen Ministern wird die Möglichkeit zugestanden, sich mit Vertrauten zu umgeben - solange das nicht exzessiv genutzt wird. Joschka Fischer hatte ein Ministerium übernommen, das seit 1969 bis 1998, knapp 30 Jahre von FDP-Ministern geleitet

worden war. Genscher allein hatte im AA von 1974 bis 1992 fast ununterbrochen das Ministeramt inne gehabt. Wenn das AA noch keine **Symbiose mit der FDP** eingegangen war, so kam es dieser Symbiose doch ziemlich nahe. Ob das für das AA immer gut war, ist sehr die Frage. Eine wolkige Ungenauigkeit und Schwankungsanfälligkeit verbinden sich mit dem Namen Genscher, die im Ausland mitunter Irritationen, manchmal sogar Misstrauen auslösten. Die Kunstfertigkeit in der Produktion leerer Worthülsen, die Genscher im AA zu höchster Blüte brachte, ist zwar typisch für den deutschen Liberalismus, aber nicht immer gut für die Diplomatie.

Joschka Fischer musste auf die Bewusstseinslage des AA Rücksicht nehmen und konnte nur nach und nach die personalpolitischen Weichen umstellen. Das AA hatte sich an eine gewisse Selbstverwaltung im Sinne der FDP gewöhnt und hielt das für völlig normal. Das war es zwar nicht, aber diese Realität und die damit verknüpften Loyalitäten konnten nur mit Vorsicht und Umsicht aufgebrochen werden. Da war außerdem der eingespielte und tief verankerte Abwehrreflex des AA gegenüber Neuzugängen von außen, die die Karrieremöglichkeiten der Berufsdiplomaten erschweren oder verstopfen würden - ein Abwehrreflex, der sich als pralle Arroganz der Berufsdiplomaten gegenüber möglichen "Quereinsteigern" zeigte. Es gab auch Vorbehalte gegenüber Sozialdemokraten, die eine "Nebenaußenpolitik" betrieben hatten; zudem war Lafontaine zu dieser Zeit noch nicht aus seinen Ämtern desertiert.

## Erfolg

Es bedurfte des entschlossenen Einsatzes der Politik, um die hochfahrende Arroganz der selbstverliebten Diplomaten zu durchbrechen. Peter Struck, dem damaligen Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, ist das gelungen. Von den vier Kandidaten, für die Struck eine Bresche geschlagen hatte,

haben allerdings nur zwei das Ziel erreicht. Außer mir gelang es nur Eckhard Lübckemeier, der den Vorteil hatte, vor Jahren die Bonner Diplomatenschule besucht und mit Erfolg abgeschlossen zu haben; danach hatte er eine Arbeit in der Friedrich-Ebert-Stiftung bevorzugt. Die beiden anderen Kandidaten wurden vom AA ausgebremst. Bei mir ging dann alles unter Einhaltung des üblichen Prozedere sehr schnell. Die **Einzelheiten** meines Einstiegs besprach und verabredete ich mit dem **Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Wolfgang Ischinger**. Ich bekam zu meiner Zufriedenheit zunächst die Position eines "Beauftragten für den Barcelona-Prozess", die mir Zuständigkeiten im Mittelmeerraum verschaffte. Ein knappes Jahr später wurde ich Botschafter in Rom.

Von den meisten Widerständen gegen Einzug von Sozialdemokraten ins AA erfuhr ich erst hinterher. Offenbar hatte es einen regen Mailverkehr der Empörung rund um den Globus im AA-Intranet gegeben. In die "Neue Juristische Wochenschrift" (NJW), gewissermaßen das Zentralorgan der deutschen Juristen, wurde ein Aufsatz unter Titel "Ämterpatronage im diplomatischen Dienst?" lanciert, der den Vorgang rechtlich abklopfte (Anm. 35). Ein Diplomat, der über gute Beziehungen in die SPD-Bundestagsfraktion verfügte, schrieb eine scharfe Absage an unsere Übernahme, die er der SPD-Fraktionsspitze übermittelte. Ein Kollege, den ich noch aus Damaskus kannte, meinte, einen Fall wie mich hätte es im Auswärtigen Amt noch nie gegeben. Er hatte 1984/1985 mitbekommen, wie mein damaliger Übernahmewunsch vom AA ohne viel Federlesen abgelehnt worden war. In der Tat: zwar waren Personen auf Lebenszeit übernommen worden, aber ganz rar waren die Fälle auf meiner Besoldungsebene. Ich hatte mehrere wichtige Karriereklippen der Diplomatenlaufbahn einfach umschiffert. Das war sicherlich für viele provozierend. Dass ich dann noch binnen kurzem zum Botschafter ernannt wurde, hinterließ einfach nur Sprachlosigkeit.

## Aufnahme im Auswärtigen Amt

Einmal im Amt stieß ich auf wenig Ablehnung. Ich fügte mich ein, versuchte mich so wenig wie möglich zu exponieren, "heulte mit den Wölfen" und hütete meine spitze Zunge. Die neuen KollegenInnen wussten nicht, wie sich mich einordnen sollten und behandelten mich vielfach wie ein rohes Ei. Einige schrieben mir einen immensen Einfluss zu, den ich gar nicht hatte. Viele waren nur neugierig. Ich übte mich darin, wohlwollend mit dem Kopf zu nicken, ohne etwas zu sagen. Die Spitzen des Hauses beobachteten meine ersten Schritte und baten mich, gegebenenfalls Rückmeldung zu machen. Das war nicht nötig. Allerdings bestand ich gegenüber der Personalabteilung auch hartnäckig darauf, dass alle ursprünglichen Abmachungen tatsächlich eingehalten wurden, was ein wiederholtes Nachhaken erforderlich machte. Ich umschiffte die Fährnisse und fühlte mich bald ganz wohl. Offen bleibt, wie es geworden wäre, wenn das AA schon nach der Bundestagswahl 2005 wieder in FDP-Hände und deren Seilschaften gefallen wäre.

Man kann nichts generalisieren. Obwohl ich, wie es so bezeichnend hieß, aus der "kalten Küche" kam, stieß ich auf Wohlwollen, Entgegenkommen und bekam Hilfestellung, wenn ich darum bat. Mit vielen KollegenInnen bin ich blendend ausgekommen. Natürlich gab es Nickelichkeiten aller Art, aber das gehört zum Geschäft, auch andere müssen damit zurechtkommen - Komiker gibt es überall. Im Rahmen meines Eintritts in den Ruhestand 2007 - ich hatte das 65. Lebensjahr erreicht - hatte ich Gelegenheit, ein paar Worte mit dem damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) zu wechseln. Ich erinnerte daran, dass ich einer der zwei Sozialdemokraten sei, die unter der rot-grünen Regierung ins Auswärtige Amt übernommen worden waren. Steinmeier

fragte mich, wie es mir ergangen sei, offensichtlich sah er Anlass zu dieser Frage. **"Ich kann mich nicht beklagen"**, antwortete ich, worauf er etwas erstaunt die Brauen hob. Ich hatte diese Antwort gegeben, weil ich mich verabschieden und zum Abschied doch kein Klagelied anstimmen wollte!

Das wäre auch unangemessen gewesen. Die altgriechische Weisheit, wonach die Götter dem seine Wünsche erfüllen, den sie strafen wollen, hatte sich für mich nicht bewahrheitet. Als ich ins Auswärtige Amt eintrat, war ich 58 Jahre alt, also jenseits des Alters, in dem man im Auswärtigen Amt - wie wohl überall - noch auf den Beginn einer großen Karriere hoffen kann. Man gab mir einen Botschafterposten in **Rom, einer der von Diplomaten begehrtesten Städte der Welt**. Als promovierter Historiker und Kunstliebhaber war ich dort in meinem Element. Ich habe das Leben dort knapp sechs Jahre lang genossen - mit allen Möglichkeiten und Privilegien, die ein Botschafterposten mit sich bringt: Dienstauto, Fahrer, eine große Residenz - gegenüber der Engelsburg über den Dächern Roms.

Mit welchem Recht hätte ich mich beklagen können? Sicher wäre ich noch gern Botschafter in Paris geworden. Diesen Wunsch hatte ich immer wieder geäußert. In Paris glaubte ich mehr als in Rom einbringen und meine Erfahrung in den deutsch-französischen Beziehungen zum Nutzen beider Länder einsetzen zu können. So viele Dinge waren da noch zu tun. Es hat nicht mehr geklappt, ich fand nicht mehr die notwendige Unterstützung in Berlin. Im AA hätte ich zudem nochmals mit dem Kopf durch die Betonwand müssen. Mir fehlten die Jahre, die ich in den 70er Jahren wegen Karl Wienand verloren hatte. Der Ruhestand kam für mich mit 65 Jahren viel zu früh. Meinem Wunsch, über das gesetzliche Ruhestandsalter hinaus bis 67 im Dienst zu verbleiben, wurde leider nicht statt gegeben.

Der Eintritt ins Auswärtige Amt war für mich - um das abschließend zu sagen - eine große Genugtuung. Vergeblich hatte ich vor 15 Jahren an die Türe geklopft und war zurückgewiesen worden. Das hatte ich so nicht so stehen lassen können, jetzt hatte sich mein Einsatz ausgezahlt. Den Groll Herbert Wehners hatte ich in den 70er Jahren erfolgreich überstanden. Mein Einzug in das Auswärtige Amt gegen alle Widerstände hat mich mit derselben Befriedigung erfüllt.

## 17. Kapitel

### 2000/2001: Mittelmeerpolitik

Mit Eintritt in das Auswärtige Amt erhielt ich die Funktionsbezeichnung "**Beauftragter für den Barcelona-Prozess**". Dazu eine kurze Erklärung, da sich nur Wenige unter diesem Titel etwas vorstellen können. Der Barcelona-Prozess bezeichnete die institutionalisierte Zusammenarbeit der Europäischen Union (EU) mit den Mittelmeeranrainern, die nicht Mitglied der EU waren. Der Name geht auf Barcelona als den Ort der Gründung zurück. Eine Initiative der europäischen Mittelmeerstaaten, die einen Ausgleich zur Osterweiterung der EU schaffen wollten, stand am Anfang. Ziel war die Schaffung einer Region des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands im Mittelmeerraum. Die Bereiche der Zusammenarbeit waren - in Anlehnung an das KSZE/OSZE-Verfahren - die politisch-sicherheitspolitische (1. Korb), die wirtschaftlich-finanzielle (2. Korb) und die kulturelle Partnerschaft (3. Korb). Als vierter "Korb" kamen die Komplexe Justiz, Sicherheit, Migration und soziale Integration hinzu. Ich war also damit beauftragt, diesen Prozess von deutscher Seite zu begleiten und voran zu bringen.

Nicht alle Aspekte interessieren hier, ich will mich auf Weniges beschränken. Diplomatie ist auch Handwerk, besonders im Kontext der Europäischen Union. Meine Aufgabe war es, die deutschen Positionen abzustimmen und zu koordinieren, einmal im Auswärtigen Amt selbst, zum andern zwischen den jeweils zuständigen Ministerien in Berlin. Als nächster Schritt kam die Abstimmung auf der Ebene der EU, die Umsetzung des Rücklaufs etc. Die **EU-Abstimmungsprozesse in Brüssel** sind nicht immer

vergnügungssteuerpflichtig. Nicht umsonst ist das Brüsseler Lokal "A la mort subite" ("Zum plötzlichen Tod" - es heißt wirklich so!) eine der beliebtesten Anlaufstellen für gestresste deutsche Beamte in der belgischen Hauptstadt. Ministervorlagen, Vortrag in den Ausschüssen des Bundestages, Vorbereitung der Außenministertreffen in Lissabon und Marseille, Reisen nach Brüssel (mindestens einmal im Monat), Vorträge, Konferenzen ergänzten mein Programm. Es war ein ziemlich umfang- und arbeitsreiches Geschäft. Die internen Arbeitsabläufe im AA lernte ich auf diese Weise in einer Art Schnellkurs kennen, desgleichen die Personen und Positionen, auf die es ankam.

Eine oft gehörte Klage ist der schwindende Gebrauch der **deutschen Sprache in den europäischen Institutionen**. Deutsche Muttersprachler bilden die größte Sprachgruppe in der EU, weit vor englisch und französisch. Dennoch führt die deutsche Sprache in Brüssel eine kümmerliche Randexistenz. Das Bedauern darüber hat nicht nur etwas mit unserem deutschen Selbstwertgefühl zu tun, sondern führt zu handfesten Nachteilen und schädigt unsere Interessen in Brüssel. Von den deutschen Vertretern vor Ort kann man erwarten, dass sie des Englischen oder Französischen so mächtig sind, dass sie den KollegenInnen der anderen Nationen rhetorisch Paroli bieten können. Vielfach müssen jedoch Fachleute hinzugezogen werden, die das nicht so gut oder gar nicht können. Auch die deutschen Firmen, insbesondere die Mittelständler, für die Brüssel als Ansprechpartner immer wichtiger wird, sind benachteiligt, wenn sie in Brüssel in einer Fremdsprache ihre Interessen vertreten müssen.

Deshalb hat sich das AA nachdrücklich für den Gebrauch des Deutschen bei allen wichtigen Treffen, Konferenzen usw. auf EU-Ebene eingesetzt. Was eigentlich eine Selbstverständlichkeit wäre, erforderte einen stetigen Kampf, den auch ich immer wieder durchzufechten hatte.

Demotivierend wirkt dann natürlich, wenn der Frontmann, sei es der Minister oder Staatssekretär, seine Englischkenntnisse vorführen will, obwohl Deutsch als Konferenzsprache vorgesehen ist. So drehte sich auf einer EU-Konferenz einmal Außenminister Joschka Fischer (ich saß zwei Reihen hinter ihm ) vor einer Rede zu mir um, als wolle er mir etwas sagen - und hielt seine Rede auf Englisch, obwohl er wusste, wie hart ich für das Deutsche auf der Konferenz gefochten hatte.

Die Funktion eines Beauftragten für den Barcelona-Prozess gab mir Gelegenheit, die Entwicklung in den einzelnen südlichen Mittelmeer-Anrainerstaaten zu verfolgen, die Positionen unserer EU-Partner besser kennen zu lernen und bevorzugte Partner zu pflegen. Dem Nahost-Friedensprozess galt natürlich weiterhin mein besonderes Interesse. Außer dem Barcelona-Prozess gab es keinen institutionellen Rahmen, in dem Israel und seine arabischen Nachbarn nebeneinander als Mitglieder teilnahmen. So richteten sich unsere Hoffnungen oft auf den Barcelona-Prozess, um **Israel und seine Nachbarn** einander anzunähern und deren Zusammenarbeit zu fördern. Zu meiner Zeit erwies sich diese Hoffnung als trügerisch. Nicht der Barcelona-Prozess dominierte das Geschehen, der Nahost-Konflikt überlagerte den Barcelona-Prozess und blockierte ihn wieder und wieder. Jede Zuspitzung des Konflikts hinterließ ihre Spuren in der euro-mediterranen Zusammenarbeit. Die Erfahrung, dass im Nahen Osten binnen weniger Stunden eine Krise bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen ausbrechen konnte, wiederholte sich.

In meine Zeit als Beauftragter fiel eine EU-Ratspräsidentschaft Frankreichs. Das französische Außenministerium, der Quai d'Orsay, hatte wie das Auswärtige Amt einen Beauftragten für den Barcelona-Prozess ernannt, der schon im Vorfeld der Ratspräsidentschaft sehr aktiv wurde. **Frankreich war Mittelmeermacht** und hatte von jeher großes Interesse am Barcelona-Prozess. Dem

selbst gestellten Anspruch wollte mein französischer Kollege unbedingt genügen. Er redete viel und lang und ließ auf den Sitzungen die Vertreter der anderen EU-Staaten nicht richtig zu Wort kommen. Sie hätten vermutlich auch nicht allzu viel einzubringen gehabt.

Ich unterstützte ihn nach Kräften, konnte allerdings in Berlin nicht viel in seinem Sinne bewegen. Berlin blickte seinerzeit auf den EU-Erweiterungsprozess nach Mittel- und Osteuropa. Deutschen Interessen entsprechend sollten insbesondere Finanzmittel eher dort als im fernen Mittelmeerraum eingesetzt werden. Sicherlich leistete Berlin letztlich für den Barcelona-Prozess einen angemessenen finanziellen Beitrag. Aus der Sicht unserer europäischen Mittelmeerpartner, insbesondere Frankreichs, war das möglicherweise nicht gleichgewichtig mit den im Osten eingesetzten Ressourcen. Es war der **Beginn eines deutsch-französischen Interessendissenses.**

Ich war nur ein knappes Jahr für den Barcelona-Prozess zuständig und habe die weitere Entwicklung nicht näher verfolgt. Die Initiative des 2007 neu gewählten französischen Staatspräsidenten Sarkozy, den Barcelona-Prozess durch eine neue, andere Art der Zusammenarbeit im Mittelmeer zu ersetzen, dürfte jedoch aufgrund der in den Folgejahren gemachten Erfahrungen herangereift sein. Es ging einfach nichts voran. Das lag nicht nur an den Nord- und Mitteleuropäern, es waren die Konflikte im Mittelmeer selbst, die Fortschritte behinderten. Es war auch nicht mangelndes Interesse von deutscher Seite. Die erste große internationale Konferenz, die die frisch gewählte Bundeskanzlerin Angela Merkel besuchte, war ein Treffen der Staats- und Regierungschefs im November 2005 im Rahmen des Barcelona-Prozesses in Barcelona.

Dennoch ging es bei dem ersten Konflikt, den Angela Merkel mit dem neu gewählten Präsidenten Sarkozy

auszufechten hatte, um diese Mittelmeeragenda. Frankreich wollte ein Mehr in Sachen Mittelmeer und machte sich zum Sprecher der europäischen Südländer Spanien, Italien und Griechenland. Sarkozy glaubte, dieses Mehr nur ohne die Nord- und Mitteleuropäer in der EU erreichen zu können. Kanzlerin Merkel sah darin die Gefahr einer "Spaltung der EU" und nannte das Projekt "sehr gefährlich". Es bedurfte ihres entschlossenen Einsatzes, Sarkozy von seinen Plänen abzubringen und das Projekt in eine EU-kompatible Form zu gießen.

Die im März 2008 auf deutsch-französischen Vorschlag gegründete "**Mittelmeerunion**" soll den Barcelona-Prozess fortsetzen und dynamisieren. Bisher scheinen sich die hochgespannten Erwartungen leider nicht zu erfüllen. Umso mehr sollte deutsche Außenpolitik die spezifischen Mittelmeerinteressen unseres wichtigsten europäischen Partners Frankreich immer im Auge behalten, um einen tief greifenden Dissens, wie er sich zwischen Frau Merkel und Sarkozy auftat, in Zukunft zu vermeiden. Solche Spaltpilze dürfen wir weder keimen noch wachsen lassen. Eine Spaltung der EU können wir uns in dieser Frage nicht leisten.

## 18. Kapitel

### 2001-2006: Deutsche Vertretung Rom

Mit dem Eintritt ins Auswärtige Amt (AA) hatte ich schon die Absicht verbunden, alsbald auf einen Auslandsposten zu wechseln. Die Funktion eines Beauftragten für den Barcelona-Prozess war für mich nur eine Übergangsposition gewesen, die es mir erlauben würde, das Innenleben des AA besser kennen zu lernen. Auf einem Auslandsposten sind solche Kenntnisse und Erfahrungen von großem Wert. In Vorgesprächen hatte ich eine deutliche Präferenz für den Mittelmeerraum zu erkennen gegeben. Dort hatte ich mich seit meinen Jugendreisen bewegt. Viele Privat- und Dienstreisen hatten mich ans Mittelmeer und immer wieder nach Rom geführt.

Als mir **Rom angeboten** wurde, habe ich ohne Zögern eingeschlagen. Rom hatte als Stadt alles, was ich mir wünschen konnte. Meine Tochter Sophia würde in Rom die Deutsche Schule besuchen können, musste also bei einer Übersiedlung nicht das Schulsystem wechseln. Ein Schulwechsel ist für Kinder immer eine Belastung, ein fremdes, neues Schulsystem eine noch größere. Rom war für mich als Historiker zudem eine historische Kulisse, die vom Altertum bis in die Moderne grandioser nicht sein konnte. Allein die kunsthistorischen Zeugen der Vergangenheit bieten Stoff für mehrere Forscherleben.

Als mir Rom angeboten wurde, war mir neu, dass es dort eine **Deutsche Vertretung bei den Internationalen Organisationen der Vereinten Nationen (VN)** gab. Es ist neben den Botschaften beim italienischen Staat (Quirinal) und dem Vatikan die dritte Vertretung der Bundesrepublik

Deutschland in Rom. Sie war noch relativ unbekannt, weil sie erst nach der Wiedervereinigung 1992 eingerichtet worden war, um dem gewachsenen politischen Gewicht Deutschlands Rechnung zu tragen. Wir waren 1992 mit Frankreich, Großbritannien, den USA, aber auch den Niederlanden gleichgezogen, die bei den VN-Organisationen in Rom schon Vertretungen hatten.

Die in Rom angesiedelten Internationalen VN-Organisationen: die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), das Welternährungsprogramm (WEP) und der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) hatten Aufgaben, die bisher nicht zu meinen Interessengebieten gehörten. Mein einziger inhaltlicher Bezug zur künftigen Tätigkeit war die Forstwirtschaft, da wir in der Familie einen größeren Waldbesitz geerbt hatten, dessen Pflege ich aber interessierten (und zerstrittenen) Vettern überlassen hatte. Die Bekämpfung des weltweit noch immer grassierenden Hungers (2000 : rd. 800 Millionen Menschen) und die langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschheit waren aber jedes Engagement wert.

Die deutsche VN-Vertretung war im gleichen Gebäude wie die bilaterale Botschaft untergebracht, hatte aber die bei weitem repräsentativsten Räume inne, zudem einen wundervoll holzgetäfelten Sitzungssaal. Die Verwaltung war mit der bilateralen Botschaft zusammen gelegt, was Vor- und Nachteile hatte. Mein Büro war etwa doppelt so groß wie das des bilateralen Botschafters. Der Fußboden der Vertretung war mit Porphyrt ausgelegt. Ich kann aber nicht sagen, dass das mein (oder unser) Selbstwertgefühl sonderlich gehoben hätte. Warum die Aufteilung beim Bezug des Gebäudes so vorgenommen worden war, entzog sich meiner Kenntnis, veranlasste aber mehrfach die bilateralen Botschafter zu ironischen (neidischen?) Bemerkungen.

Es mag skurril wirken, aber das Thema **Botschaftsgebäude** war in Rom eines der großen Themen. Zweimal hatte Deutschland in Rom nach den beiden verlorenen Kriegen repräsentative Botschaftsgebäude verloren - vor dem Ersten Weltkrieg hatten wir zum Missfallen der Italiener auf dem (heiligen) Kapitol gesessen (Anm. 36). Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Suche nach einer neuen Repräsentanz entweder an den Italienern oder an deutschen Fiskalbeamten, vermutlich an beiden gescheitert. So saßen wir nun seit einigen Jahren im Bahnhofsviertel (Termini) in einem renovierten, ehemaligen Bankgebäude. Mir hat es gut gefallen.



Bruno Epple, Botschafter vor Engelsburg, 2002

Die **Residenz**, d.h. mein dienstlicher Wohnsitz, war rd. 3-4 km vom Botschaftsgebäude entfernt und lag unmittelbar neben der Engelsburg, auf die wir vom Balkon aus einen - nachts beleuchteten - überwältigenden Ausblick hatten. Der Balkon war groß genug, um dort Empfänge für hundert und mehr

Personen veranstalten zu können. Von der Residenz waren es nur wenige hundert Meter zum Vatikan und zum Petersdom. Das Centro Storico, das historische Zentrum Roms, konnte ich von der Residenz in wenigen Minuten zu Fuß über die Engelsbrücke erreichen und von dort zur Piazza di Spagna oder dem Trevi-Brunnen gelangen.

Oft ließ ich mich vom Fahrer absetzen und schlenderte den Rest einer Strecke durch die alten Gassen. Auch das tägliche Leben in Rom hatte seine Reize: die Espresso-Bars, die Restaurants, der gute Wein, die Einkaufsmöglichkeiten waren einmalig. Daneben gab es den Stress des dichten, oft chaotischen Verkehrs, unter dem alle litten. Ich hatte den Vergleich mit Kairo im Kopf und fand Rom gar nicht so schlimm, zumal die Innenstadt, das Centro Storico, für den Verkehr überwiegend gesperrt war. Der Dienstwagen und der Fahrer, die mir als Botschafter zur Verfügung standen, erleichterten mir natürlich das für andere manchmal beschwerliche Stadtleben ungemein.

Die in Rom ansässigen **Kulturinstitute** offerierten ein reichhaltiges Angebot, das alle Freizeitwünsche abdeckte. Das Deutsche Archäologische Institut, das Deutsche Historische Institut, die Biblioteca Hertziana (Kunsthistorisches Institut), das Goethe-Institut, die Casa Goethe, die Villa Massimo wetteiferten mit den Franzosen, Briten, Amerikanern und den Italienern selbst, um den Interessierten etwas Besonderes zu bieten. Zu allen pflegte ich ein gutes Verhältnis und freute mich besonders, als das große französische Kulturinstitut, die über der Piazza di Spagna thronende Villa Medici, nach einer langen Renovierungsphase die Neueröffnung mit einer Ausstellung meines aus Donaueschingen stammenden Landsmanns und Malers, Anselm Kiefer, wieder eröffnete.

Auch die Villa Massimo, die deutschen Stipendiaten für einige Monate eine edle Bleibe bietet, war renoviert worden, und entfaltete unter ihrem neuen Direktor, Joachim Blüher,

rege und anregende Aktivitäten. Wir konnten eine Stipendiatin der Villa Massimo für die Neugestaltung des German Room, des deutschen Saals in der FAO gewinnen, und feierten den Abschluss des Projekts in den weitläufigen Parkanlagen der Villa. Das Latium, die relativ unbekannte Umgebung Roms, ergänzte mein Freizeitprogramm. Das **Latium** kann durchaus mit anderen Regionen Italiens, wie der Toskana an landschaftlicher Schönheit und interessanten historischen Sehenswürdigkeiten wetteifern.

Der dienstliche Bereich meines römischen Postens war weniger positiv. Die **VN-Organisationen, für die ich zuständig war, gaben viel Anlass zur Kritik**. Die kurz nach dem Zweiten Weltkrieg gegründete FAO hatte sich unter ihren langjährigen Generaldirektoren zu einem schwerfälligen, unübersichtlichen, bürokratischen Großapparat mit mehreren tausend Mitarbeitern entwickelt. Trotz des teilweise hervorragenden Potentials an hoch qualifizierten Mitarbeitern - Deutschland stellte allein rd. 70 Mitarbeiter des höheren Dienstes - war die FAO aufgrund ihrer verkrusteten Strukturen unfähig, die ihr von den internationalen Staatengemeinschaft gestellten Aufgaben auch nur annähernd zu erfüllen. Die Sicherung der Ernährungsgrundlagen der Menschheit und die Hungerbekämpfung waren wahrhaftig wichtig genug. Wer unter den Organisationen der Vereinten Nationen nach Beispielen von Ineffizienz suchte, wurde bei der FAO mehr als fündig.

Für die FAO war in der Bundesregierung das von Frau Renate Künast (Die Grünen) geleitete Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL, heute BMELV) federführend. Da Deutschland knapp 10% des FAO-Budgets finanzierte, sah ich es als meine dringendste Aufgabe an, einen Beitrag zum Reformprozess der FAO zu leisten. Wie andere stieß ich dabei auf die Schwierigkeit, die unterschiedlichen Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer zu einem gemeinsamen Reformprojekt zu

bündeln. Hinzu kamen die Eigeninteressen des FAO-Apparats und des FAO-Generaldirektors, des Senegalesen Jacques Diouf.

Die Unterstützung aus Berlin war zudem schwankend und hing von der Karriereorientierung derer ab, die für ihr Fortkommen auf das Wohlwollen des FAO-Generaldirektors setzten. Die FAO-Reform war die ganzen Jahre über ein zermürendes Unterfangen, Erfolge waren kaum zu erkennen. Das ist freilich **kein römischer Sonderfall**, sondern gilt für die Reform der Vereinten Nationen und ihrer Organisationen weltweit. Trotzdem führt kein Weg daran vorbei. Etwas besseres als die Vereinten Nationen hat die Weltgemeinschaft nicht. Auch die deutsche Politik bleibt für die Durchsetzung ihrer Interessen auf die Vereinten Nationen angewiesen.

Trotz eines beachtlichen Finanzierungsanteils von bis zu 10% war unser deutscher Einfluss in der FAO eher begrenzt. Nur gemeinsam mit Verbündeten war etwas zu erreichen. Ein geeignetes Instrument hätte die EU-Koordinierungsrunde sein können. Je nach Anlass traf sich diese Runde mindestens einmal im Monat, oft auch mehrmals die Woche, um eine gemeinsame Politik abzustimmen. **EU-Koordinierungen** hatte ich in Brüssel in der Funktion als Beauftragter für den Barcelona-Prozess bereits als mühseliges Geschäft kennen gelernt. An unzähligen Sitzungen im Bundestag und in anderen Gremien hatte ich schon teilgenommen und wahrlich viele frustrierende Erfahrungen sammeln müssen.

Was aber in Rom ablief, stellte alles in den Schatten. Schon zahlenmäßig war die Dominanz von Vertretern aus den Landwirtschaftsministerien nicht zu übersehen, im AA war ich vorgewarnt worden. (Jedes Juso-Treffen meiner Jugend hatte mehr politische Substanz.) Manchmal brauchte ich nach Sitzungen Erholungsphasen von bis zu zwei Tagen. Der geneigte und unbefangene Leser kann sich freilich mit Mitleidsbekundungen zurückhalten. Ein deutscher Botschafter

wird schließlich nicht nach Rom geschickt, nur um die Sonnenseiten des Lebens zu genießen. Die Sitzungen in der römischen EU-Koordinierung und in der FAO sorgten für den Ausgleich.

Inhaltlicher FAO-Schwerpunkt des BMVEL war das **"Menschenrecht auf Ernährung"**. Das war an sich eine gute Sache, musste aber unter den gegebenen Umständen schnell auf **"Freiwillige Leitlinien für das Recht auf Nahrung"** reduziert werden. Was folgte, war ein für die Vereinten Nationen typischer, jahrelanger Beratungs- und Konferenzzirkus, der in diesem Fall fast ausschließlich von Berlin, sprich dem deutschen Steuerzahler bezahlt wurde, und der letztlich in den o. g. "Freiwilligen Leitlinien" seinen Niederschlag fand. Manche hatten Mühe, darin einen Fortschritt zu sehen und wollten nur "heiße Luft" bemerkt haben, die zwischen Rom und Berlin hin und her bewegt wurde. Kritisiert wurde, dass bisher kein Hungernder durch die "Freiwilligen Leitlinien" satt wurde und kein Kind vor dem Hungertod bewahrt werden konnte. Das "Menschenrecht auf Ernährung" bleibt eine Baustelle, bis zur "Nachhaltigkeit" und Rechtsverbindlichkeit ist es noch ein weiter Weg.

2002 hatte das BMVEL ein kleines Budget erhalten, um in **Afghanistan** über die **Landwirtschaft** einen Beitrag zum Wiederaufbau des Landes zu leisten. Auch das war an und für sich eine gute Sache, da die FAO in den ersten Jahren nach der internationalen Intervention als "neutrale" UNO-Organisation einen guten Zugang zu den potentiellen afghanischen Empfängern hatte. Die Projekte, die das BMVEL in den ersten Jahren mit der FAO vereinbarte, waren aber zu klein, zu viele und zu disparat, um einen nennenswerten Effekt erzielen zu können. Ein Beitrag, den man mit den deutschen Geldern gut hätte leisten können, wäre die **Entwicklung einer alternativen Landwirtschaft zum Mohn/Opium-Anbau** in Afghanistan gewesen, wofür es in der FAO Ansätze gab. Wiederholt habe ich ab 2002 - vergeblich - dafür plädiert; die

Chance ist vertan. Was damals schon abzusehen war, ist heute nicht mehr zu übersehen: die wachsenden Anbauflächen für Mohn in Afghanistan korrespondieren mit dem Erstarken der Taliban, die sich über den Mohnanbau und das Opium finanzieren.

Das Welternährungsprogramm (WEP) war effizienter und straffer geführt. US-amerikanisches Unternehmensdenken hatte hier viele Jahre Regie geführt. Problematisch war allerdings die **Dominanz der USA**, die in der Regel auch mehr als die Hälfte der Finanzierung, vor allem in Form von Sachleistungen aufbrachten. Nicht nur Menschenfreundlichkeit stand hinter dieser Politik, denn die USA setzten über das WEP ihre Agrarüberschüsse ab und fuhren ihren Anteil jeweils zurück, wenn die Überschüsse kleiner wurden oder auf dem freien Weltmarkt gute Preise zu erzielen waren. Die kostenlose Verteilung von Lebensmitteln gefährdete und zerstörte zudem die lokale Produktion in den Krisenregionen. **Die Instrumentalisierung des WEP für die US-Politik wurde im Irak-Krieg 2003/2004** vollends offensichtlich, als sich das WEP kriegsbegleitend auf die Ernährung der irakischen Bevölkerung und deren Unterbringung in Flüchtlingslagern vorbereitete. Das ist an sich nichts Schlechtes, aber nach internationalem Recht nicht Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft, sondern der Besatzungsmacht, in diesem Fall der USA und ihrer Verbündeten. Kofi Anan, der UN-Generalsekretär, hatte den Irak-Krieg überdies als "völkerrechtswidrig" bezeichnet.

Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) war die kleinste römische VN-Organisation und wurde von Bage Lennart, einem Schweden, geleitet. Mir war der IFAD gleich am Anfang durch verschwenderische Empfänge in römischen Palästen aufgefallen, Empfänge, die man eigentlich nur als "großes Fressen" bezeichnen konnte - angesichts des Hungers in der Welt eine Obszönität. **IFAD** war in der zweiten Hälfte der

1970er Jahre gegründet worden, um Gelder der Erdöl-exportierenden Staaten in die Entwicklungshilfe zu lenken, litt aber unter der schrumpfenden finanziellen Unterstützung dieser Ölstaaten, die gleichwohl ihren maßgeblichen Einfluss behalten wollten. Auch diese Organisation war dringend reformbedürftig.

Obwohl das AA und das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung (BMZ) bekanntlich im Dauerclinch lagen, war die Zusammenarbeit mit dem BMZ, bei dem die Zuständigkeit für das WFP und IFAD lag, einfacher als mit dem BMVEL. Das lag sicherlich an der entwicklungspolitischen Professionalität der BMZ-Mitarbeiter und deren vergleichsweise geringe Karriereerwartung in Bezug auf die römischen VN-Organisationen. Die Ministerin, **Heidi Wieczorek-Zeul**, kannte ich seit Juso-Tagen, und hatte immer ein gutes Verhältnis zu ihr. Konflikte gab es deshalb nicht und auch keine überflüssigen Irritationen. Sie stattete uns in Rom einmal einen mehrtägigen Besuch ab, der ihr und uns die Gelegenheit gab, sich von der jeweils besten Seite zu zeigen.

Eine Zwistigkeit möchte ich allerdings nicht unerwähnt lassen, weil sie ein bezeichnendes Licht auf die deutsche Bürokratie auf Bundesebene wirft. Bei Reisen von Regierungsmitgliedern und Beamten aus den Bundesressorts ins Ausland werden sog. **Delegationslisten** erstellt, aus denen die Rangordnung der Delegationsmitglieder, zu denen immer der Botschafter vor Ort gehört, erkennbar ist. Das AA besteht darauf, dass ein Botschafter immer und in jedem Fall höherrangig ist als ein Abteilungsleiter. Allenfalls ein Minister oder (umstritten) ein Staatssekretär stehen höher.

Eine Abteilungsleiterin aus dem BMZ wollte das mit Hinweis auf einen Präzedenzfall nicht akzeptieren und so eskalierte der Zwist bis auf die Ebene der Staatssekretäre von AA und BMZ. Letztlich wurde ein etwas merkwürdiger

Kompromiss gefunden und die Abteilungsleiterin zur Leiterin der anreisenden Delegation erklärt, auf der Delegationsliste stand sie aber weiter auf Platz zwei. Diese zeit- und energieaufwendigen Spielchen sind Außenstehenden nicht zu vermitteln. Es war im Übrigen das einzige Mal, dass ein Vorgang in all meinen Jahren in Rom streitig auf die Staatssekretärebene beider Ministerien gehoben wurde.

Ein wesentlich angenehmerer Teil meiner dienstlichen Tätigkeit war meine **Rolle als Gastgeber** für anreisende Repräsentanten unseres Staates. Angefangen vom Bundespräsidenten Johannes Rau, der mich noch aus meiner Zeit in der Hochschulpolitik kannte (er war seinerzeit NRW-Wissenschaftsminister), über die Ministerinnen Heidi Wieczorek-Zeul und Renate Künast, Landesministern aus Baden-Württemberg und Hessen, Mitgliedern des Bundestages, darunter Peter Harry Carstensen, später Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Herta Däubler-Gmelin, Bundesjustizministerin a. D., Staatssekretären, Abteilungsleitern und der Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann konnte ich alle in entspannter Atmosphäre bei einem guten römischen Essen näher kennen lernen. Bärbel Dieckmann hatte sich für den UNO-Standort Bonn engagiert und war zum Einwerben von Unterstützung nach Rom gekommen.

Die Tätigkeit eines Botschafters besteht auch in der Herstellung einer günstigen Atmosphäre, in der Zusammenführung der richtigen Personen, ggf. im Einleiten von Kompromissen und Lösungen. Nicht in alle fachlichen Einzelheiten muss und kann sich der Botschafter immer einarbeiten, dafür hat er Fachleute, seinen Stab, der ihm zuarbeitet. Schnell wird er feststellen, wer ihn gut berät, und wird seine Schlüsse daraus ziehen.

Die Jahre in Rom gingen schnell vorbei. Die Frage eines Wechsels auf einen anderen Posten hatte ich in der

Personalabteilung des AA in Berlin angesprochen. Aber die vorzeitige Auflösung des Bundestags 2005 mit dem einhergehenden Stopp aller Personalveränderungen, die Probleme eines nochmaligen Schulwechsels meiner Tochter und - zugegeben - das gute Leben in Rom verhinderten das. Allzu energisch habe ich meinen Wunsch nach Veränderung in Berlin nicht vorgetragen. So ließ ich denn mein Berufsleben in Rom nach knapp sechs Jahren ausklingen, in der Stadt, in der ich die ersten Wochen nach dem Abitur verbracht und die ersten Schritte ins eigenverantwortliche Leben getan hatte.

## VIII. Der zweite Blick

### 19. Kapitel

#### 2007 - : Ruhestand - zurück an den Bodensee

Der Ruhestand kam für mich zu früh. Mit 65 Jahren fühlte ich mich noch im Vollbesitz meiner geistigen und körperlichen Kräfte und hätte gern freiwillig zumindest bis 67 weiter gearbeitet. Am Auswärtigen Amt hatte ich Geschmack gefunden und Fuß gefasst. Mein Vorstoß einer Verlängerung über die gesetzliche Grenze von 65 Jahren hinaus traf aber auf Ablehnung. So kehrte ich an den heimatlichen Bodensee zurück, genauer die Halbinsel "Höri" am westlichen Zipfel des Sees, wo wir schon ein Jahrzehnt zuvor ein Domizil als "pied à terre" erworben hatten. Entdeckt hatte die Höri der Schriftsteller Hermann Hesse vor dem 1. Weltkrieg, er hat hier ein Haus gebaut und eine seiner literarisch fruchtbarsten Perioden verbracht (1904-1912). Die Maler Otto Dix und Erich Heckel hatten neben anderen vor Nazis und Krieg auf der Höri Zuflucht gesucht und gefunden, Dix ab 1934, Heckel ab 1944, und sind bis zu ihrem Tod geblieben. Sie haben der Höri-Landschaft in Schrift und Bild unvergängliche Denkmale gesetzt.

Aus Biberach/Riß, wo ich 1980 für den Bundestag kandidiert hatte, wurde ich gefragt, ob ich nicht zu **Matthias Erzberger** einen Vortrag halten könnte. Matthias Erzberger war als Biberacher Abgeordneter einer der Repräsentanten der Weimarer Republik gewesen, die von Rechtsradikalen ermordet worden waren. Mit seiner Unterschrift unter den Waffenstillstand am 11. November 1918 in Compiègne hatte er den Ersten Weltkrieg beendet. 1980 hatte ich Erzberger während meines Wahlkampfes der relativen Vergessenheit entrissen und eine Gedenkveranstaltung an seinem Grab organisiert. Die neuerliche

Beschäftigung mit Erzberger lohnte sich, es gibt in Deutschland wenige Politiker von seiner Statur, deren Erinnerung wir unbedingt hochhalten sollten.

Wenig später hielt ich einen etwas erweiterten Vortrag zu Erzberger in der Volkshochschule Biberach, in dem ich anregte, die zentrale Biberacher **Hindenburgstrasse in Erzbergerstrasse umzubenennen** (Anm. 37). Das mag einigen wie ein Gedankenspiel von Historikern vorkommen, hat aber hohe symbolische Bedeutung. Es ist nicht gleichgültig, wen wir mit der Benennung der Plätze und Straßen unserer Städte ehren. Erzberger verdient es jedenfalls sehr viel mehr als Hindenburg. Wir tun gut daran, uns des geistig-politischen Erbes dieses großen Politikers zu versichern. Der Streit um den Straßennamen ist eine Auseinandersetzung um die geistig-politische Tradition, in der wir unser Staatswesen stellen.

Die Beschäftigung mit Erzberger führte gedanklich zwangsläufig zum Ersten Weltkrieg, zum **Versailler Friedensschluss von 1919** und dessen Folgen in der Weimarer Republik bis hin zum Zweiten Weltkrieg. Als Student der Geschichte hatte ich mich natürlich mit dieser Zeit beschäftigt, richtig auseinandergesetzt hatte ich mich damit bisher nicht. Wie die vorherrschende, deutsche öffentliche und veröffentlichte Meinung war ich bei der deutschen Kriegschuldthese von Fritz Fischer zum Ersten Weltkrieg (Griff nach der Weltmacht, 1961), die sich in meiner Studienzeit durchsetzte, stehen geblieben. Die historische Forschung war allerdings darüber hinweg gegangen.

Da es die **Generation meiner (unserer) Großväter und Väter** war, die die Weimarer Republik und die Nazierrschaft durchlebt und den Zweiten Weltkrieg bis zum Endkampf in und um Berlin mitgetragen hatten, wollte ich einen "**zweiten Blick**" auf diese Zeit zu werfen. Meine (unsere) Väter, Großväter, Onkel waren schließlich nicht irgendwer, Fremde aus einem fernen Land, die im Krieg in der Wehrmacht millionenfach ihr Leben aufs Spiel gesetzt und geopfert hatten. Einen "zweiten Blick" sind wir ihnen

schuldig. Siegfried Kracauer hatte die Frage gestellt, "ob mit fortschreitendem Alter nicht unsere Empfänglichkeit zunimmt für das sprachlose Plädoyer der Toten" ( Anm. 38 ). So ist es wohl. Den Zweiten Weltkrieg hatte ich zwar nicht mehr bewusst erlebt, aber seine Nachwehen als Kind noch wahrgenommen. Stimmt denn alles, was man uns in der Folge der totalen Niederlage - durch die Brille der Siegermächte - erzählt hatte? Dem wollte ich nachgehen, natürlich mit dem Risiko, viel oder fast alles bestätigt zu finden.

Ein Thema reizte mich besonders. Mir war aufgefallen, dass die entscheidende Kriegswende im Dezember 1941, als die Wehrmacht vor Moskau stecken blieb und die USA als Kriegsgegner in den Krieg eintraten, zeitlich mit der Entscheidung zum Holocaust zusammenfiel. Saul Friedländer, einer der renommiertesten Holocaust-Forscher, datiert die Holocaust-Entscheidung auf den Dezember 1941. Diese **Zeitgleichheit konnte kein Zufall** sein. Zu lange hatte ich mich in der Politik bewegt, um nicht zu wissen, dass derart schwerwiegende Vorgänge und Entscheidungen in einem inneren Zusammenhang stehen. In mehreren Studien habe ich versucht, dies herauszuarbeiten (Dok. 6). Die Holocaust-Entscheidung und der ab Dezember 1941 aussichtslose Krieg sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Der Holocaust erschließt sich uns nicht ohne den zwingenden Bezug zu diesem aussichtslosen Krieg.

Eine weitere Frage ist, warum die Deutschen (unsere Väter und Großväter!) den aussichtslosen Krieg bis zum Schluss weiter kämpften? Als das übrige Deutschland schon besetzt war, verteidigten sie im April 1945 noch Berlin und fügten der Roten Armee Verluste von 304.000 Mann zu. Das war noch einmal kompromissloser und entschiedener Kampf und kein kläglicher Zusammenbruch, wie es in den deutschen veröffentlichten Medien vielfach heißt. Ende April 1945, Hitler hatte schon Selbstmord begangen, wurde der **Reichstag** selbst dann noch über einen Tag verteidigt, **nachdem die Rote Armee dort die Siegesfahne gehisst** hatte. Das verlangt nach Erklärungen - so etwas kann man

sich heute gar nicht mehr vorstellen. In der deutschen Philosophie, bei Heidegger fand ich Anhaltspunkte (Dok. 7). Das reicht aber noch nicht aus.

In den jugoslawischen Zerfallskriegen 1994/1995 wiederholte sich eine **Interessenkonstellation der europäischen Mächte** wie vor dem Ersten Weltkrieg: Russland, Frankreich und Großbritannien waren auf Seiten der Serben, das wiedervereinigte Deutschland und Österreich standen gegen die Serben. Das forderte zu einer Studie der langfristigen außenpolitischen Interessen Deutschlands vor 1914 und des wiedervereinigten Deutschlands nach 1990 heraus (Dok. 8). Auffälligstes Ergebnis war die weitgehende Identität der Grenzen, hinter die das Deutsche Reich Russland im separaten Friedensschluss von Brest-Litowsk von 1918 zurückgedrängt hatte, mit den heutigen Grenzen Russlands nach der Implosion der Sowjetunion. Die junge Sowjetunion hatte die Grenzen von Brest-Litowsk unter Protest hingenommen, aber nach der Niederlage Deutschlands 1919/1920 erfolgreich revidiert. Heutige Politiker sollten diese Vorgeschichte kennen.



ET IN ARCADIA EGO

Der Legende nach geht der Name Höri am Bodensee auf den Herrgott selbst zurück. Dieser habe am letzten Schöpfungstag ganz zum Schluss die Höri geschaffen, sich dann erschöpft zurückgelehnt und natürlich in unserem heimatlichen, alemannischen Dialekt gesagt: "Etz **höri** uff" (Jetzt hör ich auf).

## Anmerkungen

- 1) Gute Zusammenstellung im „Spiegel“ vom 12.07.1976, S. 41
- 2) Die Neue Gesellschaft, 1972, Heft 12, S. 951-956  
(1972 hrsg. von Willy Brandt)
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.04.1980
- 4) U.a. Das Hochschulrahmengesetz. Hochschulreform in der Gesellschaftskrise, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg, 1976; Der Kampf um die Hochschulen oder Das Hochschulrahmengesetz, in: aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 29/76 vom 17. Juli 1976, S. 13-37; Unter dem Diktat der Engpässe. Karlsruher Numerus-clausus-Urteil gibt dem Gesetzgeber recht, in: Vorwärts vom 24. 02. 1977; Praxisbezug im Studium? in: Die Deutsche Universitätszeitung/Hochschul-Dienst, 1976, 1. Oktober- Ausgabe, S. 526-528; Strategien zur Lösung der Hochschulkrise, in: Die Neue Gesellschaft, 1973, Heft 9, S. 699-702; Hahn spielt Weimar in Heidelberg. Grabenkrieg in Südwest, in: Vorwärts vom 04. 01. 1973; Hochschulen der Bundeswehr, in: Die Neue Gesellschaft, 1972, Heft 7, S.556-560
- 5) Strategien zur Lösung der Hochschulkrise, ebd. , S. 702
- 6) Das Hochschulrahmengesetz. Hochschulreform in der Gesellschaftskrise, ebd.
- 7) U. a. Ludwig von Friedeburg, Studienreform im Zentrum. Zur Geschichte des Hochschulrahmengesetzes, Frankfurter Rundschau vom 11.12.1976; siehe auch: Heinz Maier Leibniz, Zwischen Wissenschaft und Politik. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1974-1979, Hrsg. im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Boppard 1979, S. 42 f.
- 8) Sozialdemokraten und Liberale. Historische und ideologische Grundlagen der Regierungskoalition, in: Die Neue Gesellschaft, 1975, Heft 5, S. 362-366
- 9) Gesellschaftspolitische Kommentare, Juli 1973, S. 164-167
- 10) Zeitschrift für Politik, Jahrgang 25, Heft 4, Dezember 1978, S. 377-389
- 11) Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 14/79 vom 07. 04. 1979, S. 17-31
- 12) Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte, 1987, Heft 6, S. 535-539
- 13) Die Neue Gesellschaft, 1972, Heft 12, S. 951-956
- 14) Gewerkschaftliche Monatshefte, 1975, Heft 4, S. 251-259
- 15) Junge Kirche, 36. Jahrgang, 1975, Heft 7, Auszüge, S. 389 f.
- 16) Neue Rundschau, 1978, Heft 1, S. 30-41

- 17) Themen der Zeit, Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 20. April 1978
- 18) Deutschland Archiv, 1976, Heft 1, S. 80-84
- 19) Der Königsphilosoph als Lösung? Hatte Plato doch recht? in: Ein mühsamer Dialog. Beiträge zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft, Hrsg. Martin Greiffenhagen, Rainer Prätorius, Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt, 1979, S. 43-52
- 20) Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1977/10, S. 599-622
- 21) Aussenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen, 2/1975, S. 197-207
- 22) Dokumente, Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit, Juni 1976, S. 109-115
- 23) Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 14/81 vom 04.04.1981, S. 3-11
- 24) Frankfurter Rundschau vom 06.04. 1980
- 25) Vorwärts vom 10.04. 1980
- 26) Vorwärts vom 24. 04. 1980
- 27) Forum DS, 4. Jahrgang, 1979, Heft 8, S. 7- 31
- 28) Frankfurter Rundschau vom 24.01.1980
- 29) ebd.
- 30) Südkurier, Ausgabe Singen a.H., vom 29.02.2008
- 31) Islamic Movements in a Changing World, Hrsg. Ola A. AbouZaid, Kairo 1995 (Veröffentlicht und Copyright : Center for Political Research & Studies, Cairo University und Friedrich Ebert Stiftung Kairo)
- 32) The Organization of the Islamic Conference in a Changing World, Hrsg. Mohammad El Sayed Selim, Cairo 1994 (Veröffentlicht und Copyright: Center for Political Research & Studies, Cairo University und Friedrich Ebert Stiftung Kairo)
- 33) Middle East Regional Cooperation: Prospects and Problems, Proceedings of the International Seminar, Cairo 29-31 March 1993
- 34) Süddeutsche Zeitung vom 11.01.1999; Focus 2/1999, S.12
- 35) Neue Juristische Wochenschrift (NJW), 2000, Heft 33, S. 2400-2402
- 36) Golo Maurer, Preußen am Tarpejischen Felsen – Chronik eines absehbaren Sturzes. Die Geschichte des Deutschen Kapitols 1817-1918, Verlag Schnell & Steiner, Regensburg 2005
- 37) Schwäbische Zeitung, Ausgabe Biberach, vom 22.06 2010
- 38) Siegfried Kracauer, Geschichte – Vor den letzten Dingen, Frankfurt 1973, S. 18.

# Dokumente

Dok.1: Ermittlungsverfahren wg. Aufruhr u.a.

## Geschäftsstelle des Amtsgerichts

Geschäfts-Nr. III Gs 145/69

Singen/H., den 15.4.69

Bitte bei allen Schreiben angeben!

(Ort und Tag)

Fernsprecher Nr.

Herrn  
Guntram Freiherr Schenk  
zu Schweinsberg

77 Singen/H.

(Postleitzahl)

Ekkehardstr. 25

**Ladung**

In einem **Ermittlungsverfahren** gegen Guntram Freiherr Schenk zu Schweinsberg  
wegen Aufbruhs u.a.

will das Amtsgericht Sie als **Beschuldigter** vernehmen. Sie werden daher auf

Dienstag, den 29.4.1969, nachm. 14 Uhr

Bringen Sie  
diese Ladung  
bitte mit

vor das **Amtsgericht** Singen/Htwl., Nebengebäude

Zimmer Nr. 15 geladen.

— Wenn Sie ausbleiben, müßte Ihre Vorführung erfolgen. —



*[Handwritten signature]*

## Dok. 2

Neue Verlagsgesellschaft der  
Frankfurter Hefte mbH

Leipziger Straße 17  
D-6000 Frankfurt am Main 90  
Fernsprecher (0611) 70 90 18  
Telex: 411 449 abav d

Postscheck: 100020-606  
(BLZ 500 100 60)  
Frankfurt am Main

Bank:  
Nassauische Sparkasse  
146 000 541  
(BLZ 510 500 15)  
Frankfurt am Main

Herrn  
Dr. Guntram von Schenck  
Frankenstraße 15  
5300 Bonn-Bad Godesberg

# Frankfurter Hefte

Redaktion

Frankfurt, 17. Januar 1977

HH/ke

Sehr geehrter Herr Dr. von Schenck,

es tut mir sehr leid, - aber die Kollegen hier meinen nicht,  
daß Ihr Beitrag "Politik und Korruption" in die Frankfurter  
Hefte gehöre. Ich sende Ihnen das Manuskript anliegend mit  
viellem Dank wieder zurück.

Mit freundlichen Empfehlungen

  
Hubert Habicht

Soweit uns Geschichte überliefert ist, scheint Politik stets von einem Geruch der Korruption begleitet zu sein. Schon die Polis der Athener, die Urform der Demokratie, überliefert uns aus dem 5. vorchristlichen Jahrhundert zahlreiche Fälle tatsächlicher oder angeblicher Korruption. Nicht einmal Perikles, die große Gestalt der attischen Demokratie, blieb frei von Anschuldigungen. Über seinen Freund Phidias, den genialen künstlerischen Leiter des gesamten perikleischen Bauwesens und Mitgeschöpfers der Akropolis, der bezichtigt wurde, kostbare Materialien unterschlagen zu haben, sollte vor allem Perikles selbst getroffen werden. Perikles überlebte die Attacke als Politiker. Man weiß nicht, ob sein Freund Phidias im Gefängnis oder hochgehört in Elis starb.

Es ist nur ein scheinbares Paradox, daß uns aus der ersten Demokratie der Welt auch die ersten spektakulären Korruptionsfälle bekannt sind. Unrechtmäßige Bereicherung und Machtmißbrauch zum eigenen Vorteil waren sicherlich schon andernorts und vorher vorgekommen. Die Demokratie mußte als eine höhere Regierungsform eine größere Sensibilität und Allergie gegen alle Formen der Korruption entwickeln: nur so konnte sie überhaupt funktionsfähig bleiben. Das allgemeine Interesse, dem nachzueifern die Demokratie allen Bürgern vertrauensvoll unterstellte, wurde durch Korruption verfälscht. Demokratie als Prinzip mußte sich deshalb gegen jede unsaubere Amtsführung entschieden zur Wehr setzen, wenn sie nicht selbst ihre Grundvoraussetzung aufheben wollte.

Von daher wird die Erregung der Athener, die aus jedem Korruptionsfall einen gewaltigen Skandal machten, den sie nicht genug aufbauschen konnten, ohne weiteres verständlich: Korruption war in ihren Augen gleichbedeutend mit unmittelbarer Gefahr für die Demokratie, ja war Angriff auf die Demokratie selbst. Die schonungslose Offenlegung der Unregelmäßigkeiten, die rücksichtslose Beseitigung hoher und höchstgestellter Persönlichkeiten sowie das geradezu un griechisch barbarische Straf-

maß waren also keineswegs Ausuferungen der Machtgelüste eines mißgünstigen Pöbels sondern die heilsamen und unabweisbaren Notwehrmaßnahmen eines demokratisch verfaßten Gemeinwesens.

Alleinherrschaften, sei es in Form einer Diktatur oder Monarchie, und Oligarchien können zwar auch durch Machtmißbrauch, Käuflichkeit und andere Formen der Korruption in ihrem Bestand gefährdet werden. Da sie ihre Legitimation jedoch nicht aus einem allgemeinen Interesse als der Resultante des Willens des Bürgers ableiten, wird das Regime als solches durch Korruption nicht unmittelbar in Frage gestellt. Anders als in der Demokratie ist Korruption unter diesen Regierungsformen zwar ein Negativum, kann aber letztlich verkraftet werden. Der Demokratie wird mit der Korruption die Legitimation entzogen, sie wird überall dort außer Kraft gesetzt, wo die Korruption einbricht. Die Korruption ist der Tod der Demokratie.

Wohl denn der Demokratie, die sich im Kampf gegen die Korruption bis an die Zähne bewaffnet zeigt und die bereit ist, diese Waffen schonungslos und unerbittlich einzusetzen! Sie kämpft für ihre eigene Existenz und damit für die Freiheit aller Bürger. Das mag pathetisch klingen, doch möge sich derjenige, der sich daran stört, erinnern, wie unendlich mühsam der Fortschritt der Menschheit hin zu jenem Maximum an persönlicher und politischer Freiheit des Einzelnen war, das allein die Demokratie zu gewährleisten in der Lage ist. Nur wer die Opfer vergessen hat, die zur Erringung dieser Freiheit notwendig waren, wird die notwendige Wachsamkeit und Abwehrbereitschaft vermissen lassen. Der unbarmherzige Kampf gegen die Korruption gehört zur unbedingten Pflicht eines jeden Demokraten.

Diese Ausführungen werden aufgrund ihrer Abstraktheit kaum auf Widerrede stoßen, wie ja überhaupt das laute Eintreten

für Sauberkeit und gegen Korruption zum Repertoire eines jeden auch nur halbwegs begabten Politikers gehören. Gleichwohl hat sich unter diesem Firnis der Hochwohlanständigkeit in den heutigen westlichen Demokratien ein Klima gebildet, in dem die Korruption in vielfältiger Gestalt - man denke an Watergate oder Lockheed - zu gedeihen scheint. Es ist nicht, daß die Korruption toleriert oder unter der Hand akzeptiert würde. Eine weitverbreitete Mentalität scheint vielmehr die Hinnahme des offenbar Unvermeidlichen, ein sich Dreinschicken in den Lauf der Welt, in der nun mals solche Dinge passieren, zu sein.

Es ist auch ein gewisser Widerwille vorhanden zuzugeben, daß es solche Fälle der Korruption im eigenen Lande, in der eigenen Partei, in der eigenen Firma etc. geben könnte. Lieber noch einmal alle fünf gerade sein lassen und Schwamm darüber, ehe man das alles an die große Glocke hängt. Schließlich kann jedem mal ein Fehltritt passieren. Auch gilt es - und das dürfte der Hauptgrund sein - das Ansehen des eigenen Staates, der eigenen Partei etc. sauber zu halten. Denn: was würden die Anderen denken, wenn ... Das könnte schließlich einem selbst schaden. All das mögen Gründe sein, weshalb allenthalben eine Tendenz zu erkennen ist, den Schmutz unter den Teppich zu kehren, anstatt die Peinlichkeit zu offenbaren und den Schuldigen vor aller Öffentlichkeit zu bestrafen.

Erst der Watergate-Skandal hat in den USA zu einem radikalen Gesinnungswandel geführt. In einem unendlich schmerzhaften Prozeß hat sich die amerikanische Nation von ihrem Präsidenten Richard Nixon befreit, dessen skrupelloser Machtmißbrauch die Nation wie ein Alptraum belastet hatte. Nur langsam hatte sich im Verlauf des Watergate-Skandals jener feste Wille gebildet, nichts, aber auch gar nichts mehr an Unregelmäßig-

keiten durchgehen zu lassen. Zu deutlich war geworden, welche Konsequenzen minimale Gesetzesübertretungen durch die Exekutive auf die Dauer haben können. Die Verfassung selbst war Gefahr gelaufen, von Nixon, der nur die Politik seiner Vorgänger skrupelloser und expansiver fortsetzte, ausgehöhlt zu werden.

Eine irgendwie geartete Schadenfreude des ausländischen Beobachters über die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Watergate-Skandal wäre absolut fehl am Platz. Es spricht für die letztlich intakte politisch-moralische Kraft der Vereinigten Staaten, daß sie den Watergate-Skandal überwinden konnten, ohne daß die Verfassung daran zerbrochen wäre. Töricht wäre der, der seine Hochachtung verweigern wollte angesichts der Tatsache, daß die USA ohne Rücksicht auf das eigene Ansehen in der Welt, auf nationale Interessen und auf das eigene Schamgefühl die trüben Machenschaften von Präsident Nixon aufdeckten und Nixon schließlich stürzten. Die Gesellschaft der USA hat die Integrität ihrer demokratischen Verfassung für höher erachtet, als vorgeschützte oder tatsächliche "nationale Interessen."

Es hatte allerdings einer in einer zweihundertjährigen Geschichte gefestigten Demokratie bedurft, um in dieser krisenhaften Situation die grundlegenden Prinzipien der Verfassung gegen eine Exekutive zu verteidigen, die auf den ersten Blick alle Vorteile auf ihrer Seite hatte. Im Anfangsstadium war der unerschütterliche Mannesmut einiger Journalisten, Staatsanwälte, Richter und Abgeordneter notwendig, um den Prinzipien der Demokratie wieder Geltung zu verschaffen und jenes Gespinnst von Lügen zu durchstoßen, das mit der Arroganz der Macht vorgetragen und mit unterschwelliger Drohung aufrechtzuhalten versucht wurde. Die in Jahrhunderten gewonnene Selbst-

sicherheit einer ihrer Institutionen sicheren Demokratie war vonnöten, um sich erfolgreich gegen den Machtmißbrauch durch den Präsidenten durchzusetzen.

Die USA haben sogar im Gefolge des Watergate-Skandals einen Verfassungskonflikt zwischen dem Kongress und dem Präsidenten in Kauf genommen, der zeitweise sogar die amerikanische Außenpolitik in die gefährliche Nähe der völligen Lähmung rückt. Man denke nur an die Uneinigkeit zwischen der Legislative und der Exekutive über die Waffenlieferungen an die Türkei nach der türkischen Invasion auf Cypern, die die Möglichkeit eines Zerbrechens der NATO im östlichen Mittelmeer heraufbeschwor. Die cubanische Intervention in Angola ist ein anderes Beispiel für die Immobilität der amerikanischen Außenpolitik in der Konsequenz der Watergate-Affäre. In all diesen Fällen sieht die amerikanische Gesellschaft in der uneingeschränkten Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der demokratischen Verfassung das höchstrangige "nationale Interesse".

Die Watergate-Krise hat somit einen profunden Klima-Wechsel erzeugt, so daß nachgerade von einer Vor-Watergate- und Nach-Watergate-Mentalität gesprochen werden kann. Im Ehrenkodex der Politik schlägt sich diese Neubesinnung am deutlichsten nieder. Immer wieder ergeben sich Konflikte daraus, daß Vorgänge oder Handlungen aus der Vor-Watergate-Zeit mit den strengen Maßstäben der Nach-Watergate-Ära gemessen werden. Die Sensibilisierung der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber Unregelmäßigkeiten, Korruption und Machtmißbrauch entspricht der Größe der Gefahr, in der sich Demokratie der Vereinigten Staaten in den Augen der Bürger in der Zeit vor der Watergate-Krise befunden hat.

Mittlerweile haben die auf unbedingte Sauberkeit in allen öffentlichen Angelegenheiten abzielenden Bestrebungen in den USA auch ausländische Regierungen und Politiker in Mitleidenschaft gezogen. Die Lockheed-Affäre, bei der es um Schmiergelder geht, die der Flugzeugkonzern an ausländische Politiker gezahlt haben soll, zieht immer weitere Kreise. In Japan mußte Ministerpräsident Tanaka zurücktreten und sitzt seit einiger Zeit im Untersuchungsgefängnis. Führende italienische Christ- und Sozialdemokraten gerieten unter der Beschuldigung, von Lockheed ebenfalls Gelder erhalten zu haben, in große Bedrängnis. In den Niederlanden mußte Prinz Bernhard alle öffentlichen Ämter niederlegen, da ihm aufgrund des amerikanischen Aktenmaterials nachgewiesen werden konnte, daß auch er Gelder von Lockheed angenommen hatte.

In der Bundesrepublik machte die Lockheed-Affäre bereits seit längerer Zeit Schlagzeilen und rückte vor allem in der Endphase des Bundestagswahlkampfes in den Mittelpunkt des Interesses. Die erstaunlich lange Dauer der Verhandlungen, die notwendig waren, um aus den USA das dort vorliegende Material zur Verwendung in der Bundesrepublik herauszubekommen, und das mysteriöse Verschwinden von Akten aus dem Verteidigungsministerium lassen vermuten, daß auch für die Bundesrepublik mit Enthüllungen gerechnet werden muß, die hohe und höchstgestellte Persönlichkeiten betreffen. Die deutsche Demokratie wird sich, wie die amerikanische an der Watergate-Affäre, daran messen lassen müssen, wie sie mit dem Lockheed-Skandal fertig wird.

In der Bundesrepublik stehen bisher - so scheint es - die Vorzeichen für eine umfassende Aufklärung nicht günstig. Blickt man zurück auf die Handhabung und Konsequenzen bisheriger Korruptionsfälle in Deutschland, so hat es sicher seine Richtigkeit festzustellen, daß bei uns jene Unerbittlichkeit, jener "heilige Ernst", wie sie in den USA seit Watergate vorherr-

schend sind, noch fehlen. In der Bundesrepublik scheint, wenn von Korruption die Rede ist, bis heute noch immer jene irritierte aber letztlich achselzuckende Resignation die Gemüter zu beherrschen, jene Vor-Watergate-Mentalität, die der Sache der Demokratie so unendlich abträglich ist. In der jungen deutschen Demokratie spielt auch die Furcht eine Rolle, daß die Offenlegung von Korruption der ungefestigten Demokratie am Ende schädlicher sein könne als ein umfassender Reinigungsprozess.

Skandale und Affären schienen in der Bundesrepublik bis 1969 vor allem eine Domäne der CDU/CSU gewesen zu sein, während die SPD, die sich fast zwanzig Jahre in der Opposition verzehrte, kaum tangiert war. In der CDU/CSU war es in erster Linie der Name von Franz Josef Strauß, der im Zusammenhang mit bald allen Affären genannt wurde. Ob es sich um Fibag, den Schützenpanzer der Firma Hispano-Suiza, Häusergrundstücke in München oder neuerdings um Lockheed handelte, stets fiel der Name Strauß. Alle diese Affären hat Franz-Josef Strauß bisher überstanden. Mittlerweile ist das wohl singuläre Phänomen eingetreten, daß die Bundesrepublik mit dem CSU-Vorsitzenden einen Politiker besitzt, der gegen Korruptionsbeschuldigungen quasi "immun" ist. Von achselzuckender Irritation kann hier schon keine Rede mehr sein, Strauß wird ganz offensichtlich trotz seiner Affären von der Öffentlichkeit akzeptiert.

Seit die SPD die Regierungsverantwortung in Bonn übernommen hat, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich auch in dieser Partei die Affären häufen. Der Skandal um den Steglitzer-Kreisel in Berlin, Helaba und mysteriöse Spenden in Hessen, Dorn, Raffert und Wienand in Bonn usw. vermitteln das Bild einer Partei, die sich ebenso wenig wie andere von dergleichen Vorkommnissen mehr frei wahren darf. Unwidersprochen kann in der deutschen Presse der Vorwurf

wiederholt werden, die SPD habe sich langsam zur Affären-  
Partei entwickelt. In der SPD, die sich in der Vergangen-  
heit zu Recht soviel auf ihre saubere Weste zugute hielt,  
hat sich offensichtlich eine Permissivität gegenüber  
Affären eingeschlichen, die einer zwar erschrockenen aber  
doch weitgehend passiven Duldung gleicht.

Die Lage in den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD  
läßt wenig Hoffnung, daß aus ihnen jene Kraft erwachsen  
wird, die imstande wäre, für die Bundesrepublik die große  
Erneuerung und Bereinigung, wie sie in den USA geleistet  
worden ist, durchzusetzen. Zu befürchten ist vielmehr, daß  
es bei den gegenseitigen Schlammschlachten wie in der Ver-  
gangenheit bleiben wird. Stets war die Korruption bei den  
anderen, nie in den eigenen Reihen gesucht worden. Einen  
Korruptionsverdacht versuchte man nicht durch die wirkliche  
Klärung der Tatsachen, sondern dadurch zu entkräften, daß  
man seinerseits dem politischen Gegner am Zeug zu flicken  
trachtete. Das Ergebnis war eine Art von Abnützungsepefecht,  
das als Resultat kaum Wahrheit sondern nur ein Ende durch  
Ermüdung und Überdruß kannte.

Nach diesem Grundmuster war auch die Arbeit der parlamen-  
tarischen Untersuchungsausschüsse verlaufen. Angefangen mit  
unterschiedlichen Beweisthemen fand die Untersuchung statt  
als handele es sich um einen Schlagabtausch zwischen Re-  
gierungspartei und Opposition, in dem es darum ging, Schade-  
den von den eigenen Reihen abzuwehren und den Schaden des  
politischen Gegners zu mehren. So ist es nicht verwunder-  
lich, daß die Kritik an der Praxis der parlamentarischen  
Untersuchungsausschüsse auch unter den einsichtigen Par-  
lamentariern gewachsen war. Hinzu kommt, daß die Art und  
Weise, in der die Untersuchungen mitunter vorgenommen  
wurden, unter professionellen Gesichtspunkten, etwa den-  
jenigen der Staatsanwaltschaft, als äußerst diletantisch  
zu bezeichnen sind. Das galt auch dann, wenn Staatsanwälte

als Abgeordnete dem Untersuchungsausschuss angehörten.

Im Ergebnis legte der Ausschuß dann meist zwei Voten vor, die der Meinung der politischen Gegner entsprach. Die Öffentlichkeit konnte sich denn je nach Sympathie für das eine oder andere politische Lager eines der Untersuchungsergebnisse zu eigen machen. Es ist völlig klar, daß unter diesen Voraussetzungen ein allseits befriedigendes Abschlußergebnis nicht zu erzielen war. Was aufgeklärt werden sollte, blieb letztlich ungeklärt. Wo Licht hätte geschaffen werden sollen, schien sich die diffuse Zone des unangenehmen und trüben Zwiellichts eher noch ausgedehnt zu haben. Wie sollte unter diesen Umständen eine Reinigung, eine Katharsis stattfinden? Es war praktisch ausgeschlossen, daß wesentlich mehr dabei herauskam als ein tiefsitzender Verdruß, der irgendwann in das Gefühl einmündete, nun sei es genug.

Die Wirkung solcher "Untersuchungen" auf die interessierte Öffentlichkeit kann man sich unschwer vorstellen. Die Resignation mußte sich immer tiefer eingraben, die Hoffnung auf Klärung der Tatsachen und Bestrafung der Schuldigen immer mehr verblassen. Das Gefühl der Ohnmacht gegenüber der Korruption, das ungute Gefühl, daß am Ende doch nichts dabei herauskomme, konnte sich auf diese Weise bei der Bevölkerung festsetzen. Es wird deshalb entscheidend für die Zukunft darauf ankommen, die Instrumente der Korruptionsbekämpfung so zu verändern und zu verschärfen, daß mit ihrer Hilfe das angestrebte Ziel auch wirklich erreicht werden kann. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß muß so reformiert werden, daß er überparteilich und nur im Interesse der Wahrheit seine Funktion erfüllen

kann. Jedwede Einflußnahme der Parteien auf den Untersuchungsausschuß muß ausgeschlossen werden. Der Kampf gegen die Korruption muß, gleichgültig wo und wie sie auftritt, eine jener quer durch alle Parteien gehenden gemeinsamen Aufgaben werden. Gegen Korruption, auch in den eigenen Reihen, darf es keinen Pardon geben.

Parteilpolitische Rücksichten darf es nicht mehr geben. Solidarität und Loyalität gegenüber Parteifreunden, so wichtig und unersetzlich sie sein mögen, um unvermeidliche politische Brüche zu mildern und zu überbrücken, müssen dort ihr Ende finden, wo Korruption nicht nur die Partei sondern das gesamte demokratische Staatswesen in Gefahr bringt. Solidarität und Loyalität arten dort in Kumpanei, um nicht zu sagen Komplizentum aus, wo korrupte "Parteifreunde" wider besseres Wissen gedeckt, geschützt und gegen alle Widerstände gehalten werden. Ein krasses Mißverständnis von Solidarität und Loyalität wäre es, wenn geglaubt würde, Parteifreunde, die wegen von ihnen verschuldeter Affären in Not geraten sind, nun auf keinen Fall im Stich lassen zu können.

Das klingt in der Theorie verhältnismäßig einfach, ist es aber in der Praxis keineswegs. Es fällt menschlich häufig außerordentlich schwer, einen Menschen, mit dem man Jahre - ja vielleicht jahrzehntelang politisch zusammengearbeitet hat, aus Ämtern und der Partei zu entfernen. Niemand trägt gern den Dolch im Gewande. Der erste Reflex beim Auftauchen eines Skandals ist ohnehin zunächst einmal die Abwehr der Angriffe des politischen Gegners, der die Angelegenheit natürlich gleich für sich auszubeuten versuchen wird: Gegen den politischen Gegner aber steht man zusammen, komme was da wolle. Man hüte sich davor, diese "gruppendynamischen"

Effekte zu unterschätzen. Die Vergangenheit hat leider viel zu oft gezeigt, daß ihnen sehr viel mehr Realität zukommt, als den abstrakten Beteuerungen aller Politiker, daß sie für absolute Sauberkeit in den öffentlichen Dingen einträten.

Um nicht mißverstanden zu werden - damit wird nicht die politische, unmittelbare Exekution eines Mannes gefordert, der in den Verdacht der Korruption geraten ist. Niemand soll zu Unrecht zu Fall gebracht werden, nur weil vielleicht Mißgünstige oder politische Feinde falsche Behauptungen in die Welt setzen. Die angemessene Reaktion kann nicht generell sondern muß von Fall zu Fall entschieden werden. In den meisten Fällen scheint jedoch das vorläufige Ruhen der öffentlichen Funktionen bis zur Klärung der Vorwürfe angemessen. Das mag für den Betroffenen hart sein, zumal dann, wenn der Korruptionsverdacht als politisches Kampfmittel eingesetzt wird. Gleichwohl ist eine solche Maßnahme im Interesse der Sauberkeit der öffentlichen Amtsführung unverzichtbar.

Da es die Praxis ist, und nicht das große Wort, die im Kampf gegen die Korruption weiterhilft, sei hier ein weiteres Problem angeschnitten, dem entscheidende Bedeutung zukommen kann. In den meisten Korruptionsfällen gibt es Mitwisser oder sogar freiwillige oder unfreiwillige Mitakteure aus dem Kreis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Persönlichen Referenten, Assistenten usw., die in einem besonderen Vertrauensverhältnis zum "Arbeitgeber" stehen. Wenn diese nun das besondere Vertrauensverhältnis verletzen, indem sie der Öffentlichkeit unrechtmäßige Vorgänge aus ihrem Arbeitsbereich zur Kenntnis bringen, so

belegt sie die Gesellschaft unserer westlichen Demokratien gleichwohl mit einem unbestimmten aber wirksamen "Anathema". Die als problematisch empfundene Person des früheren Rechtsberaters von Präsident Nixon, Mr. Dean, der durch seine Aussage die Watergate-Krise voll ins Rollen brachte, ist wohl das beste Beispiel für den Bewußtseinsstand unserer Gesellschaft.

Es wäre notwendig zu erreichen, daß die allgemeine Desapprobation von diesen Menschen, die Korruptionsfälle aufzudecken helfen, genommen wird. Kein Ruch des "Verrats" sollte an ihnen haften bleiben, denn sie handeln im öffentlichen Interesse. Wie anders sonst könnte die Öffentlichkeit Kenntnis der unrechtmäßigen Vorgänge erlangen, werden diese Vorgänge <sup>doch</sup> vorsichtigerweise nur äußerst selten schriftlich fixiert. Nicht diese Menschen brechen die aus dem besonderen Vertrauensverhältnis entspringende Loyalität, wenn sie - vielleicht nach großen Gewissenskonflikten - die Öffentlichkeit ununterrichtet. Die Loyalität verletzt derjenige, dem die Korruption zur Last zu legen ist.

Die Korruption ist eine schwerwiegende Krankheit am Körper unserer demokratischen Institutionen, ein Gebrest, das wie ein Krebsgeschwür zu wuchern beginnt, wenn es nicht gleich zu Beginn entschieden bekämpft und herausoperiert wird. Das ist eine uralte historische Erfahrung, und man muß sich wundern, daß sie in Vergessenheit geraten konnte, daß es überhaupt nötig ist, daran zu erinnern. Diese Tatsache allein müßte Anlaß zur Besinnung sein. Es ist deshalb höchste Zeit, daß in der Bundesrepublik das Klima einreisender Permissivität in diesen Dingen überwunden wird, und endlich jene Selbstverständlichkeit wieder selbstverständlich wird, daß die unbedingte Sauberkeit die unerläßliche Grundlage eines wohlgeordneten Gemeinwesens ist.

Herbert Wehner, die KPD und der Widerstand gegen das Nazi-Regime

In den spärlichen biographischen Angaben im Handbuch des Deutschen Bundestages äußert sich Herbert Wehner zu seiner Tätigkeit als Kommunist knapp: "1933 an zentraler Stelle in der Widerstandsbewegung tätig, politisch verfolgt. 1935 Emigration. Wegen fortgesetzter Verbindung zur Widerstandsbewegung in Deutschland während des Krieges im Ausland wiederholt in Haft genommen und interniert". Heute erscheint der zeitliche Abstand groß genug, um diesen Spuren einmal nachzugehen und die ebenso zahlreichen wie haltlosen Verdächtigungen und Verleumdungen zu ignorieren, denen sich Wehner ausgesetzt sah. Viel weiß man über den kommunistischen Widerstand und die Rolle Wehners allerdings nicht. Fragmentarisches wissen wir von Wehner selbst, der im Sommer 1946 Notizen aus der Zeit von 1930 - 1945 niederlegte, die unter dem Titel "Selbstbesinnung und Selbstkritik" hektographiert gezielt an verschiedene Mitglieder der SPD-Führung weitergegeben worden sind. Eine Veröffentlichung dieser Notizen wäre an der Zeit, da es sich um ein zeitgeschichtliches Dokument ersten Ranges handelt.

Der kommunistische Widerstand und Herbert Wehner

Am 30. Januar 1933 hatte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler ernannt. Die KPD hatte die volle Tragweite dieser Machtergreifung nicht sofort erkannt. In seinen Notizen berichtet Herbert Wehner: "Ich erinnere mich, Auseinandersetzungen zwischen Ulbricht und Zirsch gehört zu haben, bei denen es um die Einschätzung der neuen Regierung ging. Einer von ihnen behauptete, dies sei noch nicht die reine faschistische Diktatur, vielmehr sei Hitler durch die Zusammenkoppelung mit Hugenberg und Papen als Gefangener des Finanzkapitals zu bezeichnen". Entsprechend unvorbereitet traf die KPD der entscheidende Schlag nach der Reichstagsbrandnacht vom 27. Februar 1933, obwohl Vorbereitungen für die Untergrundarbeit getroffen worden waren. Speziell um den KP-Vorsitzenden Ernst Thälmann zu schützen, war unter Herbert Wehner eine Zentralstelle geschaffen worden, über die alle Nachrichten liefen. Gleichwohl wurden im Zuge des Terrors und der einsetzenden Massenverhaftungen auch Thälmann und einige seiner Vertrauten am 3. März festgenommen. Mit den Massenverhaftungen setzte, wie Herbert Wehner

in den Notizen schreibt, "die Suche nach Ersatzleuten ein, die nicht mehr abreißen sollte". Zwischen 4.000 und 10.000 Kommunisten wurden sofort verhaftet, am Ende des Jahres waren 60.000 bis 100.000 eingekerkert (die verfügbaren Zahlen schwanken). Die Opfer wurden zum Teil von der SA in improvisierten privaten Gefängniskellern und Konzentrationslagern gefangen gehalten, gefoltert, viele ermordet. Damit war die Organisation der KPD zunächst einmal völlig zerschlagen. Offene Funktionärsstellen wurden unerfahrenen Mitgliedern übertragen, die ebenfalls bald verhaftet wurden. Dennoch scheint es gelungen zu sein, bis Mitte 1933 alle wichtigen Verbindungen wiederherzustellen; in vielen Bezirken konnten sogar wieder Mitgliedsbeiträge kassiert werden. An der Reorganisation waren mehrere höhere Parteiführer wie Ulbricht, Pieck und Wehner beteiligt. Erschwerend wirkte sich aber für die Arbeit aus, daß nach der Verhaftung Thälmanns sofort Diadochenkämpfe in der KP-Führung ausbrachen, aus denen sich erst im Lauf der nächsten Jahre Ulbricht und Pieck als neue Führung herauschälten. Eine zweite Verhaftungswelle im Herbst 1933 zwang die wichtigsten KP-Führer, Deutschland zu verlassen. Somit wurde Herbert Wehner faktisch allein in Berlin für die illegale Landesleitung verantwortlich. Wie gefährlich schon 1933 die illegale politische Arbeit in Deutschland war, verdeutlicht eine Bemerkung <sup>in seinen Notizen</sup> Wehners: "Mein Grundsatz war, nur in selbst beschafften Zimmern zu wohnen, um wenigstens eine einigermaßen sichere Zufluchtsstätte zu haben, die bei Verhaftungswellen nicht dadurch gefährdet werden konnte, daß sie anderen bekannt war".

Charakteristisch für die Widerstandstätigkeit der Kommunisten war der Versuch, "von unten her" - durch Bewußtseinsbildung der Bevölkerung die Lage zu verändern. Der Sturz Hitlers "von oben", etwa über eine Konspiration mit Kreisen der Wehrmacht, wie es von anderen Widerstandsgruppen angestrebt ~~wurde~~ wurde, stand der KPD naturgemäß nicht offen. Entsprechend wurde die Propaganda und Agitation zum Hauptinstrument des kommunistischen Widerstands. Bei der Herstellung und Vorbereitung antinazistischer

Propagandamaterials unternahm die KPD . erstaunliche Anstrengungen. Die illegale Zentralzeitung "Rote Fahne", die zwei- oder dreimal monatlich erschien, soll Auflagen bis zu 300.000 Exemplaren erreichen haben. Daneben gab es zahlreiche örtliche Flugschriften und gedruckte Zeitungen, die z.B. in Hamburg, im Ruhrgebiet, Thüringen und in Württemberg erschienen. Wie gefährlich den Nazis diese Tätigkeit erschien, wird an einer geheimen Anweisung deutlich, die der preussische Innenminister Göring am 4. Oktober 1933 an alle örtlichen Polizeibehörden sandte. Darin befahl er, gegen Flugblattverteiler rücksichtslos mit der Schusswaffe vorzugehen, und versprach, Polizisten persönlich zu decken, die sich entsprechend verhielten.

Zwischen der im Inland verbliebenen Leitung unter Herbert Wehner und der Auslandsleitung scheint es wiederholt zu Auseinandersetzungen gekommen zu sein, da die Auslandsleitung die Lage in Deutschland völlig falsch einschätzte. Sie brachte Druckerzeugnisse heraus, die, wie Wehner <sup>in den Notizen</sup> schreibt, "jede Vertrautheit mit den Verhältnissen in Deutschland vermissen ließen. Sie betrachtete die Organisation im Lande lediglich als Verteilungsapparat". Zweimal schickte Wehner bei dem Versuch, die "Rote Fahne" herauszubringen, von Berlin aus Geld und Manuskripte an die zuständigen Parteistellen im Ausland, weil dort schneller und sicherer als in Deutschland der Druck zu besorgen war. Doch sahen die illegalen Funktionäre in Deutschland weder Geld noch Zeitungen wieder. Bei einer Berichterstattung vor dem Politbüro in Paris im April 1934 wurde Wehner vollends klar, "daß dieses Politbüro in einer ganz anderen Vorstellungswelt, als die unsere war, lebte. In der illegalen Praxis im Lande hatte sich zwischen den aktiven Genossen eine feste Kameradschaft herausgebildet; vieles, das früher in der Partei störend gewesen war, hatte einem neuen Verhältnis der Genossen untereinander weichen müssen. Wir hatten geglaubt, diese durch die Verhältnisse geförderte Veränderung müsse etwas Bleibendes hervorrufen. Die Politbüromitglieder brachten mich in die Wirklichkeit zurück. Sie lebten nicht einfach in der alten Weise; auch bei ihnen hatte sich manches verändert, aber diese Veränderungen tendierten in der Richtung zur Verschlimme-

rung früher bemerkter Schäden und Mißverhältnisse" (*Notizen*).

Nach einem halbjährlichen Einsatz an der Saar, während dem sich Wehner bemühte, der dortigen Organisation in der Saarabstimmung zu helfen, die am 13. Januar 1935 mit der Eingliederung der Saar in das Reich endete, und nach Stationen in Prag und Paris finden wir Wehner auf einer Konferenz der KPD in Kunzewo bei Moskau im Oktober 1935 wieder (Brüsseler Konferenz genannt, um die Gestapo irrezuführen). Dort werden zu Mitgliedern des Politbüros, d.h. des höchsten Führungsorgans der KPD gewählt: Thälmann, (in Abwesenheit), Pieck (Vorsitzender der Partei), Florin, Heckert, Ulbricht, Dahlem, Merker. Kandidaten: Wehner und Ackermann, beide aus der Inlandsorganisation hervorgegangen. Herbert Wehner, 1906 geboren, ist damals 29 Jahre alt. In Anknüpfung an frühere Bemühungen ist Wehner in der Folgezeit bestrebt, Kontakte zu Sozialdemokraten zu knüpfen und auszubauen. Es kommt zu Gesprächen mit Erwin Schöttle und Mitgliedern des SPD- und SAP-Vorstandes. Insbesondere zu Breitscheid gelingt es ihm, ein gutes persönliches Verhältnis herzustellen, bis Ulbricht nach der Übersiedlung des Politbüros nach Paris im Herbst 1936 die positiven Ansätze wieder zerstört.

Im Sommer 1936 bricht in Spanien der Bürgerkrieg aus. <sup>Sankt</sup> Stalin als auch die französische Volksfrontregierung zögern zunächst, der Spanischen Republik gegen Franco zu helfen. Herbert Wehner berichtet in seinen Notizen: "Einige Tage nach dem Ausbruch des Krieges in Spanien traf ein Brief von einem in Barcelona sich aufhaltenden emigrierten Genossen (er nannte sich Herz) ein, in dem über die Teilnahme einiger dort weilender deutscher Emigranten am Kampf gegen die Franco-Truppen berichtet wurde. Aus der Schilderung ergab sich für uns die Aufgabe, nach Kräften zu helfen. Mit dem Leiter des Ausschusses, der die Verbindung zu allen in Frankreich lebenden Emigranten hatte, suchte ich eine Anzahl militärisch kundiger Genossen heraus, die wir fragten, ob sie bereit wären, sich freiwillig nach Spanien zu melden, wenn sie dorthin reisen könnten. In kurzer Zeit hatten sich über 100 Emigranten, von denen einige politisch zur Sozialdemokratie zählten, gemeldet ... Bald entstand in Frankreich eine starke Bewegung zur Meldung

Freiwilliger nach Spanien. Durch eine vom ZK (Zentralkomitee) unterzeichnete Aufforderung wurden sodann alle Genossen in der Emigration aufgefordert, sich zu melden". Insgesamt wurden etwa 3.000 Deutsche, Kommunisten, Sozialdemokraten und andere, Mitglieder der Internationalen Brigaden, was einem Sechstel der Gesamtzahl der ausländischen Brigadisten entspricht. Die Verluste der Deutschen waren hoch - die Hälfte von ihnen ist im Kampf gefallen.

Im Exil scheint Herbert Wehner mit dem Herzen immer bei denen geblieben zu sein, die in Deutschland den Widerstandskampf fortsetzten. Ruth von Mayenburg, die Frau des österreichischen Kommunisten Ernst Fischer, die Wehner in Moskau im Emigrantenhotel Lux kennenlernte, berichtet: "Funk (Herbert Wehner) litt an Deutschland, am Unglück des deutschen Volkes ... Wohl kaum einer von den anderen Komintern-Funktionären ist so von Skrupeln, Grübeleien und Verbitterung behelligt gewesen wie dieser unglückliche Kurt Funk, der sich hiner seinen Büchern verkroch und ein schlechtes Gewissen hatte, weil seine Genossen in Hitler-Deutschland unterdessen abgefangen wurden wie die Hasen". Seine "Berichte über die Lage in Deutschland", die er als Leiter der deutschen Abteilung im Moskauer Komintern-Sekretariat anfertigte, "waren genau, nüchtern, überzeugend, frei von Illusionen", wie sich Ernst Fischer <sup>erinnert</sup>. Sehr im Gegensatz zu anderen Funktionären, <sup>die Fischer</sup> die wissen wollten, "daß Hitler-Deutschland einer Krise entgegengehe, daß der Widerstand der deutschen Arbeiterklasse zunehme, daß das Regime zwar grausam, aber nicht fest sei. Wehner haßte derlei Phraseologie".

Die 1935 gewählte neue Parteiführung bemühte sich, in Deutschland wiedereine funktionierende Parteiorganisation aufzubauen. Doch wurden schon die ersten Ansätze von der Gestapo zerschlagen. Während der Periode des deutsch-sowjetischen Paktes (1939 bis 1941) unternahm die Partei 1940 erneut ernsthafte Anstrengungen, um eine neue "Reichsleitung" in Deutschland zu errichten. Die neuen Leitungen in Deutschland sollten weitgehend mit "legalen" Männern besetzt werden, die Überwachung jedoch durch

"illegale" Inspektoren unter Führung eines in Berlin zu errichtenden illegalen Sekretariats vorgenommen werden. Aufgrund seiner Erfahrungen in der illegalen Arbeit war Herbert Wehner für die Leitung dieses Sekretariats vorgesehen worden. Sie entsprach wohl auch Wehners Überzeugung von der Notwendigkeit, im Innern Deutschlands eine Opposition aufzubauen. Ende Januar 1941 fuhr Herbert Wehner zu diesem Zweck nach Stockholm, um von dort seine Weiterreise nach Berlin vorzubereiten. Dort *verfaßte er u.a.* eine Broschüre mit dem Titel "Die Wahrheit dem deutschen Volke", in der er die Grundlinien einer innerdeutschen Widerstandsbewegung gegen die nazistische Kriegspolitik entwickelte. Bevor er sein Vorhaben ausführen konnte, wurde er am 18. Februar 1942 in Stockholm verhaftet und zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt. Im Gefängnis hat er sich von der KPD losgesagt.

Der Widerstandskampf der Kommunisten gegen Hitler in Deutschland, der unkoordiniert bis Kriegsende weitergeführt wurde, hat schwere Opfer gekostet. Nach zurückhaltender Schätzung sind von 1933 - 1945 etwa 20.000 Kommunisten von den Nazis ermordet oder nach Prozessen hingerichtet worden. Die deutschen Kommunisten haben damit vor den Sozialdemokraten und allen anderen Gruppen den höchsten Blutzoll im Widerstandskampf gegen die Hitlerdiktatur erbracht. Etwa die Hälfte der 300.000 KP-Mitglieder von 1933 wurde für lange Zeit in Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager gesteckt oder mußte aus Deutschland flüchten. Zusammen mit Gewerkschaftern und Sozialdemokraten dokumentiert sich in ihnen der Widerstand aus der Arbeiterbewegung, der der Hitlerdiktatur von der ersten Stunde an erwachsen ist.

Bewertung und Konsequenzen

Nichts vermöchte schlagender die Verdrängung des kommunistischen Widerstandes in der Bundesrepublik zu belegen, als die Weigerung des Sohnes des Hitlerattentäters, Graf Schenk zu Stauffenberg, Herbert Wehner 1978 als Redner bei einer Feierstunde der "Stiftung 20. Juli 1944" im Hof des ehemaligen Oberkommandos des Heeres in der Berliner Stauffenbergstraße zuzulassen. Durch Wehners Auftreten, so die Begründung Stauffenbergs, könnte der 20. Juli "eine andere Färbung bekommen". Denn Herbert Wehners Person und Geschichte verkörperten "eine andere geschichtliche Zielsetzung und eine andere geistige Tradition". Darin steckt nicht weniger als der Versuch, den im 20. Juli 1944 gipfelnden Widerstand zum alleingültigen Widerstand gegen Hitler zu erheben und den Widerstandskampf der Kommunisten in Deutschland entweder dem Vergessen zu überantworten oder, wenn das schon nicht möglich ist, seine Legitimität in Frage zu stellen. Wie weit das geht, wird vor allem in bundesdeutschen Wahlkampfzeiten deutlich, wenn Wehners Widerstandstätigkeit in die Nähe von Sabotage und Spionage gerückt, ja sogar mit diesen gleichgesetzt wird.

Es kann in Deutschland also keine Rede von jener grundlegenden Gemeinsamkeit sein, die z.B. in Italien und Frankreich aus dem gemeinsamen Widerstand gegen den Faschismus entstanden ist. Dort hat der kommunistische Beitrag im Kampf gegen die NS-Besatzung und die Kollaborateure dazu geführt, daß die KPI oder die KPF als legitimer Bestandteil des politischen Spektrums anerkannt werden, denen jenseits aller Polemik die nationale und demokratische Glaubwürdigkeit letztlich nicht bestritten werden. Nicht nur der Sozialist Mitterrand, sondern schon de Gaulle hat die KPF in die Regierung geholt, um ihren Einsatz in der Resistance zu honorieren. In der Bundesrepublik hingegen muß selbst der kommunistische Beitrag im Widerstand gegen Hitler dazu herhalten, um die antidemokratische und antinationale Grundhaltung

der deutschen Kommunisten zu unterstreichen, wenn nicht sogar zu belegen.

Man mag darüber rätseln, ob diese Mißachtung des kommunistischen Widerstandes gegen Hitler auch eine der Folgen der deutschen Teilung ist oder als eine der Ursachen der deutschen Teilung und ihrer Fortdauer betrachtet werden muß. Solange aber der Widerstand der deutschen Kommunisten gegen den Faschismus im öffentlichen Bewußtsein der Bundesrepublik unaufgearbeitet bleibt, solange ein CSU-Graf namens Stauffenberg diesen Einsatz mit ein paar platten Sätzchen beiseite wischen kann (zumindest für einen großen Teil der deutschen Öffentlichkeit), solange bleibt uns eine Chance des Dialogs und vielleicht auch der Verständigung mit jenen ostdeutschen Kommunisten verschüttet, die sich zur Legitimation ihrer Herrschaft auf den deutschen kommunistischen Widerstand gegen Hitler berufen. Schon aus diesem Grunde - abgesehen von der historischen Wahrheit - müssen wir uns fragen, ob nicht auch der Widerstand deutscher Kommunisten, ob nicht auch der Einsatz eines Herbert Wehner gegen Hitler ein positiver Beitrag zur deutschen Geschichte ist und gesamtdeutsch gesehen mit ein konstituierendes Element unserer nationalen Identität ist?

Einige historische Fakten zumindest sollten die, die sich zu selbstgerechten Sachwaltern der Tradition des 20. Juli 1944 erheben, ~~nahel~~ machen. Es ist zwar richtig, daß die KPD keine innerparteiliche Demokratie kannte und glaubte, sich zur Erreichung ihrer Ziele undemokratischer Methoden und Mittel bedienen zu dürfen - ein entscheidender Irrtum, wie Herbert Wehner selbst immer wieder betont. Man kann und muß der KPD zu recht auch vorwerfen, daß sie den Untergang der Weimarer Republik mit verursacht hat. Doch sollte darüber nicht vergessen werden, daß es die bürgerlichen, konservativen deutschen Parteien bis hin zum

Zentrum waren, die 1933 auf die Diktatur gesetzt und mit dem Ermächtigungsgesetz Adolf Hitler einen Blankoscheck ausgestellt haben. Man sollte auch nicht vergessen, daß viele, die später zum Widerstand fanden - darunter Stauffenberg selbst - zunächst Hitler begrüßt haben und sich zum Werkzeug seiner verbrecherischen Kriegszüge machen ließen. Damit soll das Andenken derer, die infolge des 20. Juli umkamen, nicht verdunkelt werden. Wer gegen das NS-Regime bis hin zur Gefährdung und zum Opfer seines Lebens Widerstand geleistet hat, den halten wir in ehrendem Andenken. Das gilt für Stauffenberg und viele seiner Freunde, das gilt aber auch für Herbert Wehner und die, die mit ihm im Kampf gegen Hitler ihr Leben einsetzten. Nur indem der deutsche Widerstand als eine Einheit begriffen wird, kann er seine Gemeinsamkeitsstiftende, moralische Kraft für die ganze Nation erweisen.

Herbert Wehners Rolle im Widerstand ist nicht nur von der deutschen Rechten negiert oder problematisiert worden, auch in der SPD ist er bisher kaum wahrgenommen, jedenfalls nicht gewürdigt worden. Die Gründe sind allerdings andere: Zu tief waren die Wunden gewesen, die die KPD während der Weimarer Republik der SPD geschlagen hatte; unvergessen sind noch heute die Angriffe der KPD, die gegen Ende der Weimarer Republik nicht die NSDAP sondern die SPD als eine Variante des Faschismus (Sozialfaschismus) zum Hauptfeind erklärt hatte; die taktischen Winkelzüge der Exil-KPD und die von dieser im Schutz der Roten Armee erzwungene Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur SED in der damaligen sowjetisch besetzten Zone schließlich hatten mehr noch als die permanenten ideologischen Auseinandersetzungen eine Kluft geschaffen, die noch heute unüberbrückbar scheint. Für die Sozialdemokratie galt: Herbert Wehner hatte mit der KPD gebrochen, als er zur SPD stieß; damit hat er er auch den Stab über seine Vergangenheit ge-

brochen, sie praktisch gelöscht.

Hat er das wirklich? Müssen nicht schon die oben zitierten, wenigen Sätze im Handbuch des Deutschen Bundestages aufgehoben lassen? Der zeitliche Abstand - das Jahr 1933 liegt fast ein halbes Jahrhundert zurück - sollte es heute möglich machen, weniger parteiisch und freier zu urteilen. Die KPD am Ende der Weimarer Republik war bei allen Fehlern und Irrtümern für viele ein Hoffnungsträger ( 4-5 Millionen Wähler ). Viele junge Menschen fühlten sich von ihr angezogen, weil sie den Eindruck hatten, daß die KPD der entschiedenste Gegner der Nazis war. Die Kommunisten zogen damals bedeutende Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler in ihren Bann: Ernst Bloch, Georg Lukács, Bert Brecht, Anna Seghers, Manès Sperber, Alfred Kantorowicz, Arthur Koestler, André Malraux, Louis Aragon und André Gide, um nur einige zu nennen. Andere wie Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann und Robert Musil waren zur Zusammenarbeit mit der KPD bereit (Schriftstellerkongreß 1935 in Paris). Das war die Partei, der auch Wehner an vorderster Front unter Einsatz seines Lebens diente.

Die damalige KPD war noch etwas anderes als die länderfremd gewordenen moskauhörigen Exilgruppen der Ulbrichts und Piecks, die dann 1945 im Troß der Roten Armee nach Deutschland kamen und mit Hilfe der Sowjets sofort die Führung wieder an sich rissen. Im Widerstandskampf gegen Hitler hatte sich die in Deutschland verbliebene KP so sehr ausgeblutet, daß es der durch die Säuberungen Stalins dezimierten und korrumpierten Exilführung unter Ulbricht ein Leichtes war, die verbliebenen Reste der Inlands-KP mundtot zu machen und ihre im eigenen Lande gewachsenen politischen Vorstellungen zu unterdrücken. Die Stimme, die sich dagegen hätte erheben können, wäre die Herbert Wehners gewesen, wenn es ihm gelungen wäre, die beabsichtigte zentrale Inlandsorganisation wieder aufzubauen. Es war ja auch immer der entscheidende Kritikpunkt Herbert Wehners an der Exilführung gewesen, daß dieser die Verhältnisse in Deutschland fremd geworden waren. Er hingegen, der die entscheidenden ersten Jahre im Widerstand

in Deutschland zugebracht hatte, war im Gegensatz zur Exilführung mit dem Herzen immer bei denen geblieben, die in Deutschland den Widerstand nicht aufgaben. Mitten in seinen Vorbereitungen zur Rückkehr nach Deutschland ist er verhaftet worden.

Zur richtigen Beurteilung der Politik der KPD zu Beginn der 30er Jahre gehört auch eine Einschätzung der damaligen SPD. Die SPD von heute sieht sich problemlos als Nachfolgerin der Weimarer SPD, die von links, d.h. von der KPD als "sozialfaschistisch" geschmäht und bekämpft, im Reichstag als einzige Partei dem "Ermächtigungsgesetz" Hitlers die Zustimmung versagte. Mit Stolz blickt sie auf die Rede von Otto Wels zurück, der für die Reichstagsfraktion die sozialdemokratische Weigerung begründete und dem NS-Regime den Kampf ansagte. Ganz so positiv nahm sich die Haltung der SPD für die beteiligten Zeitgenossen allerdings nicht aus. Noch 1978 hat Willy Brandt in einer berühmten Rede in der Frankfurter Paulskirche einen gewissen "Legalismus" beklagt, der die SPD gehindert habe, effektiven Widerstand gegen die braune Flut zu leisten. Willy Brandt wußte wovon er sprach. Er war 1933 nicht Mitglied der SPD sondern der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), die sich von der SPD wegen deren unentschlossenen Haltung abgespalten hatte. Mitglied der SAP war damals unter anderem auch Heinz Kühn. In Gegnerschaft zur SPD-Führung befand sich auch die Gruppe "Neu Beginnen", die den entschlossenen Kampf gegen den Faschismus forderte und vorbereitete. Fritz Erler und Richard Löwenthal gehörten neben anderen dieser Gruppe an. Außerordentlich selbstkritisch schließlich äußerte sich der SPD-Vorstand 1934 selbst zur eigenen Politik vor und nach der faschistischen Machtergreifung.

Die faschistische Diktatur hat ein grundlegendes Umdenken auf der deutschen Linken bewirkt. Der Terror, der Kommunisten und Sozialdemokraten unterschiedslos und mit gleicher Härte traf und deren Ziel die Zerschlagung aller Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung war, hat, als das Ausmaß der Katastrophe klar geworden war, die Nachdenklichen veranlaßt, die Gründe der Niederlage zu analysieren und nach Wegen zu suchen, wie das faschistische Joch abgeschüttelt und ähnliche Katastrophen für die Zukunft vermieden werden können. Der Gedanke der Einheitsfront

oder ~~der~~ Volksfront nach französischem und spanischem Vorbild spielten dabei eine Rolle. Die Gruppe "Neu Beginnen" etwa forderte die "organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung um jeden Preis" und beklagte bitter das "zersetzende Gezänk" der verschiedenen Exilgruppen.

Über die Gründe und den Zeitpunkt seiner Abkehr vom Kommunismus kann nur Herbert Wehner selbst Auskunft geben. Die Lehre, die er aus dem Sieg des Faschismus und der Pervertierung des Kommunismus unter Stalin zog (Säuberungen , Gleichschaltung der KPD mit der KPdSU, Unterwerfung der KPD unter die Machtinteressen Moskaus), war in der Praxis der Wille, am Aufbau einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei neuen Typs mitzuwirken und dieser zum Siege zu verhelfen. Demit war er zum gleichen Ergebnis gekommen wie viele, die gleich ihm vor 1933 und noch lange Jahre danach nicht der SPD angehört hatten. Fritz Erler, Willy Brandt, Richard Löwenthal, Heinz Kühn, . sie alle stießen mit Herbert Wehner 1945 zur SPD. Sie formten aus den verschiedenen Strömungen der deutschen Linken eine neue Partei, die zwar den Namen der alten SPD trug, aber weit über die ehemalige SPD hinauswies. Herbert Wehner hat das Erbe jenes Teils der KPD in die neue SPD eingebracht, der im Inland den Widerstand gegen das NS-Regime getragen und die Konsequenzen aus der Pervertierung des Kommunismus unter Stalin gezogen hatte. Die Wahlergebnisse der SPD nach 1945, die die SPD zur alleinigen Linkspartei im freien Teil Deutschlands machten, zeigen, daß der Neubeginn keine künstliche Konstruktion war, sondern den tiefgreifenden Erfahrungen der deutschen Bevölkerung entsprach.

## Dok. 4

Guntram von Schenck, Kairo 1994

### **Die Angst des Westens vor dem Islam**

(aus: **Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte, 1994, Heft 11, S. 1028-1035**)

Der islamische Fundamentalismus (besser: islamischer *Integrismus*) mobilisiert Kräfte von großer politischer Schubkraft. Der Iran und Sudan werden von Integristen beherrscht, ihre Machtübernahme in Algerien scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Ägypten, das wichtigste arabische Land, wirkt angesichts der integristischen Drohungen wie gelähmt. In fast allen anderen arabischen und islamischen Staaten sind die Integristen in der einen oder anderen Weise ein Problem für die Regierung. Im Westen fürchtet man mögliche Konsequenzen, die von Flüchtlingswellen, dem Abbruch des israelisch-arabischen Friedensprozesses bis hin zu Konfrontationen nach dem Muster: USA - (nachrevolutionärer) Iran reichen.

Das Problem ist nicht neu und beschäftigt die Regierungen des Nahen und Mittleren Ostens sowie des Westens unter Einschluß der Institutionen der Politikberatung und Publizistik seit spätestens anderthalb Jahrzehnten. Ein Konsens, wie der islamische Integrismus einzuschätzen ist und wie mit ihm politisch umgegangen werden sollte, zeichnet sich freilich nicht ab. Es erscheint dennoch zweckmäßig, die Erfahrungen, die bisher mit den verschiedenen Politiken oder Politikansätzen gemacht worden sind, im Hinblick auf mögliche Folgerungen zu sichten. Dabei richtet sich die Aufmerksamkeit in gleicher Weise auf die Regierungen im arabisch-islamischen Raum und die Regierungen des Westens. Einbezogen werden muß auch Rußland, dessen Politik gegenüber den südlichen Gus-Staaten und Afghanistan von größter Bedeutung für die Region ist.

#### **I**

In vorderster Front der Auseinandersetzung mit dem islamischen Integrismus stehen die meisten Regierungen der Region selbst. Der Bürgerkrieg in Algerien, der halbe Bürgerkrieg in Ägypten, die

Integrations- und Abwehrversuche in Jordanien und Tunis machen die Probleme deutlich, vor die der Integrismus die nächstlichen Regierungen stellt. Nicht einmal dort, wo sich, wie im Iran, der islamische Integrismus durchgesetzt hat, ist die Regierung in dieser Beziehung von Problemen frei. Rivalisierende Gruppen, wie die >Volksmudjahedin Iran<, bekämpfen die Regierung auf den Tod. Das gleiche gilt für die verfeindeten integristischen Parteien in Afghanistan, die nach dem Untergang des kommunistischen Regimes erbittert um die Macht im Lande kämpfen. Auch das Reich der Wahabiten, Saudi Arabien, das sich als integristisch versteht, und von wo jahrelang viele integristische Gruppen in der ganzen islamischen Welt finanziert worden sind, sieht sich neuerdings selbst gefährdet und hat die Finanzierung solcher Kräfte eingestellt.

Die Regierungen im Nahen und Mittleren Osten müssen sich auf ganz unterschiedliche Ausprägungen des islamischen Integrismus einstellen. Der islamische Integrismus ist - ebensowenig wie der Islam - keine einheitliche und geschlossene Bewegung. Die islamische Irredenta auf den südlichen Philippinen, integristische Gruppen im Maghreb oder in Tadjikistan haben untereinander so wenig gemein wie mit islamisch-integristischen Minderheitsgruppen in Westeuropa. Die kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen, politischen und auch ethnischen Bedingungen ihrer Entstehung und Entfaltung sind jeweils grundverschieden. Doch gibt es, oft explizit, manchmal nur atmosphärisch, eine Übereinstimmung: in der Ablehnung des westlichen >way of life< und einigen seiner inhärenten Werte. Der westliche >way of life< und die eigenen Eliten, denen vorgeworfen wird, ihn zu kopieren, werden als >gottlos< kritisiert, wobei die Kritik eher milde aus dem Mund von Predigern aber auch anders - aus dem Lauf der Gewehre - kommen kann.

Die Reaktionen auf die integristische Herausforderung sind von Land zu Land verschieden. Zwischen den Regierungen und den jeweiligen integristischen Kräften sind Interaktionsfelder entstanden, die von beiden bestimmt werden. Die Extreme der Interaktion können mit dem Beispiel Syrien auf der einen Seite und Jordanien auf der anderen Seite beschrieben werden. In Syrien hat das Baath-Regime von Hafez Assad zu Beginn des Jahres 1982 die Agitation der integristischen Moslemb Brüder mit brutalster Repression niedergeschlagen. Die mittelsyrische Stadt Hama, eine Hochburg der Moslemb Brüder, wurde praktisch dem Erdboden gleichgemacht. Schätzungsweise 25 000 Menschen sind allein bei diesem Massaker ums Leben gekommen. Dem sog. Aufstand von Hama vorausgegangen war eine jahrelange Agitation der Moslemb Brüder, die in mehreren bewaffneten

Anschlägen kulminierte. Seither wird jede Regung der Moslembrüder mit eiserner Hand unterdrückt.

König Hussein von Jordanien hat von vornherein eine andere Politik eingeschlagen. Anders als dem laizistischen syrischen Regime schlug ihm auch weniger Ablehnung von seiten der Integristen entgegen. Frühzeitig hat er versucht, die Integristen einzubinden und hat ihnen auch, z. B. vor dem syrischen Zugriff, Zuflucht gewährt. Aber auch sein Verhältnis mit den Integristen war nicht konfliktfrei, es hat ein Auf und Ab gegeben. Aber Vertreter der Integristen können an Wahlen teilnehmen, sitzen im Parlament und hatten Ministerämter inne. Damit steht Jordanien für das andere Extrem, bis zu dem sich eine Regierung des Nahen Ostens hinbewegt hat, den man als Versuch der Integration bezeichnen kann.

Zwischen diesen beiden Extremen gibt es ebensoviele Varianten wie es Regierungen in diesem Raum gibt. Es gibt die totale oder dosierte Repression und/oder das aufrichtige, halbherzige oder lediglich taktisch gemeinte Gesprächsangebot gegenüber den Integristen. Der Anschein von Rechtsstaatlichkeit wird aufrecht erhalten oder es wird eine unerträglich breite rechtliche Grauzone geschaffen, in der sich die Integristen bewegen müssen. Legale Hürden für die Zulassung und Betätigungen integristischer Parteien werden aufgebaut, z. B. keine Zulassung von Parteien auf religiöser Grundlage. Natürlich wird versucht, die Bewegung in >Radikale< und >Gemäßigte< zu spalten, mit dem Angebot, die >Gemäßigten< in die Verantwortung einzubeziehen. Das taktische Geschick der Regierungen sowie die Persönlichkeiten der Führung der Integristen spielen dabei eine Rolle.

Allen Regierungen im arabisch-islamischen Raum ist allerdings eine Strategie gemeinsam. Sie fördern die religiöse Renaissance des Islam nachdrücklich. Im Schulunterricht, an den Universitäten, in den Medien, insbesondere im Fernsehen, machen religiöse Inhalte einen stets wachsenden Anteil aus. Gefördert wird aber auch von staatlicher Seite der Bau von Moscheen und Pilgerreisen nach Mekka. Alle Regierungen von Syrien bis zum Yemen, von Pakistan bis Marokko, versuchen sich stärker im Islam zu legitimieren. Sie tun dies vielfach auch in der Hoffnung, den Integristen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Im Endeffekt tragen sie zweifellos dazu bei, die Entwicklung zur Reislamisierung zu verbreitern und zu vertiefen.

Der Erfolg aller Gegenmaßnahmen ist bis heute fragwürdig. Zwar herrscht in Syrien seit 1982 Ruhe, aber es ist eine Friedhofsruhe, die sich als äußerst trügerisch erweisen könnte. Die Integrations-

und Einbindungsversuche sind vielfach gescheitert (Algerien) oder zurückgeworfen worden (Tunis). Auch in Jordanien kann noch nicht von einem glücklichen Ende des Experiments ausgegangen werden. Der mutige König bleibt allein Garant einer halbwegs stabilen Entwicklung. Die Unterstützung und Propagierung einer islamischen religiösen Renaissance durch die Regierungen hat die Fundamentalisten jedenfalls bis heute keinesfalls geschwächt. Es gibt nicht wenige Stimmen, die im Gegenteil behaupten, daß sie damit den Integristen erst eigentlich richtig den Boden bereiten.

Die nahöstlichen Regierungen haben bisher keine überzeugende Antwort auf die integristische Herausforderung gefunden. Das Laborieren mit taktisch ausgeklügelten Dosierungen von Repression, Ermutigung der religiösen Renaissance, politischem Entgegenkommen, Gesprächsbereitschaft - oder Verweigerung und legalen Hürden ist nur geeignet, den Regierungen Zeit zu kaufen. Die Regierungen hoffen darauf, das Problem aussitzen zu können. Welche nahöstliche Regierung könnte heute ins Auge fassen, zu einer Radikallösung nach dem (trügerischen) Muster des syrischen Hama greifen? Oder welche Regierung hat nach dem abrupten Abbruch des Versuchs einer Integration der Integristen in Algerien den Mut, eine demokratische Öffnung des Systems zu wagen, die diesen Namen verdient?

Die Folge ist eine Lähmung der Politik, die die Regierungen hindert, notwendige Reformen insbesondere im wirtschaftlichen, aber auch anderen Bereichen in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Die Auseinandersetzung mit der integristischen Herausforderung, die oft auch innerhalb der Regierungen zu Verwerfungen führt, ist so kräftezehrend, daß für andere wichtige Aufgaben die Energie fehlt. Der Versuch, über die Runden zu kommen und Zeit zu gewinnen, führt zu einer Stagnation, die den Nährboden für die Integristen vergrößert. So werden Wirtschaftsreformen unterlassen und verschoben, weil die Integristen die damit verbundenen Belastungen zu ihren Gunsten ausnutzen könnten (Streichung von Preissubventionen, Privatisierungen, die zu Entlassungen führen können etc.). Mangels grundlegender Reformen wird sich jedoch mittel- oder langfristig die ökonomische und soziale Lage verschlechtern und bleibende unhaltbare soziale Mißstände die fundamentalistischen Agitationsfelder verbreitern.

Die meisten Regierungen im Nahen Osten sind gleichwohl bestrebt, nach innen und außen den Eindruck zu vermitteln, sie hätten die Lage im Griff. Mangels anderer Argumente verweisen sie auf die Unterstützung von Armee und Polizei, auf die sie sich im äußersten Fall verlassen könnten. Sie wissen natürlich, daß gerade die Armeen im Nahen Osten häufig Ausgangspunkt von Umstürzen

waren, und haben diese deshalb mit einem Netz von Geheimdiensten überzogen. Auch tragen sie auf andere Weise für deren Loyalität Sorge. Das hat bisher weitgehend funktioniert und entscheidend zur erstaunlichen Langlebigkeit einiger nächstlicher Regime beigetragen (Syrien, Irak, Libyen, aber auch Ägypten).

## II

Die Regierungen des Westens, einschließlich Rußlands, reagieren nicht minder unschlüssig. Es gibt zudem ein Wahrnehmungsproblem innerhalb und zwischen den Regierungen. Sehen die einen im islamischen Fundamentalismus die Bedrohung der kommenden Jahrzehnte schlechthin, wird von anderer Seite abgewiegelt, differenziert und relativiert. So sehen die USA Iran als Hauptfeind und umgekehrt, während zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Iran zwar keine herzlichen, aber doch recht gute Beziehungen bestehen. Unklarheit besteht auch darüber, worin die Bedrohung eigentlich besteht. Ist es der staatlich gelenkte oder tolerierte internationale Terrorismus, die Furcht vor Flüchtlingswellen oder möglichen Angriffen (Chemiewaffen?) gegenwärtiger oder künftiger radikaler Regime (Ghaddafi, Saddam Hussein) oder die Bedrohung des Zugangs zu den Ölquellen? Oder ist es gar das Heraufdämmern eines neuen Mittelalters, das die Universalität westlicher Werte wie Demokratie, Menschenrechte etc. in weiten Teilen der Welt außer Kraft setzen könnte?

Entsprechend disparat sind die Reaktionen. Rußland interveniert offen im Bürgerkrieg in Tadjikistan (zwischen Ex-Kommunisten und Integristen), Teile des Westens versuchen (ohne Erfolg) eine Politik des >containment< gegenüber dem Iran, dem Sudan und Libyen (USA, GB, F). Der abgebrochene Demokratisierungsversuch und der Militärputsch in Algerien wird hingenommen, und das Militärregime sogar mehr oder weniger offen unterstützt. Die Öffnungs- und Integrationspolitik Jordaniens gegenüber dem Fundamentalismus wird begrüßt, obwohl es von dort offenkundige Querverbindungen zur palästinensischen Hamas-Bewegung gibt. Die Regierungen, die mit Repressionsmaßnahmen das Problem in den Griff zu bekommen versuchen, wie Tunis, vor allem aber auch Ägypten, werden wegen >Menschenrechtsverletzungen< manchmal eher milde kritisiert, dann aber auch wieder deutlich an den Pranger gestellt. Unvergessen ist, daß das iranische Schah-Regime von den USA mit dem Vorwurf von >Menschenrechtsverletzungen< destabilisiert wurde, mit der Folge eines Siegs der Integristen unter Führung Khomeinis.

Afghanistan spielt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle. An diesem Beispiel wird die Widersprüchlichkeit der Einwirkungen

von außen und der Folgen für die ganze Region besonders deutlich. Moskau hat den Einmarsch 1979 nicht zuletzt mit der islamischen Bedrohung für den Süden der Sowjetunion begründet. Der Westen hat die Integristen moralisch, finanziell und mit Waffen in ihrem Kampf gegen die sowjetische Besatzung unterstützt. Diese Unterstützung hielt auch nach dem unrühmlichen Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan bis zum Sturz des kommunistischen Präsidenten Nadjibullah an. Heute toben im benachbarten Tadjikistan ebenfalls Kämpfe zwischen Integristen und Laizisten... Die aus Afghanistan zurückkehrenden >Freiwilligen< bilden in der gesamten islamischen Welt den Kern der integristischen Terrorzellen und werden, soweit greifbar, sofort in Haft genommen.

Wie auch immer die Außenwelt reagierte, eine glückliche Hand gegenüber dem Integristen haben weder der Westen, noch die Sowjetunion, bzw. Rußland, bisher bewiesen.

### **III**

Wie könnte eine Reaktion des Westens gegenüber dem islamischen Fundamentalismus und seinen politischen Dimensionen aussehen? Zunächst sollte man sich von der Vorstellung frei machen, der Westen hätte alles, wenn er nur wolle, im Griff und könne jede Entwicklung im Sinne seiner Interessen steuern. Ein Teil des Bedrohungsgefühles im Westen dürfte genau davon herrühren, daß dieser Entwicklung sich jeder Einflußnahme durch den Westen entzieht. Die Gedanken und Worte der Prediger in der islamischen Welt entziehen sich jeder westlichen Kontrolle - und nicht nur dieser. Es wäre vergeblich, sich der Reislamisierung entgegenstemmen zu wollen. Sie ist zu elementar und macht auch vor dezidiert laizistischen islamischen Staaten, wie der Türkei, nicht halt.

Wasser auf die Mühlen der Fundamentalisten sind offenkundige doppelte Standards des Westens gegenüber der islamischen Welt. Sie lassen Glaubwürdigkeitsdefizite entstehen, die zu einer Diskreditierung der westlichen Politik insgesamt führen. Dies betrifft Bosnien, die von Israel besetzten Gebiete und Algerien wo der Westen schlimmste Menschenrechtsverletzungen zu übersehen scheint, während vergleichbare Vorgänge etwa im Irak, kraftvolle Reaktionen des Westens provozieren.

Die aktuellen Vorgänge in Bosnien-Herzegovina, deren Bilder täglich in der gesamten islamischen Welt ausgestrahlt werden, scheinen alles zu bestätigen, was sich im Nahen und Mittleren Osten an Ressentiments gegenüber der westlichen Politik aufgebaut hat. Tatenlos scheint der Westen zuzusehen, wie ein

mehrheitlich muslimisch geprägtes Staatswesen zerstört, große Teile der muslimischen Bevölkerung entweder getötet oder interniert, gefoltert, vergewaltigt, aus ihren Wohnorten vertrieben und auf kaum oder gar nicht lebensfähige >belagerte< Enklaven zurückgedrängt werden. Als Gipfel des Zynismus wird gesehen, daß den bosnischen Muslimen sogar eine Art Notwehrrecht, nämlich die Waffen zur Selbstverteidigung, verweigert werden.

Der Symbolgehalt des Geschehens in Bosnien kommt für die islamische Welt dem des israelisch-arabischen Konflikts nahezu gleich. In Bosnien handelt es sich nicht um einen vorderasiatischen, jüdisch-arabisch/islamischen Konflikt, sondern um einen Konflikt zwischen Christen und Muslimen, der sich mitten in Europa und damit in dessen politischem Verantwortungsbereich abspielt. Die westliche Glaubwürdigkeit wird damit vor eine besondere Herausforderung gestellt. Eine Konfliktlösung muß angestrebt und durchgesetzt werden, die den Muslimen in Bosnien nicht nur Existenzrecht und Existenzmöglichkeiten sichert, sondern Entfaltungsmöglichkeiten gibt, die dieser größten bosnischen Bevölkerungsgruppe angemessen sind. Ob dies einen eigenen muslimischen Staat in Bosnien voraussetzt und ob ein solcher Staat überhaupt wünschbar ist, darüber kann nicht abstrakt befunden werden. Nur am Verhandlungstisch kann auch über die Praktikabilität einer solchen Lösung, möglicherweise im Rahmen einer Konföderation, entschieden werden.

Wenn die Friedenslösung dauerhaft sein soll, darf sie nicht von Muslimen, die in äußerster Not nach diesem Strohalm greifen müssen, erzwungen, sondern muß in einem fairen Kompromiß ausgehandelt sein. Gelingt dies nicht, wird in Bosnien eine sich radikalierende islamische Irredenta fundamentalistischer Prägung ins Kraut schießen, die auch auf andere islamisch besiedelte Regionen auf dem Balkan, wie den Kosovo und den Sandschak, übergreifen wird. Schon jetzt eilen aus der ganzen islamischen Welt >Freiwillige< nach Bosnien (wie einst nach Afghanistan) und es werden (Waffen-)Spenden bereitgestellt, um die Glaubensbrüder auf dem Balkan zu unterstützen. Die Parallele zum israelisch-arabischen Konflikt drängt sich auf. Das Weiterschwären des Konflikts liefert - wie der israelisch-arabische Unruheherd - den islamischen Fundamentalisten stets neue Argumente. Eine gerechte und dauerhafte Friedenslösung käme dagegen dem Verlust eines wichtigen Teils ihrer Legitimation gleich.

Die Vorgänge in Algerien verstärken die Glaubwürdigkeitskrise des Westens. Demokratie und Menschenrechte wurden, so wird es in

der islamischen Welt gesehen, sofort fallengelassen, als die Interessen des Westens oder eine seiner Führungsmächte in Gefahr waren. Das hat verheerende Wirkungen in der ganzen islamischen Welt, nicht nur für die Glaubwürdigkeit und Durchsetzung dieser Werte in diesem Raum. Es schafft ein immenses Ressentiment, das sich aus einem im Islam tief verankerten Gerechtigkeitsempfinden speist.

Die Entwicklung in Algerien zeigt zudem, daß die durch Repression gekaufte Zeit nicht genützt werden kann. Die Repression hat einen Bürgerkrieg zur Folge, der dem Regime alle Kraft raubt, um notwendige Reformen durchzuführen. Sie endet in einer völligen gegenseitigen Blockade zwischen Regime und Integristen, die nur mit einem Sieg einer Seite aufgebrochen werden kann. Da es in Algerien eine >syrische Lösung< (Hama) wohl nicht geben kann - die Entwicklung ist auch zu weit fortgeschritten - scheint eine Machtübernahme durch die Integristen nur noch eine Frage der Zeit. Die Lehre daraus kann nur sein, daß es besser gewesen wäre (und besser ist), wenn der Westen zu seinen eigenen Worten gestanden und das Militärregime in Algerien zur Fortführung der demokratischen Öffnung ermutigt bzw. den Militärputsch unzweideutig verurteilt hätte.

Die vom Westen vertretenen Werte von Demokratie und Menschenrechten müssen mit der außenpolitischen Praxis in Übereinstimmung gebracht werden, wenn dem Integrismus eine wichtige Argumentation genommen werden soll. Das Beispiel Iran zur Zeit des Schahs zeigt allerdings, daß dies zu einer entscheidenden Destabilisierung des Regimes führen kann. Auch in Algerien hätte die Fortsetzung des demokratischen Öffnungsprozesses voraussichtlich eine Machtübernahme durch die Integristen zur Folge gehabt. Der Entzug der (stillschweigenden) Unterstützung des algerischen Militärregimes wegen des Abbruchs des Wahlprozesses und der Verletzung von Menschenrechten wäre wohl mit dessen Ende gleichzusetzen gewesen. Auch in Ägypten wäre die Regierung Mubarak gefährdet, wenn der Westen mit seiner erklärten Politik, Hilfe von Realisierungen in Sachen Demokratie und Menschenrechte abhängig zu machen, ernst machen würde. Auch im Falle Tunis müßte man einige Fragezeichen setzen.

Und dennoch, das Drängen auf eine rechtzeitige demokratische Öffnungspolitik ist langfristig der einzige Garant für eine tragfähige Entwicklung. Die Repression taugt noch nicht einmal dazu, Zeit zu kaufen, um die Ausgangspositionen der jetzigen Regierenden zu verbessern. Die Entwicklung in den beiden gefährdetsten Staaten, Algerien und Ägypten, legt vielmehr das Gegenteil nahe. Die

Situation verschlimmert sich, die Regierungen werden mehr und mehr handlungsunfähig. Der Druck im Kessel wächst. Der Widerstand gegen die repressiven Regime bekommt - auch im unmittelbar politischen Sinne - immer deutlicher antiwestliche Züge, da das Überleben dieser Regime nicht ganz zu Unrecht mit ihrer Unterstützung durch den Westen in Zusammenhang gebracht wird. Wegschauen und Tolerieren bei Menschenrechtsverletzungen ist demnach ein schwerer Fehler, der vermieden werden sollte.

Freilich kommt es auch sehr darauf an, wie man im Nahen- und Mittleren Osten für Demokratie und Menschenrechte eintritt. Ein Herumpoltern bewirkt gar nichts. Man muß helfen, das Unterfutter: eine zivile Gesellschaft aufzubauen und vor Manipulationen, Übergriffen und Repressionen der Regierungen zu schützen. Es muß auch für alle erkennbar sein, daß die Kritik in Sachen Menschenrechte und Demokratie nicht für die Regierungen irgendwie >auswegslos< ist und die Regierungen destabilisieren soll, sondern daß sie hilfreich sein will. Gerade letztere Kritik ist bisher im Nahen Osten noch nie als hilfreich verstanden worden. Das Empfinden ist hier eher, zu einer Art Kapitulation genötigt zu werden. Man sollte den Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens auch zugestehen, besser: sie dazu anregen, Begriffe und Formen der Demokratie aus der eigenen Tradition zu entwickeln und zu gebrauchen, wenn sie das abdecken, was wir inhaltlich mit Demokratie meinen. Die Demokratie faßt dann leichter Wurzel als mit der Übernahme einer Begrifflichkeit, die in einer anderen Zeit, unter anderen Voraussetzungen und einer anderen, fremden Kultur entwickelt wurde.

Gegen die Unterstützung einer demokratischen Öffnungspolitik wird meist argumentiert, daß die Integristen, einmal an der Macht, diese nicht mehr abgäben. Sie würden die demokratischen Freiheiten und Mechanismen nur zum Zweck der Machteroberung benutzen, dann aber sofort außer Kraft setzen. Als Gegenbeweis genügt sicherlich nicht die Zusage der Integristen allein, daß sie sich auch weiterhin an die demokratischen Spielregeln halten würden. Bemerkenswert ist aber immerhin, daß im Oktober 1993 eine integristisch orientierte Regierung in Pakistan per Wahl abgelöst und durch eine von einer Frau geführten Regierung ersetzt wurde. Man sollte auch einige demokratische Elemente im nachrevolutionären Iran nicht übersehen, wenn man sie auch nicht überschätzen sollte. Je früher ein demokratischer Öffnungsprozeß eingeleitet wird, desto besser: Die Wahrscheinlichkeit einer Radikalisierung der integristischen Gruppen nimmt mit der Dauer und Schärfe der Repression zu und die Chancen für einen toleranten Umgang schwinden.

Einsicht in die begrenzte eigene Handlungsmöglichkeit des Westens bedeutet, daß die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem islamischen Integristen jenen überlassen wird, die dafür am besten gerüstet sind. Gemeint sind jene Kräfte im Islam, die sich der Vereinfachung, Verfinsterung und Verfälschung des Islam widersetzen. Es gibt eine geistige Strömung im Islam, für die die Namen Salman Rushdie, Naguib Mahfouz, Farag Foda u. a. stehen, und die man im weiten Sinne als >liberal< bezeichnen kann. Sie vertreten einen aufgeklärten, offenen Islam. Sie werden von den Fundamentalisten physisch bedroht (Salman Rushdie) oder sind schon Opfer von Attacken geworden (Farag Foda). Aber sie repräsentieren ein breites Spektrum aufgeklärter Muslime, die alles andere wünschen als einen Rückfall in eine Art islamisches Mittelalter. Unnötig zu sagen, daß demokratische Institutionen der beste Garant dafür sind, daß diese Auseinandersetzungen gewaltfrei verlaufen können.

Diese >liberalen< Kräfte gilt es zu unterstützen und zu stärken durch Anteilnahme, Öffentlichkeit und, wenn nötig und möglich, materielle Hilfe. Man muß im Westen erkennen, daß in erster Linie sie, und nicht Organisationen, Repräsentanten etc. des Westens, Ziele der integristischen Angriffe sind. Mit gutem Grund, da sie die lebendige Botschaft dafür sind, daß dem Integristen keinesfalls eine Art Alleinvertretungsanspruch des Islam zukommt. Im Westen wird diese entscheidende Differenzierung leider oft nicht gesehen und die darin liegenden Chancen unterschätzt und nicht wahrgenommen. Wenn die geistige Auseinandersetzung Sache der Muslimen untereinander ist, sollte der Westen freilich nicht den Fehler begehen, sich einseitig, wenn auch überwiegend negativ, auf die Integristen zu fixieren. Unser bevorzugter Gesprächspartner sollte der >liberale< aufgeklärte Islam sein.

Schließt die Unterstützung des >liberalen< Islam das Gespräch mit den Integristen aus? Es ist verständlich, daß viele Vertreter des >liberalen< Islam gern ein Monopol des Dialogs mit dem Westen hätten. Sie warnen vor Gesprächen mit Integristen, da diese entschieden antiwestlich seien und man ihren Worten ohnehin keinen Glauben schenken könne. Außerdem würden die Integristen damit aufgewertet. Einer Aufwertung bedürfen die Integristen freilich nicht mehr. Ihre Präsenz und Bedeutung ist so augenscheinlich, daß man sie nicht ignorieren kann. Man muß mit ihnen reden, schon um zu erfahren, was sie denken, und um sich ein eigenes Urteil zu bilden. Man wird dabei auch feststellen, daß sie keineswegs durchgängig antiwestlich sind. Der Wille, sich vom Westen abzugrenzen, Distanz zu gewinnen, entspringt vielfach

einem Bedürfnis der Rückbesinnung auf sich selbst, auf die eigene religiös-kulturelle Identität, das verständlich und legitim ist.

Reden heißt nicht unterstützen. Aber es läßt sich vielleicht einiges entschärfen oder korrigieren, unnötige Feindseligkeiten können abgebaut werden. Wie mit den kommunistischen Vertretern des einstigen Ostblocks muß eine Balance gefunden werden. Das Gespräch oder der Gedankenaustausch darf nicht in Unterstützung umschlagen. Daß die Vertreter des >liberalen< Islam unsere bevorzugten Partner sind, daran dürfen niemals Zweifel aufkommen. Es wird sehr darauf ankommen, nach allen Seiten Mißverständnisse zu vermeiden. Die Geschichte der Gesprächskontakte mit den Vertretern des früheren Ostblocks zeigt, daß das nicht immer leicht sein wird.

Ein weiterer Aspekt verdient Beachtung. Die Zunahme der Zahl muslimischer Gläubiger in Westeuropa und in den USA, die mehrere Millionen erreicht hat, wurde von der Errichtung (nicht weniger) Stützpunkte verschiedener integristischer Gruppen begleitet. Die Toleranz für Aktivitäten der islamischen Integristen in den Staaten des Westens muß bei der Gefahr von Gewaltanwendungen in Westeuropa und in den USA, aber auch bei Verdacht der Steuerung entsprechender Gewaltanwendung im Nahen und Mittleren Osten streng begrenzt werden. Die Sicherheitskräfte der westlichen Staaten haben in der Vergangenheit zu häufig derartige Aktivitäten übersehen oder nicht sehen wollen. Spätestens seit dem Attentat auf das World Trade Center in New York weiß man, welche Querverbindungen es zwischen islamischen Gruppen im Nahen Osten und Exilorganisationen im Westen gibt. Aus einer Reihe von Gründen sind unsere Sicherheitskräfte schlecht gerüstet, um solchen Gefahren zu begegnen. Diese Defizite müssen jedoch schleunigst abgebaut werden, wenn wir in der Zukunft einige sehr böse Überraschungen vermeiden wollen.

Es wäre eine Illusion, im Westen zu glauben, wir könnten mit einer durchkalkulierten, abgestimmten und koordinierten Politik die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten in die eine oder andere Richtung steuern. Wir können nur Entwicklungstendenzen unterstützen. Eine Risikoabwägung legt allerdings nahe, auf die Durchsetzung der Demokratie auch in diesem Raum zu setzen. Mit ihrer Hilfe könnten die Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens den wachsenden islamischen Integrismus am ehesten auffangen und die unausweichlichen Auseinandersetzungen friedlich austragen. Die Alternative wäre ein Festhalten an repressiven Regimen, die täglich an Kraft und Glaubwürdigkeit verlieren. In gleichem Maße verlöre der Westen mit ihnen

Glaubwürdigkeit und Einfluß.

Hinweis des Verfassers: Vor dem 11. September 2001 hat es bereits am 26. Februar 1993 einen ersten terroristischen Anschlag auf das „World Trade Center“ mit 6 Toten und über 1000 Verletzten gegeben.

Dok. 5 Frankfurter Rundschau vom 18. Oktober 1989

# ‘ Eine „deutsche Konföderation“ als Silberstreif am Horizont? ‘

**Guntram v. Schencks Suche nach einem Neuansatz in der Deutschlandpolitik:**

**SPD darf nationale Frage nicht der Rechten überlassen**

„Wandel durch Annäherung“ — auf diese Formel brachten die Sozialdemokraten bislang ihre Deutschlandpolitik. Die Ereignisse in der DDR haben in der SPD Zweifel an der bisherigen Linie ausgelöst. Norbert Gansel forderte statt „Wandel durch Annäherung“ „Wandel durch Abstand“ (FR-Dokumentation vom 19. September), ein auch in der eigenen Partei umstrittener Ansatz. Guntram von Schenck, Referent der SPD-Bundestagsfraktion und u. a. für innerdeutsche Beziehungen zuständig, machte sich ebenfalls Gedanken um einen Neuansatz in der Deutschlandpolitik.

HR

Die deutsche Frage wird spätestens seit Anfang dieses Jahres intensiv in der Öffentlichkeit unserer westlichen Nachbarn in ihren verschiedensten Aspekten und mit den unterschiedlichsten Schlußfolgerungen diskutiert. Es fällt auf, daß die bundesdeutsche Öffentlichkeit diese Diskussion zunächst allenfalls erstaunt und abwehrend aufgenommen hat. Erst die massive Fluchtbewegung aus der DDR über Ungarns offene Grenze zum Westen hat die deutsche Frage auch für die bundesdeutsche Öffentlichkeit aktuell gemacht. Vor diesem Zeitpunkt haben sich bei uns wohl mehr Stimmen dafür erhoben, die „deutsche Frage“ stillschweigend zu begraben und die Teilung Deutschlands endgültig anzuerkennen. In der bundesdeutschen Öffentlichkeit schien sich in dieser Richtung zumindest tendenziell ein neuer Konsens abzuzeichnen, der der offiziellen „Wiedervereinigungspolitik“ eine Absage erteilte.

Dieses Auseinanderdriften der deutschen und der internationalen Diskussion, wie sie sich in den westlichen und bundesdeutschen Medien niederschlug, ist an sich schon ein beruhigendes Phänomen. Es könnte darauf hindeuten, daß die Deutschen — wieder einmal — in ihrem politischen Bewußtsein woanders stehen als die übrigen Europäer. Ja, vielleicht schlimmer noch, daß sie die politische Situation, in der sie sich selbst und Europa befinden, gar nicht verstehen. Ein derartiges Beiseitestehen und Abdriften der öffentlichen Meinung Deutschlands gegenüber seinen Nachbarn ist alles andere als unproblematisch und war kein unwesentlicher Grund für die Katastrophen des Ersten und Zweiten Weltkriegs. Festmachen läßt sich diese unterschiedliche Stimmungslage zu unseren westlichen Nachbarn im übrigen auch — gewiß nicht zufällig — in der Einschätzung der Gorbatschowschen Reformen, die in Westeuropa gemeinhin wesentlich skeptischer beurteilt werden als bei uns.

Das größte Problem der Deutschen scheint das Verständnis einer Erscheinung zu sein, die für unsere Nachbarn in Europa geradezu selbstverständlich ist: nämlich das Zusammenfallen von Demokratiebewegungen und Erstarren des nationalen Bewußtseins. Dieser in Westeuropa schon historische Prozeß, am klarsten sichtbar in der Französischen Revolution, erfaßt erneut Mittel- und Osteuropa und entfaltet dort zunehmende Dynamik. Kritik am nationalen Selbstbehauptungswillen der mittel- und osteuropäischen Völker, wie er unerschwinglich von sich meist als links verstehenden Publizisten und Politikern in der Bundesrepublik geäußert wird, übersieht, daß dadurch implizit auch die dortige demokratische Entwicklung kritisiert wird. Beides läßt sich nicht trennen. Es ist die Tragik der deutschen Geschichte, daß die deutsche Einheit von rechts hergestellt wurde und wir uns damit außerhalb der europäischen Gesamtentwicklung, die Nation und Demokratie, Nationalbewußtsein und Freiheit zusammenband, gestellt haben. Das daraus resultierende, noch heute nachwirkende besondere deutsche politische Sonderbewußtsein scheint der deutschen Öffentlichkeit mitunter den Blick für diese ganz simple Realität zu verstellen.

Es bedurfte der Massenflucht von DDR-Bürgern über Ungarn in die Bundesrepublik, um der westdeutschen Öffentlichkeit die Aktualität der deutschen Frage deutlich zu machen. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit und Parteien waren nahezu völlig unvorbereitet. Die Diskussion konzentrierte sich zunächst auf die organisatorische Bewältigung des Flüchtlingsstroms und rückte erst allmählich die eigentlich zugrunde liegenden Fragen ins Bewußtsein. Aber auch heute noch beherrschen Teilaspekte die Diskussion, z. B. die Frage des Umgangs mit den SED-Verantwortlichen. Das ist zwar eine wichtige Frage, aber keineswegs die entscheidende. Im europäischen Kontext kann die entscheidende Frage zur Zeit eigentlich nur lauten, wie die Entwicklung in Ost- und Ostmitteleuropa, die durch den Umbau in der Sowjetunion eingeleitet wurde, und deren Dynamik immer dramatischere Ausmaße annimmt, krisenfester gemacht werden kann.

In diesem Zusammenhang spielt die DDR eine gewichtige Rolle. Eine krisenhafte Entwicklung im ostdeutschen Teilstaat kann das Ende des Reformprozesses für Ostmitteleuropa bedeuten, ihn zumindest jedoch erheblich gefährden. Das europäische Gleichgewicht, mit anderen Worten: die „Sicherheit Europas“, wäre in Frage gestellt. Dies gilt ganz unabhängig von spezifischen Machtinteressen Moskaus in bezug auf die DDR. Ganz Europa, das heißt auch der Westen, wäre davon unmittelbar betroffen. Um es auf eine kurze Formulierung zu bringen, die der amerikanische Publizist William Pfaff gebraucht hat: Die Freude des Westens am Niedergang der kommunistischen Ideologie und der Macht Moskaus wird vergällt durch das Wiederaufbrechen der deutschen Frage. Der Wandel im Osten wird zwar begrüßt. Die Sorge ist aber, daß sich dieser auch als „Wandel in Stabilität“ vollzieht.

Ziel bundesdeutscher Politik kann im europäischen, und damit auch eigenem Interesse nur sein, alles zu tun, um die Stabilität in Europa aufrechtzuerhalten. Dies bedeutet zwangsläufig auch die Aufrechterhaltung der Stabilität der DDR. Die Frage ist, wie dies unter den gegebenen Umständen am ehesten erreicht werden kann? Müssen alle Relikte der deutschen Gesamtstaatlichkeit über Bord geworfen und etwa die DDR-Staatsbürgerschaft anerkannt werden? Oder muß, im Gegenteil, eine gesamtdeutsche Perspektive aufrechterhalten bleiben, und wenn ja in welcher Form? Ist es die nationale Perspektivlosigkeit der DDR, die dort demokratische Reformen so schwierig macht? Diesen Zusammenhängen nachzugehen scheint im europäischen und damit auch im deutschen Interesse unumgänglich zu sein.

„Die Nachbarn in Ost und West fürchten die Wiedervereinigung. Schließlich würde ein in ihren Augen unberechenbarer Machtkoloß entstehen.“

Die Defizite, die die DDR krisenanfälliger als andere Staaten Ostmitteleuropas machen, sind augenfällig. Der SED-Ideologe Otto Rheinhold hat sie auf den Begriff gebracht, indem er sagte: „Sie (die DDR) ist nur als antifaschistischer, als sozialistischer Staat, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar. Welche Existenzberechtigung sollte eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen Bundesrepublik haben? Natürlich keine.“ (Übrigens ein Satz, der noch einmal in die deutsche Geschichte eingehen könnte.) Anders als etwa Polen oder Ungarn als historisch gewachsene Nationen hat die DDR bis heute keine nationale Legitimationsbasis. Die Schaffung einer neuen, „sozialistischen Nation“ ist nach allem, was man weiß, gescheitert. Zwar gibt es in der Bevölkerung ein DDR-Staatsbewußtsein, aber im überwiegend negativen Sinne: als Ablehnung. Die Abstimmung gegen diesen Staat findet, mangels anderer Alternativen, mit den Füßen statt. Auch in den knapp 30 Jahren der De-facto-Einschließung der DDR-Bevölkerung seit dem Mauerbau 1961 hat die DDR-Führung die Staatsloyalität der Bevölkerung nicht herstellen oder erzwingen können. Sie hat damit den Vorschub verbraucht, den ihr die Sowjetunion mit (wohl) stillschweigendem Einverständnis der westlichen Siegermächte durch die Zustimmung zum Bau der Mauer 1961 gewährt hatte.

Es gibt deshalb heute eigentlich nur drei Alternativen für die DDR. Entweder gelingt es der SED-Führung mit Unterstützung von Oppositionsgruppen im Prozeß der Reformen ein eigenständiges, positives DDR-Staatsbewußtsein bei der Bevölkerung herzustellen. Erleidet sie dabei einen Mißerfolg, dann tritt ein, was Otto Rheinhold befürchtet (und viele erhoffen), daß mit der Demokratisierung die Existenz der DDR als solcher in Frage gestellt wird. Die DDR-Führung bewegt sich also auf einem schmalen Grat, wenn sie den Reformweg beschreitet. Die dritte Alternative ist eigentlich keine, auch wenn die DDR-Führung damit gedroht hat und vielleicht weiter drohen wird. Eine brutale Unterdrückung und Repression der Reformkräfte in der DDR nach chinesischem Muster dürfte dem Ruf der DDR nicht nur international irreparablen Schaden zufügen, sondern würde auch intern den Problemstau so vergrößern, daß die Situation eher früher als später unhaltbar würde. Die französische Zeitung *Le Monde* hat hierfür den Begriff der Albanisierung der DDR, d. h. der totalen Abschottung, geprägt.

Zweifelhaft ist nicht nur die interne Zustimmung zur DDR, sondern — eng damit zusammenhängend — auch die Beständigkeit der internationalen Unterstützung der Staatlichkeit der DDR. Weil die Einheit seit 1870 für das europäische Gleichgewicht das entscheidende Pro-

blem war, dessen Störung letztlich zum Ersten Weltkrieg und seiner Fortführung im Zweiten Weltkrieg führte, gab und gibt es ein starkes Interesse aller europäischen Mächte, Deutschland in zwei Staaten geteilt zu halten. Die deutsche Zweistaatlichkeit arrangiert alle, außer die Deutschen selbst. Gleichwohl ist sich Europa bewußt, daß eine gegen den Willen der Deutschen aufrechterhaltene Teilung den Grundsätzen widersprechen würde, denen ein Europa der Freiheit, der Demokratie und der Selbstbestimmung entsprechen müßte. Das Selbstbestimmungsrecht, das alle anderen europäischen Nationen ganz selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen, würde den Deutschen vorenthalten.

Die Zweifel der Europäer an der Richtigkeit und Tragfähigkeit einer solchen Politik gegenüber den Deutschen nähren auch die ständigen Spekulationen und Befürchtungen um eine „Wiedervereinigung“, die für die meisten europäischen Nachbarn wenig Verlockendes hat. Sie stellt eben mit einem dann entstehenden Staat von rund 80 Millionen Menschen im Herzen Europas eine Vorstellung dar, die insbesondere auch in Blick auf die Vergangenheit eher Furcht auslöst. Der nagende Zweifel im Herzen aller Europäer an der fortdauernden deutschen Zweistaatlichkeit speist sich aus den Idealen dieses Europas selbst, die da lauten: Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung. Auf die DDR angewandt, führen sie, so die von Otto Reinhold bestätigte Prognose, zum Ende der Existenz der DDR als solcher. Anders ausgedrückt: Kann man in Europa in einer Zeit, die — Gott sei Dank — mit den Relikten des Stalinismus gründlich aufräumt, an einem Staat festhalten, der von Stalin gegründet, von Altstalinisten beherrscht und im reformunfähigen Stalinismus seine Existenzberechtigung sieht? Ist eine solche „Stalinzone“ noch tragbar?

Eine Bonner Deutschlandpolitik, die durch Erhaltung der Stabilität in Europa zu Reformen und weiterer Demokratisierung in den Warschauer-Pakt-Staaten beitragen will, muß diese Defizite der DDR berücksichtigen und in eine neue Konzeption mit einbeziehen. Die „Politik der kleinen Schritte“ reicht hierzu nicht mehr aus. Sie war nicht erfolglos gewesen: im Gegenteil, sie hat mit dazu beigetragen, eine qualitativ neue Situation in Europa zu schaffen, d. h. den Reformprozeß im Osten überhaupt in Gang setzen zu helfen. Die „Politik der kleinen Schritte“ gibt aber keine Antwort auf die neu aufgebrochenen Probleme in Zusammenhang mit der DDR. Gleichwohl wird man diese Politik im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten soweit

wie möglich fortsetzen müssen. Im Bereich der Umwelt, des Transports, der Reiseerleichterungen etc. gibt es durchaus Bereiche, die durch Abmachungen im beiderseitigen Interesse noch ausbaufähig sind. Auf staatlicher Ebene muß deshalb ein Klima erhalten bleiben, das derartige Gespräche und Vereinbarungen möglich macht.

Zur Stabilisierung der DDR wird von Verantwortlichen in der DDR selbst, von Moskau, aber auch von einigen unserer Freunde im westlichen Ausland immer wieder empfohlen, die DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen. Auch in der Bundesrepublik gibt es eine solche Diskussion. Es ist jedoch sehr die Frage, ob damit der gewünschte Effekt erzielt würde. Die faktische Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft durch die Behörden der Bundesrepublik kommt einer De-jure-Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft fast gleich. Auch bei einer vollen Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft wird man für solche Deutsche, die aus der DDR weg und in die Bundesrepublik wollen, Regelungen, wie etwa für die Aussiedler aus der Sowjetunion oder Polen, finden müssen, die berücksichtigen, daß es sich eben um Deutsche und nicht Angehörige anderer Nationen handelt.

Dies gilt ganz abgesehen von juristischen Schwierigkeiten, die wir im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bei einer entsprechenden vollen Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft hätten. Selbst wenn wir es politisch und rechtlich durchsetzen könnten, würde durch eine solche volle Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft der Druck nicht von der DDR genommen. Die Bundesrepublik kann DDR-Bürger nicht wie Asylbegehrende aus Pakistan oder Ghana behandeln. Schließlich hat ganz Deutschland, nicht etwa nur die DDR-Bevölkerung den Zweiten Weltkrieg verloren. Es wäre im übrigen ein unglaublicher Akt seitens der Bundesrepublik, wenn auf diese Weise von uns aus sozusagen eine neue (unsichtbare) Mauer gegen die DDR aufgerichtet würde, nachdem die realen Mauern, wenn nicht in Berlin und an der DDR-Grenze, aber doch immerhin in Ungarn abgebaut wurden.

Ein weiterer Vorschlag lautet, Reformen in der DDR zu fördern. Das ist sicherlich richtig. Es ist nur nicht zu sehen, was wir jenseits dessen, daß wir diese Forderung erheben und immer wieder wiederholen, konkret für Reformen in der DDR beitragen können? Solange die DDR-Führung der Auffassung ist, Reformen könnten den Bestand der DDR

selbst gefährden, gibt es zu einer solchen Politik von uns aus kaum einen Ansatz. Wenn man ehrlich ist, spricht auch viel für die Befürchtungen der DDR-Führung, daß Reformen in der gegenwärtigen Situation für sie mit unübersehbaren Risiken verbunden sein dürften. Auch Gorbatschow hat wohl kaum vorausgesehen, was mit der Perestrojka, insbesondere an Nationalitätenproblemen, alles auf ihn zukommen würde. Man sollte auch die alte politische Weisheit nicht außer acht lassen, daß es kaum eine risikoreichere Zeit für ein Regime gibt, als die unmittelbar nach Einsetzen von Reformen. Wird die SED-Führung trotzdem den schmalen Grat von Reformen beschreiten, der zur Stabilisierung der DDR führen kann, weil sie sich dann auf die Zustimmung ihrer Bürger gründet? Kann sie sich zutrauen, die Entwicklung im Griff zu behalten? Offene Fragen, die nicht nur wir im Westen nicht beantworten können. Es bleibt das unwägbare Risiko, daß mit dem Ruf nach Reformen in der DDR, erhoben in der Bundesrepublik und in weiten Teilen der europäischen Öffentlichkeit, möglicherweise auch in Moskau, vielleicht ein Mehr an Stabilität für die DDR, vielleicht aber auch das Gegenteil erreicht wird.

Natürlich könnte eine DDR-interne Opposition den Reformendruck kanalisieren und in Bahnen lenken, die nicht destabilisierend wirken. In diesem Sinne agieren auch die Kirchen und — soweit erkennbar — Reformgruppen wie das „Neue Forum“. Die Reformgruppen und Kirchen verdienen hierbei Unterstützung. Wer al-

lerdings den Leidensweg der Vertreter von Solidarnosc in Polen oder der Charta 77 in der Tschechoslowakei kennt, kann für die DDR nicht ausschließen, daß auch dort die Vertreter der Oppositionsgruppen einen sehr, sehr schweren Weg vor sich haben könnten. Die Verunglimpfung des „Neuen Forums“ als „Staatsfeind“ läßt Schlimmes befürchten. Da diese Gruppen das volle existenzielle Risiko tragen, muß auch jeder Versuch einer Einflußnahme von außen unterbleiben. Alle Entscheidungen müssen von den Vertretern der Oppositionsgruppen in der DDR selbst getroffen werden. Nichts wäre unklüger als eine Einmischung von westlicher Seite. Sie kann unter den obwaltenden Umständen nur kontraproduktiv wirken und würde der SED-Führung zusätzliche Vorwände liefern, noch härter gegen diese Gruppen durchzugreifen.

Der Vorschlag, die DDR ökonomisch zu stabilisieren, hat seine Grenzen. Schon jetzt erhält die DDR von der Bundesrepublik eine wirtschaftlich nicht unerhebliche Unterstützung. Das gilt für den sogenannten innerdeutschen Handel (Swing),

die Transportpauschalen, Kredite und andere Zahlungen. Insgesamt sind dies pro Jahr rund 3,5 Milliarden Mark, die an die DDR fließen, private Zahlungen nicht hinzugerechnet. Außerdem ist die DDR gewissermaßen 13. Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, was wiederum mit erheblichen Vorteilen verbunden ist. Sicherlich gibt es auch ein weites Feld von Aufgaben in der DDR, wo eine zusätzliche Hilfe dringlich erforderlich wäre, z. B. für das Transportwesen, die Restaurierung der alten Stadtkerne, insbesondere aber für den Anschluß der DDR-Industrie an die modernen technischen Entwicklungen.

Es würde sich um Riesenprogramme handeln, die jährlich wahrscheinlich zehn oder mehr Milliarden Mark erfordern würden. Ganz abgesehen davon, ob die Bereitstellung solcher Summen in der Bundesrepublik konsensfähig wäre, muß doch daran gezweifelt werden, daß dies etwas Wesentliches an der Lage in der DDR ändern würde, bzw. entscheidend zu deren innenpolitischer Stabilisierung beitragen würde. Solange die politischen Reformen ausbleiben, wird auch die innenpolitische Situation in der DDR instabil bleiben. Da der Lebensstandard in der DDR innerhalb der Warschauer-Vertragsstaaten ohnehin am höchsten ist, spielt auch der ökonomische Faktor bei der Unruhe der Bevölkerung eine geringere Rolle. Das soll nicht heißen, daß die Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft mit der DDR nicht fortgeführt und ausgebaut werden sollte. Es sollte im Gegenteil versucht werden, hier so weit wie möglich zusammenzuarbeiten. Würde sich die ökonomische Krise in der DDR zuspitzen, so wäre die Lage in der DDR noch dramatischer, als sie schon ist. Was oben zum Reformprozeß gesagt wurde, schließt aber praktisch aus, die wirtschaftliche Hilfestellung von Reformen abhängig zu machen oder mit Reformforderungen zu verknüpfen.

Zur Stabilisierung der Lage wurde auch in Vorschlag gebracht, die Bundesrepublik möge unwiderruflich auf die „Wiedervereinigung“ oder Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands verzichten. Abgesehen von allen verfassungsrechtlichen Problemen, die mit einem solchen Verzicht verbunden wären, ist doch sehr die Frage, ob eine solche Politik tatsächlich die Stabilisierung der DDR und die Beruhigung unserer Nachbarn in Ost und West bewirken würde. Selbst wenn es gelingen sollte, einen solchen Verzicht in der Bundesrepublik durchzusetzen, so gäbe es doch viele Gegenkräfte, die dies immer wieder in Frage ziehen würden. Die Diskussion um die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze dürfte hierzu einen Vorgesmack geben. Wie eine solche Politik von der Bevölkerung in der DDR aufgenommen würde, darüber lassen sich nur Vermutungen anstellen. Sicher dürfte allerdings sein, daß die Hoffnungslosigkeit vergrößert und das Gefühl des Ausgeliefertseins an eine ungeliebte SED-Führung verstärkt würde. Zur Beruhigung würde es vermutlich nichts beitragen. Auch un-

sere Nachbarn in Ost und West dürften von solchen Versicherungen wenig beeindruckt sein. Kaum jemand würde uns eine solche Verzichtspolitik glauben. Sie würde nur als eine taktische Notlüge angesehen.

Es gibt auf der anderen Seite Kräfte, die nun ungebremst auf eine Politik der „Wiedervereinigung“ hinsteuern wollen. Wenn denn aus ihrer Sicht die Chancen für eine „Wiedervereinigung“ so gut stehen, wie seit Ende des Zweiten Weltkrieges nicht, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß dies eine Perspektive ist, die das Sicherheitsproblem Europas, bzw. das Gleichgewicht in Europa, völlig außer acht läßt. In den Augen unserer Nachbarn in Ost und West würde im Herzen Europas ein Machtkoloss entstehen, dessen Unberechenbarkeit historisch belegt wäre. Die traumatischen Erinnerungen an die zwei Weltkriege könnten dazu führen, daß einige unserer Nachbarn dann einen Stopp der Reformen und den Verzicht auf Freiheit und Demokratie in Ost- und Ostmitteleuropa dem Gespenst einer neuen deutschen Einheit vorziehen würden. Die Furcht vor Deutschland hat schließlich nicht wenig dazu beigetragen, daß Moskau über Jahrzehnte hinweg die auf eigenständige freiheitliche Entwicklung drängenden Nationen Ost- und Ostmitteleuropas disziplinieren konnte. Der europäische Konsens, innerhalb dessen allein eine „Wiedervereinigung“ stattfinden könnte, ist eben noch nicht erreicht. Es ist deshalb völlig verfehlt und auch kontraproduktiv, auf absehbare Zeit eine solche Politik zu propagieren.

Genügt also eine Politik der kleinen Schritte nicht mehr, ist auf der anderen Seite bisher kein Konzept, weder ökonomisch noch durch Verzicht auf oder Forderung nach deutscher Einheit, erkennbar, das sich zur deutschen Frage auf einen breiten nationalen und internationalen Konsens stützen könnte und somit realisierbar wäre. Was wir im Herzen Europas aber dringend brauchen, sind realpolitisch plausible Vorschläge, die die Deutschen und die internationalen Interessen berücksichtigen und miteinander auszugleichen vermögen. Diese Vorschläge müssen von der deutschen Politik jetzt entwickelt und auf den Tisch gelegt werden, soll nicht eine vielleicht historische Chance für immer vertan werden. Hierbei muß die spezifische politische Situation, in der wir uns befinden, ebenso berücksichtigt werden wie langfristige Perspektiven. Wichtig ist die Plausibilität und die Erklärbarkeit nach außen. Stets müssen deutsche Vorschläge mögliche Reaktionen unserer Nachbarn in Ost und West mitbedenken und miteinbeziehen. Wir müssen offen und ohne Vorbehalte mit allen über die deutsche Frage sprechen und uns bewußt einem europäischen Konsensbildungsprozeß stellen.

Möglicherweise wäre das Ergebnis dieses Konsensbildungsprozesses der Vorschlag, eine Art „Deutsche Konföderation“ zwischen der Bundesrepublik und

er DDR zu bilden. Konföderation würde bedeuten, daß auf absehbare Zeit kein deutscher Einheitsstaat entsteht, der für unsere Nachbarn ein Alptraum wäre. Konföderation würde auch bedeuten, daß die deutschen nationalen Interessen, soweit sie das Zusammengehörigkeitsgefühl und den Willen der Deutschen, als Deutsche unter einem gemeinsamen Dach zu wohnen, berücksichtigt würden. Die DDR, die ökonomisch — wie es im Ausland heißt — ohnehin schon am bundesdeutschen Tropf hängt, könnte der wirtschaftlichen Weiterentwicklung in Europa entsprechend stärker im europäischen Wirtschaftskreislauf integriert werden. Die Bundesrepublik könnte und müßte die DDR wirtschaftlich noch stärker ins Schlepptau nehmen. Damit würde auch der moralischen Verpflichtung der Bundesrepublik ein rechtlicher Rahmen gegeben, die DDR-Bevölkerung beim Tragen der Folgelasten des Zweiten Weltkrieges nicht allein zu lassen, sondern selbst hierzu einen Beitrag zu leisten. Für die Bevölkerung in der DDR würde eine solche Konföderation die Aussicht auf „Wandel in Stabilität“ bedeuten.

Offen müssen wir uns auch der Diskussion stellen, die im Ausland über den

möglichen neuen deutschen Einfluß in Mittel- und Osteuropa geführt wird. Diese Perspektive, die mit dem Rückzug sowjetischer Macht aus diesem Bereich eröffnet wird, weckt bei unseren Nachbarn zum Teil fast so große Besorgnisse wie die einer „Wiedervereinigung“. Traditionell war diese Region zu einem nicht geringen Teil bis zum Zweiten Weltkrieg deutsches Einflußgebiet. Die Diskussion um „Mitteleuropa“ wird im übrigen von nicht wenigen im Ausland als ein Anknüpfen an diese Tradition gewertet. Die Sorge ist, daß ein — wie auch immer getretes — Deutschland, ja sogar die Bundesrepublik allein, aufgrund ihrer ökonomischen Machtstellung zum entscheidenden Faktor beim Umbau der mittel- und osteuropäischen Nationen werden könnte — mit weitreichendem, langfristigem Einfluß, der sich daraus ergibt. Die Frage für die westlichen Siegermächte ist, ob dies als Folge einer deutsch-russischen Absprache geschieht oder welche Rolle sie selbst dabei spielen werden. Unsere Antwort kann nur sein, daß wir hier nur im Konsens mit unseren westlichen Verbündeten agieren werden. Wir müssen dies aber klar und unmißverständlich tun — zumal die Zusammenhänge mit der deutschen Frage offenkundig und von weitreichender Bedeutung sind.

Wenn eine solche Konföderation unterschiedliche deutsche und internationale Interessen zum Ausgleich bringen könnte, so ist sie doch auch nicht ganz problemlos. In diesem Zusammenhang müßte natürlich auch der Status von West-Berlin geklärt und die Frage der Stellung der DDR in der EG neu überdacht werden. Unüberwindbar erscheinen diese Probleme jedoch nicht. Polen und Ungarn suchen bereits weiterreichende Vereinbarungen mit der EG zu treffen. Für die DDR, die von einer besseren Ausgangslage ausgeht, müßte dies auch erreichbar sein. Berlin ist ein schwierigerer Komplex, zumal von hier aus, wie von einem Beobachtungsposten — wie einmal treffend gesagt wurde —, die vier Siegermächte alle Nachkriegsentwicklungen in Deutschland kontrollieren, woran sie weiterhin ein großes Interesse haben. Ihre Präsenz in Berlin ist aus ihrer Sicht vor allem die Voraussetzung dafür, daß sie krisenhafte Entwicklungen in Deutschland, die z. B. zur Wiederherstellung eines mächtigen Zentralstaates im Herzen Europas führen könnten, gegensteuern und gegebenenfalls verhindern können.

Sollte es aber zu einem Ausgleich der Interessen in und um Deutschland im Rahmen einer Konföderation kommen, so wäre eine solche „Beobachtungsstation“ nicht mehr notwendig. Es ist ja auch mehr als unnatürlich und in der Geschichte — soweit ich sehe — bisher einmalig, daß mehr als 40 Jahre nach einem Krieg eine solche Situation, wie sie in und um Berlin besteht, eingefroren bleibt. Auch im deutsch-deutschen Verhältnis müßte für Berlin eine Formel gefunden werden können, die die Gegensätze überbrückt und Berlin zu einer Stelle der Begegnung und der gemeinsamen Institutionen macht.

Die Rolle der SPD müßte in den kommenden Wochen und Monaten sein, ein plausibles, konsensfähiges Modell für die zeitgemäße Beantwortung der deutschen Frage zu entwickeln. Sie sollte mit den anderen Parteien, insbesondere aber mit ihren Schwesterparteien in Europa, die offene Diskussion zu dieser Frage suchen. Und sie muß vor allem präsent sein. Es kann nicht angehen, daß beispielsweise alle Sondermeldungen und Berichterstattungen über die Fluchtbewegung aus der DDR über Ungarn, wie am ersten Tag nach der Ausreisegenehmigung der ungarischen Regierung, ausschließlich über CDU- und CSU-Politiker laufen. Die SPD kam überhaupt nicht vor, und wo sie in der seither andauernden Diskussion durchdrang (Gansel), lag sie emotional eher neben dem Hauptstrom der deutschen Öffentlichkeit. Es wäre ein schwerwiegender Fehler, die nationale Frage der politischen Rechten zu überlassen. Das gilt um so mehr im Hinblick auf den heraufziehenden Wahlkampf.

D/R/S

## Dok.6

Guntram von Schenck, März 2009

### **Kriegswende Dezember 1941 und Holocaust**

These: Hitler wusste ab Dezember 1941, dass die Kriegslage aussichtslos war - und handelte danach. Eine Folge ist der Holocaust.

Die Kriegswende im Zweiten Weltkrieg wird vielfach auf die deutsche Niederlage in Stalingrad im Winter 1942/1943 oder später datiert (1). Aber schon im Dezember 1941 befand sich das Deutsche Reich in einer aussichtslosen Lage, aus der heraus der Krieg nicht mehr zu gewinnen war (2). Anfang Dezember 1941 blieb die Wehrmacht vor Moskau stecken, die Rote Armee startete am 5. Dezember eine Gegenoffensive, die die Wehrmacht zurückwarf. Die Erwartung, ein rascher Sieg über die Sowjetunion würde Großbritannien zu einem Einlenken bewegen, erfüllte sich somit nicht. Am 11. Dezember 1941 erklärte Deutschland überdies den USA den Krieg, nachdem die Vereinigten Staaten die deutschen Kriegsgegner schon massiv "short of war" unterstützt hatten. Russland war unbesiegt, Großbritannien kämpfte weiter und die USA standen im Begriff, ihr gewaltiges Potential, das schon den Ersten Weltkrieg entschieden hatte, für den Krieg zu mobilisieren. Objektiv war dieser Krieg gleichzeitig gegen die Sowjetunion, die USA und Großbritannien samt ihren Verbündeten von Deutschland nicht mehr zu gewinnen. Auf mittlere und längere Sicht hatte Deutschland den immensen humanen und materiellen Ressourcen seiner Kriegsgegner zu wenig entgegen zu setzen.

Die Frage ist, wie Hitler, der im "Führerstaat" alle wichtigen Entscheidungen selbst traf, im Dezember 1941 die Kriegslage beurteilte? Machte er sich noch Illusionen oder rechnete er ab diesem Zeitpunkt mit einer deutschen Niederlage?

#### **Großbritannien kämpft nach Niederlage Frankreichs weiter**

Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen Angriff auf Polen. Zwei Tage später folgten die Kriegserklärungen Frankreichs und Großbritanniens an das Deutsche Reich. Im Sommer 1940 besiegte Deutschland Frankreich in einem kurzen Feldzug. Hitler stand auf dem Höhepunkt seiner Macht und unterbreitete Großbritannien das Angebot: für London das Empire, für Berlin die Hegemonie auf dem europäischen Festland. Er hoffte und erwartete, dass Großbritannien daraufhin den Krieg beenden werde. Im britischen Kriegskabinett hatte

sich aber Churchill am 28. Mai 1940 u. a. mit dem bemerkenswerten Argument durchgesetzt, "dass Nationen, die kämpfend untergingen, sich wieder erheben würden, jene aber, die kapitulierten, am Ende seien" (3). Am Vortag hatte der britische Außenminister, Lord Halifax, aus dem Kriegskabinett in seinem Tagebuch festgehalten: "Und was ihm (Halifax) den Magen umgedreht hatte, war Churchills offensichtliches Beharren darauf, dass es besser wäre kämpfend unterzugehen - auch wenn das Land dabei zerstört werden sollte -, als jede mögliche Verhandlungslösung in Erwägung zu ziehen, die es vor der Katastrophe bewahren könnte"(4). Das Kriegskabinett folgte Churchill, London kämpfte weiter. Hitler stand vor der Frage, wie er London aus dem Kampf werfen und den Krieg beenden konnte.

### **Angriff auf die Sowjetunion**

Die Schlussfolgerung, die Hitler daraus zog, war die Entscheidung für den Angriff auf die Sowjetunion, das Unternehmen Barbarossa. Der bedeutende britische Historiker und Biograph Hitlers, Ian Kershaw, fasst dessen Position folgendermaßen zusammen: "Von Hitlers Standpunkt aus wurde ihm die Entscheidung für den Angriff auf die Sowjetunion - ein Unternehmen, das er aus ideologischen Gründen ohnehin wollte - strategisch aufgezwungen. Er musste im Osten den Sieg erringen, bevor Stalin seine Verteidigung aufbauen konnte und die Amerikaner in den Krieg eintraten. Ein schneller Triumph in der Sowjetunion war der Weg zum vollständigen Sieg, da er Großbritannien zur Kapitulation nötigen, die Vereinigten Staaten aus dem Krieg heraushalten und einem sowjetischen Anspruch auf Vorherrschaft in Mitteleuropa und auf dem Balkan den Boden entziehen würde" (5). Am 22. Juni 1941 eröffnete die Wehrmacht den Feldzug gegen die Sowjetunion. Hitler und die Wehrmachtsführung gingen davon aus, dass die Sowjetunion binnen weniger Wochen zusammenbrechen würde - eine Erwartung, die im Übrigen in London und andernorts geteilt wurde. Der Roten Armee wurde nicht viel zugetraut. Denn einer Säuberung Stalins war 1937/1938 ein großer Teil des Offizierskorps der Roten Armee zum Opfer gefallen. Der sowjetische Winterfeldzug gegen Finnland 1940 hatte zudem gravierende Mängel in der sowjetischen Armeeführung offenbart.

Hitlers Kriegspolitik hatte aus der Sowjetunion und Großbritannien, den gegensätzlichsten und unwahrscheinlichsten Verbündeten, Kriegspartnern gemacht. Anders als im deutsch-japanischen Bündnis, das über Absichtserklärungen nicht hinaus kam, setzten London und Moskau auch eine effektive strategische Kooperation in Gang. Am 25. August 1941 - zehn Tage nach der Unterzeichnung der Atlantik-Charta, die eine Verletzung der souveränen Rechte der Nationen und Aggressionshandlungen verdammt - rückten britische und sowjetische Truppen unter dem Vorwand, eine angeblich vorhandene deutsche Agententätigkeit unterdrücken zu müssen, in Persien (Iran) ein und

besetzten das Land bis zu einer zwischen Nord und Süd festgelegten Demarkationslinie. Es war die Vergewaltigung eines neutralen Landes. Churchill: "Inter arma silent leges"(6). Dem Iran wurde ein Abkommen aufgezwungen, demzufolge das Land alle Ressourcen, vor allem das Öl, den Alliierten zur Verfügung zu stellen und den Transport militärischer Güter durch sein Territorium nicht nur zu dulden sondern zu fördern hatte (7). Über diese Landbrücke verlief während des ganzen Krieges zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion eine der wichtigsten, für Moskau zeitweise überlebenswichtigen Nachschublinien.

### **Kriegserklärung an USA**

Die Kriegserklärung an die USA vom 11. Dezember 1941 ist oft als Rätsel oder als Beleg für den größtenwahnsinnigen Irrsinn Hitlers angesehen worden. Sie war aber nur die Vorwegnahme des Unvermeidlichen. Hitler war sich durchaus bewusst, dass das Eingreifen der USA im Ersten Weltkrieg den Krieg gegen Deutschland entschieden hatte. Er setzte deshalb alles daran, die USA zumindest bis November 1941, dem angestrebten Abschluss des Unternehmens Barbarossa gegen Russland, aus dem Krieg heraus zu halten. Das Leih- und Pachtgesetz der USA vom 11. März 1941, das eine massive materielle und psychologische Unterstützung Großbritanniens vorsah, wurde vom Oberkommando der Wehrmacht mit der Feststellung quittiert, es könne "nach allgemeiner Ansicht ... als eine Kriegserklärung an Deutschland angesehen werden" (8). Die Besetzung Islands durch Truppen der USA im Juli 1941 und der von Roosevelt am 11. Sept. 1941 herausgegebene Befehl "shoot-on-sight" gegenüber Schiffen der Achsenmächte Deutschland und Italien machten aus deutscher Sicht einen Zusammenstoß und Krieg mit den USA unvermeidlich.

Das Bündnis mit Japan, das am 7. Dezember 1941 Pearl Harbor angegriffen hatte, löste schließlich die deutsche Kriegserklärung an die USA aus. Die erhoffte Entlastung durch den Bündnispartner Japan erwies sich aber rasch als Illusion. Japan lehnte es ab, gegenüber der Sowjetunion eine bedrohliche Haltung einzunehmen oder die Sowjetunion gar anzugreifen. Stalin konnte noch im Winter 1941/1942 Truppen aus Sibirien abziehen und in die Schlacht um Moskau werfen. Mit den USA war Hitler zudem ein Kriegsgegner erwachsen, der ihn ratlos machte, von dem er nicht wusste, wie er ihn besiegen sollte - so freimütig im Januar 1942 gegenüber dem japanischen Botschafter Oshima Hirosoeki (9). Am 15. Januar 1942 monologisierte Hitler ahnungsvoll, dass "in diesem Krieg, wenn überhaupt gewonnen wird, nur Amerika" gewinnen werde (10).

### **Zeitfenster geschlossen**

Im Dezember 1941 hatte sich das Zeitfenster für Hitler geschlossen. Die Sowjetunion war nicht besiegt. Die Wehrmacht geriet vor Moskau nach

dem sowjetischen Gegenangriff in eine dramatische Winterkrise, die nur mit äußerster Anstrengung gemeistert werden konnte. England war nicht aus dem Konflikt geworfen, sondern hatte durch die Kriegsteilnahme der USA eine massive Bestätigung und Unterstützung des Kriegskurses erhalten. Die USA begannen ihr gewaltiges Kriegspotential aufzubauen und würden es bald einsetzen. Hitlers Absicht, "alle kontinentaleuropäischen Probleme zu lösen, da die USA ab 1942 in der Lage wären, in den Krieg einzugreifen" (11), war durchkreuzt. Hitlers Vabanquespiel war gescheitert. Er hatte mit dem Angriff auf die Sowjetunion alles riskiert und verloren. Er stand nun in einem Zweifronten-Krieg, den er als Lehre aus dem Ersten Weltkrieg unbedingt vermeiden wollte.

Abgesehen von wenigen Andeutungen wissen wir nicht, wie Hitler um die Jahreswende 1941/1942 die Lage einschätzte. Der Kriegseintritt Japans am 7. Dezember 1941 hat in ihm eine gewisse Euphorie hervorgerufen. Da es aber nie zu konkreten strategischen Absprachen mit Japan kam, insbesondere nicht im Hinblick auf die Sowjetunion, muss bei ihm schnell Ernüchterung eingetreten sein. Der Kriegseintritt Japans versprach zwar eine gewisse Entlastung, eine grundsätzliche Änderung der Kriegskonstellation war es aus deutscher Sicht aber nicht. Die Sowjetunion war nicht zusammengebrochen. Das Unternehmen Barbarossa war nicht planmäßig verlaufen. Ein gewichtiger Teil der sowjetischen Verbände hatte sich dem deutschen Angriff rechtzeitig entzogen. Die Kriegsgegner hießen weiterhin Großbritannien, Sowjetunion und nun auch USA. Sie hatten ihr Potential noch nicht einmal voll entfaltet.

### **Entscheidungen Hitlers im Dezember 1941**

Die Prämissen, die Hitler für eine erfolgreiche Beendigung des Krieges selbst aufgestellt hatte, waren allesamt nicht erfüllt. Folgte er seiner eigenen Logik, muss er erkannt haben, dass dieser Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Über die Rationalität oder Irrationalität im Denken und Handeln Hitlers ist oft gerätselt worden. Die Frage lässt sich auch hier nicht annähernd beantworten. Ein Maßstab kann die Wahrnehmung derer sein, die mit ihm zusammen gearbeitet haben, und die, insbesondere in den Militärstäben, nicht nur ideologisch verblendete Nazis waren. Dort sind zwar seine taktischen und strategischen Fehler gesehen und kritisiert worden, blinde Irrationalität ist Hitler aber nicht unterstellt worden. Auch unter extremstem Stress äußerte er sich danach mit Bedacht und achtete auf die Wirkung seiner Aussagen (12). Wutanfälle inszenierte er - "gekonnt". Abgesehen von der Schlussphase im Berliner Bunker behielt er die Nerven, auch in der Winterkrise 1941/1942 vor Moskau. Er war ein Meister im Verschleiern und Verbergen seiner wahren Absichten. Schriftliches hat er kaum aus der Hand gegeben. Hitlers kometenhafter Aufstieg vom kleinen Agitator zu Beginn der Weimarer Republik bis zum

Sieg über Frankreich 1940 spricht ebenfalls gegen die Irrwisch-Vermutung.

Die Westalliierten wussten, dass sich die Waage trotz möglicher Rückschläge ab Dezember 1941 langsam aber beständig zu ihren Gunsten zu senken begonnen hatte (13). Mangels Zeugnissen von Hitler oder aus seiner engsten Umgebung lässt sich am ehesten aus den Entscheidungen und Weichenstellungen des Dezember 1941 erschließen, ob Hitler auch selbst die Wahrheit der Stunde gesehen und die entscheidende Zäsur der Kriegswende erkannt hat. Angesichts der fehlgeschlagenen schnellen Niederwerfung der Sowjetunion und der Kriegserklärung an die USA traf Hitler in der Tat einschneidende Entscheidungen.

### **Rüstungs- und Kriegswirtschaft**

Eine Weichenstellung betraf die Wirtschaft, die bis Dezember 1941 noch nicht voll auf die Kriegsrüstung umgestellt war. Die Masse des im Jahre 1941 produzierten Rüstungsmaterials war im Verlauf des Unternehmens Barbarossa auf den Schlachtfeldern im Osten verloren gegangen. Aber selbst die dringlichsten Rüstungsaufträge der Wehrmacht konnten nicht erfüllt werden, weil es an Arbeitskräften und Rohstoffen mangelte. Ziel war deshalb eine massive Steigerung und die sofortige Umsteuerung der deutschen Rüstung zugunsten des Heeres. Ein grundlegender Umbau der deutschen Kriegswirtschaft wurde eingeleitet (14).

Hitler war klar geworden, dass die Zeit der Blitzkriege vorbei war und er bereitete einen Material- und Abnutzungskrieg unbekannter Dauer vor. Das Heer und nicht die Marine und die Luftwaffe waren Hauptnutznier der Umstellung und Leistungssteigerung der Rüstungsindustrie. Ohne Ausrüstung der Luftwaffe mit Flugzeugen großer Reichweite und ohne Ausbau der Marine war das im Westen für die Kriegsführung gleichbedeutend mit Defensive - auf mittlere Sicht auch im Osten. Ob Hitler sich Illusionen hinsichtlich deutscher Erfolgsaussichten einer Material- und Abnutzungsstrategie längerer Dauer machte, wissen wir nicht. Hitler war sich allerdings bewusst, dass "die für einen langen Krieg als unabdingbar erachteten Industrie- und Rohstoffzentren... entweder nicht erobert oder nicht wie erhofft ausgebeutet" werden konnten (15).

An warnenden Hinweisen fehlte es nicht. Die Wehrmacht stand schon während des Vormarsches auf Moskau am Ende ihrer materiellen und personellen Kraft, wie sich für den Chef des Generalstabs des Heeres, Franz Halder, aus vielen Anzeichen ergab (16). Im Herbst 1941 musste der Chef der Heeresrüstung Fritz Todt einen derart gravierenden Abfall der Waffen - und Munitionsfertigung feststellen, dass er einen baldigen Friedensschluss für ratsam hielt (17). Todt gewann insbesondere nach einer Besichtigungsreise seiner Panzerkommission an die Ostfront den Eindruck, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war, und forderte

deshalb Hitler am 29. Nov. 1941 zu einem politischen Friedensschluss auf . Darauf Hitler: "Ich sehe aber kaum noch einen Weg, um politisch zu einem Ende zu kommen"(18).

### **Reorganisation der Wehrmachtsspitze**

Die zweite Weichenstellung war der Wechsel im Oberbefehl des Heeres. Hitler hatte Generalfeldmarschall von Brauchitsch für das Scheitern des Russlandfeldzugs verantwortlich gemacht und ihn am 19. Dezember 1941 als Oberbefehlshaber des Heeres abgelöst. Den Oberbefehl über das Heer übernahm Hitler nun selbst. Das fiel umso schwerer ins Gewicht, als die Wehrmacht schon seit 1934 auf den "Führer" vereidigt worden war. Es gab danach keine militär-strategisch gesamtverantwortliche Instanz mehr außer in der Person des Diktators selbst. Die Segmentierung der militärischen Kriegführung wurde zur Regel. Der Wehrmachtsführungsstab wurde ein reiner Arbeitsstab des Führers. Der Generalstab des Heeres war nur für den Ostkrieg zuständig. Den einzelnen Militärspitzen standen immer nur bruchstückhaft die Informationen zur Verfügung, die eine wirklichkeitsnahe Gesamtübersicht und Beurteilung der Kriegslage hätten ermöglichen können. Hitler hat im Dezember 1941 das militärische Entscheidungsmonopol an sich gerissen. Er beanspruchte eine umfassende Kontrolle und dehnte seine Weisungs- und Befehlsgewalt bis in Einzelfälle operativer Entscheidungen aus (19).

### **Kein Separatfrieden im Westen**

Die dritte Entscheidung Hitlers bestand darin, den Krieg bis zum Ende durchzufechten. Im Westen war die Entscheidung allerdings nicht ganz freiwillig. Ein Sonderfrieden mit den Westalliierten wäre, hätte ihn Hitler jemals ins Auge gefasst, wohl am Willen Churchills gescheitert. Churchill wollte von Anfang an den Sieg über Deutschland. Bereits in seiner Antrittsrede "Blut, Mühsal, Schweiß und Tränen" vom 13. Mai 1940 hatte er ausgerufen, dass es "ohne einen Sieg um jeden Preis... kein Weiterleben für das Britische Weltreich" gebe (20). Am 22. Juni 1941, dem Tag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion führte er in einer Rundfunkansprache aus, dass Großbritannien "niemals mit Hitler oder irgendeinem aus seiner Bande verhandeln" und die Naziführer "am Morgen des Sieges alliierten Gerichten übergeben" werde (21). Spätestens mit der Casablanca-Konferenz, auf der Churchill am 23. Januar 1943 die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands durchsetzte, rückte ein Sonderfrieden im Westen außer Reichweite.

Das hatte auch der deutsche Widerstand zur Kenntnis zu nehmen: "Der deutsche Widerstand mußte" - so Eugen Gerstenmaier, der im Krieg dem Widerstand angehörte und später in der Bundesrepublik Bundestagspräsident wurde - "die bittere Erfahrung machen, dass der Krieg eben nicht nur gegen Hitler und sein Reich, sondern gegen

Deutschland in jeder Gestalt geführt wurde“(22). Die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation war eine, wenn nicht die entscheidende Motivation für viele Deutsche - auch die, die den Nazis fern standen - den Krieg bis in den Mai 1945 weiter zu führen. Die daraus resultierende Verlängerung des Krieges brach letztlich auch dem Britischen Empire das Kreuz. Großbritannien war am Kriegsende so erschöpft, dass das Empire kurz danach zerfiel. London verlor mit dem Empire, weswegen es mit Deutschland den Kampf aufgenommen hatte. Eine Entwicklung, die Hitler - bezogen auf Großbritannien - im Januar 1942 voraussah: "...wenn verloren wird, verliert nur England“(23).

### **Kein Separatfrieden im Osten**

Eine bessere Möglichkeit der Umklammerung und damit der seit Dezember 1941 auf längere Sicht aussichtslosen Kriegslage zu entkommen, wäre unter Umständen ein Sonderfrieden mit der Sowjetunion gewesen. Stalin hatte mehrfach Friedensfühler ausgestreckt. Die Angebote, die er unterbreitete, wurden freilich mit den Erfolgen der nach Westen vorrückenden Roten Armee immer geringer. Stalin hoffte, die für ihn vorteilhafte Lage von September 1939 bis Juni 1941 wieder herzustellen und die Stoßkraft der Wehrmacht gegen Briten und Amerikaner zu richten. Die Westmächte fürchteten eben eine solche Entwicklung. Hitler reagierte auf die Avancen Stalins nicht. Sogar nach Stalingrad wäre nach erneuten Friedensfühlern Stalins für Hitler ein solcher Ausweg möglich gewesen. Er explorierte diese Möglichkeiten nicht einmal (24).

Auch hier stellt sich wieder die Frage nach dem rationalen oder irrationalen Handeln Hitlers. Die ideologische Verblendung Hitlers, der Wahn von der Überlegenheit der arischen Rasse über die Slawen habe - so die nicht selten gehörte Erklärung - die Siegeszuversicht aufrecht erhalten und Hitler davon abgehalten, im Osten einen Abbruch der Kriegshandlungen ins Auge zu fassen. Nicht die Zahlen, die für eine sowjetische Überlegenheit sprachen, sondern - so die Selbstsuggestion - das bessere Menschenmaterial, die bessere Ausrüstung, die bessere Führung würden letztlich einen deutschen Sieg unausweichlich machen. Hitler hat - soviel ist richtig - seit seinen politischen Anfängen diesen Krieg mit dem Ziel eines deutschen territorialen Raumgewinns im Osten immer gewollt. Das mag bei der Entscheidung mit geschwungen haben.

Wahrscheinlicher ist allerdings etwas anderes. Nach einem Sonderfrieden hätte sich Berlin in der gleichen als bedrohlich empfundenen Lage wie vor dem Angriff auf die Sowjetunion befunden. Hitler hätte mit einem Sonderfrieden etwas Zeit kaufen können. Der Preis wäre allerdings hoch gewesen. Die Sowjetunion und die Rote Armee hätten sich regenerieren können, während Deutschlands Kräfte durch den fortdauernden Konflikt mit den USA und Großbritannien, von denen der Diktator nicht wusste, wie er sie besiegen könnte, aufgerieben worden wären. Einen

Sonderfrieden mit Moskau verwarf der Diktator, selbst wenn er damit Zeit kaufen und vielleicht ein neues Spiel hätte eröffnen können (25).

## **Keine Kapitulation**

Letzte Alternative wäre angesichts der aussichtslosen Lage die Kapitulation, ein Strecken der Waffen gewesen. Im Ersten Weltkrieg hatte die deutsche Führung im Herbst 1918 angesichts der drohenden Niederlage diesen Weg gewählt. Die deutschen Truppen standen im September und Oktober 1918 noch überall in Feindesland, als das Deutsche Reich - allerdings nach mehr als vierjährigem Ringen - unter dem Druck des alliierten Durchbruchs an der Westfront um einen Waffenstillstand nachsuchte. Der Waffenstillstand kam am 11.11.1918 zustande. Nach dem Trauma dieser nationalen Niederlage war Deutschland mit dem Versailler Vertrag allerdings ein schwerer, als extrem ungerecht und demütigend empfundener Friede auferlegt worden. Die Suche nach den Schuldigen gipfelte in der Weimarer Republik in der so genannten "Dolchstoßlegende", wonach "Vaterlandsverräter" und "Novemberverschreiber" dem angeblich "unbesiegten" deutschen Heer in den Rücken gefallen seien. Ohne diese deutsche Realitätsverweigerung und den Kampf um die Revision von Versailles wäre Hitlers Aufstieg nicht möglich gewesen.

Einen Dolchstoß, eine Kapitulation, sollte und durfte es nach der Erfahrung von Versailles nie wieder geben. Nie wieder wollte man sich den Siegern auf Gnade und Ungnade ausliefern. Jedenfalls nicht, solange es noch eine Möglichkeit zur Gegenwehr gab. Hitler und die Nazi-Führung standen mit dieser Auffassung nicht allein, sie wurde von der Wehrmacht und großen Teilen der deutschen Bevölkerung geteilt. Als die Alliierten die "bedingungslose" Kapitulation forderten, verstärkten sie diese Überzeugung noch. Sie wurde zur wohl entscheidenden Motivation für den deutschen Durchhaltewillen. Das galt selbst für das letzte Kriegsjahr, als sich der Ring um Deutschland immer enger schloss, die Armeen der Alliierten schließlich die Reichsgrenzen überschritten und die letzten Kämpfe in und um Berlin ausgetragen wurden. Wie viele Deutsche in ähnlichen Bahnen wie Churchill dachten und die Verweigerung der Kapitulation für die Voraussetzung eines deutschen Wiederaufstiegs nach der Niederlage hielten, wissen wir nicht. Der Hinweis auf Churchill verdeutlicht aber, dass eine solche Haltung im Europa jener Zeit keineswegs als abwegig galt.

## **Vernichtung der Juden**

Die vierte Entscheidung Hitlers betraf die Vernichtung der Juden. Die Stufen und Steigerungen der Judenverfolgung im Dritten Reich seit 1933

können hier nicht nachgezeichnet werden (26). Der Historiker und Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels, Saul Friedländer, der sein Lebenswerk der Erforschung des Holocaust gewidmet hat, datiert diese fatale Entscheidung auf die Krisentage im Dezember 1941 (27). Zur selben Datierung kommt Ian Kershaw: Danach machten die Kriegserklärung an die USA und der Beginn eines langen weltweiten Konflikts im Dezember 1941 eine Deportation der Juden in die Sowjetunion unmöglich, wenn sie überhaupt jemals in Frage kam. Als die verschobene Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 stattfand, sei die Grundentscheidung schon gefallen gewesen (28). Die Aufgabe der Wannseekonferenz bestand nur noch in der organisatorischen Umsetzung der so genannten "Endlösung".

Das Dunkel, das die Dezember-Entscheidung zum organisierten, systematischen Judenmord umgibt, war von Hitler und der NS-Spitze gewollt. Es gibt keine Gesprächsaufzeichnungen, Notizen, Protokolle o. ä. - einfach nichts; jedenfalls wurde bis heute nichts aufgefunden. Auch die Durchführung des Genozids unterlag strikter Geheimhaltung, was nicht verhindern konnte, dass ein Kreis von ca. 200.000 Personen, auch im Offizierskorps, Bescheid wusste oder Bescheid wissen musste. Der Schleier strengster Geheimhaltung war bewusst über den von Hitler und der NS-Spitze im Dezember 1941 beschlossenen Genozid und seine Durchführung von 1942 bis 1945 gelegt worden. Die große Masse der deutschen Bevölkerung, die vom Kriegsalltag im Übermaß in Anspruch genommen und von eigenen Sorgen bedrückt war, konnte nur sporadisch oder gerüchteweise wahrnehmen, was sich in den Vernichtungslagern im Osten abspielte (29).

Im Monat Dezember 1941 hat Hitler gleichzeitig mit der Umstellung der Rüstungswirtschaft, der Übernahme des Oberbefehls über die Wehrmacht und der alternativlosen Weichenstellung für einen langen Krieg die Entscheidung zur Vernichtung der Juden in seinem Machtbereich gefällt. Die zeitliche Koinzidenz ist kein Zufall. In den schwarzen Stunden der Schlacht vor Moskau, als die Wehrmacht knapp einer Katastrophe entging, als die Illusion siegreicher Blitzkriege zerstob, hat Hitler sein Scheitern, seinen Untergang gesehen (30). Es ist der Moment ebenso dramatischer wie fataler Entscheidungen. Gedroht hatte er den Juden schon am 30. Januar 1939 öffentlich im Reichstag, dass er sie zur Rechenschaft ziehen würde, sollten sie die Welt nochmals in einen Weltkrieg stürzen. Später hat er diese Drohung mehrfach wiederholt. Im Dezember 1941 war der Weltkrieg da - wenn auch als Folge seiner eigenen Politik und nicht der von ihm imaginierten Machenschaften der Juden.

Hitler hat viel und vielen gedroht. Er hat aber nicht alle Drohungen wahr gemacht. Wie viele Politiker hat er das Mittel der Drohung taktisch eingesetzt, um einen bestimmten Zweck zu erreichen. Vom Antisemitismus Hitlers und der Nazis über die Drohung vom 30. Januar

1939 im Reichstag bis zur so genannten "Endlösung" war es ein weiter und auch kein gradliniger Weg. Bis zum Herbst 1941 war nicht von Vernichtung sondern von erzwungener Auswanderung, dann Umsiedlung der Juden die Rede gewesen. Erst sollten sie nach Madagaskar, dann nach Ostpolen, später nach Sibirien deportiert werden. Realisierungschancen für die Umsiedlungspläne gab es ab Dezember 1941 allerdings nicht mehr. Im Dezember 1941 wird mit dem Beschluss zur so genannten "Endlösung", dem Holocaust, nach jahrelangen Verfolgungen und Drangsalierungen der antisemitische Klimax erreicht.

Es ist schwer, sich in die Gedanken- Vorstellungs- und Wahnwelten Hitlers zu versetzen. Trotzdem ist die Frage zu stellen, in welchem Zusammenhang der Beschluss zum Holocaust mit dem von Hitler ab Dezember 1941 ins Auge gefassten langen Krieg steht? Inwiefern waren die Juden davon betroffen, ob Hitler noch Chancen sah, den Krieg trotz allem zu gewinnen oder ob er mit einem ungewissen Ausgang, möglicherweise mit einer Niederlage rechnete? Wenn Hitler sich ab Dezember 1941 immer noch Siegeschancen ausrechnete, warum sollte er dann die Juden umbringen? Nach gewonnenem Krieg würde er sie umsiedeln, wohin auch immer. Er hätte die "Judenfrage", so der Jargon der Nazis, aufschieben, beiseite legen können, wie er es mit vielen anderen Plänen und Vorhaben auch tat, die er sang- und klanglos fallen ließ. Man denke etwa an die nationalsozialistischen Angriffe auf die Kirchen, die stillschweigend eingestellt wurden. Warum sollte er Energien vom Ziel eines zu gewinnenden Krieges für ein Vorhaben abziehen, das der Kriegsführung nicht diente, ja abträglich war?

Wenn Hitler ab Dezember 1941 aber von einem eher ungewissen Ausgang des Krieges ausging, womöglich mit einer Niederlage rechnete, wenn er sich in einer Krise ohne Alternative sah, dann fügt sich der Judenmord eher in die Logik des Diktators. Nach dem Fiasko vor Moskau wusste er nicht, wohin mit ihnen. Sie waren in seinen paranoiden Vorstellungen ohnehin für alles Unheil dieser Welt verantwortlich, besonders für den Zweifrontenkrieg, in dem sich das Dritte Reich ab Dezember 1941 endgültig befand. Wenn er also schon die Amerikaner, Briten und Russen nicht besiegen, den Krieg nicht gewinnen konnte, dann konnte er sich zumindest an den Juden in seinem Machtbereich schadlos halten. Ein nicht unwillkommener Nebeneffekt mag für Hitler gewesen sein, Mitwisser, vor allem die deutschen Militärspitzen in dieses gigantische Verbrechen zu verstricken, um alle Überlegungen, Neigungen oder Versuchungen zur früh- oder vorzeitigen Kapitulation abzuschneiden.

Die Mehrzahl der Juden befanden sich Ende 1941 außerhalb Hitlers Machtbereich: u. a. in Amerika, in der nicht besetzten Sowjetunion, in Palästina. Er konnte sie nicht erreichen, sie nicht zur Rechenschaft ziehen, sie nicht vernichten. Aber den Juden im besetzten Europa konnte er einen schweren Schlag versetzen, der niemals vergessen werden würde. Er

konnte sie in seinen Untergang mit hinein ziehen, die Klage würde nie verstummen (31).

### **Hitler rechnete im Dezember 1941 mit Niederlage Deutschlands**

Ein innerer Zusammenhang der Holocaust-Entscheidung mit der von Hitler als möglich bis wahrscheinlich vorausgesehenen deutschen Niederlage erscheint schlüssiger als eine Siegeszuversicht mit gleichzeitigem Judenmord. Im Umkehrschluß stützt der Entschluß zum Judenmord die Annahme, dass Hitler ab Dezember 1941 mit seiner letztendlichen Niederlage rechnete. Nicht nur die zeitliche Koinzidenz spricht dafür, dass der Holocaust nicht losgelöst vom Krieg seit der Kriegswende gesehen werden kann sondern integrativer Teil dieses Krieges war.

Bis zum bitteren Ende waren das Reich und Berlin verteidigt worden. Die Rote Armee hatte von Mitte April 1945, als sie ihre letzte Offensive begann, bis zur Eroberung Berlins nochmals 304.000 Mann Verluste. Als auf dem Reichstag am 1. Mai 1945 schon die Rote Siegesfahne wehte, schossen die deutschen Verteidiger aus Keller und Obergeschoss noch einen Tag zurück (32). Hitler beging am 30. April 1945 Selbstmord. Die Kapitulation am 8./9. Mai 1945 war nur noch Formsache.

Das Dritte Reich befand sich ab Dezember 1941 in einer aussichtslosen Lage, in einer Krise ohne Alternative. Hitlers Entscheidungen des gleichen Monats erhellen, dass er die entscheidende Zäsur dieser Kriegswende gesehen hat. Die absehbare Niederlage wurde zum Auslöser des Holocaust.

### **Anmerkungen**

1) Overy, Richard, James, Die Wurzeln des Sieges. Warum die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen, Stuttgart-München 2000; Weinberg, Gerhard L., Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Stuttgart 1995

2) Wegner, Bernd, Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Hrsg. Militärgeschichtliches Forschungsamt, 10 Bde., Deutsche Verlags-Anstalt (DVA) 1979-2008 (=MGFA), Bd. 8, 2007, S. 3, Anm. 1

- 3) Zit. nach Kershaw, Ian, Wendepunkte. Schlüsselentscheidungen im Zweiten Weltkrieg, München 2008, S.65
- 4) Zit. nach Kershaw, ebd. S. 58
- 5) Kershaw, ebd. S. 590
- 6) Churchill, Winston, Der Zweite Weltkrieg, München-Zürich 1954, S. 551 f.
- 7) MGFA, Bd. 4, 1983, S. 801/802
- 8) Friedländer, Saul, Auftakt zum Untergang Hitlers und die Vereinigten Staaten von Amerika 1939-1941, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1965, S. 252, Anm.62
- 9) In: Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939-1941, 2 Bde, hrsg. Hillgruber, Andreas, Frankfurt/Main 1967, Bd. 2, S. 41
- 10) Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims. Hrsg. von Jochmann, Werner, Hamburg 1980, S. 199
- 11) Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab), 1940-1945, 4 Bde. Geführt von Helmuth Greiner und Percy Ernst Schramm. Im Auftrag des Arbeitskreises für Wehrforschung hrsg. von Schramm, Percy, E., Frankfurt/Main 1961-1965, Nachdruck Augsburg 2003, Bd. I, S. 996, Dok. 45
- 12) MGFA, Bd. 8, 2007, S. 38
- 13) MGFA, Bd. 6, 1990, S. 90
- 14) MGFA, Bd. 4, 1983, S. 1024 u. Bd. 5, 1988, S. 630 f.
- 15) MGFA, Bd. 8, 2007, S. 36
- 16) Halder, Franz, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabs des Heeres, 1939-1942, bearb. von Jacobsen, Hans-Adolf, hrsg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung, Stuttgart 1962-1964, Bd.3, S. 306, Eintrag vom 23.11.1941
- 17) Ebd. S. 309, Eintrag vom 25.11.1941
- 18) Rohland, Walter, Bewegte Zeiten. Erinnerungen eines Eisenhüttenmannes, Stuttgart 1978, S. 77; MGFA, Bd. 4, 1983, S. 1023;

Seidler, Franz W., Fritz Todt. Baumeister des Dritten Reiches, München 1986, S. 356; Kershaw, Ian, Hitler. 1936-1945, Stuttgart 2000, S. 593

19) Vgl. MGFA, Bd. 4, 1983, S. 613 f. u. Bd. 6, 1990, S. 105/106

20) Churchill, Winston, Blut, Mühsal, Schweiß und Tränen, in: Reden, Bd. 1, Zürich 1946, S. 321

21) Ebd. Bd. 2, 1947, S. 257

22) Gerstenmaier, Eugen, Der Kreisauer Kreis, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 15 (1967), 3, S. 238

23) Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944, S. 199, 15.01.42

24) MGFA, Bd. 6, 1990, S. 89

25) Vgl. MGFA, Bd. 8, 2007, S. 51 f.

26) dazu insbes. Friedmann, Saul, Das Dritte Reich und die Juden, München 2007 u. Hilberg, Raul, Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde, 10. Aufl., Frankfurt/Main 2007

27) Interview, Der Spiegel, 2007, 41, S. 214

28) Kershaw, Wendepunkte, S. 586. Einen Sachzwang zum Holocaust, der wie Kershaw annimmt, aus den vorausgegangenen genozidalen Ansätzen folgte, hat es m. E. nicht gegeben.

29) Vgl. Longerich, Peter, Davon haben wir nichts gewußt, München 2006, S.324 f.

30) Kershaw, Hitler. 1936-1945, S. 598 sieht den Diktator nicht in dieser dramatischen Stimmungslage. Er stützt sich dabei auf das Tagebuch von Goebbels, dessen Eindrücke aber nicht überbewertet werden dürfen, da er Hitler vor allem bei öffentlichen Anlässen zu Gesicht bekam.

31) Schenck, Guntram von, Holocaust - Folge von Hitlers Rumsucht? : [www.guntram-von-schenck.de](http://www.guntram-von-schenck.de)

32) Beevor, Antony, Berlin. The Downfall 1945, Penguin Books 2003, S. 370 f.

## **Dok. 7**

Guntram von Schenck, Mai 2009

### **Heidegger, die Nazis und der aussichtslose Krieg**

Man kann es nicht anders sagen: die Lektüre von Heideggers "Sein und Zeit" versetzt heute noch in innere Unruhe, in ein forttreibendes Suchen und bestürzendes Für-Wahr-Halten. Es gilt Hegels Satz, Philosophie sei ihre Zeit, in Gedanken gefasst. Auch heute noch, rund 80 Jahre nach Erscheinen des Werks. Gerade für Historiker im Blick auf den Zweiten Weltkrieg und die Nazi-Zeit.

Heidegger repräsentiert wie wenige die geistige Aristokratie des damaligen Deutschland, er ist der große Exponent einer Philosophie, die ohne den Fundus und die Tradition deutscher Philosophie undenkbar ist. Er ist ein Deuter seiner Zeit mit internationaler Ausstrahlung, ein Meister aus Deutschland. Und doch ist er abgestürzt in die Gläubigkeit an einen Zeitenbruch 1933.

#### **Prolog: Heidegger in der Politik**

Es ist die unsägliche Geschichte des Freiburger Universitätsrektorats Heideggers von 1933/1934, die stutzig macht. Der Absturz vom höchsten Gipfel philosophischen Fragens und Denkens in die banalste Niederung politischer Bewegtheit zu Beginn der Nazi-Herrschaft. Die Rektoratsrede vom 27. Mai 1933 ist oft und ausgiebig analysiert und kommentiert worden (1). Heidegger präsentiert sich als Kündler der neuen Zeit eines nationalsozialistischen Weltentwurfs. Vielen hat es damals schon die Sprache verschlagen angesichts der Fallhöhe. Was Heidegger bei einer Sonnenwendfeier 1933 seinen ergriffenen Zuhörern zurief, ist ebenfalls erstaunlich: "Die Tage vergehn, sie werden wieder kürzer. Unser Mut aber steigt, das kommende Dunkel zu durchbrechen. Niemals dürfen wir blind werden im Kampf. Flamme künde uns und leuchte uns den Weg, von dem es kein Zurück mehr gibt! Flamme zündet, Herzen brennt!" (2). So sprach ein vom Olymp der Philosophie Herabgestiegener, ein Kündler des wahren Seins.

Es liegt auf der Hand: Heidegger wollte sich an die Spitze der nationalsozialistischen "Revolution" stellen, ihr den Weg weisen. Er mobilisierte, er verpflichtete. Er wollte nicht nur künden sondern zünden, mitreißen. "Die Philosophie muss" - in seinen Worten - "ihrer Zeit mächtig sein". Er will seinen Teil zum Gelingen dieser Revolution beitragen. Hellsichtig haben damals schon Zeitgenossen das Dunkle,

Unberechenbare, Gewalttätige und Verbrecherische in dem NS-Regime erkannt, Heidegger nicht. Heidegger kannte viele der frühen Kritiker und Opfer der Nationalsozialisten, mit einigen war er befreundet. Andere Geistesgrößen waren verblendet wie er: u. a. Gottfried Benn (überraschenderweise für mich) und Carl Schmitt. Ein Einzelfall war Heidegger nicht. Er war kein Mitläufer oder Opportunist. Als andere Deutschland verließen und emigrierten, wird Heidegger für die NS-Bewegung aktiv.

Heidegger macht den Taumel in die "neue Zeit" politisch offenbar völlig unkritisch mit. Der Verächter der Politik, die er in den Bereich des "Un-Eigentlichen" sortiert, wird zum begeisterten Mitstreiter, zum gläubigen Anhänger Hitlers. Mit diesem Umschlagen oder Absturz aus Distanz und Verachtung gegenüber der Politik in kritiklose, ungeprüfte Zustimmung steht Heidegger nicht allein, es ist symptomatisch für ein deutsches Bildungsbürgertum, das sich aus politischer Orientierungslosigkeit in seiner Mehrheit gleichschalten lässt oder sich freiwillig gleichschaltet. Auch Heidegger.

Die Ernüchterung Heideggers folgt keineswegs auf dem Fuße. Es ist zunächst einmal die Erfahrung, dass er außerhalb der Philosophie zum politischen Streiter und Anführer nicht taugt. In der Freiburger Universität eckt er als Rektor an, findet den richtigen Ton nicht, befremdet, irritiert. Er agiert überhitzt, ungeschickt, ist bald in Auseinandersetzungen mit dem Kultusministerium verwickelt. Die praktische Politik ist ein Geschäft, das er offensichtlich nicht versteht. Er hat noch nicht einmal ein Jahr amtiert, da tritt er am 23. April 1934 zurück. Zeitgenossen machten anzüglich den Vergleich mit Plato, der ebenfalls in der konkreten Politik kläglich scheiterte. Heidegger hatte vor 1933 wiederholt über Platon gelesen. Dass Platon seinen Ausflug in die Politik teuer bezahlte und sich im Syrakus des Tyrannen Dionys der Versklavung nur durch Flucht knapp entziehen konnte, war ihm offensichtlich keine ausreichende Warnung gewesen.

Auch inhaltlich hat Heidegger bald Differenzen mit dem NS-Staat und dessen Ideologie. Schon seine Rektoratsrede hatte Anlass zu dem Gespött gegeben, er habe wohl seinen "privaten" Nationalsozialismus vertreten. Heidegger dringt mit seinen Vorstellungen von der "nationalsozialistischen Revolution" nicht durch, sein Projekt einer Dozentenakademie stößt in Berlin auf Ablehnung. Maßgebliche Personen in der NS-Hierarchie, die sich als Gralshüter der NS-Weltanschauung verstehen und sich letztlich durchsetzen, lehnen Heideggers Philosophie als dem Nationalsozialismus wesensfremd ab und behindern seine Karriere. Ganz einheitlich ist das nicht, Heidegger findet auch Unterstützung. Spätestens beim Philosophiekongress 1937 in Paris wird aber deutlich, dass Heidegger vom NS-Regime ausmanövriert und ausgegrenzt wurde. Heidegger war von einer Führungsrolle seiner Person in der deutschen Delegation

ausgegangen, erhielt jedoch trotz seiner Bemühungen so spät eine Einladung, dass er auf eine Teilnahme verzichtete.

Heidegger galt als jemand, der "Nationalsozialismus spielte". Den "Biologismus" und "Rassismus", die "Blut- und Bodenideologie" der NS-Ideologie lehnte er ohnehin ab. Karl Jaspers bestätigte 1945, dass es von Heidegger in den 20er Jahren keine antisemitischen Äußerungen gibt. Auf der anderen Seite ist nicht bekannt, dass ihn die früh zutage tretenden gewalttätigen Ausschreitungen der Nazis gegenüber Juden empört hätten, dass er protestiert hätte. Hannah Arendt und Elisabeth Blochmann, mit denen er eng liiert gewesen war, mussten wie viele andere als Juden bzw. Halbjuden Deutschland verlassen. Heidegger nahm es hin. Von Edmund Husserl, dem er soviel verdankte, zog er sich zurück und hielt lediglich über Dritte losen Kontakt. An Husserls Beerdigung 1938 in Freiburg nahm er nicht teil. Tatkräftige Solidarität mit entrechteten und verfolgten Juden ist von Heidegger nicht überliefert. Vielleicht war Heidegger hinterbracht worden, dass ihm von NS-Ideologen unterstellt wurde, "sein Denken sei im Kern jüdisch geartet, 'talmudisch-rabulistisch', weshalb es auch Juden besonders anziehe" (3). Womöglich ging er deshalb in Deckung, wir wissen es nicht. Offensichtlich verhielt er sich in dieser Frage so opportunistisch wie die meisten anderen Deutschen damals auch.

Heideggers Denken war von den Nationalsozialisten nicht geschätzt worden, sie hatten ihn nicht kooptiert, ihm keine führende Rolle zugewiesen, wie er gehofft hatte. Er wurde aber auch nicht verfemt. Man ließ ihn gewähren. Seine Philosophie war den Nazis wohl ohnehin zu hoch. Sie müssen aber irgendwie gespürt haben, dass sein Denken Kraftquellen, Energien frei setzte, die sich nutzen ließen.

### **Heideggers Philosophie der Eigentlichkeit**

"Ihrer Zeit mächtig sein" muss die wahre Philosophie - so hatte Heidegger gefordert. Sie muss zeitanalytische und zeitprognostische Kraft haben. Eine große Aufgabe. Heidegger stellt sich ihr mit den Begriffen des Daseins, des Seins, der Geworfenheit, der Angst, der Sorge, der Stimmung, der Eigentlichkeit, der Haltung, des Volkes und der Geschichte. Nur in Stichworten, ohne Anspruch auf zusammenfassende oder letztgültige Interpretation kann hier Heideggers Denken nach gezeichnet werden.

Niemand kann - so Heidegger - der Geworfenheit seines Daseins entrinnen. Wir suchen uns die Zeit, das Volk etc. unseres Daseins nicht aus. Wir sind, was wir daraus machen. Einen vorfindlichen Sinn gibt es nicht. Was bleibt ist die aufwühlende Erkenntnis der "Unergründlichkeit" des Menschen. Er ist unergründlich, weil er seine Gründe noch immer vor sich hat. Er verwirklicht sich im offenen Zeithorizont. Der Sinn ist die Zeit, aber die Zeit hat keinen Sinn. Der Mensch ist der Platzhalter des "Nichts".

Das Dasein ist ein Sein zum Tode - ein Vorlaufen zum Tode - das "große Vorbei".

Seismographisch hat Heidegger das Lebensgefühl der Zwischenkriegs- und Kriegsgeneration philosophisch auf den Begriff gebracht und geprägt. Die Hörsäle, in denen er in Marburg und Freiburg las, waren brechend voll. Sein Denken infizierte. Eine von Heidegger philosophisch gefasste "Angst" grundierte das Lebensgefühl der Jahre der Weimarer Republik und des Faschismus. In der "Angst" erfährt das Dasein die "Unheimlichkeit" der Welt und die eigene Freiheit. "Angst" im Heidegger'schen Sinne ist beides: Weltangst und Angst vor der Freiheit. Es ist die Frage nach dem Sinn von Sein. Es ist das Entsetzen, dass da "Nichts" ist - denn Gott ist tot.

Die Erschütterungen und der millionenfache Tod im Ersten Weltkrieg, die Inflation in den 20er Jahren, die Wirtschaftskrise nach 1929, das Heraufziehen und der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs machten fast alle Gewissheiten des vorangegangenen bürgerlichen Zeitalters zunichte. Die krisenhafte Stimmung fand ihren Ausdruck in Untergangsvisionen, weit verbreitetem Sektierertum, Weltverbesserungsvorschlägen, politischen Radikalismus und der Suche nach Schuldigen und Sündenböcken. Die nächste, deutlich abgrenzbare sog. 68er Generation wird nach einem zwei Jahrzehnte dauernden wirtschaftlichen Aufschwung und politischer Stabilität der Nachkriegszeit dieses Grundgefühl der "Angst" nicht mehr haben. Es wird nur noch im ephemeren Abglanz beim "Waldsterben" und der Nutzung der "Atomenergie" nochmals kurz aufscheinen.

Die *conditio humana* ist die "Sorge", die Heidegger im Sinne von Besorgen, Planen, Bekümmern, Berechnen, Voraussehen verwendet. Nur wer in einen offen Zeithorizont hinein lebt, begegnet handelnd der Welt. Die von Heidegger diagnostizierte Grundstimmung seiner Zeit ist eine oft anhaltende, fahle Ungestimmtheit mit Spuren von Überdruß und "Langeweile". Es ist die Konfrontation mit dem Nichts, die in die Langeweile treibt. In dieser Stimmung wird der "Lastcharakter" des Daseins offenbar - grell und dramatisch in der "Angst". Man muss das Leben mehr ertragen als dass man von ihm getragen wird. Heidegger war nicht der einzige, der in der Weimarer Zeit den "Lastcharakter" des Daseins erkannte. Deshalb: man muss sein Leben führen - aus der Langeweile ausbrechen.

Aber wie? Es ist der Sprung aus der Belanglosigkeit in die "Eigentlichkeit". Was meint Heidegger damit? Im Augenblick der "Angst", von keinem objektiven Sinn behütet und geleitet, ereignet sich der Durchbruch zum eigentlichen Sein als Erfahrung: Es steht nichts dahinter. Der Mensch ist nur wirklich, wenn er als schöpferisches Wesen aus dem Nichts etwas hervor kommen lassen kann. Der Mensch ist der Ort, wo aus Nichts Etwas und aus Etwas Nichts wird. Der Umschlagspunkt ist die Angst. Sie zeigt

uns das Möglichsein, das wir selbst sind. Die "Eigentlichkeit" im Sinne Heideggers schneidet uns die Fluchtwege ab - nämlich das Beharren im Herkömmlichen, Vorgegebenen, vermeintlich Objektiven. Eigentlichkeit bedeutet, noch einmal zur Welt zu kommen. Alles kann bleiben wie es war, nur die "Haltung" dazu hat sich geändert. Das "Vorlaufen zum Tode" Heideggers ist bereits Teil des Gelingens der Eigentlichkeit. Der Tod, sagt Heidegger, steht in unser Leben hinein.

Die Philosophie Heideggers gibt keine Anweisungen oder Orientierungen. Heidegger versteht sie als die Arbeit des Abtragens und Abbauens von vermeintlichen ethischen Objektivitäten. Und das Gewissen? Heidegger fragt, was das Gewissen dem Angerufenen zuruft und antwortet: Streng genommen - nichts. Dem angerufenen Selbst wird nichts zugerufen, sondern es ist angerufen zu sich selbst, d. h. seinem eigenen Seinkönnen. Tu was du willst, aber entscheide dich selbst und lass dir von niemandem die Entscheidung und damit die Verantwortung abnehmen. Das Dasein ist dann "eigentlich", wenn es sich nicht auf substantielle Sittlichkeit von Staat, Gesellschaft, öffentlicher Moral verlässt. Die Unverlässlichkeit aller zivilisatorischen Daseinsvorsorge steht für Heidegger außer Frage.

Heidegger ermuntert zu einem "verwegenen Dasein". Es ist nicht der Mut zum Bösen, wie bei Ernst Jünger die abgründige Lust am Kriegerischen, Anarchischen und der abenteuerlichen Amoralität (4). Für Heidegger ist es der "Mut zum Nichts". Heidegger will, wie im Streitgespräch mit Cassirer 1929 in Davos, den Boden zu einem Abgrund machen. Er verwirft jede Arbeit der Sinnstiftung durch Kultur und erklärt: "Was bleibt, sind einige wenige Augenblicke von großer Intensität. Man sollte sich nicht länger verhehlen, dass die höchste Form der Existenz des Daseins sich nur zurückführen lässt auf ganz wenige und seltene Augenblicke der Dauer des Daseins zwischen Leben und Tod, dass der Mensch in nur ganz wenigen Augenblicken auf der Spitze seiner Möglichkeiten existiert" (5). Zur Intensitätssteigerung braucht es Mut und Verwegenheit. Verwegenes Dasein ist die Voraussetzung für Intensität. Eigentlichkeit ist Intensität, nichts anderes.

Wenn Philosophie im Sinne Heideggers "ihrer Zeit mächtig ist", wenn "Philosophie ihre in Gedanken gefasste Zeit" ist, wie Hegel es formuliert hat, was bedeutet dann die Heidegger'sche Philosophie für die Zwischenkriegs- und Kriegszeit in Deutschland? Der Mensch ist, was er aus dem Leben macht. Er verleiht ihm selbst einen Sinn. Es ist freilich nach Heidegger ein auf "Nichts" gestelltes "Vorlaufen zum Tode". Da alle Wahrheiten geschichtlich sind und ihre Zeit nicht überdauern, gibt es nichts, woran der Mensch sich festhalten könnte. Es gibt keine objektiven Vorgaben, keine Ethik, keinen Halt, außer in dem Menschen selbst. Es gibt nur das Nichts und die Konfrontation mit diesem Nichts. Aus der "Langeweile" muss sich der Mensch mittels Intensitätssteigerung des

Daseins losreißen. Mit anderen Worten: Aufbruch ins Nirgendwo, das "Vorlaufen zum Tode" - aber mit "Haltung".

Die "Eigentlichkeitsphilosophie" Heideggers scheint formal unbestimmt genug zu sein, um in politischen Dingen unterschiedlichen Optionen Raum zu geben. Hannah Arendt, Karl Löwith, Günther Anders, Herbert Marcuse, Jean-Paul Sartre unter anderen haben dies gezeigt und haben auf der Grundlage von Heideggers Philosophie eigene Wege eingeschlagen. Heidegger hat sich hingegen für "Volk" und seine "Geschichte" entschieden.

### **Volk und Geschichte**

Nach Heidegger beinhaltet das "In-der-Welt-Sein" auch, dass der Mensch in die Geschichte seines Volkes, sein Geschick und sein Erbe hineingestellt ist. Das Dasein, auch das kollektive, findet nicht durch Normen, Verfassungen, Institutionen zu seiner Eigentlichkeit, sondern nur durch gelebte Vorbilder, nur dadurch, dass das Dasein sich seinen "Helden" wählt (6). Wer bereit ist, die Geworfenheit des eigenen Daseins "illusionslos" (SuZ, 391) hinzunehmen, der muss auch bemerken, dass er sich sein Volk, zu dem er gehört, nicht wählen kann, dass er auch ins Volk geworfen ist, hineingeboren in seine Tradition und Kultur. Das Dasein kann das so verstandene Volks-Geschick bewusst übernehmen; es ist bereit, dieses Geschick mit zu tragen und zu verantworten. Es macht die Sache des Volkes zur eigenen Sache bis hin zur Bereitschaft zum Opfer des eigenen Lebens. Es wählt sich seinen "Helden" aus dem Traditionsbestand dieses Volkes. Der eigentliche Bezug zum Volk bleibt der Bezug zum eigenen Selbst.

In "Sein und Zeit" war der Bezug des Einzelnen zu seinem "Volk" noch zweideutig. Einerseits bleibt der eigentliche Bezug zum eigenen Volk ein Bezug zum eigenen Selbst. Andererseits verhält sich uneigentlich, wer die Gemeinschaft des Volkes sucht, um seinem eigenen Selbst zu entkommen. "Alles sieht so aus wie echt verstanden, ergriffen und gesprochen und ist es im Grunde doch nicht, oder es sieht nicht so aus und ist es im Grunde doch" (7). 1933 wird Heidegger auf einer Kundgebung der deutschen Wissenschaft für A. Hitler in Leipzig die "Urforderung alles Daseins, dass es sein eigenes Wesen behalte und rette" auf das "Volk" übertragen, das sein "eigenes Wesen retten und behalten muss" (8). "Ein Volksganzes ist also ein Mensch im Großen" (9). Das hat Konsequenzen.

Folgt man Heideggers Rektoratsrede, so hat sich das deutsche Volk mit seiner Revolution - gemeint ist die NS-Machtergreifung 1933 - weit hinausgewagt in das Ungewisse. Das Volk ist aufgebrochen ist, um die Sinnstiftung des Sinnlosen zu wagen. An die Stelle der philosophischen Ekstase tritt die Mystik der Volksgemeinschaft. In einer Rede vor

Arbeitslosen Anfang 1934 sagt er: "Jeder Arbeitende unseres Volkes muss wissen, warum und wozu er dort steht. Nur so wird der Einzelne im Volksganzen und im Volksschicksal verwurzelt" (10). Der Tübinger Studentenschaft rief er im November 1933 zu: Wer aber kämpft, befindet sich im Inneren eines entstehenden Werkes. Er empfängt die Fülle des Daseins und wird "Mitbesitzer der Wahrheit des Volkes im Staat" (11).

Ausdrücklich verabschiedet Heidegger alle langfristig angelegten Projekte des geschichtlichen Handelns. Übrig bleibt: Man muss den Augenblick nutzen, die Gelegenheit ergreifen. Gegenüber dem kollektiven Geschick kommt es freilich darauf an, "für die Zufälle der erschlossenen Situation hellsichtig zu werden" (12). Geschichte ist aber nicht nur die Bühne, auf der nach irgendeinem Zusammenhang Träger außerzeitlicher Werte kommen und gehen, man muss sie vielmehr verstehen als Ort der Erzeugung und Vernichtung der Werte. Die Welt ist ein gefährlicher Ort, an dem nur die zur Obdachlosigkeit Entschlossenen, die wirklich freien, aushalten können, ohne Schutz suchen zu müssen unter dem Dach vorgegebener Wahrheiten. Frei-sein, Befreier-sein ist Mithandeln in der Geschichte (13).

In der großen Metaphysik-Vorlesung 1929/1930 formulierte Heidegger zur Geburt der Philosophie aus dem Nichts der Langeweile: "Wenn die Bedrängnis unseres Daseins trotz aller Nöte ausbleibt, und wenn das Geheimnis fehlt, dann handelt es sich für uns zuerst darum, diejenige Basis und diejenige Dimension für den Menschen zu gewinnen, innerhalb derer ihm überhaupt wieder dergleichen wie ein Geheimnis seines Daseins begegnet. Dass bei dieser Forderung und bei der Anstrengung ihm näher zu kommen, dem heutigen Normalmenschen und Biedermann bange wird und zuweilen vielleicht schwarz vor den Augen, so dass er sich krampfhaft an seine Götzen klammert, ist vollkommen in Ordnung. Es wäre ein Mißverständnis etwas anderes zu wünschen. Wir müssen erst wieder rufen nach dem, der unserem Dasein einen Schrecken einzujagen vermag" (14). Heideggers Rufen sollte - wie man weiß - erhört werden, auch wenn es sich 1929/1930 noch nicht auf Hitler bezog.

### **Wahre Philosophie muss ihrer Zeit mächtig sein**

Was im Rückblick an Heideggers Philosophie fragwürdig und problematisch erscheint, war es zu Beginn der 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts noch nicht. Die monströse und verbrecherische Seite des Faschismus war nur von wenigen Hellsichtigen früh erkannt worden, der große Krieg war noch Jahre entfernt und die politischen Implikationen von Heideggers Philosophie noch kein Thema wie nach 1945. Um Heideggers Wirkungsmächtigkeit verstehen zu können, müssen wir ihn in seiner Zeit aufsuchen. Nur so verstehen wir auch durch ihn jene Zeit.

Die Philosophie Heideggers hat in ihrer Zeit mächtig eingeschlagen. Seine Hörsäle waren nicht ohne Grund brechend voll. Ein Student, Heinrich Wiegand Petzet, berichtet aus der Vorlesung "Was ist Metaphysik?" 1929: "Es war, als spalte ein riesiger Blitz jenen dunkel verhangenen Himmel...in einer fast schmerzlichen Helle lagen die Dinge der Welt offen da...es ging nicht um ein 'System', sondern um Existenz...Es hatte mir die Sprache verschlagen, als ich die Aula verließ. Mir war, als hätte ich einen Moment auf den Grund der Welt geblickt..."(15). Zum 80. Geburtstag Heideggers schrieb Hannah Arendt über die frühen 20er Jahre: "Da war kaum mehr als ein Name, aber der Name reiste durch ganz Deutschland wie das Gerücht vom heimlichen König" (16). Heidegger hatte den Nerv seiner Zeit getroffen. Nicht alles wurde verstanden, vieles blieb dunkel. Die entscheidenden Elemente seiner Philosophie aber elektrisierten seine Zeitgenossen. Alles war neu und mitreißend. Die Geworfenheit und Eigentlichkeit wollten und sollten gelebt werden.

Wie ist das "Hineingehalten in das Nichts", die Aufforderung zur Eigentlichkeit in der Zwischenkriegszeit verstanden worden? Die Dechiffrierung des Daseins als "Intensitätssteigerung" zu einem "Etwas", das dem Menschen, das dem Dasein einen Sinn gibt? Auf konkrete Lebenssituationen herunter dekliniert kann "Intensitätssteigerung" sein: Schöpfertum in Literatur, Malerei, Vorstoß ins Unbekannte, Entdeckertum. Für die allermeisten aber ist "Intensitätssteigerung" gleichbedeutend mit Nervenkitzel, Wettstreit, Exposition in Extremsituationen, Verwegenheit, Abenteuerertum, Kampf, Begegnung und Überwindung der Todesgefahr. Wie anders sind z. B. extreme Bergsteigerei, Fallschirmspringen, Hochseil-Jumping, Wüstendurchquerungen zu Fuß o. ä. zu erklären? Es sind Situationen, denen sich Menschen freiwillig, ohne Not aussetzen. Es ist das Spiel mit dem Tode, eine Grenzerfahrung, ein "Vorlaufen zum Tode". Es ist die Intensitätssteigerung, es ist die Begegnung mit dem möglichen Tode, der Suspens am sprichwörtlich seidenen Faden. Im heutigen Sprachgebrauch: der "ultimate Kick".

Heideggers Zeit ist die Zeit zwischen den Kriegen. Eine Generation war aus dem Ersten Weltkrieg zurückgekehrt, die die deutsche Niederlage nicht wahrhaben wollte, nicht verkraftet hat. Sie begehrte heftig dagegen auf, suchte und fand Sündenböcke für die Demütigung des Waffenstillstands 1918 und des Versailler Friedensvertrags 1919. "Novemberverschreiber", Juden, Kommunisten, Linke aller Schattierungen waren in ihren Augen die Verantwortlichen für den sog. "Dolchstoß" in den Rücken des siegreichen deutschen Heeres. Dieser Krieg war für viele nicht vorbei, nicht zu Ende. Man suchte, ersehnte, wollte die Revanche. Soldatentugenden wurden weiter gepflegt, Heroentod für das Vaterland stand auf der Werteskala weiterhin ganz oben. Wer dagegen anredete, anschrab, malte (Dix) wurde nieder geschrieen, ausgegrenzt, wenn möglich geächtet oder umgebracht. Der Krieg war weiter in den Köpfen präsent. Die Besten - so hieß es - waren gefallen (Langemark-Mythos),

aber ihr Geist lebte weiter. "Sie starben, damit Deutschland lebt", wie es auf einem monumentalen Hamburger Kriegerdenkmal heißt. Der nächste Krieg wäre - in anderer Form und zu anderer Zeit - wohl auch ohne Hitler und die Nazis gekommen. Er lag in der Luft.

Der Krieg war durch die ganze Menschheitsgeschichte das große "Abenteuer", die "Intensitätssteigerung" gewesen. Erst in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts setzte mit dem Risiko des Atomkriegs, der die Menschheit zu vernichten droht, ein Umdenken ein. In der Zwischenkriegszeit ragte der Krieg noch mächtig in die Lebenswelt der Menschen hinein. Wenn Heidegger die "Intensitätssteigerung" als Weg zur "Eigentlichkeit" des Seins hochhielt, dann musste er bei vielen eben diese Vorstellungswelten berührt haben. Im dritten Kriegsjahr - seine beiden Söhne, Jörg und Hermann, standen seit 1940 an der Front, die Hörsäle füllten sich mit Kriegsversehrten - formulierte Heidegger in einer Vorlesung 1941: "Wer möchte sich wundern, dass in einer solchen Zeit, da die bisherige Welt aus allen Fugen geht, der Gedanke erwacht, jetzt könne nur noch die Lust an der Gefahr, das 'Abenteuer' die Art sein, in der sich der Mensch des Wirklichen versichere?"(17).

Heidegger schöpfte aus dem Zeitgeist und wirkte auf ihn zurück. Als prominenter Teilnehmer am 1. Weltkrieg hatte Ernst Jünger 1929 geschrieben: "Wir werden nirgends stehen, wo nicht die Stichflamme uns Bahn geschlagen, wo nicht der Flammenwerfer die große Säuberung durch das Nichts vollzogen hat" (18). Heidegger war in der vom Ersten Weltkrieg konditionierten deutschen Gesellschaft keineswegs der einzige Kündler des Nichts, in das der Mensch seine Bahnen zeichnet. Das "Vorlaufen zum Tode" war nicht nur Resultat des Denkens eines philosophischen Einzelgängers - eine ganze Generation trat an zum nächsten Gefecht.

Heidegger hat nicht übersehen, dass die "deutsche Revolution" nicht den von ihm gewünschten Lauf nahm. Der real existierende Nationalsozialismus enttäuschte ihn. Gleichwohl: Heidegger hat die NS-Herrschaft mit dem ganzen Pathos und der ganzen Wucht seiner Philosophie "aufgeladen", um nicht zu sagen "legitimiert", in den Augen mancher sogar "geadelt". Seine nachfolgende Kritik war weder deutlich noch laut genug, um dies zu verwischen, sie ging im Malstrom der Geschichte des Dritten Reiches unter. Der Krieg brachte andere Sorgen. Noch einmal blitzt Heideggers Philosophie auf, als er im Krieg die Sinnhaftigkeit der Opfer anspricht. Die eine Antwort ist die bekannte, Heidegger bringt sie in einem Kondolenzbrief an die Mutter eines gefallenen ehemaligen Studenten zum Ausdruck. Danach kommt es für die Eigentlichkeit eines Lebensvollzugs nicht auf die moralische Beschaffenheit der gesamten Situation an; was zählt ist allein die "Haltung", die man einnimmt (19). Die zweite Antwort äußert Heidegger in einer Heraklit-Vorlesung 1943: "Der Planet steht in Flammen. Das Wesen des Menschen ist aus den Fugen. Nur von den Deutschen kann, gesetzt, dass sie 'das

Deutsche´ finden und wahren, die weltgeschichtliche Besinnung kommen“(20).

### **Der aussichtslose Krieg**

Schlicht formuliert: Heidegger war kein Nazi aber für den Krieg. Der Krieg war ab Dezember 1941 verloren: ein Krieg gleichzeitig gegen die USA, die Sowjetunion und Großbritannien samt ihren Verbündeten war objektiv nicht zu gewinnen. Hitler selbst war sich dessen bewusst und hat im Dezember 1941 weit reichende Entscheidungen getroffen, darunter die zum Holocaust (21). Die Aussichtslosigkeit des Krieges war nach Stalingrad im Winter 1942/1943 dann auch für weitere Kreise, insbesondere im höheren Offizierskorps, nicht mehr zu übersehen. Die Wehrmacht wurde in der Folgezeit immer weiter zurück gedrängt, Niederlage folgte auf Niederlage, die feindlichen Heere überschritten 1944/1945 die Reichsgrenzen. Gleichzeitig versanken die deutschen Städte im Bombenhagel der alliierten Luftflotten zu Schutt und Asche. Allein im letzten Kriegsjahr hatte die Wehrmacht so hohe Verluste, wie in den Kriegsjahren zuvor zusammen genommen.

Trotzdem wurde bis zum bitteren Ende verteidigt. Die harten Abwehrkämpfe forderten von der Roten Armee in den letzten zwei Kriegswochen vom Beginn der Offensive Mitte April bis zur Eroberung Berlins Anfang Mai 1945 mit Verlusten von 304.000 Soldaten nochmals einen hohen Blutzoll. Als die Rote Armee zum 1. Mai 1945 auf dem Reichstag die Siegesfahne hisste, wurde noch über einen ganzen Tag von den unteren und oberen Stockwerken zurück geschossen. Ein britischer Historiker, Alan J.P. Taylor, auf den sich Joachim Fest bezieht, nannte es ein "großes Geheimnis", dass viele Deutsche über die zwölfte Stunde hinaus auf den Trümmern des dahingegangenen Reiches weiterkämpften. Mit Sarkasmus hatte Taylor hinzugefügt, dass die Antwort darauf nie zu haben sein werde, da die Deutschen selbst sich nicht erinnerten (22). Heute kehrt die Erinnerung zurück.

Vor dem Abgrund des Nichts - vor der absehbaren Katastrophe im drohenden, voraussehbaren Untergang - galt es Haltung zu bewahren. Wer den deutschen Verteidigungs- und Durchhaltewillen bis zum Endkampf in und um Berlin untersucht, stößt auf Heidegger. Eine ganze Generation erfüllte den selbst gewählten Daseinsentwurf: sich ins Nichts stellen, im Licht der Geschichte verglühen.

## **Quellen, Literatur:**

Mein Interesse als Historiker gilt dem Zweiten Weltkrieg, genauer: der Zeit von Dezember 1941 bis zum Kriegsende im Mai 1945. Wer Erklärungen für diesen aussichtslosen Krieg sucht, wird bei Heidegger fündig. Das versuchte ich herauszuarbeiten. Dem Essay liegen keine eigenen Forschungen zu Heideggers Philosophie oder Biographie zugrunde. Er stützt sich im Wesentlichen auf die neuerliche Lektüre von Heideggers Hauptwerk "Sein und Zeit", Niemeyer Verlag, Tübingen 1960 und Sekundärliteratur: insbesondere Rüdiger Safranski, Ein Meister aus Deutschland. Heidegger und seine Zeit, Fischer, Frankfurt/M, 5. Aufl. 2006; ferner: Hugo Ott, Martin Heidegger. Unterwegs zu seiner Biographie, Frankfurt a. M./New York 1988; Thomas Rentsch, Martin Heidegger. Das Sein und der Tod. Eine kritische Einführung, Piper, München/Zürich, 1989; Carl Fr. Gethmann, Dasein: Erkennen und Handeln. Heidegger im phänomenologischen Kontext, Gruyter, Berlin 1993; Rolf Peter Sieferle, Die konservative Revolution. Fünf biographische Skizzen, Fischer, Frankfurt/M 1995. Wo ich Quellen und Zitate nicht überprüfen konnte, wird die Fundstelle in der Sekundärliteratur angegeben.

## **Anmerkungen**

(1) Vgl. u. a. Rüdiger Safranski, Ein Meister aus Deutschland. Heidegger und seine Zeit, Fischer, Frankfurt/M, 5. Aufl., 2006 (=Safranski), 274 f.; Thomas Rentsch, Martin Heidegger, Das Sein und der Tod. Eine kritische Einführung, Piper, München/Zürich, 1989, 165

(2) Safranski, 301

(3) ebd., 302

(4) E. Jünger, Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt, Hamburg 1932

(5) Safranski, 216

(6) Heidegger, Sein und Zeit, Niemeyer Verlag, Tübingen 1960 (=SuZ), 385

(7) ebd., 173

(8) Safranski, 294

- (9) Logik. Vorlesung Sommersemester 1934, Nachschrift einer Unbekannten. Hg. Victor Farías, Madrid 1991, 26 f.
- (10) Safranski, 294
- (11) ebd., 295
- (12) SuZ, 384
- (13) Heidegger, Gesamtausgabe. Ausgabe letzter Hand, Betreuung Hermann Heidegger, Klostermann-Verlag, Frankfurt/M (=GA), 34, 85
- (14) GA, 29/30, 255
- (15) Petzet, Heinrich Wiegand, Auf einen Stern zugehen. Begegnungen mit Martin Heidegger, Frankfurt/M 1983
- (16) Hannah Arendt, Martin Heidegger ist achtzig Jahre alt, Merkur 1969, 893
- (17) GA 51, 36
- (18) Ernst Jünger, "Nationalismus" oder Nationalismus, in: Das Tagebuch 10, 1929, 1556
- (19) Safranski, 366 f.
- (20) GA, 55, 123
- (21) Guntram von Schenck, Kriegswende Dezember 1941 und Holocaust, Dok. 6
- (22) Joachim Fest, Der Untergang. Hitler und das Ende des Dritten Reiches, Alexander-Fest-Verlag, Berlin 2002, 78

Guntram von Schenck, Juni 2009

## **Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?**

Es mag auf den ersten Blick befremdlich scheinen, die Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert zu thematisieren. War doch das 20. Jahrhundert für die deutsche Politik und Geschichte von schweren Verwerfungen und Brüchen gekennzeichnet. Kontinuitäten wurden sogar bewusst gebrochen. Am deutlichsten 1945 und danach.

Auffällig ist aber schon die Parallele zwischen der Balkankrise am Anfang des 20. Jahrhunderts, die **1914** mit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers in **Sarajewo** den Ersten Weltkrieg auslöste, und der Krise Jugoslawiens am Ende des Jahrhunderts, die zum Zerfall des Balkanstaates führte. 1914 standen auf Seiten Serbiens Großbritannien, Russland und Frankreich gegen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn. Als Jugoslawien **1992-1995** in den Zerfallskriegen auseinander brach und **Sarajewo** von den Serben belagert wurde, standen wiederum Großbritannien, Russland und Frankreich auf Seiten der Serben, Deutschland und Österreich auf Seiten der Kroaten, Slowenen und Bosnier. Wenige Jahre nach der Wiedervereinigung die gleiche europäische Mächtekonstellation wie 1914! 1992-1995 waren die großen europäischen Mächte ebenso wie 1914 unfähig, den Konflikt zu lösen.

Erst das Eingreifen der USA brachte 1994 die notwendigen Entscheidungen. Lange hatten sich die USA abseits gehalten, da sie davon ausgegangen waren, dass die europäischen Mächte diesen Konflikt "vor ihrer Haustür" in den Griff bekommen würden. Aber sie konnten es nicht. Ohne die USA als außereuropäische Macht hätte der jugoslawische Zerfallskrieg mit Sicherheit weiter geschwelt und länger gedauert. Anders als im Ersten Weltkrieg nahmen die USA 1993/1994 gegen die Serben für die deutsche Position Partei.

Die augenscheinliche Kontinuität der Interessenlage der europäischen Mächte vor 1914 und nach 1990 gibt schon einen ersten Hinweis auf fortdauernde Interessendifferenzen zwischen Deutschland und den anderen europäischen Mächten. Die Kontinuitätsfrage ist also keineswegs so obsolet, wie sie zunächst scheinen mag, sie verdient eine genaue Analyse.

## **Die Interessen der europäischen Großmächte: Großbritannien, Frankreich, Russland**

Die Gründung des Deutschen Reiches durch Bismarck 1870/1871 fand in einem europäischen Kontext statt, in dem die bestimmenden großen Mächte, Großbritannien, Frankreich und Russland eine seit Jahrhunderten eingespielte und erprobte Interessenpolitik verfolgt und abgesteckt hatten. Der Neuankömmling, das Deutsche Reich, musste seine Rolle erst finden und seine Interessen so definieren, dass sie im Abgleich mit den Interessen der Nachbarn stabile und tragfähige Verhältnisse in Europa ermöglichten. Das war nicht geglückt, wie man weiß.

Die Interessen **Großbritanniens** können knapp mit der Aufrechterhaltung eines europäischen "Gleichgewichts der Mächte", der "Balance of Power" beschrieben werden. Sie garantierte England die Seeherrschaft und gab ihm die Rolle eines Schiedsrichters und Züngleins an der Waage in den Machtkämpfen auf dem europäischen Kontinent. Stets fand sich London auf der Seite derer, die den Machtzuwachs eines kontinentalen Rivalen und die Erringung einer hegemonialen Vorherrschaft bekämpften. Das tendenziell hegemoniale Frankreich unter Ludwig XIV wurde ebenso niedrigerungen wie das Kaiserreich Napoleons I ein gutes Jahrhundert später. Die Methode war immer dieselbe: England suchte und fand so genannte Festlandsdegen, die die Hauptkämpfe durchzufechten hatten und mit Subsidien und Truppenkontingenten gestützt wurden. England sorgte dafür, dass die tendenzielle Hegemonialmacht sich so weit verzettelte, dass sie geographisch an den Rändern angegriffen und von dort aufgerollt werden konnte.

Wichtig war für London die Herrschaft auf den Weltmeeren als Voraussetzung für den Auf- und Ausbau des Empire, des gigantischen Kolonialreiches, das auszubeuten war und dem Heimatland enorme Reichtümer zuführte. Zum britischen Konzept gehörte auch, an der England gegenüber liegenden Kanalküste keine Präsenz einer starken europäischen Kontinentalmacht zu dulden, die die englische Seeherrschaft beeinträchtigen könnte. Insgesamt handelt es sich um klare Interessenpositionen, die in Jahrhunderten gegen andere Mächte in erbitterten und langwierigen Kriegen durchgesetzt und siegreich behauptet worden waren. Entsprechend diesen nationalen Interessen wechselten die Briten die Bündnispartner. Auf dem Kontinent entstand dadurch der unzutreffende Eindruck vom "perfiden Albion".

**Frankreichs** Interessen waren die der stärksten europäischen Kontinentalmacht. Zunächst musste Frankreich das Haus Habsburg zurückdrängen, das in Europa bis ins 17. Jahrhundert u. a. die Landmassen der österreichischen Erblande einschließlich Böhmen und Mährens, Spanien, das heutige Belgien und jenseits des Atlantik Mittel- und Südamerika beherrschte. Nach den Wirren der Religionskriege war es

Richelieu Anfang des 17. Jahrhunderts gelungen, Frankreich zu zentralisieren und sein inneres Machtgefüge so zu festigen, dass es nach dem Dreißigjährigen Krieg im Westfälischen Frieden 1648 zur stärksten Kontinentalmacht aufstieg. Voraussetzung war eine entscheidende Schwächung der Habsburger, die eine Zerstückelung Deutschlands in "souveräne" Einzelstaaten einschloss. Der Habsburger Kaiser konnte in Deutschland nicht die Oberhoheit und dieselbe Zentralisierung durchsetzen, wie sie in Frankreich Richelieu gelungen war. Im Dreißigjährigen Krieg waren die Anläufe der Habsburger Kaiser endgültig gescheitert.

Frankreichs Interesse bestand in der Folgezeit darin, die Kleinstaaterei in Deutschland aufrecht zu erhalten. Die bayrisch-habsburgischen und habsburgisch-preußischen Rivalitäten in Deutschland galt es zu schüren, das Souveränitätsstreben der deutschen Kleinstaaten zu stärken und die Bundesverfassung, sei es in Form des Heiligen Römischen Reich bis Ende des 18. Jahrhunderts und des Deutschen Bundes nach 1815 zu schwächen. Auf den Weltmeeren rivalisierte Frankreich glück- und erfolglos mit England. England gelang es in den entscheidenden Phasen stets, eine antifranzösische Koalition auf dem Festland zu schmieden, so dass Frankreich seine Kräfte aufspalten und verzetteln musste. Aufgrund demographischer, kultureller und politischer Faktoren war eine französische kontinentale Hegemonie angelegt und möglich, allerdings blieb sie stets angefochten und konnte nie dauerhaft entfaltet werden. Frankreichs Stellung als stärkste Kontinentalmacht war infolgedessen nur tendenziell hegemonial. Es bedurfte immer besonderer Anstrengungen, um in diesem Spannungsfeld die französischen Interessen zu wahren und gegebenenfalls durchzusetzen.

**Russland** war erst verhältnismäßig spät in das europäische Mächtekonkordat eingetreten. Der Durchbruch als östliche Flügelmacht erfolgte mit Zar Peter und Zarin Katharina im 17./18. Jahrhundert, endgültig in den napoleonischen Kriegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Russland war an einer ungehinderten Ausdehnung seiner Macht auf dem eurasischen Kontinent nach Osten interessiert, der nicht durch europäische Mächte wie Schweden im 17. Jahrhundert oder Frankreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts behindert werden sollte. Eine potentiell bedrohliche Machtzusammenballung in Mitteleuropa stand im Gegensatz zu russischen Interessen. Vielmehr war Russland an einer Mittelmacht in Mitteleuropa mit Anlehnungsbedürfnis an Russland interessiert, die gegebenenfalls russische Interessen wahrnehmen konnte und würde. Diese Macht fand sie in Preußen, das nach der verheerenden Niederlage gegen Napoleon nur aufgrund russischer Unterstützung nicht untergegangen war. Russland suchte außerdem den offenen Zugang zum Meer in der Ostsee, aber auch über den Bosphorus. Den Anschluss an die technologische Entwicklung in Europa hatte Russland früh als vital erkannt, blieb jedoch schwankend im Hinblick auf kulturelle Einflüsse.

Das war skizzenhaft dargestellt die Interessenlage der großen europäischen Mächte, die sich im Verlauf der letzten Jahrhunderte nach vielen Kriegen und zahlreichen Friedensschlüssen herausgebildet hatte, als das Deutsche Reich 1870/1871 von Bismarck gegründet wurde. Die Lage war seit dem Wiener Kongress 1815 bis zur Reichsgründung relativ stabil: Großbritannien beherrschte die Meere und expandierte sein Kolonialreich weltweit, Frankreich war stärkste Kontinentalmacht, Russland eroberte weite Teile Asiens. Nur an der Grenzlinie zwischen britischem und russischen Einfluss kam es weitab von Europa in Asien zu Streitigkeiten, die im Krim-Krieg gipfelten. Als das Osmanische Reich schwächer wurde und immer weiter zerfiel, kündigten russische Ambitionen auf dem Balkan und Bosphorus neue Konflikte an. In Deutschland rivalisierten Österreich und Preußen um die Vorherrschaft, Preußen lehnte sich an Russland an, Österreich-Ungarn fand in Großbritannien Unterstützung. Die deutschen Klein- und Mittelstaaten von Bayern bis Hannover verharrten ohne Ambitionen in beschaulicher Ruhe, ihre Existenz war für die Großmächte so etwas wie der Garant für den Status quo. Alles hätte so bleiben können, wie es war, wäre da nicht der Ehrgeiz der Deutschen gewesen, nun selber auch einen Nationalstaat zu gründen und damit an der allgemeinen europäischen Entwicklung teil zu haben. Die Deutschen waren nicht die einzigen, die an der bestehenden internationalen Ordnung rüttelten. Das gleiche galt für Italien, die Völker Mittel- und Osteuropas und des Balkan. Auch sie strebten nationale Einheit und Unabhängigkeit an.

Die **Gründung des Deutschen Reiches 1870/1871** veränderte die internationale Lage in Europa entscheidend. Frankreich hatte im Verlauf der deutschen Einigungskriege, die auch Italien einbezogen, nicht nur den deutsch-französischen Krieg sondern auch den Status als stärkste Kontinentalmacht verloren. Russland musste erkennen, dass das Deutsche Reich kein größeres Preußen war, das im außenpolitischen Orbit von Russland verharrte, sondern zunehmend eine Politik aus eigenen Interessen verfolgte. Das galt besonders für den Balkan, wo Deutschland den Verbündeten Österreich-Ungarn stützte und sich mit dem Osmanischen Reich liierte, was im Zarenreich mit wachsendem Groll als Behinderung russischer Interessen wahrgenommen wurde. Großbritannien schließlich hatte schon die deutsche Einigung mit Misstrauen betrachtet. Deutschland war stärkste Kontinentalmacht geworden - für London prinzipiell ein Grund erhöhter Wachsamkeit und Misstrauens. Die demographische und wirtschaftliche Dynamik Deutschlands nach 1870/1871 konnte das Misstrauen nur verstärken, zumal Deutschland auch wirtschaftlich immer mehr als Konkurrent empfunden wurde. Deutschland erreichte eine tendenziell hegemoniale Position, die Flottenrüstung tat ein Übriges.

Es hätte großer und weitsichtiger Staatsmänner bedurft, um Europa in dieser neuen, ungewohnten Lage ohne größere Konflikte und Kriege durch

die Krise zu steuern. Nach dem Abgang von Bismarck gab es diese Staatsmänner nicht, nicht in Deutschland, nicht in Paris, nicht in London und auch nicht in St. Petersburg. Großbritannien, Frankreich und Russland hielten an ihren außenpolitischen Interessen fest, dank denen sie ihre Machstellung erobert und über die Jahrhunderte befestigt hatten. Warum sollten sie ändern, was sich so lange für sie bewährt hatte? Die Meinung herrschte vor, auch die neuen Interessenkonflikte wie bisher unter Einsatz militärischer Mittel ausfechten zu können. Niemand hatte in den Hauptstädten einen auch nur annähernd realistischen Begriff davon, in welche Katastrophe ein allgemeiner bewaffneter Konflikt Europa stürzen könnte. Nur so ist die europäische Hochrüstung mit ihren Plänen zur Mobilmachung vor 1914 zu verstehen. Es war ein verhängnisvoller Irrtum, wie man heute weiß. Das Deutsche Reich fühlte sich durch die anderen europäischen Mächte, die eine tendenzielle Hegemonie nicht hinnehmen wollten, "eingekreist". Zu Recht oder zu Unrecht, ist nicht so bedeutsam. Was zählt ist Wahrnehmung - und die war nicht nur falsch. Alle europäischen Großmächte fühlten sich vor 1914 in ihren Interessen herausgefordert und bedroht.

**Der Krieg brach 1914 aus.** Über die politische Verantwortung kann man streiten. Aber das löst das Problem nicht. Es waren die außenpolitischen Interessenkonflikte, die mit diplomatisch-politischen Mitteln von den zeitgenössischen Staatsmännern nicht mehr beherrscht wurden. Jeder fühlte sich im Recht. Natürlich auch das Deutsche Reich. Der Erste Weltkrieg wurde zur Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. Der Krieg dauerte mehr als vier Jahre, Millionen starben auf den Schlachtfeldern. Deutschland verlor schließlich den Krieg. Schlimmer war, dass die deutsche Gesellschaft nach dem Krieg nicht mehr dieselbe war wie zuvor, sie war in ihren Grundfesten erschüttert und zutiefst verunsichert. Der Versailler Vertrag brachte zudem keinen Frieden, er löste die grundlegenden Probleme nicht. Deutschland begehrte dagegen auf und glaubte, mit militärischen Mitteln das Blatt doch noch einmal wenden zu können. Im Zweiten Weltkrieg zerbrachen diese Ambitionen. Deutschland wurde besiegt, es war die totale Niederlage. Das Land wurde besetzt, in Besatzungszonen aufgeteilt, um ein Viertel bis ein Drittel seines Territoriums amputiert. **Deutschland** war **nach 1945** nur noch ein vager, unbestimmter **geographischer Begriff**, kein politischer Begriff mehr. Nur unter Bevormundung ausländischer Mächte konnten sich die Deutschen nach der totalen Niederlage 1945 ab 1948/1949 in Teilstaaten organisieren.

Betrachtet man die "**Ergebnisse**" der zwei Weltkriege für Deutschland, fällt es nicht schwer zu erkennen, dass sie in etwa der Lage vor der Reichsgründung 1870/1871 entsprachen. Es gab wieder zwei Staaten in Deutschland, die Bundesrepublik und die DDR, die miteinander rivalisierten, wie einst Preußen und Österreich. Im Westen war mit der Bundesrepublik eine Art Rheinbund-Staat wie unter Napoleon I

entstanden, in dem die Alliierten, vor allem Frankreich darüber wachten, dass er nicht zentralistisch regiert, sondern so weit wie irgend möglich föderal aufgebaut war. Russland hatte seinen Einflussbereich wieder nach Mitteleuropa ausgedehnt und mit der DDR eine Art "neues" Preußen geschaffen, das die Anlehnung an Moskau nicht nur suchte sondern existentiell benötigte, wie einst das Preußen der napoleonischen Zeit. Großbritannien hatte den Rivalen, der in eine tendenziell hegemoniale Stellung in Europa hinein zu wachsen drohte, ausgeschaltet. Insofern kann man die zwei Weltkriege als Kriege zur Wiederherstellung des Status quo ante begreifen, die die deutsche Reichsgründung revidierten. Die Interessen der europäischen Großmächte Großbritannien, Frankreich und Russland hatten sich - freilich unter immensen Opfern - wieder durchgesetzt. Alle hätten zufrieden sein können, außer den Deutschen selbst, die ihren Nationalstaat verloren hatten, dem sie aber im Lauf der Jahre immer weniger nach zu trauern schienen.

### **Die deutschen Interessen in der europäischen Machtbalance**

Wie hätte bei der Ausgangslage 1870/1871 deutsche Außenpolitik angelegt werden können, damit der neue Staat sicher durch die Fährnisse der in Jahrhunderten gewachsenen Interessen der mächtigen Nachbarn hätte gesteuert werden können? Bismarck, dem die Probleme durchaus bewusst waren, hat sie auf seine Weise durch ein kompliziertes Bündnissystem zu lösen versucht. Seine Nachfolger waren weniger problembewusst und vertrauten mit zeitlichem Abstand zur Reichsgründung offenbar auf die **Kraft des Faktischen**. Das Deutsche Reich war eine **Tatsache**: es existierte, es würde sich schon behaupten, notfalls mit militärischen Mitteln. Den zeitlichen Rückstand zu den anderen Mächten bei der Aufteilung der Welt suchte man aufzuholen. Den eigenen "Platz an der Sonne" wurde man schon erringen, wenn man die eigenen Ansprüche nur nachdrücklich genug vertreten würde. Der Aufbau der Kriegsmarine diente diesem Zweck. Hinzu kam eine optimistische Grundstimmung, eine innere Selbstgewissheit, die mit der dynamischen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung einherging. Wohl bemerkte die deutsche Regierung, dass Deutschland zunehmend diplomatisch isoliert war. Man fühlte sich "eingekreist", fand jedoch keinen Weg aus der Isolierung.

Angesichts der Interessenlage der mächtigen Nachbarn war das auch schwer erreichbar. Frankreich hatte sich mit dem Verlust des Status als stärkste Kontinentalmacht und Elsass-Lothringens nicht abgefunden und setzte u. a. mit der Finanzierung grenznaher, strategischer Eisenbahnen im Westen des Russischen Reiches fest auf diesen Bündnispartner. Russland konnte seine Interessen im Balkan nicht durchsetzen, da sie mit Interessen von Österreich-Ungarn kollidierten. Die Habsburger Monarchie in Wien zog das Deutsche Reich immer tiefer in den Balkanprobleme hinein, die mit der Erosion des Osmanischen Reiches einhergingen. Berlin

konnte und wollte diesen letzten europäischen Bundesgenossen nicht verlieren und unterstützte ihn "nolens volens". Der wachsende russische Groll traf dann allerdings Berlin direkt. Großbritannien betrachtete das Deutsche Reich, das im Begriff stand, das Kräftegleichgewicht in Europa zu gefährden und schon aufgrund ökonomischer und demographischer Gegebenheiten in eine tendenziell hegemoniale Stellung hinein wuchs, mit **wachsendem Misstrauen**. Allein durch seine schiere Existenz und seine dynamische demographische und wirtschaftliche Entwicklung wurde das Deutsche Reich für die anderen europäischen Großmächte zu einem provozierenden Störfaktor. Auch wenn die deutsche Politik völlig immobil und passiv gewesen wäre, hätte es seltener und überragender diplomatischer Fähigkeiten bedurft, um das wachsende Unbehagen der Nachbarn zu verhindern oder auszugleichen.

Die deutsche Politik verharrte allerdings nicht in Passivität. Die Aufrüstung der Kriegsmarine wurde forciert und in London natürlich als Herausforderung wahrgenommen. Auch suchte das Deutsche Reich just in den Weltregionen Einfluss zu gewinnen, die noch als leere Flecken erschienen, aber nur deshalb, weil sie zwischen Großbritannien und Russland strittig geblieben und deshalb nicht aufgeteilt worden waren. Das betraf mit dem Osmanischen Reich den Bosphorus, Vorderasien und das Zweistromland (heutiger Irak), sinnfällig geworden durch den Bau der Bagdad-Bahn, aber ebenso Afghanistan. Russland und vor allem Großbritannien empfanden das als offene Provokation. Die deutsche Politik verhedderte sich in ihrer Aufholjagd um Macht und Einfluss in der Welt im Gestrüpp der Interessen der anderen europäischen Großmächte. Ein Ausgleich mit Großbritannien über die Flottenrüstung, der in Reichweite schien, wurde in den Wind geschlagen. Auch ungeschickte Äußerungen des deutschen Kaisers Wilhelm II waren wenig hilfreich, wobei letzteres nicht überbewertet werden sollte. Verbale Kraftsprüche gehörten in jener Zeit des europäischen Imperialismus ganz generell zum Repertoire der Politiker und Staatsmänner.

Mit anderen Worten: das **Deutsche Reich besaß** kein durchdachtes und erprobtes **diplomatisches Gerüst**, keine außenpolitischen Leitlinien, mit deren Hilfe es wie Großbritannien, Frankreich oder Russland einen Weg durch die Fährnisse der kollidierenden Interessen in Europa hätte finden können. Preußen, aus dem die Diplomatie des Deutschen Reiches hervorging, war bis 1870 in Europa zwar nominell Großmacht, war jedoch im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich, Russland und wohl auch Österreich-Ungarn von geringerem Gewicht. Viel Erfahrung im Umgang mit den Interessen anderer Großmächte gab es in Berlin nicht. Preußen hatte sich seit Napoleon I diplomatisch ganz im Fahrwasser Russlands bewegt. Es hatte nicht gelernt, mit der Macht behutsam umzugehen, weil es das nicht brauchte. Preußen-Deutschland hätte diese Erfahrung dann allerdings dringend benötigt, denn der Machtzuwachs Berlins war nach 1870/1871 enorm. Berlins Diplomatie entwickelte bis zum Ausbruch des

Ersten Weltkriegs kein Konzept, wie es die eigenen und die Interessen der anderen Großmächte dauerhaft zu einem Ausgleich bringen konnte. Berlin lernte nicht, die Interessen der anderen Beteiligten bei der Entwicklung der eigenen Politik mitzudenken und zu berücksichtigen.

Letztlich verließ man sich auf die Kraft der Waffen, um den Knoten zu durchschlagen und deutsche Interessen durchzusetzen. **Mythisch** überhöhtes **Vorbild** wurde das **Preußen Friedrichs II**, der sich dank seiner Armee im Siebenjährigen Krieg 1756-1763 gegen eine Welt von Feinden, gegen Frankreich, Russland und Österreich, drei europäische Großmächte gleichzeitig, behauptet hatte. Preußen hatte sich unter Friedrich II als "neue" Großmacht etabliert, reichte in der Substanz aber nicht dauerhaft an die traditionellen Großmächte heran. Denn auf militärische Stärke allein war kein Verlass, wie sich wenige Jahrzehnte später in den napoleonischen Kriegen zeigte. Preußens neue Stellung war trotz der Siege Friedrichs II prekär geblieben. Nur knapp und mithilfe russischer Unterstützung hatte Preußen 1806 die Niederlage überlebt. Dass der militärisch begründete Aufstieg Preußens - vom Großen Kurfürsten, über Friedrich II bis zu Bismarck - einmal abbrechen und ein Ende haben könnte, war nicht Bestandteil des preußisch-deutschen Mythos. Der Mythos versperrte den Zugang zur Realität.

## **Erster Weltkrieg**

Die Schuldfrage am Ersten Weltkrieg ist Gegenstand einer ausufernden politisch-wissenschaftlichen Literatur und soll hier nicht erörtert werden. Hier interessiert die deutsche Reaktion auf den Ausbruch des Krieges. Es fehlte die konzeptionelle Klarheit. Sie zeigte sich ganz überwiegend in einer - man kann es nicht anders sagen - "unbekümmerten", weil realitätsfremden Kriegszieldiskussion. Ohne im Einzelnen darauf einzugehen, kann man doch zusammenfassen, dass den meisten Diskussionsbeiträgen die Durchsetzung einer **deutschen Hegemonie** in Europa vorschwebte. In der Euphorie des Kriegsbeginns forderten die Kriegszielplaner u. a. im Westen die Annexion Belgiens, eines Teils der französischen Nordseeküste, des Erzbeckens von Lothringen und im Osten die Annexion Kurlands, Teilen Polens etc. Der Phantasie schienen keine Grenzen gesetzt. Von einer klugen, abwägenden, langfristig denkenden und planenden Außenpolitik kann in diesem Zusammenhang keine Rede sein.

Das galt umso mehr als die deutschen Waffen noch keineswegs gesiegt hatten, der "Sieg" vielmehr auf sich warten ließ. Es kennzeichnet den Mangel an diplomatischer Erfahrung, dass solche Gedankenspiele, die zum Teil in aller Öffentlichkeit ausgetragen wurden, überhaupt ins Kraut schießen konnten. Die Diskussion zeugt von der vorherrschenden Unsicherheit hinsichtlich der vitalen Interessen Deutschlands. Die deutsche Politik war auf den Kriegsausbruch gedanklich überhaupt nicht

vorbereitet. Man wusste nicht, was man wollte: Wenn es ein Verteidigungskrieg war, durfte es keine praktisch unkontrollierte Kriegszieldiskussion geben; war es ein Krieg zur Etablierung einer deutschen Hegemonie, dann hätte es vor dem Krieg unbedingt Klarheit über die Kriegsziele geben müssen. Ein Krieg wurde geführt, ja wofür? Es war eine unglaubliche **Gedankenlosigkeit**, mit der das Deutsche Reich in den Krieg eintrat. Sie spricht allerdings auch gegen eine deutsche Kriegsschuld, es sei denn im Rahmen von Fahrlässigkeit.

Die Auseinandersetzung um einen Ausgleich zwischen berechtigten, existentiellen deutschen und den Interessen der anderen europäischen Großmächte war in Deutschland ausgeblieben. Für die deutschen Kriegsgegner Großbritannien, Frankreich und Russland war die Lage bei Kriegsausbruch hingegen klar. Ihr überkommenes und in Jahrhunderten erprobtes außenpolitisches Ordnungssystem gab die Leitlinien vor, es bedurfte keiner langen Diskussion. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen. Punkt eins: Das Deutsche Reich durfte keinesfalls eine faktische Hegemonie in Kontinentaleuropa erringen; Punkt zwei: es musste so weit geschwächt werden, dass auch eine tendenzielle kontinentaleuropäische Hegemonie Deutschlands auf Dauer ausgeschlossen blieb; Punkt drei: vielleicht ergab sich sogar die Möglichkeit, das Deutsche Reich, das noch nicht einmal ein halbes Jahrhundert existierte, als Störfaktor ganz auszuschalten und wieder zu zerschlagen. Eine Kriegszieldiskussion war folgerichtig nicht nötig und fand auch nur marginal statt. In Deutschland wurde nicht gesehen, wie kritisch die Lage 1914 für das Deutsche Reich war. Vor allem die Rolle Londons wurde im anstehenden Konflikt völlig falsch eingeschätzt. Dass England der Hauptgegner war und für deutsche Waffen unangreifbar auf den britischen Inseln selbst nach der Niederlage kontinentaleuropäischer Verbündeter weiterkämpfen würde, wurde in seinen Konsequenzen nicht gesehen.

Einer fiel in Deutschland 1914 aus dem Rahmen: **Walther Rathenau** (1867-1922), der Aufsichtsratsvorsitzende der AEG, eines der größten und wichtigsten deutschen Industrieunternehmen. Als Außenminister der Weimarer Republik sollte er einige Jahre später am 24. Juni 1922 einem rechtsradikalen Attentat zum Opfer fallen. Während die überwältigende Mehrheit der deutschen Zeitgenossen, auch in den führenden politischen Kreisen, den Krieg als erlösendes Ereignis begrüßten, sah Rathenau in dem Krieg nüchtern ein Verhängnis. Er hielt den Krieg von Anfang an für eine aus falscher Einschätzung der Gesamtlage mit unzureichenden Gründen und letztlich unbedeutendem Anlass herbeigeführte Katastrophe. Gegenüber dem linksliberalen Reichstagsabgeordneten Conrad Haußmann sagte er im Herbst 1914: "Wissen Sie, Herr Haußmann, warum wir diesen Krieg führen? Ich weiß es nicht, sagen Sie es mir. Was soll dabei herauskommen?" (Conrad Haußmann, Schlaglichter, 13 - zit. nach Lothar Gall, Walther Rathenau. Porträt einer Epoche, Beck, München 2009, 184).

Da das Unglück nun mal eingetreten war, verweigerte Rathenau sich nicht und stellte seine organisatorischen Fähigkeiten und exzellenten Beziehungen in der Wirtschaft dem Kriegsministerium als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung zur Verfügung. Diese kriegswichtige, wenn nicht kriegsentscheidende Abteilung war auf seinen Vorschlag hin eingerichtet worden. Rathenau wurde damit de facto zum Organisator der deutschen Kriegswirtschaft. Gleichzeitig suchte er dem Krieg aus den deutschen Interessen heraus einen Sinn zu geben, den er in der deutschen Selbstbehauptung und einer kompletten Umgestaltung der Verhältnisse in Europa sah.

Die von Rathenau vorgeschlagene Umgestaltung war für seine Zeit geradezu revolutionär. Wo andere nach Kriegsbeginn eine faktische deutsche Hegemonie mit der Kraft der Waffen herstellen wollten und für weit reichende Annexionen eintraten, schlug Rathenau in seinen Beiträgen zur Kriegszieldiskussion eine Zollunion mit Österreich-Ungarn sowie einen baldigen Friedensschluss und eine **Zollunion mit Frankreich und Belgien** vor. Also keine Annexionen sondern Ausgleich der Interessen auf wirtschaftlicher Grundlage. Er machte diesen Vorschlag auf dem Höhepunkt der deutschen Siegeszuversicht - die Marneschlacht war noch nicht geschlagen und verloren. Frankreich sollte ein Frieden gewährt werden, der ein späteres Bündnis nicht nur nicht ausschloss sondern ihm den Boden bereitete. Vorbild war der Friede, den Bismarck 1866 mit Österreich geschlossen hatte. Für Rathenau kam es darauf an, Kontinentaleuropa neu zu ordnen. Die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft mit Frankreich und Belgien würde Grenzstreitigkeiten relativieren und einen dauerhaften Frieden gewährleisten. Die Verfolgung gemeinschaftlicher wirtschaftlicher Interessen und Ziele wäre die Voraussetzung für eine Neugestaltung Europas.

Die politische Klarsicht Rathenaus war bemerkenswert. **Bei Kriegsausbruch** gab es **keine vitalen deutschen Interessen**, die so bedroht waren, dass sie einen Kriegseintritt gerechtfertigt hätten. Im Balkan hatte Deutschland diese Interessen nicht. Außer durch einen generellen Krieg war das Deutsche Reich auch 40 Jahre nach der Gründung in seiner Existenz nicht bedroht. Die dynamische demographische und wirtschaftliche Entwicklung bestätigte und bekräftigte seinen Bestand. Das Streben nach faktischer Hegemonie war mehr als riskant und würde in einen allgemeinen Krieg mit unabsehbaren Folgen münden - wie es dann auch geschah. Rathenau ging davon aus, dass England auch nach der Niederlage Frankreichs weiter kämpfen werde (vgl. Gall, 185, Anm. 21). Eine Einschätzung die richtiger nicht sein konnte, wie wir heute im Rückblick auch auf das Jahr 1940 und den Zweiten Weltkrieg wissen. Rathenau hat ebenfalls realistisch eingeschätzt, wie ein Ausgleich mit Frankreich unter Einschluss Belgiens auf wirtschaftlicher Basis zustande kommen könnte. Er hat gedanklich die

kleine EWG von 1957, die Vorläuferin der Europäischen Union, vorweg genommen. Er hat das Interessengeflecht durchdacht, das dem neu gegründeten deutschen Nationalstaat eine sichere Existenz und Entfaltungsmöglichkeiten geben konnte. Seine Vorschläge wurden von der deutschen politischen Führung, insbesondere Reichskanzler Bethmann-Hollweg angehört, aber verworfen.

Russland hatte in Rathenaus frühen Denkschriften von 1914 noch keine Rolle gespielt. Die AEG hatte mit der Gründung einer Tochterfirma in Russland schon vor Kriegsbeginn bedeutende wirtschaftliche Interessen verfolgt. 1915 trat Russland in den Vordergrund von Rathenaus Interesse. Er wollte London und vor allem Paris als Finanzier und Kreditgeber Russlands ablösen und Russland ökonomisch fest in das deutsche Interessengebiet einbeziehen. Rathenau: "Russland ist unser künftiges Absatzgebiet..." (Boris Grekow, "Russland ist unser künftiges Absatzgebiet". Walther Rathenau und Russland zwischen 1914 und 1922, in: Walter Rathenau 1867-1922, Hg. Hans Wilderotter, Berlin 1994, 204). Voraussetzung war eine Herauslösung des Zarenreiches aus der Kriegsallianz gegen Deutschland und eine Sprengung der Entente. Dieser Frage war nach Rathenau alles übrige unterzuordnen, was auch den Verzicht auf Annexionen beinhaltete.

In **Brest-Litowsk** schlossen am 3. März 1918 das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn mit der jungen Sowjetmacht einen **Separatfrieden**. Brest-Litowsk sah u. a. die Herauslösung Finnlands, Polens, der Ukraine und Teile des Baltikums aus dem russischen Staatsverband vor. Finnland und die Ukraine wurden unabhängig. Auch Georgien erlebte im Zusammenhang mit einem Zusatzabkommen eine kurze Phase der Unabhängigkeit. In Brest-Litowsk hatten sich die deutsche Oberste Heeresleitung und die extremen Vertreter deutscher Kriegsziele durchgesetzt. Unter Protest unterzeichneten die Bolschewiki den Vertrag, weil sie andernfalls um den Bestand der jungen Sowjetrepublik fürchteten. Eine Revision des Vertrages hielt Rathenau "aus politischen Gründen" für "absolut notwendig" (ebd. 206). Rathenaus Forderung nach einer Revision war mit keinerlei Sympathie für die russische Oktoberrevolution verknüpft, wiederholt hatte er vor der Gefahr eine 'Bolschewisierung' Deutschlands gewarnt. Die deutsche Niederlage im Herbst 1918 ließ den Vertrag von Brest-Litowsk Makulatur werden. Im Februar 1920 kam Rathenau erneut auf seinen Plan einer engen politischen und wirtschaftlichen Verbindung zwischen Deutschland und Russland zurück und forderte mit einer Reihe von Vertretern der deutschen Industrie die "Herstellung enger wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland" (ebd. 207). Mit dem Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922, den Rathenau als Außenminister unterzeichnete, verfolgte er diese Linie weiter.

Während des Ersten Weltkriegs drang Rathenau mit seinen Vorstellungen nicht durch. Die weitere Entwicklung ist bekannt. Stichworte können

genügen. Deutschland verlor den Ersten Weltkrieg. Im **Versailler Vertrag von 1919** wurde Deutschland so geschwächt, dass - so die Absicht der Entente-Mächte - eine tendenzielle deutsche Hegemonie in Kontinentaleuropa auf überschaubare Zeit ausgeschlossen war. Eine Zerschlagung des Deutschen Reiches war 1918/1919 unmöglich, weil der russische Kriegsalliierte durch die Revolution ausgefallen war. Die deutsche Politik begann schon in den zwanziger Jahren an der Revision von Versailles zu arbeiten. Im Dritten Reich mündete diese Politik in den Zweiten Weltkrieg. Deutschland wurde 1945 besiegt, besetzt, amputiert, und in zwei Staaten (und wenn man so will, mit Österreich in drei Staaten) zerschlagen. Ausländische Truppen blieben bis in die neunziger Jahre in Deutschland stationiert, im Westen Deutschlands bis heute. Deutschland war nach 1945 wieder, wie nach dem Westfälischen Frieden 1648 bis 1870/1871, potentiell Schlachtfeld. In einem Ost-West-Konflikt, wenn er denn ausbrach, war **Deutschland** als **"Kriegstheater"** (NATO-Jargon) vorgesehen. Atomraketen der Sowjetunion, der USA, aber auch Frankreichs waren auf deutsches Territorium gerichtet. Ein militärischer Konflikt sollte, soweit möglich, auf Deutschland (und kleinere Nachbarländer) eingegrenzt werden. Der Streit um die Nachrüstung (SS 20, Pershing II) Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts drehte sich nicht zuletzt um diese Frage.

Diese drastische Darstellung ist notwendig, um deutlich zu machen, um welche Entscheidungen es 1914 eigentlich ging. 1914 begann von deutscher Seite ein kopfloser Krieg, der mit einer Art Wiederholungszwang im Zweiten Weltkrieg 1945 endete. Dem jungen deutschen Nationalstaat war es nicht gelungen, sich in das europäische Mächtesystem einzupassen, einzuordnen, sich mit den Nachbarn so zu arrangieren, dass sie sich mit diesem neuen Machtfaktor abfanden, ihn hinnahmen, dauerhaft akzeptierten. Nun wäre es verfehlt, dieses Manko allein dem Deutschen Reich zur Last zu legen. Die wechselseitige Akzeptanz neuer Machtverhältnisse ist ein Prozess, der auch das Verantwortungsbewusstsein der anderen Großmächte mit einfordert und stets Zeit in Anspruch nimmt. Notwendig wäre ein Zusammenspiel gewesen. Die Deutschen orientierten sich am mythischen Vorbild des preußischen Staates, der unter Friedrich II sein Überleben, seinen Aufstieg und die Akzeptanz der anderen Mächte mit militärischen Mitteln erreicht hatte. Es war freilich eine Fehleinschätzung, die das Preußen Friedrich II mit dem Deutschen Reich Bismarcks gleichsetzte. Preußen hatte unter Friedrich II das europäische Machtgefüge nur modifiziert, nicht gesprengt. Das Deutsche Reich von 1870/1871 stellte es in Frage. Die traditionellen europäischen Mächte, England, Frankreich, Russland hielten an ihren in Jahrhunderten erkämpften und bewährten Machtinteressen fest. Das multipolare Machtgefüge Europas geriet damit aus den Fugen. Die Mächte fielen auf die traditionelle Form der Krisenbewältigung durch Krieg zurück. Über die verheerenden Konsequenzen war man sich 1914 nicht im Klaren. Europa verlor in den folgenden Kriegen seine Weltstellung.

## Kontinuitäten

Vor diesem historischen Hintergrund ist die Wiedererlangung der **deutschen Einheit** 1989/1990 **keine Selbstverständlichkeit**. War im Ersten Weltkrieg in den Köpfen der Deutschen angesichts der fast bis Kriegsende 1918 vorherrschenden Siegeszuversicht die Gefahr einer Zerschlagung des deutschen Nationalstaats kaum präsent gewesen, so schlug sie im Zweiten Weltkrieg spätestens nach Stalingrad 1943 als drohendes "finis Germaniae" voll durch und wurde 1945 bis 1989/1990 Realität. 1989/1990 konnte das kurze Zeitfenster genutzt und die staatliche Einheit Deutschlands unter den einmalig günstigen Umständen wieder hergestellt werden. Die friedliche Revolution der ostdeutschen Bevölkerung von 1989 schuf eine Voraussetzung. Allein entscheidend war sie aber nicht. Die außenpolitischen Kontinuitäten und Interessendifferenzen traten offen zutage. Die deutsche Einheit war kein Selbstläufer, es gab Widerstände.

Vor allem von britischer Seite. Frau Thatcher tat so ziemlich alles, was in ihrer Macht stand, um die Wiedervereinigung zu verhindern. Frankreichs Präsident handelte hinter den Kulissen ebenso. Noch in letzter Minute versuchte er u. a. mit einer Reise nach Kiew und einem dortigen Treffen mit Kreml-Chef Gorbatschow den Lauf der Dinge zu bremsen, um Zeit zu gewinnen und die Entwicklung zu steuern. Allerdings fehlte den ehemaligen Entente-Mächten Großbritannien und Frankreich wie 1918/1919 der Partner im Osten. Wie Ende des Ersten Weltkriegs war Russland handlungsunfähig. 1917 hatte die russische Revolution für einige Jahre ein Machtvakuum verursacht. Siebzig Jahre später begann die Sowjetunion ab 1987/1988 zu erodieren und implodierte Anfang der 90er Jahre völlig. Moskau war in dieser Situation nicht imstande und nicht mehr willens, die Entwicklung in Mitteleuropa zu steuern oder aufzuhalten. Russland zog sich nach der Überspannung und Überbeanspruchung seiner Kräfte in der Sowjetzeit freiwillig hinter seine Grenzen zurück.

**Ausschlaggebend** für den Erfolg des deutschen Strebens nach Wiedervereinigung waren die **USA**. Die Weltlage hatte sich seit 1914 in der Tat dramatisch verändert. Die europäischen Mächte waren nicht mehr allein Herr der Entscheidungen. Schon im Ersten Weltkrieg hatten die USA mit ihrem Kriegseintritt 1917 den Ausschlag für den Kriegsausgang zugunsten der Entente gegeben. Im Zweiten Weltkrieg wurden sie im Westen absolut dominant und die Briten sahen sich gezwungen, der US-Politik als Juniorpartner zu folgen. Nach 1945 entstand ein Patt zwischen den USA und der Sowjetunion, das bis 1989/1990 hielt. Die USA wurden mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion alleinige Weltmacht, eine Situation, die sie tatkräftig zur Zurückdrängung Russlands nutzten. Im Kontext dieser Entwicklung sahen die USA die Möglichkeit, ihre Interessen über die deutsche Wiedervereinigung zu fördern. Der Gleichklang deutscher und amerikanischer Interessen in Europa war für beide von

Nutzen. Dasselbe galt für den Balkan beim Verfallsprozess Jugoslawiens. Großbritannien und Frankreich mussten hinnehmen, dass nicht nur die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, die sog. **Nachkriegsordnung von 1945** aufgelöst wurde. Mit **Jugoslawien** zerbrach auch ein wichtiger Teil der **Versailler Nachkriegsordnung von 1919**. Für Regierungen, die wie Frankreich und Großbritannien ihre Außenpolitik nicht kurzatmig sondern langfristig ausrichten, war diese Entwicklung ein Schlag ins Gesicht.

Gemildert, wenn auch nicht völlig entschärft, wurden die Interessendifferenzen zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und seinen westlichen Nachbarn durch die **Europäische Union**. Seit der Gründung der Montan-Union 1951/1952 und den Römischen Verträgen von 1957 war Westeuropa ökonomisch zusammengewachsen und hatte - wie Rathenau 1914 richtig erwartet hatte - gemeinsame wirtschaftliche Interessen entwickelt. Die Europäische Union hielt der Belastungsprobe der Umbruchjahre 1989/1990 stand. Ein vielfältiges Beziehungsgeflecht und eine tatkräftige Europapolitik verhinderten Widerstände gegen die deutsche Einheit, wozu es nicht nur aus London und Paris sondern etwa auch aus den Niederlanden und Italien Ansätze gab. Der gemeinsame Auf- und Ausbau Europas richtete den Blick auf die Zukunft und dämpfte Befürchtungen, die aus der Vergangenheit kamen. Dazu gehörte die Einführung der **gemeinsamen Währung**. Auch war Deutschlands Dynamik im Vergleich zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehr dieselbe. Die zwei verlorenen Weltkriege hatten deutsches Selbstbewusstsein gekostet. Die demographische Entwicklung war im Gegensatz zur Zeit vor 1914 seit 1970 negativ, was auf längere Sicht zu einem Abbruch der ökonomischen Dynamik führen musste und geführt hat. Deutschland war im europäischen Sinne "domestiziert". Die Kurzformel lautete: kein "deutsches Europa" sondern ein "europäisches Deutschland".

Der Kriegsbeginn 1914 hatte die mangelnde Kongruenz des deutschen Nationalstaats mit dem europäischen Machtgefüge frei gelegt, wie es sich seit dem Westfälischen Frieden 1648 herausgebildet hatte. In Ansätzen war eine Lösung von Rathenau erkannt und vorgeschlagen worden. Gegenüber der Vorstellung eines militärischen Durchhauens des Knotens nach preußischem Vorbild konnte sich Rathenau während des Ersten Weltkriegs nicht durchsetzen. Es bedurfte zweier Kriege und der glücklichen Umstände von 1989/1990, um zu einer für Europa und Deutschland verträglichen Lösung zu kommen. Die **Kontinuität deutscher Interessen**, wie sie Rathenau bereits zu Beginn des Ersten Weltkriegs formulierte, kam 1989/1990 voll zur Entfaltung.

### **Deutsche Interessen nach 1990**

Ein innereuropäischer Interessenausgleich wäre 1989/1990 nicht möglich gewesen ohne die USA. Die Interessen und der Einfluss der USA

überlagerten seit Ende des Zweiten Weltkriegs das alt-europäische Machtgefüge. Europa hatte seine beherrschende Weltstellung verloren. Gleichwohl gilt, dass Deutschland in der Kontinuität der großen Linien der Interessendefinition von Walther Rathenau steht: wirtschaftlicher und politischer Ausgleich im Westen mit Frankreich, wirtschaftliche und damit politische Integration Europas und enge wirtschaftliche Kooperation mit Russland. Das entscheidende Novum ist der Einfluss der außereuropäischen Macht der USA in Europa, der nach dem Zerfall der Sowjetunion noch deutlicher wurde.

Deutsche Politik ist gut beraten, die **Interessenkongruenz deutscher und US-amerikanischer Interessen in Europa** im Auge zu behalten und zu erhalten. Der Fehler, den deutsche Politik Ende des 19. Jahrhunderts machte, als sie den Rückversicherungsvertrag mit dem Zarenreich nicht verlängerte und damit die russische Unterstützung oder zumindest Neutralität gegen wachsende russische Feindseligkeit eintauschte, darf gut hundert Jahre später nicht gegenüber den USA wiederholt werden. Es wird, wie im Irak-Krieg 2003, immer wieder unterschiedliche politische Einschätzungen geben. Den deutsch-amerikanischen Grundkonsens sollte aber deutsche Außenpolitik nicht in Frage stellen. Der Schaden für Europa wäre groß. Die Spaltung in "neues" und "altes" Europa von 2003 wäre dann der Vorbote für kommende Zwistigkeiten, die das Projekt Europa zurückwerfen.

Die **Beziehungen zu Russland** bleiben für Deutschland von **vitalem Interesse**. Das legen schon historische Erfahrungen nachdrücklich nahe. Rathenau hatte den Frieden von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 kritisiert, bei dem sich die deutsche Oberste Heeresleitung im Verein mit Vertretern radikaler Kriegsziele gegenüber der jungen Sowjetmacht durchgesetzt hatte. Betrachtet man die heutige Lage aus den Sicht Moskaus, so bemerkt man unschwer, dass sie derjenigen von **Brest-Litowsk** 1918 sehr nahe kommt. Die baltischen Staaten, die Ukraine, Georgien sind als unabhängige Staaten wiederum aus dem russischen Staatsverband heraus gelöst, Finnland und Polen seit 1919 ohnehin. Russland ist weit zurückgedrängt. Es beklagt - ähnlich wie das Deutsche Reich nach dem Versailler Vertrag 1919 im Hinblick die Millionen Deutschen in den abgetrennten Gebieten - , dass nunmehr Millionen Russen außerhalb der eigenen Grenzen leben. Allerdings ist dies nicht die Folge eines Diktatfriedens wie in Brest-Litowsk, sondern der freiwilligen Selbstaflösung der Sowjetunion. Wer mit Russland langfristig tragfähige Beziehungen pflegen will, sollte dennoch dieses politische Umfeld immer präsent haben. Für die deutsche Politik gilt, dass enge wirtschaftliche Kooperationen mit Russland, wie sie schon Rathenau gefordert hatte, helfen können. Auch die Frage einer Ausdehnung der NATO und US-amerikanischer Präsenz in Osteuropa ist in diesem Kontext zu sehen und zu bewerten.

Eine Dauerlösung sind entscheidender Einfluss und Präsenz der USA in Europa nicht. Es muss Ziel der Europäer sein, die Probleme in Europa selbst zu lösen. Nach Außen und nach Innen stabilisierend wird der Auf- und Ausbau der Europäischen Union wirken, die über die Ökonomie hinaus zu einem handlungsfähigen Subjekt der internationalen Politik in der entstehenden multipolaren Welt werden muss. In dem Maße wie das gelingt, kann sich Europa von den USA emanzipieren, können die USA in Europa entlastet werden. Die überkommenen Probleme aus der Vergangenheit, wie das deutsche Verhältnis zu Großbritannien und das deutsche Sonderverhältnis zu Russland können mithilfe der engen Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs gemeinsam europäisiert werden. Es bleibt eine Herausforderung, **nichts ist selbstverständlich**. Das gilt auch für die deutsch-französische Zusammenarbeit, die nie einfach war und es voraussichtlich auch in Zukunft nicht sein wird. Die Bildung neuer gemeinsamer Interessen der Europäer schwebte Rathenau vor. Diese Kontinuitätslinie deutscher Politik ergibt sich aus der Katastrophe von 1914.